



135. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 5. November 2009

Mitteilungen der Präsidentin	15579	Bodo Wißen (SPD).....	15604
Verpflichtung der Abgeordneten		Rainer Lux (CDU).....	15606
Gisela Hinnemann (CDU) und Franz-Josef Britz (CDU)	15579	Horst Becker (GRÜNE).....	15607
		Rüdiger Sagel (fraktionslos)	15608
		Ergebnis	15609
1 Lage auf dem NRW-Ausbildungs- und Arbeitsmarkt besser als befürchtet		3 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen	
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 14/10057	15579	Drucksache 14/10027	
Norbert Post (CDU).....	15579	erste Lesung	15609
Dietmar Brockes (FDP).....	15580	Minister Dr. Helmut Linssen.....	15609
Günter Garbrecht (SPD).....	15581	Marc Jan Eumann (SPD).....	15611
Barbara Steffens (GRÜNE)	15583	Christian Weisbrich (CDU).....	15612
Minister Karl-Josef Laumann.....	15584	Angela Freimuth (FDP)	15613
Svenja Schulze (SPD)	15586	Ewald Groth (GRÜNE).....	15614
Oliver Wittke (CDU).....	15587	Josef Hovenjürgen (CDU).....	15615
Dr. Stefan Romberg (FDP)	15588	Ralf Witzel (FDP).....	15616
Oskar Burkert (CDU).....	15589	Ergebnis	15617
Barbara Steffens (GRÜNE)	15590	4 Zukunftskonzept 2025 für Busse und Bahnen im Land NRW: Die Landesregierung muss die öffentlichen Verkehrsmittel vor dem finanziellen Kollaps bewahren!	
Günter Garbrecht (SPD)	15592	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Walter Kern (CDU).....	15592	Drucksache 14/10016 – Neudruck	15617
Ministerin Barbara Sommer.....	15593	Horst Becker (GRÜNE).....	15617
Sören Link (SPD)	15594	Bernd Schulte (CDU)	15618
2 Koalition der Zumutungen schlägt zu – Bürger und Kommunen bluten für die Wahlversprechen von CDU und FDP		Bodo Wißen (SPD).....	15620
Antrag der Fraktion der SPD		Christof Rasche (FDP).....	15622
Drucksache 14/10021	15594	Minister Lutz Lienenkämper.....	15623
Hans-Willi Körfges (SPD)	15594	Bodo Wißen (SPD).....	15625
Bodo Löttgen (CDU)	15596	Bernd Schulte (CDU)	15626
Horst Engel (FDP).....	15598		
Horst Becker (GRÜNE).....	15600		
Minister Dr. Helmut Linssen	15601		

Minister Lutz Lienenkämper	15626	Reiner Priggen (GRÜNE)	15646
Ergebnis	15627	Josef Hovenjürgen (CDU).....	15648
Verpflichtung des Abgeordneten Jürgen Antoni (SPD).....	15627	André Stinka (SPD).....	15649
5 Wohnen braucht Sicherheit: Lan- deswohnungsbauvermögen erhal- ten, Mieter schützen, Wohnungs- markt steuern und gestalten		Dietmar Brockes (FDP).....	15651
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/10019	15627	Minister Lutz Lienenkämper.....	15653
Norbert Römer (SPD)	15627	André Stinka (SPD).....	15654
Heinz Sahnen (CDU)	15630	Hubert Schulte (CDU)	15656
Christof Rasche (FDP).....	15632	Ministerin Christa Thoben	15657
Horst Becker (GRÜNE).....	15634	Ergebnis	15658
Minister Lutz Lienenkämper	15635	8 Zur Situation von Frauen am Arbeits- markt in NRW	
Norbert Römer (SPD)	15637	Große Anfrage 32 der Fraktion der SPD Drucksache 14/9125 – Neudruck	
Bernhard Schemmer (CDU)	15638	Antwort der Landesregierung Drucksache 14/9777	15658
Horst Becker (GRÜNE).....	15639	Gerda Kieninger (SPD)	15658
Ergebnis	15640	Ursula Monheim (CDU).....	15660
6 Entwicklungspolitik effektiv und nachhaltig gestalten – Nordrhein- Westfalen übernimmt Verantwor- tung		Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	15661
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/10015	15640	Barbara Steffens (GRÜNE)	15662
Chris Bollenbach (CDU)	15640	Minister Karl-Josef Laumann.....	15664
Christian Lindner (FDP)	15641	Ursula Meurer (SPD).....	15667
Renate Hendricks (SPD)	15643	Maria Westerhorstmann (CDU).....	15669
Andrea Asch (GRÜNE).....	15644	Ergebnis	15670
Minister Armin Laschet	15645	9 Halbjahresbericht des Petitionsaus- schusses.....	15670
Ergebnis	15646	Sigrid Beer (GRÜNE).....	15670
7 Stand und Perspektive der Windener- gie in NRW		10 Gesetz über die Sicherung und Nut- zung öffentlichen Archivguts im Lan- de Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen – ArchivG NRW)	
Große Anfrage 31 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/8994		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/10028	
Antwort der Landesregierung Drucksache 14/9514.....	15646	erste Lesung	15674
		Minister Lutz Lienenkämper.....	15674
		Ergebnis	15675
		11 Gesetz über die europäische Verwal- tungszusammenarbeit der Verwal- tungsbehörden in Nordrhein-Westfa- len	

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9955

erste Lesung 15675

Minister Dr. Ingo Wolf
zu Protokoll (siehe Anlage)

Ergebnis 15676

12 Erstes Gesetz zur Änderung des Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9956

erste Lesung 15676

Minister Dr. Helmut Linssen 15676

Ergebnis 15676

Nächste Sitzung 02.12.2009

Anlage

**Zu TOP 11 – Gesetz über die euro-
päische Verwaltungszusammenar-
beit der Verwaltungsbehörden in**

Nordrhein-Westfalen – zu Protokoll gegebene Rede

Minister Dr. Ingo Wolf..... 15677

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(bis 14:00 und ab 17:00 Uhr)

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter
(bis 16:00 Uhr)

Minister Eckhard Uhlenberg

Dr. Stefan Berger (CDU)

Lothar Hegemann (CDU)

Werner Jostmeier (CDU)

Marie-Theres Kastner (CDU)

Manfred Luckey (CDU)

Manfred Palmén (CDU)

(bis 12:30 Uhr)

Bernhard Tenhumberg (CDU)

Martin Börschel (SPD)

Dr. Gero Karthaus (SPD)

Norbert Killewald (SPD)

Rainer Schmeltzer (SPD)

Petra Schneppe (SPD)

Stefanie Wiegand (SPD)

(ab 15:30 Uhr)

Rüdiger Sagel (fraktionslos)

(ab 13:00 Uhr)

Beginn: 10:07 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 135. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **16 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute feiern wir wieder einen **Geburtstag**, und zwar den unseres Kollegen **Reinhard Jung**. Er wird 57 Jahre jung. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Ihnen mitteilen, dass ich heute Abgeordnete verpflichten darf. Einer von ihnen ist Herr Jürgen Antoni aus der Landesreserveliste der SPD. Er ist Nachfolger von Michael Groschek. Seine **Verpflichtung** werden wir nicht gleich vornehmen, weil er leider noch in einem Stau steckt, sondern um 14 Uhr nachholen.

Verpflichten werden wir jetzt Frau **Gisela Hinne-mann** aus der Landesreserveliste der CDU – sie ist die Nachfolgerin von Volkmar Klein – und **Franz-Josef Britz**, ebenso aus der Landesreserveliste der CDU; er ist der Nachfolger von Reinhold Sendker.

Ich bitte die beiden zu mir zu kommen, damit wir sie nach § 2 unserer Geschäftsordnung verpflichten können.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.

Liebe Kollegin Hinne-mann, lieber Kollege Britz, ich heiße Sie beide in der 14. Wahlperiode herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Lage auf dem NRW-Ausbildungs- und Arbeitsmarkt besser als befürchtet

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10057

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben mit Schreiben vom 2. November 2009 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine Aussprache zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und gebe Herrn Post von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Post.

Norbert Post (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer wusste nicht alles vor zwölf Monaten, als wir hier standen, wie hoch in diesem Herbst die Arbeitslosigkeit steigen würde und dass die Ausbildungsstellen wegbrechen würden? Nach dem Finanzdebakel und nach der Wirtschaftskrise, die uns erreicht hatte, war klar, dass sich auf dem Arbeitsmarkt einiges tun würde.

Wie ist die Lage heute? Im Oktober sank die Zahl der Arbeitslosen in NRW zum dritten Mal hintereinander. Die von niemandem ignorierte Krise wurde durch Kurzarbeit und andere arbeitsmarktpolitische Angebote aufgefangen. Dennoch ist eine Anspannung nicht zu verkennen.

Trotz des erneuten Rückgangs und einer sich aufhellenden wirtschaftlichen Lage kann von Entwarnung nicht geredet werden, und das wollen wir auch nicht. Aber allen Unkenrufen zum Trotz – und Unken gab es viele, die in lustvoller Erwartung die Baisse auf dem Arbeitsmarkt gesehen haben – ist die Lage wesentlich besser.

Es ist klar, dass die NRW-Wirtschaft als starkes Schiff dem Sturm der Probleme gut trotzt. Dieses Schiff ist allerdings nur mit einer Reihe von Maßnahmen sturmtüchtig, die die Landesregierung in den letzten Jahren zur Ertüchtigung und Stärkung dieses Schiffs ergriffen hat. Die wirtschaftlichen Bedingungen dieses Landes haben sich so wesentlich verbessert, dass wir mit solchen Stürmen einigemaßen gut zurechtkommen.

Mit 784.315 Arbeitslosen in NRW ist die Zahl immer noch wesentlich zu hoch. Da gibt es nichts zu deuten. Aber sie ging gegenüber dem September noch einmal um 16.400 zurück. Das sind gut 2 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 8,9 auf 8,7 %. Gegenüber dem Oktober 2008 allerdings haben wir fast 65.000 Arbeitslose mehr zu vermelden.

Nach den Unkenrufen des Vorjahres hätte die Ausbildung ein Problem werden können oder sollen.

Wir haben derzeit 2.937 unversorgte Jugendliche. Das sind 2.937 zu viel. Aber verglichen mit den Zahlen der letzten zehn oder 15 Jahre – wie lange man auch immer zurückgehen will – ist das ein absolut niedriger Stand. 1995: 7.000, 2006: 11.000, 2007: 7.300, 2008: 4.400, und jetzt gibt es 2.937 unversorgte Jugendliche. Das ist, obwohl immer noch zu hoch, der beste Wert der letzten 20 Jahre.

Was mich etwas nachdenklich macht, ist die Meldung, dass die IHKs bei den Ausbildungsstellen ein Minus von 9 % zu vermelden haben. Das ist deshalb besonders zu erwähnen, weil bei den Handwerkern ein Minus von nur 4 % zu verzeichnen ist. Diese Zahlen geben deutlich an, wo die Probleme in der Wirtschaft existieren, nämlich in der Industrie mehr als im Handwerk. Ich bin dem Handwerk äußerst dankbar, dass es über seine Möglichkeiten hinaus Ausbildungsplätze anbietet,

(Beifall von der FDP)

und das in dieser Zeit, in der jeder eigentlich zusehen muss, die nächsten zwei Wochen zu erreichen und nicht die nächsten zwölf Monate, also wirklich in nächster Nähe planen muss. Sich dann festzulegen auf eine dreijährige Ausbildung mit einem Auszubildenden, das halte ich für eine hervorragende Leistung. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von CDU und FDP)

So war es also möglich, trotz der zurückgehenden Ausbildungsstellen auch eine große Anzahl von Altbewerbern in Ausbildungsverträge zu bekommen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle die Aufgeregtheit des DGB von gestern einschieben. Der DGB-Vorsitzende hat gesagt, das sei alles geschönt, die Zahlen seien geschönt, es seien 21.000 Bewerber für Ausbildungsstellen in schulischen Bereichen. Meine Damen und Herren, gehen Sie mit mir die letzten zehn, 15 Jahre zurück: Das ist nicht anders gewesen, das ist überhaupt nichts Neues. Jetzt aber, wo die Krise herrscht, wo die Wirtschaftskrise groß ist, regt man sich auf! Ein bisschen Schaum muss sein. Unter dieser Rubrik wird das abgehakt. Wir sind besser dran als im vorigen Jahr von allen erwartet.

(Beifall von CDU und FDP)

Die prognostizierten Wachstumsraten, meine Damen und Herren, reichen nicht aus, um das Beschäftigungsniveau zu halten – das wissen wir, das ist so –, auch wenn es weniger hart gekommen ist als erwartet. Strukturveränderungen, die auf Beschäftigungssituationen wirken, müssen kommen, werden kommen und sind angelegt. Die Bundesagentur für Arbeit kann abfedern, finanziell absichern, aber nicht vollständig verhindern. Das wissen wir auch. Die Möglichkeiten, auf den Arbeitsmarkt einzuwirken – das hat die Geschichte der letzten 20 Jahre gezeigt –, sind begrenzt und müssen ge-

nutzt werden. Gerade Minister Laumann hat für die Ausbildung eine ganze Menge getan – ob es das Werkstattjahr oder Ähnliches ist. Das könnte man alles aufführen, aber das führt zu weit.

Wichtig bleibt: Mit den Maßnahmen zur Stützung des Wirtschaftswachstums darf nicht nachgelassen werden. Mit den Maßnahmen zur Stützung der Ausbildungsstellen können wir nicht aufhören. Und mit den Maßnahmen zur Vereinfachung der wirtschaftlichen Betätigung können wir Schranken öffnen und Behinderungen für Wirtschaft einschränken, sodass sie wieder in der Lage und bereit ist, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Post. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zahlen zum Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen, die die Bundesagentur für Arbeit in der letzten Woche veröffentlicht hat, sind sicherlich noch kein Grund zum Jubeln. Sie zeigen aber, dass sich die Lage erheblich besser entwickelt hat, als wir alle das noch vor einigen Monaten gedacht hätten. Im Oktober ging die Anzahl der Arbeitslosen um 16.450 oder gut 2 % gegenüber dem Vormonat zurück. Besonders erfreulich ist, dass die Anzahl der jüngeren Arbeitssuchenden unter 25 Jahren um 8.480 oder 10 % zurückgegangen ist. Auch hier meine ich, dass es sicherlich auch ein Erfolg des Ausbildungskonsenses ist. Zur Position des DGB wird gleich mein Kollege Stefan Romberg noch einiges sagen.

Trotz der größten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte Deutschlands steht Nordrhein-Westfalen heute, meine Damen und Herren, immer noch besser da als im Mai 2005. Damals hatten wir in Nordrhein-Westfalen über eine Million Arbeitslose. Heute sind es trotz Krise 277.000 weniger. Das sind, meine Damen und Herren, auch nicht geringfügig Beschäftigte. Das wird daran sichtbar, dass wir jetzt 265.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr haben als zur Regierungsübernahme im Jahr 2005.

Erstmals seit vielen Jahren liegt unser Land beim Wirtschaftswachstum wieder über dem Bundesdurchschnitt. Meine Damen und Herren, daran wird deutlich, dass nicht nur die Maßnahmen des Bundes gegriffen haben, sondern dass Nordrhein-Westfalen selbst einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, dass wir jetzt besser dastehen als vor einigen Jahren.

Das gibt uns die Kraft, mit der Wirtschaftskrise erheblich besser klarzukommen, als es noch vor einigen Jahren möglich gewesen wäre. Solche globalen

Krisen wie die jetzige kann man aufgrund der hochkomplizierten Zusammenhänge weder in ihren Auswirkungen voraussehen geschweige denn als einzelnes Bundesland im Alleingang lösen. Aber man kann dafür sorgen, dass man nicht unvorbereitet getroffen wird und die Folgen der Krise so gut wie möglich bewältigt werden. Genau dies hat die Koalition von CDU und FDP in den vergangenen viereinhalb Jahren durch eine konsequente Modernisierungspolitik getan.

In der Wirtschaftspolitik haben wir einen fundamentalen Kurswechsel vollzogen: weg von der Finanzierung staatlicher Großprojekte und der Subventionierung überalterter Industrien, hin zu einer Politik, die konsequent an den Interessen und Bedürfnissen der 748.000 mittelständischen Betriebe in unserem Land ausgerichtet ist. Denn hier, meine Damen und Herren, entstehen nun einmal die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze.

(Beifall von der FDP)

Mit einer Vielzahl von Maßnahmen ist es uns gelungen, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu verbessern. Ich erinnere nur an die mittelstandsfreundliche Ausgestaltung des Gemeindefischereirechts, die Frage der Ladenöffnungszeiten an Werktagen, die verlängerten Öffnungszeiten im Bereich der Außengastronomie.

(Carina Gödecke [SPD]: Klasse, dass Sie das mal gesagt haben! Das habe ich fast vergessen!)

– Ja, Frau Gödecke, da mögen Sie lachen. Aber genau das sind die Detailpunkte, die wir geändert haben und die jetzt dafür sorgen, dass es uns besser geht als zu Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der FDP – Svenja Schulze [SPD]: So ein Unsinn!)

– Auch wenn Sie das nicht hören wollen, Frau Kollegin Schulze: auch die Öffnungszeiten im Bereich der Außengastronomie. Ich erinnere an zwei Bürokratieabbaugesetze, die Auflösung von 138 zuvor selbstständigen Behörden und Einrichtungen

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

sowie die landesweite Einrichtung von Startercentern als zentrale Anlaufstellen für Existenzgründer.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt erinnere ich an die sechs Mittelstandspakete mit insgesamt 42 Einzelmaßnahmen. Sie dienen der Abschaffung überflüssiger bürokratischer Vorschriften, der Stärkung der Selbstverwaltung der Wirtschaft und vor allem auch der Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Betriebe.

Meine Damen und Herren, mit all diesen erfolgreichen Reformprojekten haben wir Nordrhein-

Westfalen im Wettbewerb der Standorte wieder nach vorne gebracht. Auf Landesebene haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Nordrhein-Westfalen gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Jetzt geht es darum, auch auf Bundesebene Wachstumshemmnisse zu beseitigen. Hier bietet die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP hervorragende Ansätze.

Bereits zum 1. Januar kommenden Jahres wird ein Sofortprogramm mit Steuerentlastungen für die Bürger und Unternehmen in Kraft gesetzt. Wir werden den Kinderfreibetrag und das Kindergeld anheben, unsoziale und mittelstandsfeindliche Regeln wie zum Beispiel bei der Erbschaftsteuer beseitigen, den Mehrwertsteuersatz für die Beherbergungsleistungen auf 7 % senken und Wachstumsbremsen aus dem Unternehmensteuerrecht entfernen – alles Punkte, meine Damen und Herren, die Sie in Ihrer Verantwortung zum Schaden der Wirtschaft eingeführt haben.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, damit setzen wir genau das um, was wir vor der Wahl versprochen haben. Zusammen mit den bereits beschlossenen Maßnahmen gibt es Anfang nächsten Jahres Steuerentlastungen im Umfang von rund 21 Milliarden €. Bereits am kommenden Montag wird die Bundesregierung über dieses erste Steuerentlastungspaket beraten.

Wer noch immer Zweifel hat, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten und zur Stärkung des Wirtschaftswachstums unverzichtbaren Steuersenkungen auch tatsächlich umgesetzt werden, wird spätestens dann eines Besseren belehrt. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Brockes. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Garbrecht.

Günter Garbrecht (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits gestern haben wir uns im Landtag über die Treffsicherheit von Prognosen ausgetauscht. Schwarz-Gelb setzt im Bund wie im Land auf eine positive Entwicklung im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung. Ihre Maßnahmen der Politik gründen darauf. Es bleibt Ihnen auch kein anderer Weg übrig.

Sie ergreifen jeden Strohalm, der diese Vermutung stützt. Ja, es gibt einen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ stabil gebliebenen Arbeitsmarkt. Dafür gibt es aber Gründe. Der erste ist darin zu suchen, dass wir für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Schutzschirm gespannt haben, einen Schutzschirm von Beschäftigungs-

cherung, nämlich die Kurzarbeit, die wir auf über 24 Monate verlängert haben.

Allein die Kurzarbeit in Nordrhein-Westfalen – so Stand August dieses Jahres – umfasst 318.000 Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit um ca. 30 % verkürzt haben. Das vermindert die Arbeitslosigkeit allein hier in Nordrhein-Westfalen um 100.000 Stellen. Ohne das Instrument der Kurzarbeit wären also in Nordrhein-Westfalen 100.000 Menschen mehr ohne Arbeit.

De zweite Grund: Mit Notlagentarifverträgen und dem Abbau von Stundenkonten leisten Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften ihren in dieser wirtschaftlichen Situation unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigungssituation. Das unterscheidet unser Land, Deutschland insgesamt, von allen europäischen Nachbarn.

Zu den Beiträgen des Landes Nordrhein-Westfalen: Das, was Herr Brockes vorgetragen hat, die Verlängerung der Außengastronomie-Zeiten, als einen wesentlichen Beitrag zu bezeichnen, dass dadurch eine Stabilisierung stattfindet und das Land besser gerüstet sei, lasse ich einmal dahingestellt. Ich nehme es mit Erstaunen wahr.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes
[FDP]: Auch Kleinvieh macht Mist!)

Auf jeden Fall haben auch unvoreingenommene Beobachter aus der Wissenschaft und den Medien einen nennenswerten eigenen Beitrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung noch nicht erkennen können.

Seit gestern wird in den Medien über die Prognose der EU-Kommission berichtet. Die „Welt“ titelte: „EU prophezeit Deutschland ein Job-Desaster“. Noch trägt Ihr Optimismus darüber hinweg. Ich finde es auch gut: Jede Steigerung des Auftragseingangs, der Konsumquote, der Neuzulassung von Fahrzeugen – das sind alles positive Meldungen. Ich meine auch, sie sind positiv, weil sie den sonst immer beklagten Pessimismus durchbrechen, der sich in Deutschland so breit macht.

Aber diese vereinzelt Wasserstandsmeldungen, meine Damen und Herren, aus den verschiedenen Bereichen dürfen nicht den realen Blick auf die Lage verstellen. Was heißt das? Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes wird in diesem Jahr auf 5 % prognostiziert. Für das nächste Jahr wird eine Steigerung von 1,3 % für möglich gehalten. Wir werden Jahre brauchen – das ist Originalton der Bundeskanzlerin Angela Merkel –, um wieder den Stand von 2008 zu erreichen. Es ist also beileibe keine Schwarzmalerei, wenn anhand dieser Daten ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit befürchtet wird.

Ich bin im Gegensatz zu den Rednern der Koalitionsfraktionen dem DGB-Vorsitzenden Guntram Schneider dankbar, dass er die Schönfärberei auf

dem Ausbildungsmarkt endlich einmal zum Thema gemacht hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zunächst einmal ist die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge entscheidend. Da haben wir allein von 2008 auf 2009 in Nordrhein-Westfalen einen Rückgang um 9.000.

Ich möchte Ihnen auch noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen. Ich möchte nicht auf den „Stern“-Artikel vom Anfang dieses Jahres verweisen, wonach alle Zahlen frisiert werden. Man muss aber doch schon genau hinschauen. Die von der Bundesagentur für Arbeit geführte Stichtagsstatistik gibt eben nicht die reale Lage der Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen wieder. Ich will Ihnen einen Blick öffnen, der sich nicht an Stichtagen oder an Behauptungen, sondern an real erfassten Lebensverläufen orientiert. Wir verfolgen in Bielefeld seit über zwei Jahren die Lebensverläufe von mehr als 1.300 Schulabgängern von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen. Daraus ergibt sich folgendes Bild – passen Sie genau auf –:

Von diesen 1.300 Schulabgängern gehen ca. 21 % in eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung. 30 % besuchen eine weiterführende Schule. Fast 50 % wechseln in ein Übergangssystem. Von diesen 50 % – das sind in diesem Jahr 627 – werden noch 20 als sogenannte unversorgte Bewerberinnen und Bewerber erfasst.

Dann haben wir untersucht, was diejenigen, die im Übergangssystem verblieben waren, nach einem Jahr gemacht haben. Wir haben festgestellt, dass insgesamt nur 83 Abgänger, also 13 %, nach einem Jahr in eine betriebliche Ausbildung gegangen sind. Das ist das Bild erfasster Realität von Lebensverläufen gegenüber einer gepflegten, geschönten, bearbeiteten und verfälschender Statistik. Es gibt also einen akuten Handlungsbedarf, den nicht nur der DGB und wir beschreiben. Die Bertelsmann-Stiftung hat vor einem Jahr eine Studie mit dem Titel „Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“ veröffentlicht. Ich kann das hier nicht ausbreiten; dafür ist die Aktuelle Stunde zu kurz. Initiativen der Landesregierung aufgrund dieser Studie sind dem Parlament jedenfalls bisher noch nicht mitgeteilt worden. Vielleicht arbeitet man ja im Verborgenen; das will ich nicht ausschließen. Erkennbare Initiativen und Schlussfolgerungen daraus sind bisher jedenfalls nicht gezogen worden.

Der Landesausschuss für Berufsbildung hat sich am 23. September mit dem Übergang von Schule zum Beruf beschäftigt. Er hat festgestellt, in Nordrhein-Westfalen befinden sich 50.000 Schulabgänger im Übergangssystem. Das sind keine Zahlen von mir, sondern es sind Zahlen des Landesausschusses für Berufsbildung.

Der Landesausschuss empfiehlt, Koordinierungsstellen in Trägerschaft der Kommunen in den Kreisen und kreisfreien Städten zu errichten. Die SPD hat gestern im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Antrag gestellt, dieser Empfehlung zu folgen. Er ist von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Der Präsident des Bundesinstituts für berufliche Bildung sagt: Die Gelder, mit denen teilweise überflüssige Wartezeiten finanziert werden, sind in der frühzeitigen Förderung und Unterstützung von individuellen Bildungsketten junger Menschen viel besser angelegt als nach dem jetzigen System.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD:
Sehr gut!)

Ein Handlungsprogramm der Landesregierung auf diesem Feld ist nicht erkennbar. Kommen Sie endlich in der Realität an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Garbrecht. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Steffens.

Barbara Steffens* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich den Text und die Ankündigung dieser Aktuellen Stunde gelesen habe, hatte ich das Gefühl, jemand hat sich in der Wahrnehmung und Einschätzung massiv vertan. Jemand hatte das Gefühl, an dem Punkt können wir als Koalitionsfraktionen auftreten und einen Erfolg abfeiern, und hat dabei vergessen, hinter die Kulissen zu schauen und festzustellen, dass dort überhaupt kein Erfolg ist, den man abfeiern kann.

Man sieht es auch an der Beteiligung Ihrer Fraktionsmitglieder. Sehr wenige sind heute hier. Den meisten ist diese heutige Aktuelle Stunde wahrscheinlich selber peinlich oder nicht wichtig. Anders kann ich mir diese mangelnde Beteiligung nicht erklären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie versuchen, an der Stelle deutlich zu sagen: Die von einigen prognostizierte Katastrophe ist nicht in der Form eingetreten, und der Ausbildungsmarkt ist besser als befürchtet. Die ersten Prognosen lagen um einiges höher als die Zahl, die wir nun haben. Als die ersten Prognosen veröffentlicht wurden, hatten wir noch eine andere Situation. Es gab auch auf gesellschaftlicher Ebene noch eine andere Einschätzung darüber, wie viel wir über das Instrument der Kurzarbeit abfangen können und welche Überbrückungshilfen wir mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten in dieser Krise liefern können.

Wenn wir uns heute die Rahmenbedingungen von Kurzarbeit anschauen und betrachten, wie viele Menschen sich allein in Nordrhein-Westfalen in Kurzarbeit befinden, dann ist das ein ganz wichtiger

Baustein dafür, um zu erklären, warum es in der Krise nicht noch schlimmer gekommen ist.

Es gibt natürlich auch Auswirkungen, die in die damaligen Prognosen nicht mit eingeflossen sind. Dazu gehört die Frage, welche Bedarfe wir gerade in Nordrhein-Westfalen mittlerweile vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung im Fachkräftebereich haben. Das hat auch die Bundesagentur für Arbeit deutlich als ein Argument für die Tatsache angeführt, warum sich die Situation in Nordrhein-Westfalen im Moment so darstellt, wie sie ist.

Aber auch andere Punkte waren an der Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Lage beteiligt. In den gesamten Analysen sind aber keine Punkte und keine Gründe zu finden, die auf irgendwelchen nordrhein-westfälischen politischen Konzepten der Regierungskoalition aus CDU und FDP beruhen, wie Sie es zu suggerieren versuchen. Die Darstellung von Herr Brockes fand ich vorhin mehr peinlich als inhaltlich nach vorne bringend, als er darstellte, welche Bausteine Nordrhein-Westfalen vorangebracht haben sollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von
Dietmar Brockes [FDP])

Ich war auf die Erläuterung der tollen Rahmenbedingungen gespannt, die Sie verändert haben. Das war eine absolute Luftnummer. Sie haben keinen Beitrag dazu geleistet, dass die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen niedriger ist. Das ist nicht Ihr Verdienst, weder von Ihnen, Herr Brockes, noch von Ihrer Koalition hier in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Greifen wir auf das zurück, was wir gestern im Rahmen der Bewertung des Koalitionsvertrages auf Bundesebene diskutiert haben: Der einzige Punkt für Nordrhein-Westfalen, den Sie noch lobend erwähnt haben, dass nämlich die Sozialversicherungspflicht steigt, wird wieder massiv sinken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird mit der Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze wieder sinken. Das hatten wir damals und werden wir auch diesmal wieder haben. Es wird eine massive Zerlegung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geben. Sie wollen eine ganz andere Richtung, in die Sie wahrscheinlich auch wieder gehen werden.

In Bezug auf die Lehrstellen hat Ihnen Guntram Schneider – aber nicht nur er – über die Medien noch einmal deutlich gemacht, dass auch hier Ihre Einschätzung eine absolute Fehleinschätzung ist. Schließlich sind – Günter Garbrecht hat eben daran erinnert – in diesem Jahr bisher 121.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden, während zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres 130.000 Verträge abgeschlossen worden waren. Die Zahl ist also zurückgegangen.

Zwar hat sich die Krise nicht in dem Maße ausgewirkt, dass wir jetzt eine neue, zusätzliche Katastrophe am Ausbildungsmarkt hätten. Für diejenigen, die keine Lehrstelle haben, ist die Situation aber nach wie vor problematisch. Das Problem ist auch nicht gelöst. Das gilt für alle diejenigen, die sich jetzt ohne eigene Absicht in Warteschleifen befinden. Natürlich gibt es eine Reihe von Jugendlichen, die sich bewusst für den Weg des Berufskollegs entschieden haben. Viele andere haben diesen Weg aber nicht freiwillig gewählt, sondern sind ihn als Notlösung gegangen, um nicht auf der Straße zu stehen. Für diese Warteschleifen-Jugendlichen gibt es keine Alternative.

Wenn man sich dann anschaut, wie viel Prozent der ausbildungsfähigen Betriebe tatsächlich ausbilden – von 62 % ausbildungsfähigen Betrieben bilden nur 30 % aus –, wird einem klar, dass hier ganz viel im Argen liegt, was Sie nicht gelöst haben und was Sie auch nicht zu lösen bereit sind, weil Sie bezüglich der Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen keine grundsätzlichen Regelungen treffen wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Natürlich kann man immer wieder das Handwerk und die Unternehmen loben, die Ausbildungsplätze bereitstellen. Gleichzeitig muss man aber im nächsten Satz sagen, dass zahlreiche Unternehmen dieser Pflicht nicht nachkommen.

Der Ausbildungsmarkt ist also nicht entspannt. Genauso wenig ist der Arbeitsmarkt entspannt. Wir haben zwar nicht die Katastrophe, die vorhergesagt worden ist. Man kann hier aber nicht von Entwarnung sprechen. Wie ich eben schon gesagt habe, kann man an dieser Stelle auch nicht die Landesregierung loben; denn hier sind keine Maßnahmen vollzogen worden.

Nun komme ich zu einem letzten Punkt, den ich ebenfalls sehr wichtig finde und den Sie an dieser Stelle natürlich auch verschweigen. Übrigens hat sich Minister Laumann im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales da klarer und deutlicher verhalten. Für alles das, was bis jetzt noch für ein Stück Kompensation gesorgt hat – wir hatten nämlich noch Maßnahmen, in die Menschen gehen konnten, womit die Statistik auch ein wenig geschönt worden ist –, hat die Bundesagentur für Arbeit kein Geld mehr. Die Kassen der BA sind leer. Zahlreiche Menschen, die in Warteschleifen stehen, bemühen sich, Maßnahmen und Angebote zu bekommen, die aber nicht mehr finanziert werden können. Was wir jetzt an Finanzierung von Kurzarbeit, anderen Überbrückungsangeboten und Weiterbildungsangeboten hatten, wird im nächsten Jahr nicht in dieser Form weiterlaufen.

Das bedeutet, dass das dicke Ende für die Betroffenen noch kommen wird. Daher müssten jetzt Maßnahmen eingeleitet werden. Ihr Koalitionsvertrag im

Bund ist keine Antwort darauf – und Ihre nordrhein-westfälische Politik erst recht nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Steffens. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten drei Monaten ist die Zahl der Arbeitslosen nach mehrfachem Anstieg wieder gesunken. In Nordrhein-Westfalen sind zurzeit 785.000 Menschen arbeitslos. Auf der anderen Seite hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1 % auf 5,83 Millionen zugenommen. Verringerung der Arbeitslosigkeit und Anstieg der Beschäftigung – das sind natürlich vor allem in dieser Zeit sehr gute Nachrichten. Der Arbeitsmarkt ist angesichts der großen Krise äußerst robust.

Leider kann man aus den aktuellen Zahlen aber noch nicht schließen, dass der Arbeitsmarkt die Krise schon überstanden hätte; denn an diesen Zahlen allein kann man den Einfluss der Jahreszeiten nicht erkennen. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im Oktober ist zum Beispiel ganz normal. Wenn das Ausbildungsjahr beginnt und junge Menschen in ihre Ausbildung starten, steigt allein deshalb die Beschäftigung, und die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Zwischen September und Oktober dieses Jahres ist die Jugendarbeitslosigkeit um ganze 10 % zurückgegangen.

Wollen wir die Arbeitsmarktlage richtig einschätzen, müssen wir uns die Zahlen im Vorjahresvergleich anschauen. In der Wirtschaftskrise zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 ist die Zahl der Arbeitslosen um 9 % gestiegen, und die Jugendarbeitslosigkeit liegt im Oktober dieses Jahres um 18 % höher als im Vorjahr. Das ist weniger schön zu hören, und es zeigt, dass man von einer Entwarnung bezogen auf den Arbeitsmarkt nicht sprechen kann. Denkt man an die teilweise massiven Auftragseinbrüche in der Industrie, ist der Anstieg der Arbeitslosenzahl in der Wirtschaftskrise dennoch vergleichsweise moderat.

Mit der Kurzarbeit ist es uns bisher gelungen, einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Gegenüber dem Rezessionsjahr 2002, in dem die Betriebe direkt mit einem Arbeitsplatzabbau reagiert haben, gibt es offensichtlich Lerneffekte. Die Unternehmen haben erkannt, dass sie in der Krise bereits an die Zeit danach denken müssen. Kurzarbeit bietet ihnen die Chance, ihre Fachkräfte zu halten, damit sie bei verbesserter Auftragslage schnell wieder durchstarten können.

320.000 Kurzarbeiter gab es im ersten Quartal 2009 in NRW. Diese intensive Inanspruchnahme der

Kurzarbeit ist den Betrieben nur möglich, weil die Rahmenbedingungen für Kurzarbeit verbessert wurden. Für Unternehmen wurden der Zugang erleichtert und die Antragstellung vereinfacht.

Die Betriebe wurden auch finanziell deutlich entlastet. Seit Juli 2009 werden ab dem siebten Monat Kurzarbeit die Sozialversicherungsbeiträge komplett von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Allein an Sozialversicherungsbeiträgen hat die Bundesagentur in Nordrhein-Westfalen bis jetzt rund 250 Millionen € bezahlt. Zusammen mit rund 500 Millionen € an Entgelt für die Arbeitnehmer hat die Kurzarbeit die Bundesagentur in Nordrhein-Westfalen damit bisher rund 750 Millionen € gekostet. Viele Mitglieder dieses Landtags, aber auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen haben sich dafür eingesetzt, dass wir diese Regelungen bei der Kurzarbeit bekommen haben.

Wenn ich es richtig wahrnehme, ist es zumindest auf der europäischen Ebene so, dass die anderen Länder uns um dieses Instrument der Kurzarbeit beneiden und sagen: Was die Deutschen da eingeführt haben – und in anderer Form übrigens schon immer hatten –, ist die richtige Antwort, um mit dieser Krise fertig zu werden.

Natürlich leisten wir auch als Land einen Beitrag, um diese Situation zu bewältigen. Wir kümmern uns vor allen Dingen darum – zum Beispiel mit unseren Bildungsberatungsstellen und dem Bildungsscheck –, dass die Kurzarbeit auch für die Betriebe handhabbar mit Weiterbildung verbunden wird. Auch im Branchendialog Nordrhein-Westfalen reagieren wir immer wieder auf diese Situation.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch etwas zu den Ausbildungsmarktzahlen in dieser Krisenzeit sagen. Zu Beginn dieses Jahres gab es noch Zweifel, ob und in welchem Ausmaß die Wirtschaftskrise auch den Ausbildungsmarkt erreichen würde. Heute können wir sagen: Der Ausbildungsmarkt hat sich angesichts der Krise als erstaunlich robust erwiesen.

Zum 30. September, also zum Abschluss des Vermittlungsjahres, legt die Bundesagentur für Arbeit entsprechende Zahlen vor. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir in Nordrhein-Westfalen noch 2.940 unversorgte Jugendliche. Eine deutliche Verbesserung: 2008 waren es 4.400, 2007 waren es 7.300 und 2006 waren es gar 11.000. Ich bin sicher, dass auch diese 2.940 Jugendlichen eine Chance haben, etwa einen der 2.260 offenen Ausbildungsplätze oder eine betriebliche Einstiegsqualifizierung vom Ausbildungskonsens in den Regionen angeboten zu bekommen.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Krise bin ich der Meinung, dass geschätzte 121.000 abgeschlossene Ausbildungsverträge zwar kein Ergebnis zum Jubeln, aber eben auch nicht – wie Frau Steffens richtig sagte – eine Lehrstellenkatast-

rophe sind. Wir hatten zum Beispiel im Jahre 2005 in ganz Nordrhein-Westfalen nur 111.000 abgeschlossene Ausbildungsverträge – und damals hatten wir eine normale Rezession, aber keine Wirtschaftskrise.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch etwas zu den 21.000 Jugendlichen sagen, die als Bewerber mit Alternative bei der BA geführt werden. Zunächst einmal: Die Statistik bei der BA, für die wir junge Leute, die zur Berufsschule gehen, fragen, ob sie ihr Vermittlungsangebot auf eine Lehrstelle aufrechterhalten, ist erst zwei Jahre alt. Das haben wir vorher gar nicht gemacht; deswegen hatten wir diese Zahlen nicht. Wir haben jetzt 21.000 Menschen in schulischen Angeboten, die aber eigentlich eine Lehrstelle haben wollen und daher im Vermittlungsangebot der Bundesagentur für Arbeit bleiben.

Wir haben uns Mühe gegeben, uns diese 21.000 jungen Leute einmal näher anzugucken. 42 % dieser 21.000 jungen Leute gehen zur Berufsschule, sind aber gleichzeitig in einer Fördermaßnahme der Bundesagentur für Arbeit. Die BA in Nordrhein-Westfalen bietet 11.000 bis 12.000 überbetriebliche Stellen zur qualifizierten Vorbereitung auf den Berufseinstieg an. Und es ist vollkommen klar: Diejenigen, die in einer überbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahme sind, gehen auch zur Berufsschule. 42 % dieser 21.000 jungen Leute nutzen also ein Qualifizierungsangebot der Bundesagentur für Arbeit.

(Günter Garbrecht [SPD]: Was heißt das?)

– Oft verlangt man von mir, ein Lehrstellenprogramm aufzulegen. Aber auch das bedeutet überbetriebliche Ausbildung. Und ob die BA das bezahlt oder wir als Land, das ist erst einmal gleich. Aber wenn ich Bundesgeld bekommen kann, nehme ich natürlich Bundesgeld; denn jeder Bundes-Euro, der nach Nordrhein-Westfalen kommt, ist vom Prinzip her ein guter Euro.

34 % dieser 21.000 jungen Leute besuchen eine weiterführende Schule, zum Beispiel die Handelsschule. Man kann nicht sagen, dass die Handelsschule eine Warteschleife ist. Sie ist heute die Voraussetzung, um eine Lehrstelle im Bürobereich zu bekommen; das muss man einmal ganz deutlich sagen. Die Handelsschule wird in diesem Bereich zudem auf ein Lehrjahr angerechnet. Das heißt, man macht im Grunde das erste Lehrjahr in schulischer Qualifikation, weil es auf die Lehrzeit angerechnet wird.

Von diesen 34,6 % sind 8,4 % in betrieblichen Praktika. 1 % beginnt ein Studium, um die individuellen Chancen auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. 12 % gehen einer Erwerbstätigkeit nach. 6,6 % münden in eine geförderte Berufsausbildung. 1,6 % machen andere Ausbildungen, halten aber an ihrem ursprünglichen Berufswunsch fest.

Ich finde, damit ist diese Zahl 21.000 ein bisschen erklärt und auch ein wenig relativiert.

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz sagen, was die Landesregierung tut; denn hier ist ja gesagt worden, die Landesregierung macht nichts.

Wir haben 5.000 junge Leute im Werkstattjahr –

(Beifall von der CDU)

eine Sache, die es vor meinem Amtsantritt gar nicht gab. Sie haben die Leute, die heute im Werkstattjahr sind, völlig ignoriert. Dafür wenden wir aber rund 31 Millionen € auf, und zwar Jahr für Jahr in einem völlig verlässlichen Programm. Bei mir muss man nicht warten, ob es wieder ein „Projektchen“ gibt. Das Werkstattjahr ist eine Struktur, und jedes Kind, das für das Werkstattjahr angemeldet wird, bekommt auch einen Platz im Werkstattjahr.

(Beifall von der CDU)

Wir haben den 3. Weg in der Berufsausbildung mit 900 jungen Leuten. Wir machen für behinderte Jugendliche ein zusätzliches Programm mit 100 Lehrstellen. Ich habe in den Bergwerksstandorten, wo die Bergwerke die Ausbildung zurückgefahren haben, die Ausbildung gleich hochgehalten. Das heißt, heute arbeiten rund 250 Lehrlinge in Bergwerken, die in Wahrheit auf der Payroll des Arbeitsministeriums in Düsseldorf stehen.

Wenn Sie sagen, wir machen in diesem Bereich nichts – als ich das Amt übernommen habe, musste ich feststellen, dass es unter Arbeitsminister Schartau kein einziges Programm zur Ausbildung gab –, dann haben Sie schon ein bisschen Wahrnehmungsstörungen oder Sie wollen nicht zugeben, dass die Landesregierung in dieser Frage äußerst aktiv ist.

Ich sage hier auch: Wir werden uns in den kommenden Wochen und Monaten genau angucken, wie es weitergeht. Wenn es sein sollte, werden wir auch noch die Möglichkeit haben, die eine oder andere Maßnahme ein bisschen aufzustocken. Wir wollen auf jeden Fall, dass uns kein junger Mensch verloren geht. Wir wollen allen ein akzeptables Angebot für den Einstieg in eine gute Berufsausbildung geben. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun Frau Schulze.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns einfach noch einmal die Fakten betrachten. Wir haben jetzt über 90.000 vorher in der Zeitarbeitsbranche beschäftigte Menschen mehr, die arbeitslos sind. Wir haben eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um 60 % von Beschäftigten aus dem verarbeitenden Gewerbe. Das sind 95.000

Menschen, die jetzt neu arbeitslos geworden sind. Sie von der CDU und von der FDP haben nichts Besseres zu tun, als sich für Ihre angeblich konsequente Modernisierungspolitik zu loben und als Beispiel die Öffnungszeiten in den Biergärten zu nennen. Das ist eine Unverschämtheit!

(Beifall von der SPD)

Mein Kollege Garbrecht hat schon ausgeführt, dass die EU uns gestern prophezeit hat, dass wir auf ein Jobdesaster zulaufen. Da wäre es eigentlich richtig, jetzt endlich einmal Konzepte auszuarbeiten, sich zu überlegen, wie man reagieren, was Politik tun kann, um Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. Wir brauchen eine aktive Wirtschaftspolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen auch wirklich unterstützt.

Aber wie ist das bei dieser Regierung? – Mit Arbeit hat zum Beispiel Frau Thoben nichts zu tun. Arbeit, Wirtschaft und Umwelt zusammen zu denken – das geht schon einmal gar nicht, denn diese Themen gehören ja in drei unterschiedliche Ministerien. Ihr Konzept heißt immer noch „entweder oder“. Sie trennen Arbeit und Wirtschaft. Sie trennen Arbeit und Umwelt. Umwelt und Arbeit zusammen zu denken, kommt Ihnen überhaupt nicht in den Sinn.

Statt Politik zu machen, fordern Sie von uns immer wieder Bekenntnisse, so als wären wir hier in der Kirche.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was haben Sie denn gegen die Kirchen?)

Es geht aber nicht um Bekenntnisse, sondern um eine aktive Politik, die Rahmenbedingungen setzt. Da versagen Sie auf der ganzen Linie. Das mit den Bekenntnissen war zum Beispiel beim Thema Datteln der Fall. Da hat das Oberverwaltungsgericht der Landesregierung bescheinigt, dass sie schwere handwerkliche Fehler gemacht hat. Wie reagieren Sie darauf? – Sie wollen ein Bekenntnis. – Das nutzt aber niemandem vor Ort.

Bei der Initiative „pro Industrie und Nachhaltigkeit“ verlangen Sie ebenfalls Bekenntnisse. Die Zustimmung zu und die Akzeptanz von Industriepolitik war noch nie so niedrig wie heute. Statt Vorschläge zu machen, fordern Sie immer nur Bekenntnisse.

Die Politik der SPD ist eine völlig andere. Für uns gehören Arbeit und Umwelt zusammen.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Wir verbinden soziale Politik mit einer aktiven Wirtschaftspolitik und einer klugen Umweltpolitik. Wenn man das zusammen denkt, kommt man deutlich weiter als mit Ihrer Bekenntnispolitik. Ich will nur ein einziges Beispiel dafür nennen, an dem das sehr klar wird: Die Experten sind sich einig, dass Umwelttechnologien, dass regenerative Energien der Markt der Zukunft sind. Wer in diesem Bereich heute hohe Standards setzt, wer sich dafür einsetzt,

dass wir Rohstoffe effizient verwenden, und wer regenerative Energien fördert, der wird demnächst den Zukunftsmarkt bestimmen und einen Wachstumsschub haben. 1,8 Millionen Arbeitsplätze gibt es heute in Deutschland in der Umwelttechnologie-industrie, 300.000 im Bereich der regenerativen Energien. Experten rechnen mit einer Verdoppelung bis 2020.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, begreifen nicht, dass die entscheidende Frage ist, ob die Verdoppelung dieser Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen oder woanders stattfindet. Ihre Politik wird dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze nicht in Nordrhein-Westfalen entstehen. Ihre Landesregierung ist diesbezüglich ein Totalausfall. Sie leisten sich Don-Quijote-Kämpfe gegen Windkraftanlagen, Sie haben kein Konzept, wie man regenerative Energien fördern kann, Sie haben keine Ahnung, wie man Umwelttechnologien hier in Nordrhein-Westfalen weiter ausbaut, und Sie haben es sogar geschafft, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung – das ist wahrlich keine Vorfeldorganisation der SPD – Ihnen bescheinigt, bei den regenerativen Energien auf einen der letzten Plätze abgerutscht zu sein. Das Energieland Nordrhein-Westfalen schafft es, auf einen der letzten Plätze zu fallen. Das ist die Politik, die Sie vertreten müssen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für Sie sind Arbeit, Umwelt und Wirtschaft immer noch Gegensätze; für uns gehören diese Themen schon lange zusammen.

(Minister Andreas Krautscheid schüttelt den Kopf.)

– Da können Sie ruhig stöhnen. Das ist so. Von Ihnen hört man da überhaupt nichts Konstruktives.

(Günter Garbrecht [SPD]: Herr Krautscheid hat noch andere Gründe, zu stöhnen!)

Ich fasse zusammen: Ihre Politik ist Politik von gestern. Arbeit und Umwelt zu trennen, ist wirklich antiquiert. Sie müssen dafür sorgen, dass Arbeitsplätze in den genannten Bereichen hier in Nordrhein-Westfalen entstehen. Dafür haben Sie als Regierung die Verantwortung, aber da sind Sie ein Totalausfall. Hier eine Aktuelle Stunde zu beantragen, sich mit fremden Federn zu schmücken und zu glauben, dass die Menschen das nicht merken – damit werden Sie nicht durchkommen. Die Wählerinnen und Wähler werden das merken, und Sie werden im nächsten Jahr im Mai Ihre Politik abwählen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Schulze. – Für die CDU spricht nun der Kollege Wittke.

Oliver Wittke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist schon ein abstruses Schauspiel, das die Oppositionsfaktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen heute hier abliefern, denn man hat tatsächlich den Eindruck, sie wünschen sich sehnlich herbei, dass die Horrorszenarien der Prognosen für den Arbeitsmarkt und den Ausbildungsmarkt endlich bei uns in Nordrhein-Westfalen Realität werden. Sie haben offenbar die Hoffnung, damit kräftig Munition für die Landtagswahl im nächsten Jahr sammeln zu können, um die Straße zu mobilisieren und damit in diesem Landtagswahlkampf vermeintlich erfolgreich zu sein.

Aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Strategie ist nicht nur unanständig, weil sie mit den Ängsten der Menschen im Lande spielt, sondern sie wird auch erfolglos sein. Die Menschen haben längst erkannt, dass sich etwas geändert hat in Nordrhein-Westfalen und dass es besser geworden ist, denn alle Zahlen sprechen gegen Sie. Als Sie regiert haben, Herr Kollege Garbrecht, als die SPD den Ministerpräsidenten in diesem Land gestellt hat, gab es über 1 Million Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

– Es ist wichtig, dass Sie die Zahlen hören, Herr Garbrecht. Vielleicht bauen Sie dann Ihre Argumentation um. Denn es ist schwierig, gegen Zahlen zu argumentieren, so wie Sie das heute hier versucht haben.

Über 1 Million Arbeitslose waren es zu Zeiten rot-grüner Regierungsverantwortung. Heute sind es 300.000 weniger, und zwar in einer Situation, in der eine weltweite Wirtschaftskrise Auswirkungen auch auf den Arbeitsmarkt hat. Sie haben in Zeiten regiert, als diese Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht akut war. Sie hätten damals die Weichen richtig stellen und dafür sorgen können, dass die Arbeitslosigkeit bekämpft wird. Das Gegenteil haben Sie getan, und die Kurve ging ständig nach oben.

Noch wichtiger ist, dass sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt Nordrhein-Westfalens während Ihrer Regierungsverantwortung immer schlechter als der Bundestrend entwickelt haben. Auch das haben wir geändert. Die Wirtschaft bei uns in Nordrhein-Westfalen wächst mittlerweile stärker als der Bundesdurchschnitt, und die Arbeitslosigkeit geht stärker zurück als der Bundesdurchschnitt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das sind Erfolge dieser Landesregierung, die Sie nicht leugnen können.

Aber ich will genauso klar und deutlich sagen, dass es nicht allein das Verdienst dieser Landesregierung ist, dass diese Erfolge auf dem Arbeits- und auf dem Ausbildungsmarkt zu verzeichnen sind. Es sind zuvorderst die Erfolge der Tarifpartner, der

Unternehmen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

Denn nicht nur das Instrument der Kurzarbeit, das heute in dieser Debatte schon einen großen Stellenwert gehabt hat, sondern auch eine große Flexibilität, die passgenau von Unternehmen zu Unternehmen zwischen Betriebsrat und Unternehmensführung vor Ort vereinbart worden ist, hat es unseren Unternehmen ermöglicht, auch in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit die Beschäftigung auf hohem Niveau zu halten. Arbeitszeitkonten und ähnliche Instrumente sind ein wahnsinniger Erfolg.

Und ich will die Gelegenheit gerne nutzen, den Tarifpartnern ein herzliches Wort des Dankes für diese Flexibilisierung der Arbeitswelt zu sagen. Das haben wir immer gefordert. Das kann man nicht von oben verordnen; das muss vor Ort entstehen und entwickelt werden. Da ist eine fantastische Arbeit geleistet worden.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich schon beim Lob der Tarifpartner bin, will ich doch ein ganz klein wenig differenzieren. Denn das, was Unternehmen mit Betriebsräten vor Ort auf den Weg gebracht haben, ist noch nicht in der obersten Etage aller Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen angekommen.

(Beifall von der CDU)

Da ist es schon erstaunlich, wenn der ansonsten von mir geschätzte Kollege Schneider sagt, alles sei ein Witz, das seien keine Erfolge, und alles sei viel schlimmer. Ich kann das nur damit erklären, Herr Garbrecht, dass Herr Schneider in Bielefeld bei Ihnen nicht erfolgreich war und immer noch trauert, dass er nicht dem Deutschen Bundestag angehört. Anders ist der Frust dieses Gewerkschaftsvorsitzenden nicht zu erklären.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Vor Ort sieht man das Gott sei Dank anders. Die Betriebsräte und die Akteure, die Arbeitnehmerpolitik vor Ort vereinbaren und machen, sind dort deutlich erfolgreicher.

In der Tat haben die Tarifpartner einen wesentlichen Anteil an den Erfolgen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Gleichwohl will ich sagen: Auch die Landesregierung und die Mehrheit in diesem Hause haben in den vergangenen vier Jahren die Gelegenheit genutzt, die Weichen richtig zu stellen. Es gibt jetzt maßgeschneiderte Programme, wie sie Karl-Josef Laumann gerade vorgetragen hat, und man geht nicht mehr mit der Gießkanne durchs Land. Man gibt sich mehr Mühe, bei einzelnen Programmen einzelne benachteiligte Gruppen tatsächlich zu fördern, aber auch einzufordern, Leistung zu erbringen. Deshalb sieht es auf dem Ausbildungsmarkt in vielen Bereichen heute besser aus, als das noch vor fünf Jahren der Fall gewesen ist.

Wir werden uns nicht beirren lassen, diesen Weg fortzusetzen. Denn eines ist ebenfalls wahr: Auch wenn in wirtschaftlich schwieriger Situation die Lage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich entspannter ist, als wir es erwartet und es uns die Prognosen vorausgesagt haben, sind wir bei Weitem noch nicht über den Berg.

Wir müssen weiter darangehen, die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens zu ertüchtigen und zu modernisieren. Wir müssen weiter darangehen, gemeinsam mit Unternehmen, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Strategien für mehr Beschäftigung zu entwickeln. Vor allem müssen wir konsequent einen Weg fortsetzen, der unser Land erneuert und ihm die Gestaltungsmöglichkeiten gibt, die Sie ihm wegen Ihrer unseriösen Finanzpolitik über Jahrzehnte hinweg geraubt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das werden wir nicht nur für den Rest dieser Legislaturperiode hinbekommen, sondern – da bin ich ganz optimistisch – dieses Konzept werden wir bei der Landtagswahl im Mai nächsten Jahres zur Abstimmung stellen. Ich bin sicher, die Menschen werden sich von Ihren Parolen nicht in die Irre führen lassen; sie werden Zahlen und nicht Parolen vergleichen und sehen, dass sich in diesem Land etwas zum Besseren gewendet hat. Das zeigen die Zahlen, aber das spürt man auch im Land. Daran werden Sie auch mit Ihren Cassandra-Rufen nichts ändern. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Wittke. – Für die FDP spricht Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Was haben wir heute Morgen von den Sozialdemokraten an Vorschlägen gehört? Kollege Garbrecht ist auf die Kurzarbeit und deren Erfolge eingegangen. Die Erfolge von Kurzarbeit sind sicher zu sehen, aber es gibt auf diesem Feld auch Probleme. Zum Beispiel arbeiten jetzt in Nordrhein-Westfalen gesunde Unternehmen kurz, und weil sie eine tarifliche Beschäftigungsgarantie haben, sorgt der Staat dafür, dass die Gewinne weiter gut sind. Kurzarbeit hat viel Gutes, aber es gibt auch Probleme, und es ist ein sehr teures Instrument.

Ansonsten haben wir von den Sozialdemokraten gehört: Wir sollen uns stark machen für Solarzellen und Windräder, und dann geht es dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wieder gut. Frau Schulze, ganz konkrete Vorschläge habe ich nicht gehört, aber die würden mich schon interessieren.

(Zuruf von der SPD: Interessanterweise regieren Sie in diesem Land!)

Denn es geht auch darum, dass mittlerweile Geringverdiener – zum Beispiel eine vierköpfige Familie – über die Stromrechnung mehr als 40 € im Jahr dafür zahlen, dass die Besserverdienenden auf ihren Eigentümshäusern Solarzellen haben und eine Rendite von 8 oder 10 % kassieren.

(Beifall von FDP und CDU)

Ist das soziale Gerechtigkeit? Da hätte ich gerne von den Sozialdemokraten Vorschläge gehört, die auch in die soziale Gerechtigkeitsdebatte passen.

Es gibt durchaus ganz positive Signale. Frau Stefens, wir wollten auch gar nicht Erfolge großreden, aber es ist schon unser Recht, über die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation zu debattieren. Die SPD hatte bereits im Mai ein staatliches Notprogramm für die Ausbildung gefordert. Das hat die Unternehmer erst mal verunsichert und dazu geführt, dass sie eher zurückhaltender sind. Die Erfolge, die jetzt trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen da sind, stimmen uns doch etwas positiver.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Es gibt heute aktuelle Nachrichten. Die „Welt“ zum Beispiel schreibt: Zeitarbeiter gesucht, Leihfirmen stocken Personalbestand um 14 % auf. –Solche Nachrichten hören Sozialdemokraten auch nicht gerne, sind sie doch häufig die ersten Signale, dass Zeitarbeit wieder anläuft. Das freut die Menschen, die in der Zeitarbeit einen Job gefunden haben.

Wir sind übrigens, wenn es um die Beschäftigten in Zeitarbeit geht, längst nicht bei der Quote der Nachbarländer angelangt, sondern liegen im Bundesschnitt noch immer nur bei einer Quote von 1,4 % gemessen an der Zahl aller Erwerbstätigen, die Nachbarländer hingegen bei 4 %. Diese Dinge sind wichtig genug, um sie in einer solchen Debatte aufzuführen.

Ich möchte noch mal auf den DGB in Gestalt von Guntram Schneider eingehen, der zu Beginn der Woche diese positive Entwicklung nicht nur schlechtgeredet, sondern auch damit gedroht hat, den Ausbildungskonsens zu verlassen – ich wiederhole –, den Ausbildungskonsens zu verlassen, ihn aufzukündigen. Das ist nicht nur verwunderlich, das ist wirklich ärgerlich.

Herr Schneider ist – heute ist es in der NRZ zu lesen – jetzt zurückgerudert. Die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Ausbildungskonsens möchte er doch lieber fortsetzen. Dass er das nun wirklich tun will, ist erst einmal gut, aber die „WAZ“ hatte auch schon im Kommentar getitelt „Empörung mit Kalkül“.

Dass SPD und DGB positive Schlagzeilen brauchen, ist aus unserer Sicht verständlich. Aber den Ausbildungskonsens für solche Show-Effekte und für kurzfristige Medienaufmerksamkeit zu gefähr-

den, halte ich für kein geeignetes Mittel. Ich finde das sogar schäbig.

(Beifall von der FDP)

Diejenigen, die eine Stelle, die einen Ausbildungsplatz suchen, werden dadurch unnötig verunsichert.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sehr richtig!)

Obwohl man die Auswirkungen der Krise nur bedingt voraussehen kann, bin ich sicher, dass wir in Nordrhein-Westfalen durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten – und nicht nur der Politik – auf dem Arbeitsmarkt gut vorbereitet sind, um die Krise weiter in den Griff zu bekommen. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu den allgemeinen Arbeitsmarktzahlen nichts mehr sagen. Dazu haben die Vorredner Herr Wittke, Herr Post und Herr Romberg Stellung genommen.

Ich möchte mich mit dem Thema Ausbildung beschäftigen. Das Wichtigste ist: Eine gute Ausbildung ist und bleibt die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben. Es sollen und müssen alle jungen Menschen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind, einen Ausbildungsplatz erhalten.

Aber was haben wir in den letzten Jahren erlebt? – Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben eine ganze Gruppe von Menschen ausgegrenzt und tun es auch heute noch. Sie haben die Hauptschüler ausgegrenzt, indem Sie verkünden: Hauptschüler können wir nicht mehr gebrauchen.

(Beifall von CDU und FDP – Hans-Willi Körfiges [SPD]: Sie grenzen aus! – Svenja Schulze [SPD]: Unverschämt! – Weitere Zurufe)

Dies ist in den Köpfen von Unternehmen angekommen. Wenn ich mit Unternehmern, mit Handwerkern und kleinen Mittelständlern spreche, heißt es immer wieder: Ja, die von der Hauptschule, die können wir ja nicht gebrauchen. Die können nicht lesen. Die können nicht rechnen.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Sören Link [SPD]: Wer so einen Schwachsinn erzählt, muss sich nicht wundern, dass wir uns aufregen! – Weitere lebhaftige Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Regen Sie sich nicht so auf, so ist es doch!

(Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN – Glocke)

Sie haben diese Gruppe von Menschen niedergeredet. Und das ist angekommen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Wenn ich heute mit Unternehmern spreche und ihnen sage: „Schaut euch die jungen Menschen an, nehmt sie in ein Praktikum!“, dann kommt auf einmal heraus: Verdammt noch einmal, die sind ja wirklich gut! Sie haben Fähigkeiten.

(Beifall von der CDU)

Deshalb kann ich Frau Sommer nur ganz herzlich danken, die für die Hauptschüler Pohl gehalten hat, damit sie eine Chance in ihrem Leben haben und nicht abqualifiziert werden.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Erzählen Sie das mal im Koalitionsausschuss!)

Das ist die Situation draußen. Wenn Sie mit Hauptschülern sprechen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Gagaismus!)

werfen diese uns Politikern vor: Wieso lasst ihr uns so abstürzen? Wieso haben wir keine Chancen?

(Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: Populist! – Carina Gödecke [SPD]: Unglaublich, was Sie machen!)

Wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, damit all die Menschen auch eine Chance haben. Sie haben es verdient.

(Sören Link [SPD]: Nach Ihrem Redebeitrag kämpfen die lieber alleine! Das ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten! – Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: In der Sache daneben! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Fahren Sie doch mal nach Hamburg! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Burkert, fahren Sie bitte fort. Ich darf um etwas Ruhe bitten.

Oskar Burkert (CDU): Wir haben gerade von Herrn Garbrecht gehört, dass man anhand von Zahlen die Ausbildungssituation verfolgt hat. Das betrifft zu meist die Menschen, die keine Chancen haben.

Ich kann Ihnen berichten, dass ich am 7. Januar in Iserlohn beim Berufsbildungszentrum mit Schülern im Werkstattjahr, das dank der Hilfe von Minister Laumann eingeführt wurde, gesprochen und sie gefragt habe: Wie sieht es denn aus? Was sollten wir bei dem Instrument Werkstattjahr unternehmen? Dabei haben sie einige Hinweise gegeben, welche

Verbesserungen vorgenommen werden könnten. Diese Menschen sahen eine Chance für eine Ausbildung. Wenn 73 % dieser jungen Menschen, die in ein Werkstattjahr hineingegangen sind, 2008 einen Ausbildungsplatz bekommen haben, haben sie eine Chance gesehen und sie genutzt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat mit der Schulform nichts zu tun! Das ist ja lächerlich!)

Und auch die Betriebe haben die Chance genutzt.

(Beifall von der CDU)

Ein Weiteres: Wir haben zu Beginn durch Initiative von Minister Laumann die Altenpflegehilfeausbildung eingeführt. Es hat dazu einen Versuch in Köln gegeben. Die Seminarleiterin hat uns hier darüber berichtet, dass 80 % die Ausbildung abgeschlossen haben und dass während dieser Zeit ein Großteil sogar noch den Hauptschulabschluss nachgeholt hat. Das ist ein Erfolg, weil man so den Menschen ein positives Ziel gegeben hat, nämlich den Ausblick, eine Chance zu haben, und ihnen vermittelt hat, dass wir sie brauchen. Diese Botschaft müssen wir in die Schulen bringen: Wir brauchen euch für die Zukunft!

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie geben denen aber keine Chance!)

Das haben auch die Unternehmen erkannt. Die Unternehmen bilden heute mehr aus. Warum? Weil sie erkannt haben, dass ihnen, wenn sie heute nicht ausbilden, die Fachkräfte von morgen fehlen. Deshalb kann ich Ihnen, Frau Schulze, weil sie uns eben Vorwürfe gemacht haben, nur entgegenhalten: Sie reden, wir handeln!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Für die Grünen hat jetzt Frau Steffens das Wort.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Burkert, Sie haben den Schuss nicht gehört.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben den Schuss echt nicht gehört; denn Sie stellen sich hier ernsthaft hin und werfen uns – oder auch der SPD – irgendwelche ideologischen Positionen vor, was wir für die Hauptschüler alles nicht tun würden. Dabei halten Sie aber an einem System „Hauptschule“ fest, das in dieser Gesellschaft keine Akzeptanz mehr hat. Und das sehen Sie an den Anmeldezahlen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist völlig logisch, dass Eltern, wenn sie ihrem Kind eine berufliche Perspektive bieten wollen –

auch wenn die Kinder am Ende denselben Bildungsstand haben sollen wie der Vater oder die Mutter, die eine Ausbildung nach einem Hauptschulabschluss gemacht haben –, heutzutage dem Kind nicht mehr sagen können: Mach den Hauptschulabschluss, damit du denselben Bildungsabschluss hast! Denn die meisten Lehrberufe setzen heutzutage eine andere Ausbildung voraus als das, was unsere Hauptschulen bieten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Hauptschulen schaffen nicht mehr die Grundlage, die man braucht. Mit Ihrer ideologischen Systemdebatte verhindern Sie den Bildungsaufstieg der Kinder.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Mal wieder reden Sie alle Hauptschüler schlecht!)

Wenn Sie wirklich ein bisschen Interesse an den Kindern hätten, dann würden Sie in Nordrhein-Westfalen eine Tour machen und Ihre Kommunalpolitiker aufsuchen. Fragen Sie doch einmal Ihre Leute vor Ort, was sie wollen. Die wollen die Hauptschulen nicht aufrechterhalten, die wollen andere Schulformen vor Ort schaffen, die wollen Schulformen schaffen, die bei den Eltern Akzeptanz finden und für die Kinder den Bildungsstart bieten, den man in der heutigen Gesellschaft braucht.

Vielleicht schaffen sie es auch, über den Tellerrand hinauszuschauen.

(Svenja Schulze [SPD]: Das wird schwer!)

Wenn ja, dann fahren Sie doch mal in die Bundesländer, wo sogar Ihre Leute an der Regierung beteiligt sind – nach Thüringen, ins Saarland, nach Hamburg – und schauen Sie sich doch die Bundesländer an, in denen die Hauptschule abgeschafft ist.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Menschen, die in den Ländern die politische Verantwortung tragen, die wollen doch nicht die Kinder im Stich lassen, sondern das sind Menschen, die den Kindern die Bildung bieten wollen, die man heutzutage braucht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, was Sie eben hier geboten haben, ist ein Armutszugnis den Kindern in Nordrhein-Westfalen gegenüber.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Sie können sich anschauen, wie real die Chancen jetzt sind. Es gibt doch keinen Arbeitgeber, der die Jugendlichen nicht einstellt mit dem Argument, die Grünen und die SPD hätten gesagt, die Hauptschule habe sich erledigt,

(Heike Gebhard [SPD]: Die bekommen einen Lachkoller!)

sondern sie werden nicht eingestellt, weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllen, weil sie nicht mehr genügend Bildungsgrundlage haben. 50 % der Hauptschüler und Hauptschülerinnen finden keine Ausbildung, und zwar deshalb, weil die Schule sie nicht ausbildungsgerecht ausbildet.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie ist das mit den Gesamtschulen? Sagen Sie mal etwas zur Gesamtschule!)

– Herr Witzel, ich kann gerne etwas zur Gesamtschule sagen. Genau die Gesamtschule beweist doch, dass sich das Bildungssystem Hauptschule überholt hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Viele Gesamtschulen haben Hauptschulen ersetzt!)

Denn es gibt so viele Schüler und Schülerinnen auf der Gesamtschule, die vorher keine Gymnasialempfehlung hatten, aber trotzdem ihr Abitur machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das sind die Schüler und Schülerinnen, denen Sie die Bildung versagen wollen. Sie wollen die Schüler auf die Hauptschule abschieben und ihnen sagen, das sei für sie die Endstation, obwohl sie ein Abitur machen könnten.

(Ralf Witzel [FDP]: Jetzt machen viele frühere Hauptschüler denselben Hauptschulabschluss an der Gesamtschule! Welche Innovation!)

Das liegt an Ihnen und Ihrer ideologischen Debatte, die Sie hier führen.

Herr Burkert, wenn Sie immer wieder loben, wie toll das Werkstattjahr ist: Das Werkstattjahr ist Reparatur. Es ist ein Reparatursystem, was Sie finanzieren müssen, weil Schule vorher versagt und den Start in die Ausbildung nicht ermöglicht hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist Ihr Reparaturbetrieb. Ich finde es zynisch, sich hinzustellen und zu sagen, wie toll das ist. Sie müssen endlich anfangen umzudenken. Ich empfehle Ihnen: Reden Sie mit den Leuten im Land, dann werden Sie sehen, was von den Menschen im Land und von den Schülerinnen und Schülern gewollt ist.

Wir haben doch alle Besuchergruppen von Schülern und Schülerinnen hier. Haben Sie es noch nicht erlebt, dass die Jugendlichen von der Hauptschule vor Ihnen sitzen und fragen: Was soll ich machen? Ich habe 100 Bewerbungen geschrieben; ich werde nicht angenommen, weil ich die Voraussetzungen nicht habe.

(Ralf Witzel [FDP]: Fragen Sie doch die Gesamtschüler, denen das passiert!)

Dann entgegenen Sie den Schülern: Pech gehabt! Dein kleiner Bruder geht auch noch in die Haupt-

schule; er kann denselben Weg gehen, denn wir ändern nichts am System!? – Das ist zynisch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das ist soziale Apartheid! – Heike Gebhard [SPD]: Das ist nicht mehr sozial!)

Herr Wittke, Sie sagen, die Menschen werden für die Verbesserung der Zahlen danken. – Nein, die Menschen werden nicht nach Zahlen wählen, sondern sie werden nach Lebenslagen und nach realen Lebensbedingungen wählen. Die Menschen, die Kinder haben, die Sie in die Hauptschule schicken wollen, werden nicht CDU und nicht FDP wählen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: 3 % runter bei der FDP! Die Zahlen sind gut! – Ralf Witzel [FDP]: Gerade Sie sagen das! Die Grünen werden doch in ganz Deutschland für nichts mehr gebraucht!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Garbrecht das Wort.

Günter Garbrecht (SPD): Meine Damen und Herren! Zunächst einmal weise ich für die SPD-Fraktion die Vorwürfe, die Sie hier gegen den DGB-Landesvorsitzenden Guntram Schneider erhoben haben, auf das Schärfste zurück.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es werden nicht diejenigen aus irgendwelchem politischen Kalkül die Wahrheit aussprechen ...

(Oskar Burkert [CDU]: Das ist keine Wahrheit!)

– Ja, natürlich ist es die Wahrheit. Sie verschließen sich doch. Sie verstecken sich hinter Statistiken, die die Realität im Lande nicht abbilden. Es wird langsam Zeit, dass diese Statistikverfälschung, diese Schönfärberei aufhört und wir uns die Realität anschauen, gerade bei den Jugendlichen, die keine Chance auf eine Lehrstelle haben.

(Zuruf von der CDU)

Wir sind Guntram Schneider, dem DGB und den Gewerkschaften dankbar, dass sie begonnen haben, dieses Thema endlich anzusprechen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist keine Schwarzmalerei. Ich bin gerne bei der Bertelsmann Stiftung. Das vorhin von mir angesprochene Gutachten hat das Institut der Deutschen Wirtschaft für die Bertelsmann Stiftung angefertigt, also ein Arbeitgeberinstitut. Dieses Gutachten weist aus, welche volkswirtschaftlichen Ressourcen wir im Übergangssystem verschleudern.

Ich kann die Landesregierung und auch die Koalitionsfraktionen nur auffordern, sich der Realität, in der die Menschen leben, zu nähern und aufzuhören, nur Statistiken „abzufeiern“. Sie werden noch Ihre Erlebnisse haben, wenn Sie so weitermachen, wenn Sie meinen, dass sich in den Statistiken die reale Lebenswelt der Menschen und insbesondere der Jugendlichen widerspiegelt. Wenn Sie diese Politik fortführen, werden Sie auch im Mai 2010 Schiffbruch erleiden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Garbrecht. – Jetzt erhält als vierter Redner der CDU-Fraktion der Abgeordnete Kern das Wort. Damit ist das Potenzial erschöpft.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist schon lange erschöpft!)

Walter Kern (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns heute hier über den Ausbildungsmarkt unterhalten, dann unterhalten wir uns über die jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben eine Wirtschaftskrise, und die Ausbildungsplätze zu generieren, ist zuerst eine Aufgabe der Arbeitgeber. Ich muss mich an dieser Stelle zunächst einmal bei jedem Arbeitgeber bedanken, der einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellt. Denn die Zurverfügungstellung des Ausbildungsplatzes ist unter anderem auch eine große soziale Leistung.

Ich möchte an dieser Stelle – ich denke, ich spreche im Namen des gesamten Parlaments – ausdrücklich alle Ausbildungsbetriebe auffordern, noch einmal alles zu überprüfen, damit wir noch zusätzliche Ausbildungsstellen für unsere Jugendlichen bekommen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir das trotz dieser hitzigen Debatte aufarbeiten.

Als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in der Enquetekommission „Chancen für Kinder“, in der wir die Situation von Kindern im Alter von 0 bis 16 Jahren untersucht und genau an der Schnittstelle vom Übergang von der Schule in den Beruf gearbeitet haben, möchte ich betonen, dass der wesentliche Teil der uns beratenden Wissenschaftler gesagt hat, dass Schulstruktur nicht über Bildungserfolg entscheidet,

(Beifall von CDU und FDP – Andrea Asch [GRÜNE]: Das stimmt doch nicht!)

sondern dass es auf die Köpfe ankommt, die an den Kindern und für die Kinder arbeiten.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist eine glatte Lüge!)

– Das ist keine Lüge, sondern faktisch festzuhalten.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Als Abteilungsleiter Personalentwicklung einer großen Sparkasse – ich war verantwortlich für 60 Auszubildende – kann ich Ihnen berichten, dass es bei der Ausbildung, in den Bewerbungen, die wir seinerzeit bekamen, und in den Tests, die bei uns neutral durchgeführt wurden, keineswegs so war – ich will es sehr vorsichtig formulieren –, dass Gesamtschüler so abschlossen, dass man für die Gesamtschule sein kann. Ich füge aber hinzu: Wir hatten eine sehr gute Gesamtschule und sehr gute Lehrer dort.

Es ist keineswegs so, dass die Union gegen funktionierende Gesamtschulen ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber Ihr Koalitionspartner!)

Das ist in diesem Parlament, glaube ich, niemand. Vielmehr kommt es darauf an, dass wir die Lehrkräfte stärken, damit sie die Kinder für den beruflichen Werdegang so vorbereiten, dass sie in der Lage sind, den Ausbildungsinhalten gerecht zu werden.

Als Vorsitzender eines Vereins, der ehrenamtlich mit jungen Leuten arbeitet und ihnen „an die Arbeit hilft“ – „an die Arbeit“ heißt auch dieser Verein –, in dem wir ehrenamtlich junge Leute in Patenschaften begleiten, kann ich Ihnen sagen, dass diese jungen Leute die persönliche Unterstützung brauchen, weil leider Gottes viele Elternhäuser nicht in der Lage sind, die jungen Leute so zu begleiten, dass sie eine Platzierbarkeit auf dem Ausbildungsmarkt erreichen.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir vonseiten der Landesregierung und auch durch Schulprojekte mit Praktikern in die Schule gehen und durch diese ständige Begleitung die Berufsvorbereitung hinbekommen.

Es ist nicht so, dass man durch Händeklatschen eine heile Welt erzeugt, sondern wir werden in den nächsten Jahren weiterhin einen schwierigen Ausbildungsmarkt haben. Aber wir stehen in der Verantwortung gegenüber diesen jungen Leuten. Wir sollten daher jeden Tag so handeln, dass sich der Ausbildungsmarkt verbessert. Das sollte uns alle binden.

Bei aller politischen Auseinandersetzung sollten wir die Jugendlichen nicht vergessen. Das ist der Hauptzweck unseres Antrags. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, an die Arbeit zu gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laumann das Wort.

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein!)

– Sie hatten sich gemeldet.

(Minister Karl-Josef Laumann: Frau Sommer ist die Fachministerin!)

– Na gut, dann ändern wir das. – Bitte schön, Frau Kollegin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie man gerade feststellen konnte, war ich in der Debatte nicht vorgesehen. Aber ich habe mich zu Wort gemeldet, weil in der Debatte mehrfach der Bereich Schule und schulische Bildung angesprochen worden ist. Ich möchte zu dieser Thematik nur ein paar kurze Sätze sagen.

Aussprüche wie „Schule versagt“ und „Hauptschülern fehlen die Voraussetzungen“ müssen einem als Frau in meiner Position quer heruntergehen. Meine Damen und Herren, wenn man das glaubt – ich glaube das nicht –, dann muss man daraus folgern: Die Voraussetzungen fehlen offensichtlich den jungen Menschen, die den Hauptschulabschluss machen. Sie wissen es alle; ich möchte es hier noch einmal feststellen: Der Hauptschulabschluss wird nicht nur an der Hauptschule vergeben, sondern auch an der Gesamtschule.

(Beifall von CDU und FDP)

Also müssen wir uns wirklich kümmern. Wenn denn solche Sätze ausgesprochen werden wie „Schule versagt“,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal, in welchen Ländern es überhaupt noch Hauptschulen gibt!)

möchte ich gerne erwidern: Das ist ein Affront gegen unsere Lehrerinnen und Lehrer,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein! Das ist nur gegen Sie!)

die tagtäglich diese Arbeit verrichten.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen es gut. Ich bin stolz auf sie – gerade auch in schwierigen Situationen.

Wir bekommen viele Zuschriften von Unternehmern, die da lauten: Wir wollen junge Menschen mit Hauptschulabschluss in unseren Betrieben. Die können wir gut gebrauchen.

Nach dem Motto, keiner geht verloren, müssen wir, meine Damen und Herren, auch eine Lanze für diese jungen Menschen brechen. Wenn wirklich keiner verloren gehen kann, gehören solche Sätze wie „einer hat versagt“ nicht in diesen Raum. –

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das System hat versagt!)

Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Jetzt hat noch einmal für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Link das Wort. Er ist auch der vierte und damit der letzte Sprecher der SPD-Fraktion.

(Carina Gödecke [SPD]: Aber unser Potenzial ist damit noch nicht erschöpft! – Heike Gebhard [SPD]: Darauf legen wir Wert!)

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine Unverschämtheit, wenn die CDU-Fraktion sich hier hinstellt und SPD und Grünen die Verantwortung dafür zuweist, dass immer weniger Kinder an Hauptschulen angemeldet werden,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie reden die schlecht!)

wenn die CDU-Fraktion behauptet, wir würden die Schulform Hauptschule schlechtreden

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig! Das machen Sie seit etlicher Zeit!)

und dafür sorgen, dass Kinder, die an Hauptschulen ihre Abschlüsse machen, keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Das ist eine Unverschämtheit, Herr Witzel! Das lassen wir uns nicht gefallen. Das weisen wir zurück!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist aber die Wahrheit!)

Herr Witzel, wenn Sie zuhören und intellektuell nachvollziehen würden, was ich seit vier Jahren hier im Parlament vortrage,

(Svenja Schulze [SPD]: Das kann er nicht!)

dann würden Sie mir zustimmen, wenn ich jetzt sage: Es gibt gute und schlechte Hauptschulen, genauso wie es gute und schlechte Gymnasien, Gesamt- und Realschulen gibt.

(Minister Karl-Josef Laumann: Genauso wie es gute und schlechte Politiker gibt!)

Nichts anderes sage ich seit viereinhalb Jahren. Nichts anderes ist seit viereinhalb Jahren und schon länger die Position der SPD. Wir müssen aufhören – vor allen Dingen Sie sollten damit aufhören –, Schulformen zu stigmatisieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie wollen diese Schule abschaffen!)

Sie betreiben seit vier Jahren eine Politik, die genau das tut.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie müssen aufhören, Schulformen zu stigmatisieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie tun das doch!)

Sie müssen anfangen, die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Realität ist – das habe ich im Schulaus-

schluss angesprochen –: Es gibt in Duisburg derzeit 80 Kinder, die an der Hauptschule angemeldet werden. Was glauben Sie, woran das liegt? Glauben Sie, das liegt daran, dass wir die Eltern besuchen und ihnen erzählen: „Machen Sie das bloß nicht“?

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Die Unternehmen fordern, keine Hauptschüler mehr einzustellen! – Weitere Zurufe)

Es liegt daran, dass sie genau wissen: Wenn sie ihr Kind dort anmelden, können sich die Lehrer so viel Mühe geben, wie sie wollen – sie machen dort einen guten Job –, aber die Arbeitgeber fragen diesen Abschluss nicht mehr nach.

(Ralf Witzel [FDP]: Viele Ihrer Gesamtschüler machen auch den Hauptschulabschluss! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Herr Witzel, hören Sie doch einmal zu! – Weitere Zurufe)

Die Konsequenz, die Sie daraus ziehen, ist genau die falsche. Anstatt diesen Kindern einen besseren Schulabschluss für eine bessere Chance in ihrem Leben zu besorgen, fangen Sie an, dem System Hauptschule noch ein bisschen in der Hoffnung obendrauf zu packen, daran würde sich etwas ändern.

(Fortgesetzt Zurufe – Glocke)

Sie haben die Realität nicht verstanden. Die Realität wird Sie aber einholen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde vor. Es ist auch nicht möglich, weitere Wortmeldungen abzugeben, weil die Redezeitkontingente erschöpft sind. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Koalition der Zumutungen schlägt zu – Bürger und Kommunen bluten für die Wahlversprechen von CDU und FDP

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10021

Zu diesem Antrag eröffne ich die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Körfges das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Oppositionsfraktionen in diesem Haus haben mehrfach versucht, die schwierige und teilweise dramatische Situation der

Kommunen in unserem Land zu thematisieren und zu problematisieren.

Wir sind nicht nur, meine Damen und Herren von der Landesregierung und von den sie tragenden Fraktionen, bei Ihnen auf taube Ohren gestoßen, im Gegenteil: Sie haben ganz erheblich und nachhaltig dazu beigetragen, die finanzielle Situation unserer Kommunen vor Ort zu verschlechtern.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Angefangen beim Wegfall der Grunderwerbsteuer, über die fortwährende Verletzung des Konnexitätsprinzips, über die Übervorteilung der Kommunen beim Solidarpakt, bis zur dramatischen Kürzung bei Landesmitteln hat diese Landesregierung, meine Damen und Herren, unseren Kommunen nachhaltig geschadet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist noch freundlich formuliert! Sie sind sehr charmant!)

Eine gewisse Hoffnung durfte man anlässlich der Presseerklärung des Ministerpräsidenten zu den laufenden Koalitionsverhandlungen vom 15.10.2009 haben. Dort wird unter „3. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen entlastet werden“ unter anderem aufgeführt: „die bedarfsgerechte Beteiligung des Bundes bei den Kosten für Unterkunft“ oder „Der Bund übernimmt bzw. beteiligt sich an den ansteigenden Kosten der Eingliederungshilfe“ oder „Die Kommunen haben sich seit nunmehr zwei Jahrzehnten an der Finanzierung der Programme zum Aufbau Ost beteiligt. Für die noch verbleibende Dauer des Aufbaus Ost übernimmt der Bund die Finanzierungsanteile der Kommunen.“

Ich darf, meine Damen und Herren – an dieser Stelle leider zum wiederholten Mal – zu diesem Ministerpräsidenten feststellen: Er ist verbal als Königstiger gestartet und tatsächlich als Bettvorleger bei Schwarz-Gelb in Berlin gelandet.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu dem, was der Ministerpräsident vor Abschluss des Koalitionsvertrages verkündet hat, kommen weitere erhebliche Belastungen durch Schwarz-Gelb in Berlin auf unsere Kommunen zu. Das sieht nicht nur die Opposition in diesem Haus so, sondern das sehen viele kommunalpolitische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Hauptverwaltungsbeamte in unserem Land genauso.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Nennen Sie mal welche!)

Ich zitiere eine Überschrift aus der „Westfalenpost“ vom 28.10.2009: „Städte, Gemeinden und Kreise nehmen die Steuersenkungspläne der neuen Bundesregierung mit Entsetzen auf“.

Das wurde von Kämmerern und Hauptverwaltungsbeamten aus Südwestfalen gesagt. Dort ist leider

die SPD noch nicht die dominierende politische Kraft, meine Damen und Herren.

(Bodo Wißen [SPD]: Das dauert nicht mehr lange! – Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD] – Rainer Lux [CDU]: Das werden Sie auch nie!)

– Ach, wenn Sie so weitermachen, bin ich ganz zuversichtlich für die Zukunft.

Die Kreise und Kommunen fürchten, die Steuerentlastungspläne der neuen Regierung ausbaden zu müssen. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes hält die Situation unserer Städte und Gemeinden für so dramatisch, dass er im Zusammenhang mit den Steuerentlastungsplänen – ich zitiere wörtlich – vom Abwürgen der Selbstverwaltung in unseren Städten und Gemeinden spricht, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was machen Sie im Einzelnen Segensreiches? Sie stellen zum Beispiel die Gewerbesteuer als wichtige kommunale Einnahmequelle im Koalitionsvertrag komplett infrage. Der Finanzminister dieses Landes stößt nach einer mir vorliegenden Pressemitteilung vom 28.10.2009 ins gleiche Horn. Und, meine Damen und Herren, perfide genug: Sie sagen den Kommunen an dieser Stelle nicht, wie Sie ausfallende Gewerbesteuereinnahmen ersetzen wollen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Haus werden gemeinsam mit der kommunalen Familie weiter für den Erhalt und den Ausbau der Gewerbesteuer kämpfen. Eine Diskussion über die Entlastung der Unternehmen ist angesichts der dramatischen Zustände in den öffentlichen Haushalten nachgerade absurd.

Das kommunale Recht, Zuschläge zur Einkommensteuer bestimmen zu können – davon war gestern schon an anderer Stelle die Rede –, verstärkt die Ungleichheit der Lebensbedingungen in unserem Land. Das führt zu einem ruinösen Wettbewerb der Kommunen untereinander und verschlechtert die Situation der ohnehin strukturschwachen Kommunen in unserem Land.

Wenn Sie in Erwägung ziehen, den Kommunen einen höheren Anteil der Mehrwertsteuer zur Verfügung zu stellen, kann ich nur sagen: Das ist Politik nach dem System Känguru – mit leerem Beutel große Sprünge machen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Denn von dieser Mehrwertsteuer wollen Sie ausweislich der von Ihnen formulierten Inhalte wer wissen profitieren lassen. Darüber hinaus sagen Sie nicht, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Sie Mehrwertsteuererhöhungen vornehmen wollen. Ich würde davon abraten.

Mein Fazit, meine Damen und Herren, lautet: Wer die Gewerbesteuer infrage stellt, schwächt weiter

die finanzielle Situation und die Struktur unserer Kommunen

(Rainer Lux [CDU]: Quatsch! – Weitere Zusage von der CDU)

sowie damit letztlich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die auf kommunale Infrastruktur angewiesen sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich komme zu meinem nächsten Punkt. Die Pläne zur Senkung der Einkommensteuer machen Einnahmeausfälle von ca. 4 Milliarden € bundesweit aus, die zusätzlich auf unsere Kommunen zukommen. Ich habe eben die Ausführungen des Ministerpräsidenten zitiert.

Es gibt weitere Zumutungen wie Änderungen im SGB II. Angekündigt wurde eine Entlastung der Kommunen. Aus dem Koalitionsvertrag ist jedoch eine weitere Belastung der Kommunen herausgekommen. Die Pauschalierung der Wohnkosten und die Reduzierung der Arbeitsmarktprogramme belasten die Menschen vor Ort und unsere Kommunen auch und gerade in Nordrhein-Westfalen.

Geradezu als Drohung empfinden wir die Ankündigung der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung und -finanzierung für Langzeitarbeitslose. Schwarz-Gelb im Bund will die getrennte Aufgabenwahrnehmung offensichtlich wieder zum Standard machen. Statt über eine Verfassungsänderung die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung abzusichern und funktionierende Kooperationen in Jobcentern zu stärken, machen Sie das genaue Gegenteil. Sie gefährden nicht nur faktisch, sondern auch juristisch die bestehenden Konstruktionen. Schade, dass Herr Laumann nicht da ist; erkundigen Sie sich einmal bei ihm. Das bezieht sich nicht nur auf Argen, sondern auch auf Optionskommunen, meine Damen und Herren.

Zusätzlich wird im Koalitionsvertrag heftig der Ideologie „Privat vor Staat“ gefrönt. Was verbirgt sich denn hinter der Ankündigung der Wettbewerbsgleichheit zwischen kommunalen und privaten Anbietern bei der Umsatzsteuer? Wir in Nordrhein-Westfalen kennen das. Anlässlich der Debatten um den § 107 der Gemeindeordnung rechnen wir damit, dass künftig kommunale Unternehmen im Bereich der Abfall- und Wasserentsorgung den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen müssen. Die Zeche zahlen wieder die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in unserem Lande.

Wir haben die tollen Ankündigungen des Ministerpräsidenten auch bezogen auf die Solidarbeiträge gehört. Was dabei herausgekommen ist, ist weniger als nichts. Im Gegenteil: Diese Landesregierung schuldet unseren Städten und Gemeinden nach wie vor die Rückzahlung der überzahlten Solidarbeiträge. Nicht nur, dass da nichts kommt, sondern jetzt zerplatzen auch noch die Ankündigungen des Mi-

nisterpräsidenten wie Seifenblasen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es!)

Wir fordern mit unserem Antrag, dass endlich reale Schritte zur Stärkung insbesondere unserer finanzschwachen Kommunen in Nordrhein-Westfalen erfolgen. Sie sollten die Mittel aus dem Solidarpakt tatsächlich zügig zurückzahlen. Sie sollten darüber hinaus mit uns gemeinsam dafür kämpfen, dass es nicht bei der Orientierung von Solidarität nach Himmelsrichtung bleibt, sondern dass strukturschwache Kommunen sowohl im Osten als auch im Westen gleichbehandelt werden. Das ist des Schweißes der Edlen wert. Aber was Sie tun, ist: Ankündigen, aber nachher nichts machen!

Wir fordern Sie auf:

Helfen Sie den Städten und Gemeinden bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise!

Erteilen Sie den aberwitzigen Steuerplänen dieser neuen Bundesregierung eine Absage!

Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für den Erhalt der Gewerbesteuer vor Ort!

Lassen Sie den Kommunen – gerade auch in Nordrhein-Westfalen – die notwendige Luft zum Leben!

Es kann nicht angehen, dass sich unsere Städte und Gemeinden, um Solidarität im Osten leisten zu können, neu verschulden müssen, während bei uns die Infrastruktur komplett zusammenbricht. Meine Damen und Herren, das sind Folgen Ihrer Politik. Wir stehen dafür nicht zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie sind zu Gast bei einem Fußballspiel. Kurz nach dem Beginn der zweiten Halbzeit erscheint ein Herr in rotem Leibchen auf dem Spielfeld, trillert heftig und schrill auf seiner Pfeife, erklärt, in der verbleibenden Spielzeit würde nichts Spielentscheidendes mehr geschehen, verkündet das Ergebnis als endgültig und lässt verärgerte Zuschauer und Spieler zurück.

So wie dieser Schiedsrichter mit dem Spiel umgeht, meine Damen und Herren, so geht die SPD-Opposition in diesem Hause mit der Berliner Koalitionsvereinbarung um, mit denjenigen, die ihn erarbeitet haben, und mit den Bürgerinnen und Bürgern.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Die ist noch nicht fertig abgeschlossen?)

Die SPD gibt vor zu wissen, welche abschließenden Auswirkungen und Ergebnisse der vereinbarten Prüfaufträge und Kommissionsarbeit auf alle gesellschaftlichen Bereiche unseres Staatswesens zukommen, obwohl noch keine Kommission die Arbeit aufgenommen hat und obwohl noch kein Prüfauftrag abgearbeitet wurde.

Der selbsternannte Schiedsrichter SPD pfeift ab, weil er selbstherrlich behauptet, er kenne den weiteren Verlauf der Begegnung und wisse sicher das Ergebnis. Wir alle wissen, meine Damen und Herren: So läuft kein Fußballspiel, und so, meine Damen und Herren von der Opposition, spielt sich auch seriöse Politik nicht ab.

All Ihre Rechenkünste, die der Kollege Jäger hier gestern beim Zusammenzählen von Kommissionen und Prüfaufträgen zum Besten gegeben hat, beeindrucken wirklich niemanden. Wenn Sie tatsächlich 1 und 1 zusammenzählen könnten, würden Sie die Ergebnisse der Prüfaufträge und der Kommissionsarbeit abwarten, statt vor Beginn der Arbeit bereits das Ergebnis zu verkünden.

Lassen Sie mich eines auch aus meiner persönlichen Erfahrung in der Polizeiarbeit hinzufügen: Wer mit martialischem Auftritt unter Zuhilfenahme von Donner und Rauch die Bühne betritt, der, meine Damen und Herren, will meist seine eigentliche Absicht vernebeln. So auch dieser Antrag. In einer vollkommen unpassenden Diktion, eher zu einem Kriegsroman passend, von Blut, Lügen, Angriff und Verschleierung, versucht die SPD, Zweierlei mit ihrem Wortnebel zu verdecken, nämlich ihre fehlende Sachkenntnis und eigene Konzeptionslosigkeit einerseits und die Probleme, die sie in den eigenen Reihen hat, andererseits.

Werfen wir einen Blick auf den Antrag: Sie, die SPD, führt – so Herr Körfges eben – Klage über den 22-prozentigen Rückgang der Gewerbesteuern von Januar bis September des Jahres 2009. Wir alle wissen um die Volatilität und Schwankungen in dieser Einnahmequelle der Kommunen. Wir alle in diesem Hause – Sie und ich – wünschen uns doch eine solide und zuverlässige Einnahmequelle für die Kommunen.

(Bodo Wißen [SPD]: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

Sie aber verweigern ohne erkennbaren Grund Überlegungen, die exakt zu solch einem Ergebnis führen könnten. Sie erlegen sich selber Denkverbote auf und blockieren damit die Entwicklung. Schlimmer noch: Die SPD, Sie selbst, haben noch kein eigenes Konzept zur Lösung der Probleme vorgelegt. Der Koalitionsvertrag hingegen sieht die Einsetzung einer Kommission vor, die die Möglichkeiten zur Neuordnung der Kommunalfinanzen prüfen soll:

Einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer haben Sie genannt, einen kommunalen Zuschlag auf Einkommen und die Körperschaftsteuer – letztere unterschlagen Sie permanent –, beide mit einem eigenen Hebesatz. Das sind aber Mittel, die wir prüfen müssen, wenn wir uns um die Konsolidierung und Neuausstattung der Gemeindefinanzen kümmern wollen.

Auch Ihre Kritik am Solidarpakt Ost läuft ins Leere. Man muss den Koalitionsvertrag schon genau lesen, um zu erkennen, welches hervorragendes Verhandlungsergebnis unser Ministerpräsident erzielt hat.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Mit dem Mikroskop!)

Die SPD behauptet, hier bleibe alles beim Alten. Die starre Verteilung nach Himmelsrichtungen werde aufrechterhalten.

Sehr geehrter Herr Körfges, meine Damen und Herren von der Opposition, lesen Sie doch einmal die Zeilen 5.194 bis 5.196 – ich zitiere –:

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden werden wir nach Wegen suchen, Entlastungen für die Kommunen, z. B. Flexibilisierung von Standards und Gleichstellung bei gesamtstaatlichen Aufgaben, ... zu identifizieren.

Gleichstellung gesamtstaatlicher Aufgaben: Mit diesem kleinen Satz, Herr Körfges, wird die Neuordnung und Neuverhandlung des Solidarausgleichs nach Bedürftigkeit, nach tatsächlichen Lebensverhältnissen und nicht nach der Himmelsrichtung möglich.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist ein wirklich kleiner Satz und kein großer! – Norbert Römer [SPD]: Ein kleiner Satz im Koalitionsvertrag, ein großer Wurf für die CDU!)

Sie haben das nicht erkannt. Das ist bedauerlich, lässt sich aber vielleicht noch korrigieren.

Gleiches gilt bei der Hilfe für die Langzeitarbeitslosen. Sie sprechen von Zerschlagung und haben nicht erkannt, dass der Koalitionsvertrag eine kommunalfreundliche und grundgesetzkonforme Lösung ohne Änderung der Finanzbeziehungen anstrebt.

Zusammenfassend: Der Berliner Koalitionsvertrag ist ein klares Bekenntnis zu leistungsfähigen Kommunen und zu einer kommunalen Selbstverwaltung. Er eröffnet neue Verhandlungschancen auch und gerade auf Gebieten, die für unsere nordrhein-westfälischen Kommunen von besonderer Bedeutung sind.

Meine Damen und Herren von der SPD, so unterschiedlich die Sicht auf diesen Vertrag auch ausfallen mag, habe ich die herzliche Bitte: Lesen Sie sich diesen Vertrag noch einmal genau durch, und über-

prüfen Sie anschließend Ihre Haltung. Sonst bleibt mir nur die Feststellung: Die SPD lässt es an Sachkenntnis und Sorgfalt mangeln. Sie legt keine eigenen Konzepte vor, und ihre vermeintliche Kritik läuft ins Leere. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die FDP hat jetzt der Abgeordnete Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die neue Bundesregierung hat mir ihrem Koalitionsvertrag den Masterplan für ein zukunftsfähiges Deutschland vorgelegt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Haben Sie es ein bisschen kleiner, Herr Kollege? – Horst Becker [GRÜNE]: Das ist kein Masterplan, das ist die Blaupause des Wahnsinns! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Desasterplan!)

Dieser Masterplan bildet die Grundlage für substanzielle

(Horst Becker [GRÜNE]: Auch noch substanziell!)

Reformen, mit deren Hilfe ...

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Es war mir klar, dass Sie zu schreien anfangen würden. Aber hören Sie doch erst einmal zu. – Dieser Masterplan bildet die Grundlage für substanzielle Reformen, mit deren Hilfe unser Land nicht nur die aktuelle Krise überwinden, sondern auch gestärkt aus ihr hervorgehen wird.

Die SPD fordert nur die Bekämpfung von Symptomen. Schwarz-Gelb packt das Übel an der Wurzel an.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht zuletzt aus diesem Grund wurde auch die FDP in diese Bundesregierung gewählt. In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Cicero“ steht hierzu:

Offenbar erkennen immer mehr Menschen, dass die FDP die einzige im Bundestag vertretene deutsche Partei ist, die nicht an den Säulen der Freiheit des Westens sägt, als da sind: wissenschaftlich-technischer Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum, freier Markt, Privateigentum, Individualismus und Rechtsstaatlichkeit.

Das Zitat ist nachzulesen in der Ausgabe 11/2009, Seite 62. Das ist übrigens ein schöner Satz. Man sollte ihn sich einrahmen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ein zentrales Anliegen von FDP und CDU ist natürlich die Sicherstellung der Handlungs- und Leis-

tungsfähigkeit der Kommunen – was denn sonst? –, insbesondere mit Blick auf die Folgen der augenblicklichen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Genau dieses Ziel verfolgt auch die neue Bundesregierung. Sie berücksichtigt kommunale Anliegen daher ausdrücklich an mehreren Stellen ihres Koalitionsvertrages. So ist fest verabredet, dass in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden für die Kommunen spürbare Entlastungen durch den Abbau überzogener Standards erreicht werden sollen.

Ein weiteres Beispiel dafür ist die geplante Überprüfung des Zuschusses für Unterkunft und Heizung bei Hartz-IV-Empfängern. Zudem haben FDP und CDU vereinbart, die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken. Hierbei stehen die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – oder Kommunen – im Mittelpunkt des Interesses. Was wir im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II bereits geleistet haben, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Die Auswirkungen des internationalen Finanztsunamis werden nämlich an allen Fronten bekämpft.

Der Koalitionsvertrag schließt an diese Maßnahmen an. Was denn sonst? Zu diesem Zweck sieht die schwarz-gelbe Bundesregierung für die Zeit ab 2011 eine massive Senkung der Einkommensteuer vor. Hierbei handelt es sich um eine Investition. Ich wiederhole: Hierbei handelt es sich um eine Investition, eine Investition in Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum.

Diese Investition wird sich rentieren; denn einerseits wird es durch wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung zu Steuermehreinnahmen kommen.

(Zuruf von der SPD: Das ist Aberglaube! Voodoo!)

Andererseits werden die Aufwendungen für Transferleistungen sinken.

(Zuruf von der SPD: Vielleicht können Sie in Amerika anrufen! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Es ist klar, dass Ihnen das nicht passt. Das verstehe ich; deshalb kommen wir auch von unterschiedlichen Seiten. Das wundert mich gar nicht.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Herr Becker, Sie können sich ja melden oder gleich reden. – Die geplante Entlastung der Bürgerinnen und Bürger wird sich doppelt und dreifach rechnen. Daher ist es gerecht, wenn die hierfür notwendigen Investitionskosten von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragen werden.

Im SPD-Antrag werden die einbrechenden Steuereinnahmen unserer Städte und Gemeinde angesprochen, allen voran die desaströsen Wirkungen des sinkenden Aufkommens aus der Gewerbesteuer als wichtigster Einnahmequelle. Während die

SPD diesen Missstand offensichtlich zementieren und, wie wir eben gehört haben, sogar ausbauen will, arbeitet die schwarz-gelbe Koalition daran, ein neues Fundament für die Gemeindefinanzierung zu bauen.

(Norbert Römer [SPD]: Wann?)

Wir alle wissen seit jeher, dass die Gewerbesteuer das konjunkturanfälligste Element unseres Steuersystems ist und gerade in Krisenzeiten immer wieder neue Löcher in die Gemeindekassen reißt.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Warum geht das nicht in Ihre Köpfe? – Darüber hinaus ist sie bekanntermaßen völlig ungerecht. Dies liegt zum einen daran, dass sie nur von einem Teil der Gewerbetreibenden bezahlt werden muss. Zum anderen führt sie zu regionalen Disparitäten, weil die wirtschaftlichen Tätigkeiten in der Fläche nun einmal ungleich verteilt sind.

Kein Wunder, dass der Gießener Volkswirtschaftsprofessor Wolfgang Scherf, den ich hier ausnahmsweise einmal zitiere, zu dem Schluss kommt:

Die Gewerbesteuer ist eine anerkannt schlechte Steuer und vor allem als Kommunalsteuer in nahezu jeder Hinsicht ungeeignet.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist der letzte FDP-Sachverständige!)

An einer anderen Stelle sagt er – hören Sie zu –:

Die Gewerbesteuer vereint die Merkmale einer schlechten Unternehmensteuer mit denen einer schlechten Gemeindesteuer.

Das kann man besser gar nicht sagen. Nachzulesen in der Ausgabe vom „Wirtschaftsdienst 2002“, Heft 10, Seite 603 bis 608.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aber alles abschließend beerdigt 2003!)

Vor diesem Hintergrund ist es für mich in keiner Weise nachvollziehbar, dass sich die SPD für den Erhalt dieses Missstandes einsetzt, indem sie die geplante Einrichtung einer Kommission zur Überprüfung der Gemeindefinanzierung kritisiert. Denn gerade diese Kommission bietet die Chance, auch im Bund zu erörtern, inwieweit die Gewerbesteuer durch eine gerechtere und stetigere Einnahmequelle ersetzt werden kann.

Wir von der FDP-Landtagsfraktion begrüßen das Vorhaben der Bundesregierung deshalb ausdrücklich. Wir fordern seit Langem den Ersatz dieser beinahe glücksspielartigen Einnahmequelle nach dem Motto „Sprudelt die Quelle, hat man Glück gehabt, sprudelt sie nicht, hat man Pech gehabt“. Wir fordern seit Langem, sie zu ersetzen durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen durch individuelle Hebesätze beeinflussbaren Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Hierdurch ließen sich die kommunalen Einnahmen

nachhaltig absichern. Gleichzeitig bliebe ein wettbewerblicher Spielraum für die individuelle Abgabenhöhe bei den Kommunen natürlich auch erhalten.

Um noch einen letzten Punkt anzusprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die SPD kritisiert in ihrem Antrag das Vorhaben der neuen Bundesregierung, weitere Möglichkeiten zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben zu prüfen. Dazu rufe ich Ihnen zu: Das ist ein originäres Anliegen der FDP; wir unterstützen die Bundesregierung an dieser Stelle uneingeschränkt. Denn schließlich wissen wir nicht erst seit der Privatisierung der Telekommunikation – Stichwort Handys –, dass die Überführung staatlicher Monopole in wettbewerbliche Strukturen zu sinkenden Preisen führt und echte Innovationschübe generiert.

(Bodo Wißen [SPD]: Das hörte sich beim Ministerpräsidenten aber anders an!)

– Hören Sie zu! – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein hervorragendes Beispiel für die kosten-senkende Wirkung von Wettbewerb zum Beispiel in der Entsorgungsbranche bietet aktuell meine Heimatstadt Pulheim. Ich zitiere aus einer Erklärung der Stadtverwaltung, die übrigens in der heutigen Tagespresse nachzulesen ist:

In der Stadt Pulheim werden die Abfallbeseitigungsgebühren ab 01. Januar 2010 um mehr als zehn Prozent gesenkt. ... Ausschlaggebend für die Gebührensenkung ist die in diesem Jahr durchgeführte europaweite Ausschreibung der städtischen Entsorgungsleistungen, die aufgrund des Wettbewerbs zu günstigeren Entgelten führt. Der Vorteil wird zu 100 Prozent an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben.

Besser geht es nicht.

Zum Schluss muss ich noch eine Falschaussage der SPD korrigieren: Eine Gebührenerhöhung durch die steuerliche Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unternehmen im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge wird es mit der neuen Bundesregierung nicht geben. Der Koalitionsvertrag sieht ausdrücklich vor, öffentliche Abgaben wie die Abwasser- und Abfallentsorgung nicht über die bestehenden Regelungen hinaus steuerlich zu belasten. Offensichtlich hat die SPD-Fraktion den Koalitionsvertrag nicht richtig gelesen.

(Bodo Wißen [SPD]: Wie macht sie das denn?)

Sie kurieren an den Symptomen, wir packen das Übel bei der Wurzel. Insofern müssen wir Ihren Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Fraktion der Grünen erhält jetzt das Wort der Abgeordnete Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorgetragene ideologische Märchen des Kollegen Engel stoßen sich bekanntermaßen an der Wirklichkeit. Ich möchte gerne ein besonders hübsches Beispiel direkt zu Anfang meiner Rede nennen. Wir haben nicht nur insgesamt in Nordrhein-Westfalen, sondern gerade auch zum Beispiel im Rhein-Sieg-Kreis, wo wir die Mehrheit zusammen mit der CDU stellen, in diesem Fall aber gemeinsam mit der FDP und der SPD die Abfallwirtschaft rekommunalisiert.

(Beifall von der SPD)

Wir haben das getan, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil es offensichtlich war, dass bei der europaweiten Ausschreibung wegen der oligopolartigen Strukturen in der Abfallwirtschaft die Preise, die wir durch die Ausschreibung erzielen konnten, immer höher waren als die, die wir selbst rekommunalisiert machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Engel, der Rhein-Sieg-Kreis ist ja vom Rhein-Erft-Kreis nicht so weit entfernt. Ich empfehle Ihnen eine kurze Expedition. Sie sollten einmal mit den Kollegen Finke und Lamberty sprechen und nicht immer nur mit Herrn Papke, dann würden Sie sich an der Stelle auch einmal sachkundig machen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die zweite Bemerkung, die ich vorausschicken möchte: Auch Ihre Darstellungen zur Gewerbesteuer – ich will mich nicht ewig damit aufhalten, weil Sie hier wieder eine Ihrer vielen Kommissionen einrichten wollen – sind etwas, was alle kommunalen Kämmerer, und zwar aller Orte, als Drohung begreifen.

(Beifall von der SPD)

Sie ersetzen in der Tat konjunkturabhängige Steuern mit einem Auf und Ab letztlich durch ein Nichts.

(Bodo Wißen [SPD]: Durch ein pauschales Nichts!)

Es hilft natürlich überhaupt nicht, wenn Sie das – Sie sagen, Sie wollten das abschaffen, manchmal sagen Sie auch: ersetzen – durch die Körperschaftsteuer ersetzen und durch die Einkommenssteueranteile und durch die Umsatzsteuer.

Da stellen sich doch folgende Fragen. Fangen wir mit der Körperschaftsteuer an:

Erstens. Ist in Ihrem ideologischen Glauben die Körperschaftsteuer eine konjunkturunabhängige Steuer? – Ich sehe das nicht so. Ich habe das anders erlebt.

Und: Wir haben es – das wurde allerdings schon unter der rot-grünen Regierung begonnen und ging über die letzte schwarz-rote Bundesregierung und wird jetzt noch einmal durch Schwarz-Gelb verschärft, sozusagen wie ein Nachbrenner nach dem Motto: noch mal ganz besonders schnell – damit zu tun, dass in den letzten Jahren die Unternehmenssteuer und die Körperschaftsteuer rapide gesunken sind. Ich würde gerne wissen, wie Sie angesichts des Mangels an Steuereinnahmen in diesem Bereich den Mangel fair verteilen wollen. Ihr Vorhaben „Gewerbsteuer weg, Körperschaftsteuer hin“ – das habe ich gerade versucht darzulegen – ist also sehr unglaubwürdig.

Der nächste Punkt: Umsatzsteuer. Sie sind in den Wahlkampf gezogen mit der Bemerkung – ich meine, zu Recht –, die Große Koalition habe an der Stelle etwas getan, was vorher nicht angekündigt worden sei, und habe die Mehrwertsteuer in der letzten Wahlperiode um 3 % erhöht. Sie haben den Eindruck erweckt, das würde möglicherweise revidiert, wenn in die Regierung kämen.

Nun gut, das hat Ihnen der geringste Teil der Bevölkerung geglaubt. Gleichwohl: Sie haben es nicht gemacht. Sagen Sie uns doch einmal: Wenn Sie das jetzt verteilen wollen, werden Sie dann – das würde ich gerne wissen – die Mehrwertsteuer erhöhen oder nicht? – Wenn Sie etwas an die Kommunen geben wollten, müssten Sie sie erhöhen.

Einkommensteuer! Sie reden von regionalen Disparitäten bei der Gewerbesteuer. Glauben Sie, bei der Einkommensteuer gebe es keine regionalen Disparitäten? – Vergleichen Sie doch einmal zum Beispiel Düsseldorf mit Siegen. Ich kann Ihnen noch mehr solcher Beispiele nennen. Natürlich gibt es regionale Disparitäten. Das lösen Sie doch nicht damit, dass Sie die Gewerbesteuer abschaffen. Dafür müssten Sie andere Mechanismen einführen als die, die Sie vorgeschlagen haben. Dazu kommt von Ihnen aber überhaupt nichts. Das ist nichts als heiße Luft. Genau deswegen haben Sie sich, Herr Löttgen, mit der Kommission zusammen mit der heißen Luft verabschiedet. Ich bin gespannt, was aus der Kommission und vor allen Dingen nach welcher Wahl es herauskommt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt gucken wir uns die kommunale Wirklichkeit in NRW noch einmal ein bisschen genauer an. Ich wiederhole in Stichworten:

In den letzten vier Jahren Ihrer Regierungszeit, Herr Löttgen, hat sich dieses Land von einem kommunalfreundlichen Handeln weit entfernt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben den Kommunen in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen 2 Milliarden € strukturell entzogen,

(Bodo Löttgen [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie haben die Grunderwerbsteueranteile weggenommen, Sie haben die Krankenhausfinanzierung weggenommen, Sie haben den Verbundsatz faktisch um 1,17 Prozentpunkte gesenkt. All das haben Sie gemacht, und Sie haben dafür gesorgt, dass wir jetzt, im Moment bereits bei einem Kassenkreditstand in Nordrhein-Westfalen von 17 Milliarden € stehen.

Zur Erinnerung: Sie haben bei 10,2 Milliarden € angefangen. Die 10,2 Milliarden € kamen in Zeiten extrem schlechter Steuereinnahmen zustande. Sie haben es in Zeiten extrem guter Steuereinnahmen –

(Bodo Wißen [SPD]: So ist das!)

über 8 Milliarden € mehr als früher unter der rot-grünen Koalition – geschafft, in nur dreieinhalb Jahren die kommunalen Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen um 7 Milliarden €, also um 70 %, anschwollen zu lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie steigen zurzeit jedes Vierteljahr um 1 Milliarde € Sie werden im Sommer nächsten Jahres bei 18 bis 20 Milliarden € liegen. Das sage ich Ihnen voraus. Wir werden Sie jeden Monat im nächsten Jahr daran erinnern, was da läuft.

Vor diesem Hintergrund will die Bundesregierung Steuererleichterungen schaffen. Je nachdem, wie man das gegenrechnet – ich nehme jetzt einmal Schäuble –, würden die Vorschläge durch Steuerausfälle unterm Strich zu Mehrbelastungen von rund 7 Milliarden € führen.

Was das für Nordrhein-Westfalen heißt, das können Sie bei allen Kämmerinnen und Kämmerern nachfragen. Sie könnten zu diesem Sachverhalt auch beim Landkreistag nachfragen. Ich nehme bewusst das Beispiel Landkreistag, der ist nämlich absolut CDU-dominiert. Da werden Sie hören, dass das kritisiert wird. Sie werden das übrigens auch im Zusammenhang mit den Änderungen und Neuverhaben bei der ARGE, bei den Optionskommunen hören.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wenn Sie sich mit der Wirklichkeit beschäftigen und nicht alles immer nur durch die ideologische Brille betrachten und sich vielleicht bei den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort an der einen oder anderen Stelle im Land erkundigen, dann würden Sie zu dem Ergebnis kommen, dass das, was Sie machen, kommunalfeindlich ist.

Ich sage Ihnen voraus: Vor dem Hintergrund der von Ihnen so gerühmten Schuldenbremse werden sich Bund und Land bei der verschärften Lage an der Stelle bei den Kommunen schadlos halten. Das ist etwas, was wir nicht wollen. Deswegen werden

wir dem SPD-Antrag im Verlauf der Beratung zustimmen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung spricht als Nächster Herr Minister Dr. Linssen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Es wird keine Belastung geben! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Alles wird gut!)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema, das wir heute beraten, haben wir gestern auch schon besprochen. Man könnte eigentlich sagen: Es ist alles gesagt, aber noch nicht von allen. Ich habe gestern dazu gesprochen. Ich kann einige Punkte gerne wiederholen.

Sie haben heute den gleichen Tenor fortgesetzt wie gestern: Panikmache, Verunglimpfungen, Verbalinjurien noch und noch. Wenn das Ihr Stil ist, machen Sie weiter so. Sie werden es bei der Wahl im Mai noch einmal merken, nachdem Sie von der SPD bei der Bundestagswahl das niedrigste Ergebnis seit Kriegsende eingefahren haben.

(Edgar Moron [SPD]: Sie auch! – Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Wer im Glashaus sitzt!)

Also könnten wir sehr beruhigt weitermachen. Machen Sie in Ihrem Stil weiter! Jeder andere steht bei Ihnen immer unter Ideologieverdacht. Wie oft ich das heute schon von Ihnen gehört habe, auch von Ihnen, Herr Becker: Immer die anderen sind der Ideologie verdächtig, nur Sie nicht. Sie haben die Wahrheit gepachtet. Herzlichen Glückwunsch!

(Horst Becker [GRÜNE]: Nicht die Wahrheit! Aber das Hingucken, das haben Sie schon eingestellt!)

Meine Damen und Herren, wir unterscheiden uns sicherlich generell dadurch – das ist in den Debatten gestern und heute deutlich geworden –, dass wir keine statische Betrachtung vornehmen. Wir wissen, Wirtschaft ist etwas Dynamisches, und wir wollen diesen Wachstumsprozess beschleunigen. Dafür gibt es unterschiedliche Annahmen. Sie setzen nur auf Konjunkturprogramme staatlicher Art. Wir setzen ebenfalls auf Steuersenkungen, aber in einem vertretbaren Maße. Das werden Sie alles auch erfahren.

(Bodo Wißen [SPD]: Mehr war nicht drin!)

Sie spekulieren über das, was 2011 passiert. Sie wissen angeblich alles besser. Gucken Sie nach, was im Koalitionsvertrag steht! Dann werden Sie sehen, dass da steht: Möglichst zum 01.01.2011 wollen wir einen weiteren Schritt tun.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Immer wieder Absichtserklärungen!)

Über das, was jetzt zum 01.01.2010 passiert, haben wir gestern intensiv diskutiert.

Meine Damen und Herren, eines möchte ich doch noch klar sagen: Niemand in dieser Regierungskoalition stellt die Einnahmen der Kommunen infrage. Denen geht es genauso dreckig wie uns. Dem Land geht es eigentlich ein bisschen schlechter.

(Bodo Wißen [SPD]: Sie haben eine Verantwortung!)

Ich habe versucht, Ihnen das vorzurechnen. Es ist völlig klar: Die Kommunen haben sich auch dank der guten Landespolitik seit 2006 besser entwickelt.

(Bodo Wißen [SPD]: Herr Linssen, das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie werden zur Kenntnis genommen haben – bei all Ihren eingehenden Betrachtungen –, dass der kommunale Finanzierungssaldo 2008 mit plus 546 Millionen € positiv war. Auch im Jahre 2007 war er positiv. Das war zu Ihrer Zeit nicht der Fall. Das heißt, die Verelendung der Kommunen, die Sie hier an die Wand malen, war unter Ihrer Ägide natürlich richtig eingetreten.

(Bodo Wißen [SPD]: 1,8 Milliarden €)

Wir haben mit den Kommunen zusammen diesen Trend gestoppt. Jetzt geht es ab 2009 genauso wie beim Land in neue Verschuldung hinein. Das ist mehr als bedauerlich.

Herr Körfges, Sie haben noch einmal die Krankenhausfinanzierung, die Grunderwerbsteuer, all das, was das böse Land den lieben Kommunen weggenommen hat, erwähnt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das wird durch Wiederholungen nicht richtiger!)

Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht: Nachdem die Kommunen 2006 all die Steuern, die Sie ihnen gegeben hatten, wieder zurückzahlen mussten – Sie erinnern sich –, haben wir gesagt: Wir können sie 2006 nicht mehr belasten, die alte Regierung hat sie schon so wahnsinnig belastet. Ab 2007 müssen sie bei steigender Konjunktur und besseren Steuereinnahmen auch einen Solidarbeitrag leisten. – Jawohl, das ist geschehen.

Trotzdem haben die Kommunen im Jahre 2009 den höchsten Betrag in der Geschichte des Landes mit fast 8 Milliarden € aus dem GFG bekommen. Und sie bekommen im Krisenjahr 2010 den zweithöchsten Betrag in der Geschichte des Landes. Ich weiß nicht, in welcher Realität Sie leben.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Zählen Sie auf, was wir Ihnen vorenthalten!)

Sie müssen sich die Zahlen schon genau angucken, meine Damen und Herren.

Ich würde gern etwas zu den Bemühungen der Koalition in Berlin sagen, zu KdU, zu Eingliederungshilfen, dem ganzen Katalog, der natürlich die Kommunen belastet. Herr Körfges, Sie erinnern sich daran, dass wir auch bei Ihrem Kollegen Steinbrück Sturm gelaufen sind. Sie wissen auch, welche Vereinbarungen schon im Jahr 2005 geschlossen worden sind und wie man sich jetzt sklavisch daran hält – natürlich zum Nachteil der Kommunen, denn die Bedarfsgemeinschaften bilden nicht die Realität ab.

Wir werden einen neuen Versuch machen. Deshalb hat Ihnen der Ministerpräsident gestern noch einmal diese Passagen aus dem Koalitionsvertrag vorgelesen, die darauf abzielen, mit der Bundesregierung in einen Dialog einzutreten, um auf diesem Wege die Lage zu verbessern.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Gut, dass wir darüber geredet haben!)

Keiner hat ein größeres Interesse daran, dass dies gelingt, als der Finanzminister dieses Landes. Das, was sich bisher gegen Berlin richtet, weil man bei schwieriger Sozialstruktur in der Vergangenheit zu wenig unterstützt wurde, würde sich verstärkt gegen das Land richten, wenn von dort kein Geld kommt. Das ist ganz natürlich.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Deshalb hat dieser Finanzminister ein besonders großes Interesse daran, dass das, was im Koalitionsvertrag abstrakt verankert worden ist, in konkrete Hilfe umgesetzt wird.

Herr Körfges, Ihre Vorsitzende Frau Kraft ist vor einem halben, dreiviertel Jahr durch die Gegend gezogen und hat am Beispiel von Gelsenkirchen, Recklinghausen und Oberhausen immer wieder erklärt, dass die an den Osten zahlen würden, dass dies nicht mehr so weitergehe und das Geld hier dringender nötig sei. Das ist auf viel Echo gestoßen. Das ist auch sehr einleuchtend. Trotzdem hat sie auf einmal irgendwann die Kampagne beendet. Ich weiß auch, warum. Berlin hat Ihnen gesagt: Wenn du den Solidarpakt bis zum Jahre 2019 in Frage stellst, geht es dir ganz anders, dann werden wir dir etwas anderes erzählen. – Also muss es andere Möglichkeiten geben, um diese nach Himmelsrichtungen verteilten Gelder irgendwie in die schwierigen Gebiete im Westen umzulenken.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben das Ziel also schon aufgegeben!)

Daran werden wir sicherlich arbeiten.

Lassen Sie mich auch ein paar Sätze zur Gewerbesteuer sagen, weil Sie das Thema aufgegriffen haben, Herr Becker. Im Antrag der SPD lese ich, das ganz Schlimme an der Einkommenssituation der Städte und Kommunen sei das Minus von 22 % bei der Gewerbesteuer bis zum September 2009. Das ist richtig, ja. Das müsste Sie doch eigentlich veranlassen, darüber nachzudenken, dass eine solch

volatile Steuer für das gleichmäßige Geschäft der Kommunen mit relativ gleichmäßiger Inanspruchnahme der Finanzen wirklich verändert werden muss.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Steuer ist so volatil, dass sie in den Jahren 2006, 2007 und 2008 rakettenartig gestiegen ist und im Jahr 2009 bis Ende September um 22 % zurückgefallen ist. Es muss Ihnen doch klar sein, dass man eine solche Steuer für das Geschäft der Kommunen eigentlich nicht haben darf. Jeder von uns weiß aber, dass dafür ein vollständiger Ersatz geliefert werden muss. Bitte stellen Sie es nicht infrage! Was Sie hier erzählen, ist gegen jedes bessere Wissen.

Richtig ist: Hätten die Kommunen einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer, würden Sie sicherlich besser fahren, weil es eine im Verlaufe der Jahrzehnte stetig, aber nicht mit enormen Ausschlägen wachsende Steuer ist. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Steuereinnahmen des Landes ansehen, dann sehen Sie genau, dass die Umsatzsteuer sogar in dieser schwierigen Situation die einzig stabile Steuer ist. Die Kommunen würden davon natürlich wesentlich mehr profitieren.

Es ist meines Erachtens möglich – wenn Sie ein bisschen darüber nachdenken –, in solch schwierigen Zeiten über die Gewerbesteuer zu sprechen. Wenn sie in konjunkturell boomenden Zeiten rakettenartig steigt, finden Sie dafür kein Echo. Ich verstehe nicht, warum reflexartig immer dasselbe wie in 2003 behauptet wird, wenn man doch den Zeitablauf sieht und eigentlich klüger geworden sein müsste.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gestatten Sie zwei Zwischenfragen? Die erste wäre von Herr Kollegen Becker.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Minister, vor dem Hintergrund Ihrer gerade gemachten Ausführungen möchte ich Sie gerne fragen: Können Sie uns wenigstens ansatzweise erklären, wie der vollständige Ersatz vor dem Hintergrund aussieht, dass es sich bei der Gewerbesteuer um eine Steuer mit eigenem Hebesatzrecht bei den Kommunen handelt, während alle anderen Steuerzuweisungen und -abtretungen, die Sie bis jetzt genannt haben, immer im Belieben des Bundes und der Länder stünden? – Dies würde meiner Ansicht nach insbesondere vor dem Hintergrund der verfassungsmäßig eingeführten Schuldenbremse dazu führen, dass diese Zu-

weisungen immer zulasten der Kommunen reduziert würden.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Becker, wenn feste Sätze vereinbart sind, wurden diese bisher auch nicht in Frage gestellt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Doch, davon kenne ich mehrere!)

– Nein. Bei der Umsatzsteuer ist die Verteilung so: Wir verhandeln jetzt zum Beispiel wieder, um eine Kindergeldregelung hinzubekommen, über Festbeträge oder Umsatzsteuerpunkte. Sie wissen, dass jeder Bundesfinanzminister ungern Umsatzsteuerpunkte abgibt, weil er von der Dynamik selber profitieren möchte. Schlechtestenfalls wird es aus meiner Sicht also auf Festbeträge hinauslaufen.

Wenn es vereinbart wird, ist es vereinbart und wird nicht entgegen der Vereinbarung infrage gestellt. Bezüglich der Umsatzsteuer kann ich die Frage so klären.

Zuschläge bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sind meines Erachtens auch ein Mittel. Herr Körfges, ich glaube, Sie hatten die Ungleichheit der Lebensverhältnisse angesprochen. Sie ist jetzt in hohem Maße gegeben. Vergleichen Sie Düsseldorf mit Oberhausen, dann wissen Sie, was los ist. Das ist natürlich immer ein Verdienst des jeweiligen Bürgermeisters oder eben die schlechte Leistung des jeweiligen Bürgermeisters, völlig klar.

(Bodo Wißen [SPD]: Soweit ich weiß, war Herr Wittke mal in Gelsenkirchen Bürgermeister!)

Sie würden sicherlich nicht diese wahnsinnig große Ungleichheit haben, wenn Sie mit Zuschlägen bei Körperschaft- und Einkommensteuer arbeiten würden. Herr Becker, lassen Sie uns wenigstens einmal darüber nachdenken! Es könnte die Situation der Kommunen verstetigen und darum – meine ich – auch verbessern.

In ihrem Antrag wird beklagt, dass die Gewerbesteuereinnahmen um 22 % gesunken sind. Gleichzeitig wird dagegen gewettert, dass jemand darüber nachdenkt, ob wir bei der Gewerbesteuer und der Ausstattung der Kommunen irgendetwas ändern können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, es gibt noch eine zweite Zwischenfrage.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gehen Sie bitte davon aus, dass wir den Versuch machen – dafür wurde auch eine Kommission eingesetzt –, mit den Kommunen in ein Boot zu kommen. Wir müssen es mit ihnen gemeinsam lösen. Natürlich wollen wir es nicht gegen die Kommunen durchsetzen. Das ist schon im Jahr 2003 gescheitert, weil

man annahm, ein Konjunkturaufschwung kommt, und dann kann man schlecht darüber reden. Aber vielleicht kann man jetzt darüber reden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Nehmen wir die zweite Zwischenfrage auch noch?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie sind einverstanden. – Bitte schön, Herr Kollege Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Linssen, dankenswerterweise haben Sie gerade zugegeben, dass diese Diskussion zuletzt – es ist ja nicht das einzige Mal gewesen, dass über diese ideologischen Vorstellungen der FDP diskutiert worden ist – im Jahr 2003 unter anderem daran gescheitert ist, dass man auf der Seite der Kommunen keinen vollständigen Ersatz gesehen hat.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen folgende Frage stellen: Sie haben eben ja sehr deutlich gemacht, dass die Gewerbesteuer eine volatile Steuer ist, also Aufschläge nach oben und nach unten aufweist. Dem widerspricht auch niemand. Wäre es, weil alle diese Gespräche längst gescheitert sind und alle Sachverständigen sich längst dagegen entschieden haben, die Diskussion über einen solchen Reformprozess, wie er schon im Jahr 2003 gescheitert ist, wieder einleiten zu wollen, vor dem Hintergrund dieser Ausschläge nicht besser, diese Diskussion in Kenntnis der alten Ergebnisse nicht noch einmal zu führen, weil dabei ohnehin nichts herauskommt, sondern stattdessen das Richtige zu tun, nämlich die Gewerbesteuer konjunkturunabhängiger zu gestalten?

Denn Sie wissen sehr genau, Herr Finanzminister, dass diese Steuer erst im letzten Jahrzehnt konjunkturabhängiger gemacht worden ist. Das ist die Frage. Geht es dann nicht darum, die Gewerbesteuer – mit den Elementen, die Sie rausgekegelt haben, insbesondere die CDU auf Bundesebene – wirklich konjunkturunabhängiger zu gestalten?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Groth, zunächst muss ich Ihnen antworten, dass längst nicht alle Sachverständigen Ihrer Meinung sind. Vielmehr gab es im Jahr 2003 ein ganz kontroverses Bild. Nur weil die Kommunen nicht zugestimmt haben, haben wir es so gemacht. Ich würde sogar fast sagen: Die Mehrzahl der Sachverständigen ist für eine Änderung.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ach!)

– Natürlich, Herr Groth. Wenn Sie einmal in die Annalen schauen, werden Sie sehen, wie die Sachverständigen sich artikuliert haben.

Dann haben Sie gefragt, ob man dieses – aus meiner Sicht nicht auf Dauer geeignete – Instrument nicht so verstetigen könnte, dass man eine kontinuierliche Einnahme hat.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das war ein Vorschlag der Sachverständigen!)

Dies würde bedingen, dass man noch mehr ertrag-sunabhängige Elemente in die Gewerbesteuer hineinnimmt. Da sage ich Ihnen ganz klar: So etwas ist mit mir nie zu machen. Das würde die Firmen nämlich sofort zum Exitus bringen.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Überlegen Sie doch einmal, wie das heute ist. Deshalb hat Herr Steinbrück auch zu Recht eingesehen, dass wir zumindest für zwei Jahre darauf verzichten müssen, zum Beispiel die Zinsschrankenmodelle so wie bisher fortzuführen. Die jetzige Koalition hat sich dafür entschieden, es auf Dauer abzuschaffen. Denn was heißt das denn? In so schwierigen Zeiten wie heute sind Betriebe, die kein Geld verdienen und Verluste machen, dennoch dazu verurteilt, Gewerbesteuer zu zahlen. Damit wird die Liquidität der Firmen dermaßen geschädigt, dass Arbeitsplätze vernichtet werden! Deshalb ist dies kein Weg, lieber Herr Groth.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen – ich wiederhole das, was ich schon gestern gesagt habe – in den Jahren 2009 und 2010 versuchen, mit allen möglichen Elementen, die auch zu höherer Verschuldung führen, das zarte Pflänzchen Konjunktur am Leben zu erhalten und die Konjunktur zu stärken; denn – das haben die Jahre 2006 bis 2008 gezeigt – wenn Sie ein anständiges Wachstum haben, erzielen Sie ordentliche Steuereinnahmen und können sich auch vieles leisten, was Sie sich vorher nicht leisten konnten.

Das Verheerendste wäre es, wenn Sie aufgrund Ihrer statischen Sicht jetzt so weitermachen wie bisher. Das würde auch nicht zum politischen Erfolg für Sie führen; dessen bin ich mir sehr sicher. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Linssen. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Wißen.

Bodo Wißen (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Löttgen, Sie haben nach unseren Kon-

zepten gefragt. Thema dieses Tagesordnungspunkts ist natürlich der Koalitionsvertrag im Bund, aber auch die Kommunalpolitik dieser Landesregierung. Da Sie auch von Kriegsromanen gesprochen haben, ist mir sofort „Krieg und Frieden“ eingefallen. Das ist allerdings eher ein Liebesroman. Im Zusammenhang mit Ihrer Frage nach Konzepten der SPD habe ich dann aber gedacht, dass wir daran erinnern müssen: Den wahren Liebesroman vom Land zu den Kommunen hat die SPD geschrieben,

(Lachen von der CDU – Rainer Lux [CDU]: Roman! – Der Redner hält eine Unterlage hoch.)

und zwar mit dieser Broschüre mit dem Titel „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Sie stellt die Situation der Kommunen hervorragend dar. Damit möchten wir ein Konjunkturprogramm für Kommunen auflegen und den arg gebeutelten Kommunen in diesem Land ein Sofortprogramm bieten; denn von Luftnummern haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen als dem größten Bundesland wahrlich nichts.

Der wahre Kriegsroman bzw. die wahre Kriegserklärung ist der Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Dabei handelt es sich nämlich um eine Kriegserklärung von CDU und FDP an die Kommunen in Deutschland und insbesondere an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eigentlich müssten Sie Sachwalter der Interessen der Kommunen sein. So sieht es die Verfassung vor. So hat es die Föderalismuskommission auch noch einmal festgestellt. Sie, das Land und die Landesregierung, haben die Verantwortung für die Kommunen. Ich sage Ihnen: Sie handeln verantwortungslos. Eigentlich müsste man Ihnen deshalb das verfassungsrechtlich garantierte Sorgerecht für die Kommunen sofort entziehen. Ich prophezeie Ihnen auch, dass das spätestens im Mai 2010 geschehen wird.

Wenn der hier auf Landesebene stattfindende schwarz-gelbe Regierungsmurks als Blaupause für den Bund dienen soll, dann gute Nacht! Das sagen nicht nur wir als Opposition, sondern bis hin zum Landkreistag – da hat der Kollege Becker vollkommen recht; ich bin dort Mitglied des Präsidiums – ganz viele Beteiligte.

Zudem gibt es viel Ungefähres. Wir hören hier immer nur von irgendwelchen Luftschlössern: Man könnte, man sollte, man hätte. – Nein, die Kommunen verzeichnen jetzt den Einbruch bei der Gewerbesteuer. Sie haben heute die Finanznot. Sie haben die nie gekannten riesigen Kommunalkredite im Umfang von 17, 18 Milliarden € vor der Brust. Sie sind in ihrer kommunalen Handlungsfähigkeit eingeschränkt.

Deswegen ist ganz Schlimmes zu befürchten, wenn man die NRW-Landesregierung tatsächlich auch noch als Blaupause für den Bund sieht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen – durchaus ein bisschen politiktheoretisch –, dass das für die politische Kultur im Land schlecht ist; denn die Bürgerinnen und Bürger sehen in der Kommune die erste politische Ebene, die unmittelbarste politische Ebene. Die ist ganz wichtig für die. Deswegen müssen wir dazu kommen, dass wir die Kommunen stärken und nicht etwa schwächen. Gerade in Zeiten des Einbruchs, gerade in Zeiten, in denen die Gewerbesteuer wegbricht, in der die Handlungsfähigkeit der Kommunen wegbricht, müssen wir die Kommunen stärken und nicht schwächen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Wie machen wir denn das?)

So muss kommunale Selbstverwaltung gehen, wie schon Freiherr vom Stein sie sich vorgestellt hat. Sie führen diesen aber ad absurdum, indem Sie die Kommunen regelrecht würgen, regelrecht auspressen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Sie sprechen von Zuweisungen. Das kann alles sein. – Das ist übrigens kein Geschenk von der Landesregierung; das muss man einmal feststellen. Es ist kein Geschenk, sondern es ist ein Anspruch. – Sie sprechen aber nicht von den höheren Belastungen. Wir sind bei etwa 2 Milliarden €, die Sie den Kommunen mittlerweile vorenthalten. Und das steigt immer mehr an.

Gerade Sie von der CDU haben ja oft auch noch politische Mandate in der Kommune. Es ist schon ein bisschen schizophran, wie Sie dort reden und wie Sie hier im Landtag handeln. Das ist kaum weiter auszuhalten.

(Beifall von der SPD)

Ich bin bald vom Stuhl gefallen – aber von diesen Stühlen kann man ja nicht fallen –, als ich gestern den Ministerpräsidenten gehört habe, Dr. Jürgen Rüttgers, wie er sich hier geradezu als Retter der Kommunalwirtschaft aufgespielt hat.

(Bodo Löttgen [CDU]: So ist das!)

Da bin ich wirklich bald vom Stuhl gefallen. Aber noch einmal: Das geht da ja nicht. Das ist schlichtweg eine Frechheit: § 107 so zu ändern, dass die Kommunalwirtschaft in NRW große Probleme hat,

(Bodo Löttgen [CDU]: Wo denn?)

dass Arbeitsplätze gefährdet werden,

(Christian Weisbrich [CDU]: Wo denn?)

dass Ausbildungsplätze gefährdet werden, dass bestimmte Projekte überhaupt nicht angedacht werden, weil man die Schere des § 107 im Kopf hat –

und sich dann hier als Retter der Kommunalwirtschaft aufzuspielen. Das ist unredlich.

(Beifall von der SPD)

Ich nenne weitere Hindernisse: Hafensicherheitsgesetz, Verkauf von LEG-Wohnungen – da durfte die Neusser Wohnungsbaugesellschaft übrigens nicht mitbieten; aber irgendeiner Heuschrecke, von der Sie heute nicht wissen, wer das eigentlich ist, haben Sie 90.000 Wohnungen an die Hand gegeben; das ist unglaublich! –,

(Beifall von der SPD)

Kürzungen und Preissteigerungen bei Bussen und Bahnen, Schließung von Arbeitslosenzentren, Verlagerung von Aufgaben an die Kommunen ohne finanzielle Kompensation und natürlich der wenn auch immerhin ein bisschen vereitelte Anschlag auf die Sparkassen. Diese kommunalfeindliche Politik werden die Menschen in diesem Lande Ihnen nicht vergessen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, ich will Sie darauf hinweisen, dass Sie schon vor einer ganzen Zeit am Schluss Ihrer Redezeit angelangt sind. Ich mache Ihnen ein Angebot: Es gibt noch eine Zwischenfrage. Wenn Sie die zulassen wollen, können wir das jetzt noch einbauen.

Bodo Wißen (SPD): Ja, dann bauen wir das schnell ein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Wir stoppen die Zeit, und Herr Weisbrich darf die Frage stellen. Bitte schön, Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Kollege, Sie scheinen sich in der Kommunalwirtschaft ja sehr gut auszukennen. Können Sie mir ein Stadtwerk nennen, das Arbeitsplätze wegen § 107 abbauen musste? Sind Sie sicher, dass so etwas vorgekommen ist?

Bodo Wißen (SPD): Herr Kollege Weisbrich, Sie waren bei den Anhörungen dabei oder haben sie zumindest nachlesen können, sodass Sie wissen, dass – wie ich schon sagte – die Möglichkeiten von Kommunen, sich zu engagieren, absolut eingeschränkt werden. Das fängt schon mit einer Schere im Kopf an. Man begibt sich in bestimmte Gebiete einfach nicht mehr hinein, weil man Angst hat, dass man Probleme mit § 107 bekommt. Das ist eine Tatsache, die Sie zu verantworten haben.

(Zurufe von Bodo Löttgen und Christian Weisbrich [CDU])

Ich darf mir noch einen kurzen Hinweis gestatten. Ich habe gedacht, das mit den Steuersenkungspro-

grammen von CDU und FDP auf Bundesebene kann eigentlich gar nicht so sein:

(Horst Engel [FDP]: Doch! Das ist so!)

den Reichen etwas schenken und die Armen, vor allem die armen Kommunen, benachteiligen. Da wird Herr Dr. Linssen sicherlich einschreiten. Er wird sicherlich ein Veto dagegen einlegen, wozu er als Finanzminister ja das Recht hat. Er wird sich sicherlich der Meinung des saarländischen Ministerpräsidenten Müller anschließen, oder er wird sich sicherlich der Meinung von Ole von Beust anschließen.

All das ist aber nicht passiert. „Sag mal besser nichts“ hat Hanns-Dieter Hüsich gesagt. Auf den Niederrheiner Dr. Linssen trifft das auch zu. Ich finde das schade, denn damit hat er nun wirklich die Mär vom eisernen Helmut verspielt.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen, für die ausführliche Antwort auf die Frage. – Damit kommen wir zum nächsten Redner. Für die CDU spricht nun Herr Kollege Lux.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wißen, lassen Sie mich mit Ihnen anfangen, der Sie hier so stolz Ihr Druckwerk vorgestellt und das als Liebesroman der SPD an die Kommunen dargestellt haben. Dazu nur zwei Anmerkungen.

Erstens. Sie haben völlig recht: Es ist ein Roman. Ein Roman ist immer eine erfundene Geschichte. Da stellt sich jemand Wirklichkeiten vor, wie sie gar nicht vorkommen.

Zweitens. Sie sollten dazusagen, dass im Untertitel dieses Liebesromans steht, dass es der größte Verschuldenspakt für dieses Land ist.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Denn das Land würde fürchterlich in weitere Schulden hineinrutschen, wenn nur annähernd realisiert würde, was Sie den Kommunen hier auf Kosten des Landes versprechen. – Aber das nur zum Eingang.

(Beifall von der CDU – Ewald Groth [GRÜNE]: Sie müssen nur zurückgeben, was Sie denen alles weggenommen haben!)

Meine Damen und Herren, wenn man den Antrag isoliert betrachtet, dann könnte man meinen: Okay, der hat seinen Platz nach dem Start einer neuen Bundesregierung. Das sind Rituale, die stattfinden. – Erlauben Sie mir, das zu sagen- ich bin seit 1995 in diesem Haus, ich gehörte zehn Jahre einer Oppositionsfraktion an –: Da gibt es Rituale, wenn eine neue Regierung gebildet wird, wenn es Koalitionsverträge gibt, dass man in bestimmten Rollen zu diesen Veränderungen Stellung nimmt. Das ist völlig normal.

Man könnte also sagen: Vor diesem Hintergrund betrachten wir diesen Antrag.

Aber dass Sie den Antrag nach der gestrigen Lehrstunde aufrechterhalten haben, die Sie bei den ersten beiden Tagesordnungspunkten erhalten haben, macht deutlich, dass Sie absolut lernunfähig sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Gestern ist Ihnen eigentlich alles zu dem heutigen Antrag bereits gesagt worden.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Es ist aufgezeigt worden, wie weit Sie an der Wirklichkeit vorbeischnappen und wie Sie hier Behauptungen aufstellen, offensichtlich ohne die entsprechenden Passagen des neuen Koalitionsvertrages gelesen zu haben. Ich hätte mich an Ihrer Stelle dermaßen geschämt, dass ich diesen Tagesordnungspunkt heute ganz verschämt zurückgezogen hätte.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber Sie wollen das nicht.

Diese Rituale kommen mir vor wie die beiden Freunde, der eine Anhänger von Borussia Dortmund, der andere von Schalke 04, die sich zusammen auf eine Tribüne setzen und ein Fußballspiel angucken. Wenn die beiden sich nach Ende des Spiels unterhalten, dann glaubt man nicht, dass beide dasselbe Spiel gesehen haben: Der eine beurteilt den Schiedsrichter so, der andere so. Sie glauben nicht, dass die beiden nebeneinander im selben Stadion gesessen haben.

So ähnlich ist das, wenn man die Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen betrachtet. Sie auf Ihrer Seite sehen das völlig anders als wir auf unserer Seite. Das ist völlig normal und in Ordnung.

Nur, dass Sie heute wieder anfangen, die gleichen unsinnigen Behauptungen aufzustellen, die bereits gestern durch den Ministerpräsidenten und durch den Finanzminister sehr deutlich widerlegt worden sind, das macht mich betroffen über so viel Realitätsverlust. So viel Realitätsverlust und die Ernsthaftigkeit, mit der Sie hier offensichtlich antreten, machen mich betroffen. Ich will nur auf zwei Beispiele eingehen.

Sie beklagen den Einbruch der Gewerbesteuerentnahmen und unterstellen dann einfach, weil es Ihnen gerade passt: Die Koalitionsfraktionen sind für eine ersatzlose Streichung der Gewerbesteuer. – Das nimmt Ihnen doch keiner mehr ab. Herr Körfges, seit vier Jahre unterhalten wir uns über dieses Thema, und immer wieder geben Sie sich als Engel der Apokalypse. Sobald irgendeine Entwicklung einsetzt – sei es im Hinblick auf das Sparkassenrecht, die Gemeindeordnung oder das Kommunalwahlrecht –, predigen Sie den Untergang des Abendlandes. Sie sagen, dieses Land würde den Bach runtergehen und es sei alles zu Ende, bevor

die Reformen überhaupt eingeleitet, wenn sie nur angedacht sind; Herr Löttgen hat das schon beschrieben.

Sie haben nicht daraus gelernt. Ich könnte Ihnen alle Passagen aus den Plenarprotokollen vorlesen, in denen Sie den Untergang des Abendlandes prophezeit haben, in denen Sie gesagt haben: Sie werden die Quittung dafür bekommen. Bei der Kommunalwahl und der Bundestagswahl werden Sie abstürzen. Da wird Ihnen der Wähler die Quittung erteilen. – Ich weiß, wer bei den Kommunalwahlen und wer vor allen Dingen bei der Bundestagswahl die Quittung bekommen hat. So wird es mit Ihnen weitergehen, weil Sie realitätsorientierte, am Bürger orientierte Politik durch wilde Gerüchte ersetzen, bei denen der Bürger sofort merkt, dass sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

Ich empfehle Ihnen dringend, sich endlich wieder einen normalen und realistischen Politikstil anzuewöhnen. Dann könnten wir uns hier nicht nur besser unterhalten, sondern dann hätten Sie auch draußen wieder eine Chance, vom Bürger ernst genommen zu werden. So funktioniert das nicht!

Ich bin es leid, immer über die von Ihnen hingehaltenen Stöckchen springen zu sollen, weshalb ich noch ein zweites Beispiel nennen will. Herr Linssen und der Ministerpräsident haben Ihnen gestern deutlich vorgetragen, wie es sich mit der Gebührenerhöhung bei den öffentlichen Maßnahmen der Daseinsvorsorge – Müllabfuhr, Wasserversorgung usw. – infolge des Koalitionsvertrags verhält. Im Koalitionsvertrag steht ganz deutlich, dass diese Maßnahmen nicht über bestehende Regelungen hinaus steuerlich belastet werden sollen; das ist verbindlich geregelt. Ich weiß gar nicht, wie Sie dazu kommen, heute wieder jedem weismachen zu wollen, alles würde teurer, weil der Koalitionsvertrag das so vorsieht.

Bevor Sie sich auf eine solche Diskussion hier lange vorbereiten und bevor Sie unsere Zeit stehlen, sollten Sie sich den Koalitionsvertrag in Ruhe durchlesen und analysieren. Wenn die Kommissionen ihre Arbeit beendet haben, können Sie sich noch einmal zu dem Thema äußern. Davon können wir alle profitieren. – Ich bedanke mich.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Für die Grünen hat sich noch einmal Herr Kollege Becker zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lux, es ist so eine Sache mit dem ruhigen Durchlesen. Es ist vor allen Dingen so eine Sache mit dem richtigen Hinhören und Zuhören, Herr Kollege. Erstens hat

das DIW Ihren Koalitionsvertrag durchgelesen und festgestellt, dass der Glaube, dass die Steuereinnahmen zu Konjunkturwachstum und Steuermehreinnahmen führen würden, falsch ist.

Zweitens hat Herr Walter von der Deutschen Bank das Gleiche gesagt.

Drittens hat Herr Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund darauf hingewiesen, dass die Städte und Gemeinden bundesweit erheblich unter Ihren Steuerplänen leiden werden.

Viertens hat der Ihnen wohlbekannte Herr Reck – bis vor Kurzem war er Generalsekretär der CDU – für den Verband kommunaler Unternehmen darauf hingewiesen, dass Ihre Steuerpläne für die kommunalen Unternehmen und die Gebühren, welche die Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssen, bedenklich sind.

Das waren übrigens alles CDU-Leute, die ich gerade genannt habe.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Fünftens möchte ich mit einem Zitat enden. Herr Kirsch, Ihnen ebenfalls wohlbekannt, Landesdirektor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, seines Zeichens auch Christdemokrat, sagte vor Kurzem – das steht heute in der Zeitung –:

Die meisten Kommunen pfeifen selbst auf dem letzten Loch. Sinkende Steuereinnahmen, wie von der Regierung in Aussicht gestellt, würden der kommunalen Familie den Boden unter den Füßen wegziehen.

Ich stelle fest: Sie lesen nicht nur nicht, Sie hören auch nicht hin, wenn Ihre Parteifreunde sprechen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Die Koalition der Unbelehrbaren!)

– Nein, jetzt spricht der fraktionslose Kollege Sagel. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Genau, der fraktionslose Kollege Sagel für Die Linke.

(Angela Freimuth [FDP]: Wer ist das?)

– Haben Sie etwas mit den Ohren, Frau Kollegin? Dann sollten Sie zum Arzt gehen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Ritualisierte Politik hin oder her. Fakt ist jedenfalls, dass Sie Ihre Politik auf Pump finanzieren.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Ich kann Sie nicht verstehen. Sie müssen lauter sprechen oder eine Zwischenfrage stellen. Was Sie hier von sich geben, ist Kokolores.

Sie machen eine Politik auf Pump; das ist die Realität. Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist miserabel. Es ist schon gesagt worden, dass die Kassenkredite dramatisch von 10,2 Milliarden auf über 17 Milliarden € gestiegen sind und dramatisch weiter steigen. Weil Sie immer von sich geben, dass alles, was die Opposition sagt, Unsinn sei, will ich einmal die Presse sprechen lassen.

Zum Beispiel in der „WAZ“ heißt es:

Für die Städte in NRW wird es mit Schwarz-Gelb dramatisch

Zu den Verlierern könnten vor allem finanzschwache Kommunen und das Ruhrgebiet gehören.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schreibt in einer Pressemitteilung vom 27. Oktober 2009:

Wie im Wahlprogramm insbesondere der FDP angekündigt setzt die Koalition auf steuerliche Entlastungen und hofft dadurch den Weg zu mehr Wirtschaftswachstum zu finden. Wenn alle angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden ..., würde dies zu einem Entlastungsvolumen von jährlich 24 Mrd. Euro führen. Dies würde allein bei den Kommunen mit einem Einnahmeverlust von jährlich 3,6 Mrd. Euro zu Buche schlagen.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage der Städte und Gemeinden, die im Jahre 2010 voraussichtlich mit einem Defizit von über 11 Mrd. Euro abschließen werden, sind derartige Entlastungen abzulehnen. Die Kommunen befinden sich aufgrund der wegbrechenden Einnahmen und steigenden Ausgaben in der schwierigen Situation, dass alle Aufgaben auf den Prüfstand müssen.

Fakt ist, dass die neue CDU/CSU/FDP-Bundesregierung die soziale Benachteiligung weiter vergrößert und eine brutale Schuldenpolitik, auch zulasten der Kommunen, macht. Dies wendet sich vor allem gegen die Menschen, die in diesen Kommunen leben. Davon habe ich heute überhaupt noch kein Wort gehört, dass es Betroffene dieser Politik gibt. Es gibt soziale Verwerfungen. Normalverdienende, Geringverdienende, Rentnerinnen und Rentner sowie Beziehende von Sozialleistungen werden diese Politik, die Sie vor allem für die Leute machen, die sowieso schon zu den Besserverdienenden in diesem Land gehören, zu bezahlen haben. Die schwarz-gelbe Bundesregierung macht damit dasselbe, was in NRW getan wird: eine Rekordverschuldung mit Milliardensummen, die jedes Jahr im Haushalt stehen.

Vor dem interessanten Hintergrund, dass Herr Minister Linssen gestern von sich gegeben hat, hier

gebe es keine Erhöhung der Nettoneuverschuldung, fragt man sich natürlich: Warum nicht? Ist es die von den anderen Oppositionsparteien genannte Mehrwertsteuererhöhung, oder gibt es vielleicht hier in Nordrhein-Westfalen einen Schattenhaushalt, den man auf Bundesebene auch schon vorhatte? Das ist sehr interessant.

Als Linke kann ich nur feststellen: Statt Millionärssteuer Börsenumsatzsteuer, Vermögensteuer oder auch höhere Spitzensteuersätze sollen Vermögende sogar noch profitieren.

Es wird dramatische Zustände für die Kommunen in NRW und im Jahr 2010 eine Rekordneuverschuldung von weit über 7 Milliarden € für das Land geben, verbunden mit einer massiven sozialen Benachteiligung für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Die Kommunen werden weiter in eine dramatische finanzielle Schieflage kommen, und ich gehe davon aus, dass die 885 Millionen €, die Herr Linssen angekündigt hat, weit übertroffen werden. Die Umverteilung von unten nach oben wird fortgesetzt. Das heißt, die Besserverdienenden erhalten weiterhin Steuergeschenke. Diejenigen, die im unteren Einkommensniveau liegen, ...

(Minister Dr. Helmut Linssen: Beweisen Sie es doch mal!)

– Ach, Herr Linssen, Beweise. Das ist die Realität. Gehen Sie mal ins Land hinaus! Sitzen Sie nicht nur im Landtag und in Ihrer Regierung! Gehen Sie mal in die Kommunen! Fahren Sie mal in den Emscher-Lippe-Raum! Schauen Sie sich mal an, unter welchen katastrophalen Bedingungen die Leute dort leben! Das ist die Realität hier im Land, Herr Linssen. Sie schweben doch im Wolkenkuckucksheim.

Hier wird eine eiskalte und zynische Politik gegen die Menschen in Nordrhein-Westfalen gemacht. Die sozial Benachteiligten müssen diese Politik auslöfen. Das ist die Situation; das ist die Politik, die hier gemacht und jetzt vonseiten der Bundesregierung fortgesetzt wird. Das werden wir im nächsten Jahr noch dramatischer erleben als in diesem Jahr. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/10021 an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu:

3 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10027

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute berät der Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Transparenzgesetz. Dieser Entwurf basiert auf einem breiten politischen Konsens; daran darf ich ausdrücklich erinnern.

Worum geht es? – Öffentliche Unternehmen wie Stadtwerke, Universitätskliniken oder auch Sparkassen und Landesbanken stehen besonders im Blickpunkt der Bürger, weil sie sich entweder aus Steuergeldern finanzieren oder die Bürger letztlich das unternehmerische Risiko tragen. Ist aber die unternehmerische Betätigung mit dem finanziellen Engagement bzw. Risiko einer staatlichen Ebene verflochten, ist es nur recht und billig, für Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Gelder zu sorgen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD] und Ewald Groth [GRÜNE])

Die Allgemeinheit hat einen berechtigten Anspruch darauf zu erfahren, wofür die öffentlichen Mittel eingesetzt werden.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Dies gilt vor allem auch für die Frage, welche Vergütungen Vorstände und Geschäftsführungen, aber auch Mitglieder von Aufsichtsgremien in öffentlichen Unternehmen für ihre Tätigkeit erhalten.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Derzeit besteht in Nordrhein-Westfalen für öffentlich-rechtliche Unternehmen – hierunter verstehe ich unternehmerisch tätige rechtsfähige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts – überwiegend keine Verpflichtung, die Vergütungen der Mitglieder ihrer Leitungsebenen und Aufsichtsgremien individualisiert auszuweisen. Entsprechendes gilt auch für privatrechtliche Gesellschaften, an denen das Land oder Gemeinden beteiligt sind. Sonderregelungen gelten für börsennotierte Aktiengesellschaften.

Mit dem Gesetzentwurf soll der Transparenzgedanke bei öffentlichen Unternehmen möglichst praxisgerecht und mit Augenmaß umgesetzt werden.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Dabei zieht insbesondere die bundesverfassungsrechtliche Kompetenzverteilung der Regelungsbezugnis des Landesgesetzgebers enge Grenzen. Damit der Spagat gelingt, einerseits die Gesetzgebungskompetenz des Landes weitgehend auszuschöpfen, andererseits aber auch die Systematik von Landeshaushaltsrecht und Gemeindegewirtschaftsrecht zu wahren, sieht der Gesetzentwurf differenzierte Regelungen auf Landes- und kommunaler Ebene vor. Dabei kann die Eingriffstiefe dieser Regelungen – je nach Normadressat und Regelungsgegenstand – durchaus variieren.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Transparenzgesetzes nimmt Nordrhein-Westfalen bundesweit eine Vorreiterrolle ein. – Ich vermisste den Applaus des Kollegen Groth.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD] und Ewald Groth [GRÜNE])

Alle öffentlich-rechtlichen Organisationsformen wie Anstalten des öffentlichen Rechts oder auch Landesbetriebe, die unternehmerisch tätig sind, sind zukünftig gesetzlich verpflichtet, die Bezüge von Geschäftsführern und Aufsichtsräten individuell zu veröffentlichen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Guter Gesetzentwurf!)

Bei öffentlich-rechtlichen Organisationsformen hat das Land grundsätzlich die Gesetzgebungskompetenz, die Veröffentlichung anzuweisen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Richtig!)

Bei privatrechtlichen Organisationsformen, also GmbHs oder Aktiengesellschaften, hat das Land keinen gesetzlichen Einfluss auf das Unternehmen. Gleichwohl ist das legitime Transparenzinteresse der Öffentlichkeit auch hier gegeben, soweit eine hinreichende Beteiligung der öffentlichen Hand gegeben ist.

Das Land nutzt daher seine Gesetzgebungskompetenz bezüglich der hinter dem Unternehmen stehenden Gesellschaften. Deswegen werden diese gesetzlich verpflichtet, auf eine Veröffentlichung der Bezüge hinzuwirken.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Jawohl!)

Verfügen das Land und/oder die Kommunen in dem jeweiligen Unternehmen über eine beherrschende Stellung, verdichtet sich die Hinwirkungspflicht faktisch zu einer Anpassungspflicht.

Bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, also bei Sparkassen oder der NRW.BANK, auf die das private Wirtschaftsrecht des Bundes teilweise Anwendung findet, ist der Vorrang des Bundesrechts zu beachten. So normiert beispielsweise § 340 a HGB, dass die handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Kreditinstitute unabhängig von ihrer

organisatorischen Ausgestaltung Anwendung finden. Der Bund hat mithin abschließend unternehmensbezogene Rechnungslegungsvorschriften für Kreditinstitute geschaffen. Deshalb erstreckt sich die Gesetzgebungskompetenz des Landes auch hier ausschließlich auf die hinter dem Unternehmen stehenden Gesellschafter bzw. Träger.

Meine Damen und Herren, anknüpfend an die jeweilige Organisationsform statuiert das Transparenzgesetz deshalb bei einer mehrheitlichen mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligung die Verpflichtung des Unternehmens zur individualisierten Veröffentlichung bzw. eine Hinwirkungspflicht für die hinter dem Unternehmen stehenden Gesellschafter oder Träger. Hält das Land lediglich eine Minderheitsbeteiligung in Höhe von mindestens 25 %, soll es auf die individualisierte Veröffentlichung hinwirken. In diesen Fällen liegt die Pflicht zur Hinwirkung im sogenannten intendierten Ermessen der jeweils entsandten oder gewählten Mitglieder des Landes in den Gremien der öffentlichen Unternehmen.

Meine Damen und Herren, neben der individualisierten Veröffentlichung der Vorstandsgehälter werden zukünftig auch die Vergütungen für die Aufsichtsräte individualisiert veröffentlicht.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sehr gut!)

Das Transparenzgesetz geht aber noch einige Schritte weiter. So umfasst der Gesetzentwurf auch Regelungen für Beraterverträge von Mitgliedern in Aufsichtsgremien.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese bedürfen zum Beispiel bei Sparkassen zukünftig der Zustimmungspflicht des gesamten Verwaltungsrates. Bei Konzernsachverhalten, also Verträgen mit Tochtergesellschaften,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Schon gut, aber nicht gut genug!)

wird eine Anzeigepflicht statuiert. Das Land schafft zudem für seine Unternehmen die Verpflichtung, Beraterverträge individualisiert zu veröffentlichen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Transparenzgedanke gewinnt auch im kommunalen Bereich eine besondere Bedeutung;

(Ewald Groth [GRÜNE]: Der Gesetzentwurf muss aus einer guten Feder stammen!)

denn dort nehmen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die unternehmerische Tätigkeit der öffentlichen Hand unmittelbar vor Ort wahr. Aus diesem Grund enthält der Gesetzentwurf in einem gesonderten Artikel auch Änderungen der Gemeindeordnung im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen.

Eine wirtschaftliche Betätigung soll im kommunalen Bereich künftig nur dann zulässig sein, wenn in den

Gesellschaftsstatuten festgehalten ist, dass die Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates und ähnlicher Einrichtungen individualisiert veröffentlicht werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für die Landesregierung ist es ebenso selbstverständlich, dass auch bestehende kommunale Beteiligungen ihre Regelungen an die neue Rechtslage anpassen müssen. Hierzu enthält der Gesetzentwurf eine an die Kommunen gerichtete Verpflichtung. Danach haben die in die Gesellschaftsgremien entsandten kommunalen Vertreter und auch die Gemeindevertretungen auf eine Anpassung der Gesellschaftsverträge oder Satzungen hinzuwirken. Damit wird auch im gemeindlichen Bereich erreicht, dass die Öffentlichkeit über die Höhe der Bezüge führender Verantwortungsträger kommunaler Gesellschaften transparent informiert wird.

(Ewald Groth [GRÜNE]: So ist es!)

Die im Gesetzentwurf der Landesregierung enthaltene Änderung der Gemeindeordnung betrifft kommunale Gesellschaften in Privatrechtsform, aber auch Vorstände und Verwaltungsratsmitglieder von kommunalen Anstalten öffentlichen Rechts. Das Innenministerium wird parallel zu diesem Gesetzgebungsverfahren die insofern erforderlichen Einzelheiten zur Umsetzung des Transparenzgebots auch bei den Eigenbetrieben und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in den einschlägigen Rechtsverordnungen regeln.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Verbändeanhörung wurden keine durchgreifenden rechtsfachlichen Bedenken gegen das Gesetz vorgetragen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch kurz auf die Stellungnahme der Sparkassenverbände und der kommunalen Spitzenverbände eingehen. Die Sparkassenverbände haben zwar Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes geäußert und sich dazu auf ein Urteil zur bestehenden Rechtslage, also § 19 Abs. 5 Sparkassengesetz, berufen – Sie erinnern sich, darüber hatten wir hier schon geredet –, also auf die Norm, die im Rahmen der zweiten Lesung des Sparkassengesetzes im November 2008 anlässlich eines Antrags der Oppositionsfraktionen vom Parlament behandelt und dann von den Sparkassenverbänden kritisch betrachtet wurde.

Die Stellungnahme der Sparkassenverbände greift jedoch zu kurz. Sie lässt eine substantielle Auseinandersetzung mit dem Umstand vermissen, dass Normadressat im Rahmen der vorliegenden Neuregelungen nicht die einzelne Sparkasse, sondern der jeweils dahinterstehende Träger ist.

Auch die kommunalen Spitzenverbände haben sich gegen eine gesetzliche Regelung ausgesprochen. Sie befürworten zunächst eine Selbstbindung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen auf der

Basis eines Public Corporate Governance Kodex. Die Argumentation der kommunalen Seite lautet: Erst wenn der Weg über eine Selbstbindung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen nicht zum gewünschten Erfolg führe, könne nach einem zu bestimmenden Zeitraum eine gesetzliche Regelung in Betracht gezogen werden.

Dem Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände ist die Landesregierung nicht gefolgt.

Zwar ist mit Vertretern der kommunalen Seite der Entwurf eines solchen Kodex erarbeitet worden, der nunmehr in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände beraten wird. Aber auch wenn es mit den kommunalen Spitzenverbänden zu einer Vereinbarung über einen solchen Kodex kommt, hält die Landesregierung eine gesetzliche Regelung für erforderlich.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Nur mittels eines Gesetzes kann zeitnah und verbindlich mehr Transparenz bei der Veröffentlichung von Bezügen der Organmitglieder kommunaler Unternehmen geschaffen werden. Eine reine Selbstbindung mittels eines Kodex wäre nicht ausreichend.

(Beifall von CDU und Ewald Groth [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Mit dem Gesetz verfolgt die Landesregierung ein wichtiges Ziel. Nordrhein-Westfalen wird damit Vorreiter in Sachen Transparenz bei öffentlichen Unternehmen. Die Reaktionen auf den Vorstoß der Landesregierung und der Öffentlichkeit sind bis dato ausgesprochen positiv, außer von den von mir Genannten, die ihre Bedenken kundgetan haben.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Auch bei der grünen Fraktion!)

Durchgreifende Bedenken wurden im Rahmen der Verbändeanhörungen – das hatte ich vorgetragen – nicht vorgebracht. Angesichts dieser Sachlage bitte ich Sie, das Transparenzgesetz in den parlamentarischen Beratungen konstruktiv zu begleiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Manchmal muss man den Finanzminister auch gern haben!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Linssen. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Eumann das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister Linssen hat gleich zu Beginn seiner Rede einen – wie ich finde – sehr wichtigen und zutreffenden Satz formuliert, nämlich dass die Diskussion um das Thema Transparenz auf einen breiten politischen Konsens stößt.

Es ist in der Tat so, dass es ein breit getragener Wunsch des Parlaments ist, da Transparenz zu schaffen und zu sichern, wo das Geld der Bürgerinnen und Bürger, wo öffentliches Geld verwandt wird.

Ich sage ausdrücklich: Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Vorstellungen des Parlaments und den Vorstellungen der SPD-Fraktion in großer Übereinstimmung Rechnung trägt. Dafür sage ich dem Finanzminister als zuständigen Minister herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und CDU)

Es ist ein guter Entwurf, über den sich im weiteren Verlauf gut diskutieren lässt.

Ich will jetzt nicht die Details, die Sie gerade bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs erwähnt haben, wiederholen, sondern nur zusammenfassen: Das, was der Landesgesetzgeber regeln kann, wird in diesem Entwurf geregelt. Da, wo der Landesgesetzgeber an seine Grenzen stößt – Sie haben sie aufgezeigt, Herr Minister –, werden wir im weiteren parlamentarischen Verlauf beraten, wie wir aus Nordrhein-Westfalen an die Adresse des Bundes Impulse geben können. Denn wenn man Vorreiter im Land ist, kann man diese Kompetenz, Herr Minister, auch nutzen, um Regelungen, die an anderer Stelle kompetent zu treffen sind, anzuregen und anzustoßen.

Üblicherweise redet mein Kollege Eiskirch zu diesem Thema. Der ist jedoch heute in seiner Funktion als Vorsitzender der SPD in Bochum dort, wo wir alle solidarisch mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich will ausdrücklich im Namen meines Kollegen Eiskirch sagen, dass Sie Herrn Eiskirch als wirtschaftspolitischen Sprecher in die Beratung einbezogen haben. Auch das ist aus unserer Sicht ein sehr gutes und erfreuliches Signal in diesem Feld.

Also kann ich zumindest für heute ankündigen: Wir stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfs ausdrücklich zu. Wir werden im weiteren parlamentarischen Verlauf, auch in der Kombination mit den parlamentarischen Initiativen, die die SPD-Fraktion auf den Weg gebracht hat, die auch in diesem Zusammenhang stehen, zu einem Ergebnis kommen. Wir werden uns dafür konstruktiv engagieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Eumann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich jetzt den Wortbeitrag von Herrn Eumann gehört habe, dann

fällt mir nur ein: Ne, ne, ne – dass ich das noch erleben darf!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie sorgen dafür, dass ich das übernehme!)

Der heilige Geist hat sich hier wirklich auf breiter Front ausgebreitet. Herr Eumann, Sie zwingen mich, im Prinzip alles wegzuerwerfen, was ich zu dem Thema sagen wollte.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der Abbau von Vorurteilen ist auch schwer!)

Aber ich möchte zuerst eine Aussage von Ihnen aufgreifen. Ich möchte dem Finanzminister ein großes Kompliment für diesen Gesetzentwurf machen. In der Tat übernimmt Nordrhein-Westfalen damit eine Vorreiterrolle, wenn es um die Transparenz in öffentlichen Unternehmen geht.

Meine Damen und Herren, die Debatte über Bundeszahlungen, Abfindungen, Managergehälter können wir nicht bei den privaten Unternehmen enden lassen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wie die Geschäftsführer und Vorstände öffentlicher Unternehmen, seien es Sparkassen, Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften oder Krankenhäuser, bezahlt werden.

(Beifall von der CDU)

Da herrscht – ich glaube, da sind wir uns alle einig – bisher eine schwere Kontrollphobie.

Die Lösungsvorschläge der Landesregierung schöpfen die verfassungsrechtlich vorgegebene Gesetzgebungskompetenz vollständig aus und regeln je nach Organisationsfonds des öffentlichen Unternehmens die Verpflichtung zur Offenlage.

Erfasst werden nicht nur Vorstandsgehälter, sondern auch Tätigkeiten in verbundenen Gesellschaften, Aufsichtsratsvergütungen und Beraterverträge, die jetzt nicht mehr in „Kungelrunden“ abgehandelt werden dürfen, sondern künftig der Zustimmung des gesamten Kontrollgremiums bedürfen.

Im Hinblick auf die bisher erfolgreich geübte Geheimniskrämerei im Windschatten des Bundesrechts ist der Clou dieses Gesetzentwurfes, dass er bei privatrechtlich organisierten öffentlichen Unternehmen und bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten die Gesellschafter verpflichtet, auf die entsprechenden Veröffentlichungen hinzuwirken.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist, wenn man so will, eine Umkehr der Beweislast. Wir haben das hier im Landtag bei der Anrechnung von Versorgungsleistungen von anderen Gebietskörperschaften auch so gemacht. Das ging früher auch nicht. Auf die Weise, dass es im Landtag zur Pflicht wird, konnte man das machen. So ist das jetzt auch. Ich denke, so, wie das konstruiert ist, kann sich in Zukunft auch kein noch so publizitäts-

scheuer oder spitzfindiger Vorstand der Verpflichtung entziehen.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Dass die kommunalen Spitzenverbände dieses Gesetz nicht mögen, dass sie eine freiwillige Lösung vorziehen würden, kann ich aufgrund der Verbandsstruktur bestens verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine Krähe hackt der anderen ungerne die Augen aus. Die Vorbehalte entspringen aber aus meiner Sicht schierem Lobbyismus, den wir mit diesem Gesetz gerade überwinden wollen.

Wir in Nordrhein-Westfalen stellen uns mit diesem Gesetz an die Spitze derer, die demokratische Kontrolle durch mehr Transparenz in Unternehmen ernst nehmen und dies auch tatsächlich wollen. Wir stellen uns an die Spitze derer, die gegen Amigowirtschaft sind – unabhängig von jeder politischen Farbenlehre.

(Beifall von CDU und GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Na endlich! Das hat aber lange gedauert!)

Alle, die diesem Ziel aus vollem Herzen folgen können, sind herzlich eingeladen, den Gesetzentwurf der Koalition zu unterstützen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der Landesregierung!)

Ich freue mich, Kollege Eumann, auf die Beratung. Ich habe mit großem Interesse und Vergnügen die frenetischen Beifallsäußerungen von Herrn Groth zur Kenntnis genommen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt die fast schon verdächtig scheinende Harmonie nicht trüben, denn auch ich begrüße diesen Gesetzentwurf der Landesregierung, weil wir damit in der Tat eine Vorreiterrolle bei der Schaffung von Transparenz in öffentlichen oder öffentlich beherrschten Unternehmen einnehmen.

Damit stellen wir natürlich auch fest, dass die Landesregierung eine Initiative des Parlaments aus der Landtagsdebatte im Februar dieses Jahrs aufgreift.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist jetzt aber wirklich Quatsch!)

Insofern spreche ich Dank und Komplimente in jeder Hinsicht aus.

Aber ein paar Bemerkungen sind bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs, der an einer prominenten Stelle diskutiert wird, trotzdem zu machen.

Wir sind in der Tat der Auffassung, dass Transparenz bei den öffentlichen Unternehmen erforderlich ist, da sie sich häufig direkt aus Steuergeldern finanzieren oder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler letztlich das Risiko der unternehmerischen Betätigung tragen. Deswegen ist es folgerichtig, dass sie dann zur Transparenz aufgefordert werden, wenn sie in typischerweise von Unternehmen verwendeten Rechtsformen agieren und unternehmerischen Charakter haben. Eine Ausnahme darf aber gelten, wenn sie keinen unternehmerischen Charakter haben.

Gerade weil bei öffentlichen Unternehmen, die formal dem Land oder einer Kommune gehören – egal in welcher Art und Erscheinungsform –, letztlich die Bürgerinnen und Bürger als Träger unseres Staatswesens dafür die Haftung übernehmen, sollten wir in einem demokratischen Rechtsstaat kein Geheimnis aus der Höhe der Bezahlung der Organmitglieder dieser Unternehmen machen.

Für Beamte, Tarifbeschäftigte oder auch Abgeordnete und Mitglieder einer Regierung ist das allgemein anerkannt. Wir halten die Veröffentlichung deswegen auch für Vorstände, Geschäftsführungen oder Aufsichtsratsmitglieder für notwendig und unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung auch für angemessen.

Allerdings sind auch hier schon ein paar Aspekte angesprochen worden, die uns natürlich beschäftigen. Die Schaffung einer so weitgehenden Transparenz durch eine individualisierte Veröffentlichung der Bezüge von Organmitgliedern bedurfte bei der Erstellung des Gesetzentwurfs einer Reihe von Differenzierungen. Wir haben bereits bei der damals auf Antrag von SPD und Grünen in das Sparkassengesetz eingebrachten Veröffentlichungsverpflichtung für die Sparkassenvorstände festgestellt müssen, dass uns die Regelungen des HGB Grenzen vorgeben, die nicht ganz so einfach wegzuschieben sind. Der Finanzminister hat gerade schon darauf hingewiesen, dass die einzige Möglichkeit war, in einem solchen Transparenzgesetz eine Hinwirkungspflicht des entsprechenden öffentlich-rechtlichen Mehrheitsgesellschafters zu statuieren.

Meine Damen und Herren, wenn die öffentliche Hand mehrheitlicher Träger bzw. Eigentümer eines Unternehmens ist, ist sie durch die Hinwirkungspflicht unmittelbar dazu verpflichtet, in den Gremien des Unternehmens eine Veröffentlichung der Bezüge in die Wege zu leiten. Der jetzt gewählte Ansatz geht sogar noch etwas weiter. Denn auch bei einer Beteiligungsquote ab 25 % soll das Land als Eigentümer bzw. als Träger in Zukunft verpflichtet sein, im Rahmen der Möglichkeiten eine individualisierte Veröffentlichung der Bezüge zu erwirken.

Da das Land als Minderheitsgesellschafter aber eben nicht im Alleingang bestimmen kann, ist absichtlich eine Formulierung gewählt worden, nach der zwar grundsätzlich darauf hinzuwirken ist, aber bei Vorliegen entsprechender Gründe, zum Beispiel bei Ablehnung der Mehrheitsgesellschafter, im Einzelfall davon abgesehen werden kann. Hier haben wir noch eine gesellschaftliche Diskussion zu führen.

Ich freue mich auf die kontroversen Beratungen, die wir an der einen oder anderen Stellen auch bei einem so allgemein begrüßten Gesetzentwurf sicherlich trotzdem noch im Ausschuss führen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Freimuth, Sie haben weit gefehlt: Die Debatte ist nicht im Februar 2009 losgetreten worden.

Sie werden wahrscheinlich mit Verwunderung zur Kenntnis genommen haben, dass der inständige und frenetische Beifall der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem einbringenden Finanzminister gegenüber schon etwas Besonderes ist. Wir haben uns sehr gefreut, dass dieser Gesetzentwurf nun endlich vorliegt. Aber die Debatte stammt eben nicht vom Februar dieses Jahres. Denn wir haben Ihnen schon am 8. April 2008 einen Antrag vorgelegt.

Das bedeutet, dass wir die Koalition und die Landesregierung vor anderthalb Jahren aufgefordert haben, ein Transparenzgesetz zu schaffen – und zwar auf der Grundlage eines Gesetzes, das es im Land Berlin damals schon gab. Wir haben das nicht so genannt; der Antrag lautete: „Mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen durch Offenlegung der Vorstandsvergütungen“.

Das bedeutet auch, dass wir nicht an die Spitze vorstoßen. Man muss noch ein bisschen vergleichen, ob das Gesetz wirklich besser als das Berliner Gesetz ist. Aber immerhin haben wir eine Verspätung von anderthalb Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotzdem, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss man an so einem Tag, an dem endlich etwas eintritt, das die bündnisgrüne Landtagsfraktion schon vor anderthalb Jahren beantragt hat,

(Ralf Witzel [FDP]: Warum haben Sie es nicht gemacht?)

auch einmal so aufrecht sein und sagen: Das ist ein guter Gesetzentwurf. Wir freuen uns, dass Sie endlich aufgewacht sind und im Land Nordrhein-Westfalen Transparenz schaffen wollen.

Meine Damen und Herren, wir haben diesen Entwurf damals eingebracht und nun unter drei Aspekten zu diskutieren, warum er wichtig ist.

Der erste Aspekt wurde heute schon vielfach angesprochen. Letztlich tragen die Bürgerinnen und Bürger das unternehmerische Risiko. Denn es handelt sich um Steuergeld und damit um das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger, mit dem dort gearbeitet wird. Deshalb haben sie einen Anspruch auf Transparenz.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Zweitens. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen diese Offenlegung aber auch, um Informationen zu erhalten, damit sie einen interkommunalen Vergleich anstellen können. Dabei geht es darum, besser einschätzen zu können, welche möglichen Sparpotenziale in einer Kommune existieren, indem man gegenüberstellt: Was ist denn in den anderen Kommunen des Landes los?

Man kann zum Beispiel die Kindergartenbeiträge vergleichen. Sie steigen im Lande Nordrhein-Westfalen nicht von ungefähr. Die meisten Eltern sind damit konfrontiert, dass sie von den Kommunen stärker zur Kasse gebeten werden. Es gehört sich, dass man eine genaue Kenntnis darüber hat, wo welches Geld in der Kommune ausgegeben wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen dritten Aspekt nennen, nämlich das Vertrauen. Wenn man Vertrauen schaffen will – das gilt auch in der Wirtschaft, weshalb es auch im öffentlichen Raum gelten muss –, braucht man absolute Ausgabentransparenz.

Die Herstellung dieser Transparenz, die mit diesem Gesetzentwurf beabsichtigt wird, ist nicht nur notwendig, sondern aus bündnisgrüner Sicht auch rechtmäßig. Es gibt den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, durch den eine Verfassungsbeschwerde gegen eine solche Transparenz abgelehnt worden ist. Mehrere Vorstandsmitglieder gesetzlicher Krankenkassen hatten sich an das Bundesverfassungsgericht gewandt und dagegen geklagt. Die erste Kammer hat mit Beschluss vom 25. Februar 2008 die Annahme dieser Beschwerde abgelehnt.

Damit ist klar: Es geht um andere Dinge. Ich will das nicht aus dem Urteil zitieren. Wenn Sie das interessiert, mache ich es gern oder gebe es dem Protokoll bei. Es geht im Wesentlichen darum, dass es kein Recht darauf gibt, dass dies verborgen bleibt.

Man kann von jedem Polizei- oder Justizvollzugsbeamten wissen, wenn man seinen Dienstgrad kennt, was er monatlich mit nach Hause bringt.

(Christian Weisbrich [CDU]: Landtagsabgeordnete!)

– Bei Landtagsabgeordneten steht es im Gesetz. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen – vielleicht nicht unbedingt zu den Landtagsabgeordneten, aber zu Ministerinnen und Ministern.

Meine Damen und Herren, was für die Vorstände der gesetzlichen Krankenversicherung gilt, muss auch für die Vorstände von Landesunternehmen, für die Vorstände von kommunalen Unternehmen und für die Vorstände von Sparkassen gelten. Mit diesem Gesetz wird versucht, das umzusetzen.

Wie bei jedem Gesetzentwurf gilt bei diesem: Ein guter Gesetzentwurf kann im parlamentarischen Beratungsverfahren besser werden. Deshalb: Bewerten Sie den Beifall nicht über.

(Horst Becker [GRÜNE]: Der Minister hat sich aber schon daran gewöhnt!)

Es ist ein guter Wurf, aber wir können ihn noch verbessern.

An einer Stelle ist Ihnen das im Verlauf der Beratungen im vorparlamentarischen Raum gelungen, nämlich indem Sie eine Regelung aufgenommen haben, nach der eine Kommune, die zumindest mit 25 % beteiligt ist, zwar nicht die Verpflichtung hat, eine Offenlegung zu erreichen, aber doch auf eine Offenlegung hinwirken muss.

Verbesserungsmöglichkeiten – meine Damen und Herren, hören Sie ganz aufmerksam hin, damit wir in dieser Frage zu einer noch besseren Übereinstimmung kommen – bestehen aus unserer Sicht bei den Formulierungen in Verbindung mit den Beraterverträgen bei den Sparkassen.

Sie haben bislang nur vorgesehen, dass Beraterverträge im Verwaltungsrat bekannt gegeben werden müssen und dass eine Zustimmung des Verwaltungsrates nötig ist.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Aus Erfahrung klug werden, heißt es, Herr Weisbrich. Sie müssen noch einen Augenblick überlegen.

Wir Grüne wollen noch einen Schritt weitergehen und fordern: Bestimmte Beraterverträge, im Wesentlichen jene mit aktiven oder vormaligen politischen Mandatsträgern – wie wir es erlebt haben –, müssen in ein öffentlich zugängliches Register eingetragen werden. Es reicht nicht, solche Beraterverträge gegenüber dem Aufsichtsgremium anzuzeigen. Über solche Beraterverträge muss die Öffentlichkeit Bescheid wissen. Diese Lehre haben wir aus den Vorgängen bei der Sparkasse KölnBonn gezogen. Wenn Sie noch einen Augenblick darüber

nachdenken, werden Sie uns im Laufe des Beratungsverfahrens zustimmen.

Zur Transparenz gehört für uns Grüne auch – meine Damen und Herren, das sage ich ganz offen –, dass die Gehälter des Ministerpräsidenten sowie der Ministerinnen und Minister individualisiert ausgewiesen werden.

(Christian Weisbrich [CDU]: Gesetz!)

– Natürlich kann man das im Gesetz nachsehen – von daher wollen wir diesen Punkt auch nicht in diesem Gesetz verankern –, aber im Haushalt wollen wir mehr Transparenz. Wenn man das individuell herausfinden will – im Moment haben wir nur den Sammeltitel in Einzelplan 20 des Haushalts –, muss man das Ministergesetz, die Landesbesoldungsordnung usw. heranziehen. Transparenz sieht aus grüner Sicht anders aus. Wir wollen, dass individualisiert im Haushalt niedergeschrieben wird, was die einzelnen Ministerinnen und Minister verdienen.

Dass das gut verdientes Geld ist – auch bei politisch widerstreitenden Interessen, bei denen wir oft gegeneinander stehen –, sollte uns nicht daran hindern, tatsächlich der Öffentlichkeit transparent zu machen, was verdient wird. Wenn man das mit Bezügen vergleicht, die Vorstandsmitgliedern in privaten Unternehmen zufließen – die Landesregierung ist sozusagen der Vorstand der NRW AG –, wird man sehen, dass auch die Ministergehälter nicht so überbordend sind, dass man davon ausgehen müsste, dass es sich dabei um zu viel Geld handelt. Das sage ich ausdrücklich dazu.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Es geht nicht um eine Neiddebatte, aber es geht auch in dieser Frage darum, dass Bürgerinnen und Bürger ein Recht haben, sofort mit einem einzigen Zugriff zu sehen, was Ministerinnen und Minister verdienen.

Deshalb haben wir diese Verbesserungsvorschläge gemacht. Wir hoffen, dass wir Sie im Laufe der Beratung überzeugen können, diesen bis hierhin schon sehr gelungenen Gesetzentwurf noch einmal zu verbessern. Am Ende würden wir das gern mit Ihnen gemeinsam verabschieden. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kollege Groth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnetenkollege Hovenjürgen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass ich es kurz machen kann: Auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Rängen haben gemerkt, dass es

im Landtag Situationen gibt, in denen man sich einig ist. Das ist gut. Wenn Kollege Groth noch Anregungen für Verbesserungen hat, so kann man im Ausschuss immer noch einmal alles diskutieren. Aber in der Sache, so glaube ich, sind wir mit diesem Gesetz auf einem guten Weg.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Anderthalb Jahre zu spät!)

Herr Eumann hat davon gesprochen, dass die Regierung das, was sie rechtlich möglich auf den Weg bringen konnte, mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt hat. Das stimmt. Nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen und Verabschiedung dieses Gesetz sind wir alle gemeinsam gefordert, es in unseren Gremien vor Ort umzusetzen. Das ist dann die Forderung an uns.

Insofern glaube ich: Heute ist ein guter Tag. Das Gesetz ist gut. Ich hoffe und freue mich darauf, dass wir bei den Beratungen vielleicht noch Verbesserungen erreichen werden und zum Schluss ein Transparenzgesetz haben, das den Menschen die Möglichkeit gibt, dort wo der Bürger über die Steuern, die er zahlt, mit in der Pflicht ist, auch zu sehen, was passiert. Ich glaube, dass das ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen ist. Ich finde es gut, dass die Kolleginnen und Kollegen hier so einmütig zusammenstehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnetenkollege Witzel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind mit dieser Gesetzgebung und ihren Konsequenzen in Nordrhein-Westfalen bundesweit einmal mehr Vorreiter für moderne Politik und Reformen in Deutschland. Dies ist ein Meilenstein in unserer Reform der Gesetzgebung, zu dem Rot-Grün die Kraft fehlte.

Herr Groth, wenn Sie hier mit soviel Pathos einfordern, denken Sie auch daran, dass Sie zehn Jahre lang – es ist klar, dass das zehn Jahre zu viel waren – in diesem Land Gestaltungsmöglichkeiten hatten. Auf diesem Feld jedenfalls haben Sie sie in keinerlei Weise genutzt.

Wir wollen auch ein neues Denken einleiten. Insofern ist dieses Transparenzgesetz nicht alles, sondern es gibt ausdrücklich auch Anwendungen in anderen gesetzlichen Feldern, die über diesen Gesetzentwurf hinausgehen. Sie wissen: Bereits vor Monaten haben wir die Novelle zum WDR-Gesetz eingebracht. Für den WDR ist Selbiges für die Leitungspositionen vorgesehen. Es wird also auch andere Rechtsgebiete betreffen, die im Transparenzgesetz nicht expressis verbis angesprochen

worden sind, weil es uns an dieser Stelle um eine grundlegende kulturelle Neuorientierung geht.

Ob man das später in der Gesetzgebung zusammenfügt, muss abgewartet werden. Ich sage ausdrücklich: Das ist nicht abschließend enumerativ, was hier im Transparenzgesetz in der heutigen Debatte festgehalten wurde.

Wir setzen uns als FDP-Landtagsfraktion für die zügige Beschlussfassung eines Transparenzgesetzes ein, das Beraterverträge, Vergütungen und Abhängigkeitsverhältnisse öffentlicher Unternehmen und Gesellschaften offenlegt, und zwar konsequenter als andere Bundesländer, die dies zu tun gedenken oder getan haben.

Der aktuelle Gesetzentwurf der Koalition der Erneuerung im Land weckt diesbezüglich große Hoffnungen, zukünftig heimlicher Speziwirtschaft zulasten des Steuerzahlers einen Riegel vorzuschieben. Ich kenne das gerade auch aus meiner Heimatstadt Essen, schaut man sich dort einmal Beraterverträge an und wer von welchem Sportverein über welche öffentliche Gesellschaft alimentiert wird. Das sorgt für viel Spekulationen und Diskussionen in der Öffentlichkeit. Für alle diese Fälle wird zukünftig eine Lösung geschaffen.

Wir hoffen deshalb auf eine breite politische Mehrheit für die neuen Offenlegungspflichten. Unser Transparenzgesetz gewährleistet, dass bald alle Bürger Informationen über die Vergütung von Führungspersonal sowie Mitgliedern von Aufsichtsgremien öffentlicher oder öffentlich beherrschter Unternehmen beziehen können. Das ist völlig legitim. Dies ist eine wichtige und richtige Weichenstellung, die wir in Nordrhein-Westfalen einleiten, um Klüngel und Vetternwirtschaft zu verhindern und den Eigentümern dieser Unternehmen, nämlich den Bürgern, die ihnen zustehenden Kontrollmöglichkeiten einzuräumen.

Öffentliche Gesellschaften handeln letztendlich im Auftrag und zum Nutzen der Allgemeinheit. Trägt der Steuerzahler für ihre Tätigkeit das wirtschaftliche Risiko, kommt dem Informationsanspruch der Bevölkerung ein besonderer Stellenwert zu.

Deshalb ein letzter Hinweis auch zur Frage der Beraterverträge: Selbstverständlich gilt das eben nicht nur für Vergütungen, sondern wir gehen auch an die Beraterverträge ran. Wer in die Gesetzgebung schaut, der weiß, dass zukünftig auch Beraterverträge zwischen Sparkassen- und Verwaltungsratsmitgliedern der Zustimmung des gesamten Verwaltungsrates bedürfen. Auch das ist uns wichtig.

Wo Transparenz herrscht, werden Mauseheien erschwert. Dies ist ausdrücklich unser Ziel für alle öffentlich beherrschten Unternehmen. Es geht um das Geld der Bürger. Deshalb sollten alle Landtagsfraktionen im Ergebnis zusammenstehen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, so dass wir am Schluss der Beratung sind.

Von daher kommen wir zur Abstimmung, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/10027** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** und an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** zu **überweisen**. Darf ich die Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung feststellen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit Zustimmung aller Fraktionen in Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Sagel angenommen.

Wir kommen zu:

4 Zukunftskonzept 2025 für Busse und Bahnen im Land NRW: Die Landesregierung muss die öffentlichen Verkehrsmittel vor dem finanziellen Kollaps bewahren!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10016 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Abgeordneten Kollegen Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Becker.

Horst Becker¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr als 2,5 Milliarden Fahrgäste benutzen im Jahr die Busse und Bahnen in Nordrhein-Westfalen. Sie benutzen sie bei Fahrten zum Einkaufen, zum Arbeitsplatz, aber auch in der Freizeit. Sie wünschen sich – genauso wie, so hoffe ich, die meisten Politikerinnen und Politiker – pünktliche und leistungsfähige Busse und Bahnen in NRW. Sie sind jedenfalls darauf angewiesen.

Demgegenüber gibt es Hunderttausend Beschäftigte, die jeden Tag mit einem in der Regel guten Dienst versuchen, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Ich will es allerdings deutlich sagen: Politisch stellt sich die Frage, ob wir das existierende Angebot an Bussen und Bahnen für die Zukunft erhalten können, ob wir es verbessern können und wie es aussieht.

Land und Landesregierung stellen eine Vielzahl von Zukunftsperspektiven für Verkehrsträger bereit. Ich nenne das Luftverkehrskonzept, den Landesstra-

ßenausbauplan, aber auch die integrierte Gesamtverkehrsplanung, in der Busse und Bahnen immerhin an einigen Stellen vorkommen.

Aber es gibt eben keinen Plan, der sich mit dem generellen Ausbau und mit dem generellen Erhalt des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzt. Im Unterschied zum Straßenbau oder zu den Flughäfen, bei denen sich das Land in der Vergangenheit auch mit Investitionen ganz erheblich beteiligt hat, beschränkt sich die finanzielle Verantwortung bei Bussen und Bahnen auf die Erstattungsleistungen bei den Schülerbeförderungskosten und auf das Semesterticket.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ansonsten tragen nur der Bund mit den Regionalisierungsmitteln und die Städte und Gemeinden mit ihrem Angebot für Busse und Bahnen die finanzielle Verantwortung für den ÖPNV, also für Bus und Bahn.

Wir haben an dieser Stelle schon oft darüber gesprochen, dass in den letzten fünf Jahren – jedenfalls aus unserer Sicht, und ich glaube, das ist objektiv belegbar – eine dramatische Fehlentwicklung bei der finanziellen Ausstattung des öffentlichen Personennahverkehrs, bei der finanziellen Ausstattung von Bus und Bahn, stattgefunden hat. Der Bund hat die Mittel für den Nahverkehr auf der Schiene drastisch reduziert. In Nordrhein-Westfalen beläuft sich das zwischen 2006 und 2010 auf 480 Millionen €, die im System fehlen.

Die Kürzungen sind von dieser Landesregierung ungebremst und ungepuffert an die Verkehrsverbünde weitergegeben worden. Das haben, wie Sie wissen, andere Landesregierungen nicht gemacht.

Und es gibt einen zweiten Punkt, der hier genannt werden muss und der sich parallel dazu auswirkt: die Berechnungsgrundlagen für die Schülerbeförderungskosten. Die finanziellen Folgen der Änderungen, die die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in den letzten Jahren vorgenommen haben, belaufen sich für die Verkehrsunternehmen inzwischen auf rund 160 Millionen €, die an Mindererträgen zu Buche schlagen.

Gerade diese Kürzungen bei den Erstattungsleistungen für die Schülerbeförderung treffen das Bus- und Bahnangebot im ländlichen Raum, und sie werden dazu führen, dass in der Perspektive das Angebot an dieser Stelle nicht nur Stück für Stück ausgedünnt wird, sondern teilweise auch wegfällt.

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren Punkt, mit dem die Zangenbewegungen beschrieben werden können, unter denen Busse und Bahnen leiden, unter denen aber auch der ÖPNV insgesamt leidet. An dieser Stelle bin ich ganz besonders dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen dankbar,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

der es zusammen mit einem großen Teil der Landesregierungen – unter anderem dieser Landesregierung – geschafft hat, zu erheben, wie sich die Lage für den ÖPNV in den nächsten Jahren darstellt, wie die Finanzierung ist: ob es zur einer Unterfinanzierung kommt, ob es zu einer ausreichenden Finanzierung kommt und wie es gar aussehen müsste, wenn es möglicherweise zu einem Ausbau käme.

Ich will die Ausbauvariante von vornherein weglassen. Festzustellen ist – das sagt der VDV, und so heißt es in dem Gutachten, das, wie gesagt, auch mit unseren Mitteln zustande gekommen ist –, dass selbst nach der am konservativsten gerechneten Variante jährlich Hunderte von Millionen € fehlen, um den Substanzerhalt zu gewährleisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist eine bundesweite Zahl; sie ist nicht auf das Land heruntergebrochen. Aber es spricht viel für die Vermutung, dass nicht ausgerechnet Nordrhein-Westfalen eine Insel der Seligen ist. Und viel spricht auch für die Vermutung, dass zum Beispiel die Länder mit einem relativ höheren Anteil an U-Bahnen – da sind wir nicht ganz führend, siehe Berlin, aber wir sind auch nicht ganz hinten – einen ganz besonders hohen Substanzerhalt haben. Wer in die entsprechenden Haushalte guckt, weiß, dass in der Regel keine Rückstellungen gebildet worden sind und keine Abschreibungen geleistet wurden, dass also die erforderlichen Sanierungsinvestitionen in näherer Zukunft vorgenommen werden müssen, ohne das Geld dafür vorhanden wäre.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der beschriebenen Mindereinnahmen, der Finanzausstattungen und des beschriebenen Substanzerhalts stellt sich aus unserer Sicht die dringende Frage: Wie geht das Land mit dem System um? Wie will sich das Land dazu aufstellen? Wie orientiert sich Nordrhein-Westfalen in einer Gesellschaft, die umweltverträgliche und übrigens auch sozialverträgliche Mobilität dringend braucht, weil auch die Öl- und Spritpreise auf Dauer nicht auf dem Niveau bleiben werden, auf dem sie heute sind, und der demografische Wandel eigentlich einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs erfordert?

(Beifall von den GRÜNEN)

Das alles erwarten wir uns von der Konzeption, die wir „Zukunftskonzeption Bus und Bahn 2025“ genannt haben.

Ich will zum Schluss meines Beitrags auf weitere Restriktionen hinweisen. Wir erwarten, dass in einem solchen Konzept Antworten darauf gegeben werden.

Zum einen ist das Jahr 2011 anzuführen. Ihr Vorgänger hat die ÖPNV-Gesetzgebung so angelegt, dass die regionale Verteilung der Bundesmittel, also

der Regionalisierungsmittel, dann neu geordnet wird.

Vor dem Hintergrund Ihrer Aussage, die Mehrausgaben für das Ruhrgebiet würden nicht obendrauf gesattelt, sondern müssten im System erbracht werden, ist natürlich die Frage zu stellen und zu beantworten: An welcher Stelle wird gekürzt, und an welcher Stelle wird gespart?

Zum anderen ist die im Jahr 2014 anstehende Revision der Regionalisierungsmittel zu nennen. Diejenigen von uns, die sich damit beschäftigen, wissen, dass Nordrhein-Westfalen bei den Zuweisungen des Bundes an die Länder unter den Flächenländern fast auf dem letzten Platz pro Kopf der Bevölkerung liegt. Das heißt, wir sind unterproportional ausgestattet, obwohl wir auf der anderen Seite überproportional viele Probleme haben. Daran hat sich trotz vieler Lamentos dieser Regierung in den letzten vier Jahren nichts geändert.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Herr Lienenkämper, Sie sind dran! Jetzt endlich! – Zuruf von der FDP)

Lassen Sie mich noch den dritten Punkt vortragen. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, die entsprechenden Maßgaben und in der Folge die Maßgaben des Entflechtungsgesetzes laufen im Jahr 2019 aus. Wer in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene schaut, findet den Hinweis – ich kann das nur als eine Drohung für das System verstehen –, dass bereits in der Mitte dieser Wahlperiode darüber entschieden werden soll, ob das möglicherweise schon vorher abgebaut wird und ausläuft.

Auf all diese Fragen, auf alle diese Restriktionen und auf das eigene, von uns mitfinanzierte Gutachten und seine Schlussfolgerungen müssen wir zusammen Antworten finden. Ich hoffe auf spannende Beratungen im Ausschuss, und ich erwarte, dass wir am Ende zusammen für Nordrhein-Westfalen und für die Menschen, die das brauchen, ein Zukunftskonzept Busse und Bahnen verabschieden werden. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker, auch für das punktgenaue Einhalten der verabredeten Redezeit. Das war auf die Sekunde genau. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnetenkollege Bernd Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der eingebrachte Antrag löst eigentlich keine Verwunderung aus: Er folgt dem Muster bisheriger Großer Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ist ein Ausdruck akribischer Datensammelwut, deren Interpretation in

abwegigen oder gar unzulässigen Schlussfolgerungen gipfelt.

Ausgangspunkt für das Argumentationsmuster der Grünen sind Einsparungen auf der Ebene von Bund und Ländern, die sich für Nordrhein-Westfalen auf rund 620 Millionen € summieren. Die Grünen folgern daraus einen schleichenden Substanzverzehr,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

ohne die bei der Ausschreibung von Verkehrsleistungen erzielten finanziellen Vorteile in irgendeiner Form in diese Rechnung einzubeziehen.

Es wird verwiesen auf die Kürzungen des Bundes im Bereich der Regionalisierungsmittel, ohne selbstkritisch zu vermerken, dass eine Benachteiligung von Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Bundesländern unter grüner Mitverantwortung erfolgt ist,

(Zustimmung von Christian Möbius [CDU])

weil man sich spätere Vorteile für die Finanzierung des Metrorapid in Nordrhein-Westfalen erhofft hat. All das wird sehr vornehm verschwiegen.

(Beifall von CDU und FDP – Horst Becker [GRÜNE]: Ihr wollt doch alles besser machen!)

Herr Kollege Becker, gestatten Sie mir einen Hinweis am Rande. Ich habe mit großem Interesse die „Westfälischen Nachrichten“ vom 18. Juli 2009 gelesen. Darin steht beispielsweise:

Die Abgeordneten Priggen, Asch, Rimmel, Stefens, Beer und Düker sind über Parteigrenzen hinweg anerkannte Fachleute.

Ich bezweifle das nicht.

(Christian Möbius [CDU]: Ich aber!)

Aber wenn diese Aufzählung enumerativ ist, dann spricht das für die Qualifizierung Ihres Beitrages vorhin.

(Horst Becker [GRÜNE]: Da kann man mal sehen, was herauskommt, wenn Sie lesen!)

Des Weiteren wird verwiesen auf die vermeintliche Kürzung der Mittel für Schülerbeförderung nach § 45a Personalförderungsgesetz, ohne darauf hinzuweisen, dass sich die Anzahl der zu befördernden Schüler verringert hat und die im Landeshaushalt veranschlagten Mittel auskömmlich sind.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nein!)

Es wird verwiesen auf den Rechtsstreit zwischen dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der DB Regio, ohne darauf hinzuweisen, dass nur durch die erfolgreiche Vermittlung des Landes der Nahverkehr im größten Ballungszentrum des Landes gesichert werden konnte und die DB große Zugeständnisse für die Verbesserung der Leistungsqualität erbringen musste: Neben dem Einsatz neuer

Züge sieht das vereinbarte Regionalexpress-Konzept eine Mehrleistung jährlich in Höhe von 1,5 Millionen Zugkilometern vor.

Es wird ferner in dem Antrag verwiesen auf die zu erwartenden Betriebskosten des RRX. Die Planungen gehen von jährlich 30 Millionen € aus. Die Antragsteller vermissen ein Finanzierungskonzept, ohne zu erkennen, dass das RRX-Konzept viel weiter gediehen ist, als es beim Metrorapid jemals der Fall gewesen ist und die Höhe der geschätzten Betriebskosten auch keinen Rückschluss auf die Höhe möglicher Zuschüsse zulässt.

Diese nur beispielhaft aufgegriffenen Punkte veranlassen die Antragsteller zu den Forderungen, ein auf NRW bezogenes ÖPNV-Zukunftskonzept zu schaffen und jährlich 500 Millionen € an Landesmitteln zusätzlich in den ÖPNV zu investieren, ohne sich ernsthaft mit der Feststellung von Fachleuten zu beschäftigen, dass das im System befindliche Geld insgesamt auskömmlich sei.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wo kommt das denn her?)

Berücksichtigen dabei muss man sicherlich auch, dass die Aufgabenträger in den verschiedenen Landesteilen mit unterschiedlichem Erfolg wirtschaften.

Eine isolierte Betrachtung des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen ist mit Blick auf die Ausgestaltung eines Zukunftskonzeptes allerdings widersinnig. Ziel der Studie von 13 Bundesländern mit dem Verband der Verkehrsunternehmen unter der Federführung von Nordrhein-Westfalen war es, eine gemeinschaftliche Positionierung gegenüber dem Bund zu formulieren und hierfür eine solide Datengrundlage zu schaffen. Ziel ist es, einen Einstieg der Bundesländer in einen Verhandlungsdialog mit dem Bund zu schaffen, um auf die Revision der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ab 2014 und auf die Revision der Mittel nach dem Bundesregionalisierungsgesetz 2015 gut vorbereitet zu sein.

Eine Bundesratsinitiative, wie Sie sie fordern, zur Rücknahme von Regionalisierungsmittelkürzungen ist überflüssig, weil die Verhandlungen zeitig beginnen. Das VDV-Papier dient dabei als verlässliche Datengrundlage, was ebenso für das Entflechtungsgesetz gilt.

Die geforderte Auflage eines ÖPNV-Konjunkturprogramms in Form einer Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative würde den Intentionen der Föderalismusreform völlig widersprechen, da es deren Ziel war und ist, Zuständigkeiten von Bund und Ländern zu entflechten und das Subsidiaritätsprinzip zu stärken.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist eines unserer vorrangigen Anliegen in der Koalition, den ÖPNV in den ländlichen Räumen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu stabili-

sieren und zu sichern. Die Behauptung, bei den Schülerverkehren würde gespart, ist sachlich falsch.

Schon die rot-grüne Landesregierung hat 2004 den damaligen Ansatz von 195 Millionen € auf 160 Millionen € reduziert;

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

die für das Jahr 2010 vorgesehene Minderung des Ansatzes um weitere 30 Millionen € entspricht dem Mittelabruf durch die Aufgabenträger im Schülerverkehr. 2007 wurden 94,1 Millionen € abgerufen, 2008 waren es 94,4 Millionen €, und nach dem Haushaltsentwurf 2010 sind 98,5 Millionen € geplant. Das ist auskömmlich.

Man muss allerdings auch darauf hinweisen: Mit Wirkung ab 2008 wurde die Förderung des ÖPNV in erheblichem Umfang pauschaliert. Bestandteil der Pauschalierung ist ab 2011 auch die Überführung der bisher bundesgesetzlichen Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz an die Aufgabenträger des ÖPNV, geregelt in § 11 Abs. 2. Wir haben damit ganz eindeutig die kommunale Struktur in unserem Lande gestärkt

(Horst Becker [GRÜNE]: Dann geht der ÖPNV im ländlichen Bereich kaputt!)

und, wie Sie wissen, dem Umstand Rechnung getragen, dass es das Bundesverkehrsministerium unter dem bisherigen Minister bisher nicht geschafft hat, die Regelungen zu § 45a Personenbeförderungsgesetz aus der kommenden Verordnung 1370 der Europäischen Union herausnehmen zu lassen.

Zur nachhaltigen Absicherung des Schüler- und Auszubildendenverkehrs in Nordrhein-Westfalen sowie zur Fortführung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Schüler- und Semestertickets halten wir es in der Koalition für erforderlich, durch angemessene Vorgaben die zweckgerechte und gleichmäßige Verwendung der erhöhten Pauschalmittel für den Ausbildungsverkehr und nur für den Ausbildungsverkehr im Lande abzusichern. Wir arbeiten deswegen an einem Vorschlag, dass ein für die Verwendung konkretisierender Rahmen geschaffen wird, um den Ausbildungsverkehr nachhaltig und dauerhaft zu stärken.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle abschließend fest: Weder ist die Forderung nach 500 Millionen € zusätzlich für den ÖPNV aus Landesmitteln gerechtfertigt, noch offenbaren die genannten Zahlen einen Substanzverzehr des ÖPNV-Netzes in Nordrhein-Westfalen.

Die geforderten auf Nordrhein-Westfalen bezogenen Maßnahmen in dem Antrag offenbaren Kirchturmdenken. Würden Sie umgesetzt, erführe die Verhandlungsposition des Landes gegenüber dem Bund und dem übrigen Kreis der Bundesländer eine deutliche Schwächung.

Zudem offenbart das Positionspapier des Verbandes der Verkehrsunternehmen im Zusammenwirken mit den Bundesländern und unter der Federführung von Nordrhein-Westfalen zum künftigen Finanzierungsbedarf des ÖPNV bis zum Jahre 2025, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Antrag eindeutig der Entwicklung hinterherläuft. Das Papier VDV ist eine wesentliche Grundlage für die Bund-Länder-Gespräche und die darauffolgenden Verhandlungen zur künftigen Ausgestaltung und Lastenverteilung im ÖPNV. Die Koalition ermuntert die Landesregierung und Minister Lienenkämper, auf diesem vielversprechenden Weg erfolgreich voranzugehen. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordnetenkollege Schulte. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Wißen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bodo Wißen (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs insbesondere! Lieber Bernd Schulte, ich muss Sie berichtigen. Sie haben recht: Die Schülerbeförderungskosten lagen bei 195 Millionen € Dann ist der Anteil des Bundes um 30 Millionen € heruntergegangen, aber das Land unter rot-grüner Regierung hat jedenfalls davon seinen Anteil immer behalten. Das heißt, wir hatten zu Zeiten von Rot-Grün

(Zuruf von Bernd Schulte [CDU])

– ich will das eben sagen – 160 Millionen €

(Christof Rasche [FDP]: Gegen das Gesetz!)

Und, Herr Rasche, was haben wir jetzt drin? 98 Millionen €. Das heißt, Sie haben in Ihrer Regierungszeit von 2005 bis 2010 – in einer so kurzen Zeit – diesen Bereich von 160 Millionen € auf 98 Millionen € schrumpfen lassen. Das ist natürlich fatal für den Verkehr insbesondere im Lande.

(Beifall von der SPD – Christof Rasche [FDP]: Das sind Landesmittel, das andere waren Bundesmittel!)

Es passt gut zum Thema: Ich habe in Neuss in einem Hotel übernachtet und musste heute Morgen meinen Pkw benutzen. Ich habe für 5,9 km – ich konnte nicht den öffentlichen Personennahverkehr nutzen – 30 Minuten gebraucht. Das wird vielleicht einigen anderen auch so gegangen sein.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist normal in Nordrhein-Westfalen!)

Das Gleiche kenne ich natürlich von der A 3 oder der A 52 zu bestimmten Zeiten usw. Das zeigt doch, wie sehr wie einen vernünftigen ÖPNV brauchen,

wie dringend wir einen Umstieg auf Busse und Bahnen brauchen.

(Christof Rasche [FDP]: Man muss sie auch nutzen!)

Und das ist genau das, woran Sie auch der Grünen-Antrag erinnert.

Ich habe im Auto viel Zeit gehabt, Radio zu hören. Ich habe Herrn Ramsauer gehört und was er so vorhat.

(Edgar Moron [SPD]: Das hat er schon wieder zurückgenommen!)

– Jetzt höre ich, er hat es schon wieder zurückgenommen; so sind die da. – Jedenfalls ist klar, was Herr Ramsauer wollte. Er wollte eine Pkw-Maut einführen. Das heißt, die CDU möchte eine Pkw-Maut, möchte also alle Leute bestrafen, die ihren Pkw benutzen. Was wollten wir als SPD? Wir haben uns auf Landesebene dafür stark gemacht, dass es ein Sozialticket gibt.

Meine Damen und Herren, da genau sehen Sie die Unterschiede zwischen CDU- und SPD-Politik; von der FDP will ich erst gar nicht reden. Die einen sorgen sich darum, dass die Menschen gut und günstig zu fairen Preisen im Land Busse und Bahnen nutzen können, und die anderen machen reine Klientelpolitik.

(Beifall von der SPD)

Der Grünen-Antrag ist ein grundsätzlicher Antrag zum Themenbereich Verkehr, natürlich mit einer weiten Perspektive bis 2025. Ein, zwei Spitzen könnten gegen SPD-Leute gerichtet sein. Das haben wir wohl wahrgenommen. Aber in der Tendenz, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist er sehr richtig, vor allem weil er jetzt ein Umsteuern tatsächlich fordert, wie es zu Zeiten von Rot-Grün auch einmal hier im Lande gelungen ist. Wir haben es geschafft, ein Drittel mehr Menschen dazu zu bewegen, vom Individualverkehr auf Busse und Bahnen umzusteigen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Das muss eigentlich auch Ihr Ziel sein, weil es ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist, die Leute zu animieren, Busse und Bahnen zu nutzen.

Wir wissen: Die Staukosten im Jahr betragen etwa 25 bis 100 Milliarden €. Wenn man sieht, was das volkswirtschaftlich bedeutet, wenn ein Auto im Stau steht: Das ist teuer, das ist nervig, die Leute kommen zu spät zum Arbeitsplatz, die Aufträge können nicht angenommen werden. Alles dies kostet richtig viel Geld. Deswegen soll man beim ÖPNV weniger über Kosten als über Nutzen sprechen, meine Damen und Herren. Das gilt sicherlich für alle Richtungen.

Man muss aber in der Verkehrspolitik auch Steuern wollen. Wir haben einen Verkehrsminister erlebt,

der es jetzt nicht mehr ist, der gesagt hat: Man kann Verkehr nicht steuern. – Ich glaube, das ist grundsätzlich falsch, zum einen weil wir in der Verantwortung von Rot-Grün hier im Lande bewiesen haben, dass es geht und dass es ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist, zum anderen weil die Anforderungen in der Zukunft so sind, dass wir diese Umsteuerung dringend brauchen. Ein Instrument ist, den öffentlichen Personennahverkehr stärker auszubauen.

Sie haben auch über die Regionalisierungsmittel gesprochen. Es ist richtig: Wir haben gesagt, der Anteil des Landes muss hier steigen, weil die Landesregierung mit steigender Mehrwertsteuer die Möglichkeit hatte, auch dafür mehr Geld auszugeben. Wie in anderen Bundesländern auch hat man vereinbart: Jawohl, ihr könnt euren Mehrwertsteuersatz der Länder nehmen, um damit den ÖPNV zu finanzieren. Sie haben das nicht gemacht, sondern die Kosten einfach weitergereicht. Das ist völlig falsch.

Man hat vom neuen Verkehrsminister Lienenkämper bisher keine große Vision gehört, was Busse und Bahnen angeht. Ich hoffe, das kommt noch; denn unser Land braucht einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr. Ich hoffe, dass Sie anders agieren als Ihr Vorgänger.

Der ländliche Raum ist schon angesprochen worden. Genau das ist der Punkt. Die Schülerbeförderung ermöglicht vernünftige Verkehre im ländlichen Raum. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Es ist eigentlich verwunderlich, dass so viele Ihrer Kollegen aus dem ländlichen Raum dazu schweigen. Das passt eigentlich nicht. Sie haben die Beförderung von ehemals 240 auf 200 Schülertage gekürzt. Das führt zu solchen Kürzungen und Einschränkungen in einem Bereich, der ohnehin schon ziemlich ausgedünnt ist. Es trägt natürlich auch zur Attraktivität des ländlichen Raumes bei, wenn ich dort über ein vernünftiges Busnetz und eine vernünftige Bahnanbindung verfüge. Das haben Sie offenbar nicht beachtet.

Sie tragen Verantwortung und sollten diese Verantwortung ernst nehmen. Das haben Sie bisher nicht gemacht. Sie sind beispielsweise originär für den Schienenpersonennahverkehr verantwortlich. Dort tragen Sie Verantwortung; denn das ist keine kommunale Aufgabe, sondern das ist Landesaufgabe. Dieser Aufgabe müssen Sie sich stellen. Seit Sie an der Regierung sind, haben wir aber nur Preissteigerungen erlebt, jüngst wieder beim VRR. Vorher haben wir schon Steigerungen beim VRR, VRS und bei den anderen von bis zu 20 % erlebt.

(Zurufe von CDU und FDP)

Das ist völlig falsch. Wenn der öffentliche Personennahverkehr, wenn Busse und Bahnen eine Alternative sein sollen, muss es auch bezahlbar bleiben. Das hat letztendlich die Klage des VRR gegen

die DB AG ausgelöst. Das hat nicht originär die DB oder der VRR zu verantworten, sondern das haben Sie zu verantworten. Sie zwingen die Verkehrsverbände gewissermaßen, eine Klage zu führen, damit sie überhaupt noch in der Lage sind, ihre Verträge zu bezahlen.

Wir brauchen in NRW einen pünktlichen, sicheren und sauberen öffentlichen Personennahverkehr, den sich die Menschen auch leisten können. Ich habe gerade vom Rechtsstreit zwischen DB und VRR gesprochen. Dazu gab es – zwar spät, aber immerhin – irgendwann einmal eine Aktion von Landesseite. Der Streit wurde mehr oder weniger moderiert. Es kann nicht sein, dass dieser Kompromiss zulasten der anderen Zweckverbände des Schienenpersonennahverkehrs geht. Es kann nicht sein, dass Sie lustig etwas aushandeln, dem VRR etwas mehr geben und es den anderen dafür abziehen. Darauf werden wir ganz genau achten. Sicherlich werden auch Ihre Leute in den jeweiligen Verwaltungsräten darauf achten. Die Gefahr besteht aber natürlich. Es ist auch gar nicht anders möglich, es sei denn, Sie beschließen, dafür tatsächlich mehr Geld ausgeben zu wollen. Stehlen Sie sich also nicht aus der Verantwortung.

Auch wir sind sehr dankbar für die Studie des VDV. Wir sind auch dankbar, dass die Landesregierung diese mitfinanziert und mit vorangebracht hat. Dafür müssen wir die Landesregierung loben.

Klar ist: Ohne mehr Geld gibt es für Busse und Bahnen in NRW keine Zukunft. Klar ist auch: Sie jedenfalls haben sich davon verabschiedet, diesen wichtigen Verkehrsträger öffentlichen Personennahverkehr zu stärken. Sie schwächen ihn und setzen einseitig auf das System Straße. Das sieht man auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Solange ich nichts anderes gehört habe, bleibe ich dabei: Dort wollen Sie eine PKW-Maut.

Die Einnahmen aus dieser PKW-Maut und die Einnahmen aus der LKW-Maut wollen Sie nur für die Straße ausgeben. Sie wollen die Maut nicht für die Schiene und die wichtigen Wasserstraßen ausgeben. Aber auch dort müssen wir investieren. Wenn wir Staus bekämpfen wollen, müssen wir beispielsweise auch im Bereich der Binnenschifffahrt investieren. Das tun Sie alles nicht.

Ich hoffe, es gelingt uns irgendwann, die Staus zu beseitigen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir uns ehrlich die Frage beantworten, wie wir Busse und Bahnen in NRW stärken können. Dazu müssen Sie aber sensibel sein und das auch wollen. Wenn Sie die Weichen in dieser Hinsicht doch irgendwann einmal richtig stellen, haben Sie die SPD an Ihrer Seite, ansonsten nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. – Als nächster Redner hat für

die Fraktion der FDP der Abgeordnetenkollege Rasche das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundestagswahl ist gerade vorbei, die Landtagswahl steht vor der Tür, und die Grünen machen Wahlkampf. Das ist nichts Schlimmes, das werfe ich Ihnen auch nicht vor.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Man muss nur diesen Antrag und das, was darin steht, dementsprechend einordnen, lieber Herr Moron.

Die Grünen dreschen mit diesem Antrag auf die Landesregierung ein und versprechen den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land mal eben jährlich 500 Millionen € für SPNV und ÖPNV. Finanzpolitisch erinnert mich das an die zehn Jahre grüner Regierungsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen. In der Zeit von 1995 bis 2005 sind die Schulden des Landes um fast 50 Milliarden € in die Höhe getrieben worden.

Aber schauen wir uns doch einmal die Einzelheiten dieses Antrags an.

Erstens. Fördervolumen im ÖPNV: Richtig ist, dass sich das Fördervolumen im ÖPNV seit 2006 reduziert hat. Verantwortlich dafür ist zum größten Teil der Bund. Das haben alle gesagt. Nordrhein-Westfalen hat die Kürzungen der Regionalisierungsmittel im Bundesrat gemeinsam mit einigen anderen Bundesländern – am Ende waren es leider zu wenige – abgelehnt.

Der Bund ist für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs verantwortlich. Deswegen wäre es ein Irrweg, wenn die Länder diese Mittel kompensieren würden. Finanzielle Verantwortung muss dort bleiben, wo sie hingehört. Wenn der Bund etwas bezahlen muss, dann soll er es auch bezahlen und nicht die Länder, denen das Geld dann fehlen würde.

Die Kürzungen konnten im Übrigen weitestgehend aufgefangen werden, ohne dass es zu großen Verwerfungen gekommen ist: durch intelligente Konzepte, effiziente Nahverkehrsangebote, schlankere Strukturen und Effizienzgewinne im Wettbewerb.

Herr Becker hatte in seinem Beitrag von den Bundesregionalisierungsmitteln und dem NRW-Anteil gesprochen. Er sagte, Nordrhein-Westfalen ist durch den relativ kleinen Anteil im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl extrem benachteiligt. Dem stimmen wir zu. Das haben wir immer kritisiert. Dieser Verteilungsschlüssel wurde aber erarbeitet, als sowohl in Düsseldorf als auch in Berlin rot-grüne Regierungen Verantwortung getragen haben. Dieser Verteilungsschlüssel ist also ein Ergebnis der nordrhein-westfälischen SPD und der nordrhein-westfälischen Grünen. Es ist schon bemerkenswert,

dass sich SPD und Grüne dann hier im Hohen Hause so darstellen, als wären ausgerechnet sie die Parteien für SPNV und ÖPNV in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Zweiter Punkt: Einigung im Rechtsstreit zwischen VRR und DB Regio. Richtig ist: Durch diese Einigung gibt es Kapazitätssteigerungen im SPNV, bessere Linienlaufwege, verbindlichere Fahrpläne und verbesserte Fahrzeuge. Hierdurch werden Qualität und Pünktlichkeit nachhaltig verbessert. Ohne diese Einigung hätten wir im ganzen Land Nordrhein-Westfalen vor einem Scherbenhaufen gestanden. Deswegen bin ich froh, dass es zu dieser Einigung gekommen ist.

Dritter Punkt: Folgelasten durch den Betrieb des RRX. Richtig ist: Der zusätzliche Leistungsumfang steht überhaupt noch nicht fest. Deshalb kann man weder die künftigen Betriebskosten noch den künftigen Zuschussbedarf errechnen. Wie soll man das denn machen? Soll man einfach 5 oder 10 Millionen € mehr oder weniger einsetzen? Das ist doch völlig unredlich.

Regierung und Koalition sind bei diesem großen Schienenprojekt für Nordrhein-Westfalen wesentlich weiter, als die Grünen es jemals waren. Das scheint der wahre Grund für diese unsachliche Kritik zu sein.

Herr Wißen hat von Visionen gesprochen, die man gerade im Schienenverkehr für Nordrhein-Westfalen haben müsse. Tatsache ist: Im Jahr 2002 haben SPD und Grüne von der Vision „Metroexpress in Nordrhein-Westfalen“ geredet. Tatsache ist auch: CDU und FDP verwirklichen diese Vision in Form ihrer eigenen Vision vom Rhein-Ruhr-Express in Nordrhein-Westfalen. Das ist der Unterschied. Sie reden darüber, und wir verwirklichen es.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie sind 2023 doch gar nicht mehr da!)

Vierter Punkt: Ausgleichsmittel für die Schülerbeförderung. Seit dem Jahr 2008 wurde die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in erheblichem Umfang pauschaliert. Als Bestandteil dieser Pauschalierung werden ab 2011 auch die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr an die Aufgabenträger des ÖPNV überführt. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass das Bundesverkehrsministerium es bis zu diesem Zeitpunkt nicht hinbekommen hat, die Regelungen des § 45a Personenbeförderungsgesetz aus der kommenden Verordnung 1370 der EU herausnehmen zu lassen.

Zur nachhaltigen Absicherung des Schüler- und Ausbildungsverkehrs im ÖPNV sowie zur Fortführung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Schüler- und Semestertickets in Nordrhein-Westfalen halten wir es für erforderlich,

(Horst Becker [GRÜNE]: Wer hat die denn eingeführt? Etwa Schwarz-Gelb?)

durch angemessene Vorgaben die zweckgerichtete und gleichmäßige Verwendung der erhöhten Pauschalmittel für den Ausbildungsverkehr im Land abzusichern. Meine Damen und Herren, wir wollen und werden den Ausbildungsverkehr in Nordrhein-Westfalen nachhaltig stärken.

Fünfter Punkt: Zukunftskonzept 2025 für Busse und Bahnen in Nordrhein-Westfalen der Grünen. Die Grünen versuchen immer wieder, durch große Ankündigungen Wählerinnen und Wähler zu beeindrucken. So haben die Grünen in der letzten Legislaturperiode 10 Millionen neue Zugkilometer versprochen. Außerdem haben sie einen Metroexpress versprochen, der schon im Jahre 2006 die Metropolen in Nordrhein-Westfalen miteinander verbinden sollte.

(Ralf Witzel [FDP]: Alles Schaumschlägerei!)

So sieht es mit den Ankündigungen der Grünen aus. Nichts ist daraus geworden.

(Beifall von FDP und CDU)

Zudem beanspruchen die Grünen mit diesen großspurigen Ankündigungen eine Monopolstellung in der SPNV- und ÖPNV-Politik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Monopolstellung gibt es für die Grünen nicht. Für alle Parteien in diesem Hohen Hause haben SPNV und ÖPNV einen sehr hohen Stellenwert: für die Grünen – keine Frage –, für die CDU, für die FDP und selbstverständlich auch für die SPD.

Natürlich stimmen wir der Überweisung in den Fachausschuss zu. Allerdings helfen uns diese grünen Wahlkampf- und Schauanträge in diesem politischen Feld kein Stück weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Lienenkämper das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Vorab haben wir eines festzustellen, und zwar Einigkeit darüber, dass Busse und Bahnen, also ÖPNV und SPNV, für Nordrhein-Westfalen, für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für alle politischen Parteien und Fraktionen, die in diesem Landtag vertreten sind, wichtig sind. Das ist so, das bleibt so, und das ist übereinstimmend festzustellen.

Herr Kollege Becker, gerade deswegen habe ich Bedenken, ob Sie in Ihrem elfseitigen Papier wirklich das richtige Bild vom Zustand des ÖPNV zeich-

nen. Nach meinem Eindruck malen Sie den ÖPNV deutlich schlechter, als er ist. Damit machen Sie die Anstrengungen von vielen Beteiligten in den Regionen unseres Landes schlecht, die sich tagaus, tagein darum kümmern, den ÖPNV nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern das gute Angebot auch qualitativ zu steigern, um den Menschen in Nordrhein-Westfalen vernünftige Angebote zu machen. Ich bin nicht sicher, dass das wirklich dem Ziel dient.

Ich glaube auch nicht, dass der ÖPNV vor dem finanziellen Kollaps steht. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir folgende theoretische Überlegung: Selbst wenn es so wäre, würden ihn die in Ihrem Antrag angedachten Handlungsoptionen dann auch nicht davor bewahren – im Gegenteil.

Es ist völlig klar, dass über die Kürzung von ÖPNV-Fördermitteln sowie über das Steigen der Fahrpreise niemand von uns froh sein kann – auch kein Verkehrsminister, der die Bedeutung des ÖPNV natürlich bestens kennt.

Sie wissen aber – es ist gerade auch von den Kollegen Bernd Schulte und Christof Rasche erklärt worden –, dass die Kürzung der Regionalisierungsmittel auf Bundesebene durch die alte Bundesregierung erfolgt ist. Vielleicht sollte man einmal daran erinnern, wer seinerzeit den Widerstand der Länder organisiert hat. Im Wesentlichen war das Oliver Wittke – unterstützt von den Fraktionen, die hier die Regierung getragen haben. Zumindest teilweise war dieser Widerstand auch erfolgreich. Die Kürzungen sind zum Teil rückgängig gemacht worden, weil Oliver Wittke und mit ihm zusammen auch andere sich dafür eingesetzt haben. Das unterschlagen Sie in Ihrem Antrag natürlich geflissentlich, obwohl er sonst relativ viele Fakten enthält.

Lassen Sie mich auch noch einmal auf das Thema der Fahrpreissteigerungen eingehen, das Sie in Ihrem Antrag ebenfalls ansprechen. Man muss Fahrpreissteigerungen schon mit dem Richtigen vergleichen. Fahrpreissteigerungen mit der allgemeinen Preissteigerung oder mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten zu vergleichen, das bringt einen naturgemäß nicht weiter.

Die Verkehrsunternehmen, denen die Tarifhoheit obliegt, haben bei der Fortschreibung der Fahrpreise ihre Kostendeckungsgrade im Auge zu behalten. Diese werden im Wesentlichen durch die Entwicklung der Energiepreise bestimmt. Insofern müsste die Grundlage des Vergleiches darauf Bezug nehmen und nicht auf die allgemeinen Lebenshaltungskosten, die sich völlig anders entwickeln.

Das führt zu einer verzerrten Darstellung der Fakten und deswegen wahrscheinlich auch nicht zu den richtigen Schlussfolgerungen. Die Landesregierung hat die Mittel des Ausbildungsverkehrs keineswegs gekürzt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Natürlich!)

Auch das ist im Beitrag von Bernd Schulte deutlich geworden. Die Realität hat dieses althergebrachte ÖPNV-Förderinstrument in seiner Ergiebigkeit für die Verkehrsunternehmen schlicht und ergreifend gemindert. Dazu zählen die zurückgegangenen Schülerzahlen, dazu zählt der nahezu unterrichtsfreie Samstag, und dazu zählen auch die gestiegenen Tarife für reguläre Tickets.

Im Übrigen ist es vielleicht auch hilfreich, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Beilegung des Streits mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr nicht nur einen zusätzlichen Einsatz von Regionalisierungsmitteln abfordert, sondern dass dem auch verkehrliche Optimierungen qualitativer und quantitativer Art in erheblichem Umfang gegenüberstehen. Die Parteien wollen das Leistungsvolumen durch das vereinbarte Regionalexpresskonzept um rund 1,5 Millionen Zugkilometer ausweiten und die Qualität spürbar und deutlich erhöhen. Das wird ein Zugewinn an Komfort und Qualität für die Kundinnen und Kunden sein und ist deswegen jedenfalls nicht aus der Betrachtung herauszunehmen.

Kollege Wißen fand die Überlegung interessant, dass das Land verantwortlich sei für die Klage des VRR gegen die Bahn. Ich müsste vielleicht noch einmal drei oder vier Tage unter Heranziehung meines gesamten intellektuellen Vermögens nachdenken,

(Bodo Wißen [SPD]: Reicht das?)

ob überhaupt ein Ansatzpunkt dafür da ist, dass das stimmen könnte. Um das ernsthaft und sehr deutlich zu sagen: Wenn in Nordrhein-Westfalen einer den anderen verklagt, dann ist dafür nicht die Landesregierung verantwortlich.

(Bodo Wißen [SPD]: Aber für den SPNV sind Sie verantwortlich!)

Die Landesregierung hat im Gegenteil vieles dazu beigetragen, dass dieser Streit gelöst werden kann – das sage ich jetzt einmal im Vorgriff auf die noch zu treffenden Gremienentscheidungen – und dass dabei sogar eine Qualitätsverbesserung herauskommt. So wird ein Schuh daraus und nicht andersherum.

Dann gibt es im Antrag eine ganze Menge Spekulationen um die finanziellen Folgelasten des RRX. Weder die Höhe der Betriebskosten noch das durch den zusätzlichen Leistungsumfang determinierte verkehrliche Bestellerentgelt stehen gegenwärtig fest. Deswegen sind diese Folgekosten zur Untermauerung der These, der ÖPNV lebe von der Substanz, schlicht nicht geeignet.

Ich glaube auch, dass der Katalog der Forderungen, der an die Landesregierung gerichtet ist, in wesentlichen Teilen falsch und nicht zielführend ist.

Ein Konzept, das das erstellte VDV-Gutachten zur Zukunft der Finanzierung des ÖPNV auf das Land herunterbricht, halte ich schlicht nicht für zweckmäßig. Wir haben im Schulterchluss mit vielen ande-

ren die Bemühungen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen und der Länder intensiv unterstützt, eine gemeinsame Position in Vorbereitung der Gespräche mit dem Bund über die Revision nach dem Entflechtungsgesetz mit Wirkung ab dem Jahr 2014 und nach dem Bundesregionalisierungsgesetz mit Wirkung ab dem Jahr 2015 zu schaffen. Das hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn es gemeinsam getragen ist – entweder von allen Bundesländern oder jedenfalls von einer großen Vielzahl der Bundesländer.

Deswegen ist es schlicht nicht zweckmäßig, wenn einzelne Länder jetzt aus dieser Phalanx ausschere und die Dinge für sich herunterbrechen. Das Gutachten ist eine gute Grundlage dafür, mit dem Bund zu verhandeln. Das ist auch die richtige Stoßrichtung, denn da brauchen wir das Geld und die belastbare Planungsgrundlage, wie nach 2014 bzw. 2015 die Finanzausstattung sein wird. Da verhandeln wir hart und intensiv und gemeinsam und im Schulterschluss. Das ziehe ich jedenfalls einem Herunterbrechen der Zahlen auf das Land Nordrhein-Westfalen deutlich vor.

(Beifall von CDU und FDP)

Die neue Schlüsselung der Pauschalen nach dem ÖPNV-Gesetz Nordrhein-Westfalen hat im Übrigen bereits nach geltender Rechtslage für das Jahr 2011 in Kraft zu treten. Die Koalitionsfraktionen haben dazu das Notwendige ausgeführt. Ich unterstütze das ausdrücklich und explizit. Dazu bedarf es aber nicht der Aufforderung des Landtages, sondern es geht, wie man sieht, auch ohne diese.

Einer Bundesratsinitiative des Landes mit dem Ziel, die Kürzungen der Regionalisierungsmittel zurückzunehmen, bedarf es ebenso wenig. Über die Gesamthematik wird im Zuge der im Jahr 2014 mit Wirkung ab 2015 anstehenden Revision nach dem Bundesregionalisierungsgesetz entschieden. Es liegt auf der Hand, dass der Dialog darüber zwischen den Ländern mit dem Bund zeitlich im Vorfeld dieser Entscheidung liegen wird.

Entsprechendes gilt übrigens für das am 31. Dezember 2019 außer Kraft tretende Entflechtungsgesetz und das sogenannte GVFG-Bundesprogramm. Der Dialog darüber mit den anderen Ländern hat bereits begonnen, ist im Entstehen. Wir müssen mit belastbaren und erfolgversprechenden Positionen dem Bund gegenüber auftreten.

Ein ÖPNV-Konjunkturprogramm als Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative steht nach meinem Dafürhalten im grundsätzlichen Gegensatz zu den Bemühungen von Bund und Ländern, eine föderative Neuordnung ihrer Beziehungen unter Vermeidung von Mischzuständigkeiten zu erreichen, und konterkariert daher alles das, was im Rahmen der Föderalismusreform erreicht worden ist und noch erreicht werden soll.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Insofern glaube ich, dass die weiteren Beratungen, auf die ich mich natürlich auch freue, ergeben werden, dass der Antrag vermutlich relativ wenige Aussichten auf eine Mehrheit haben wird. Das ist auch richtig so.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zur PKW-Maut machen, Herr Kollege Wißen. Es ist schon bemerkenswert, wenn Sie sagen: Bis zum Beweis des Gegenteils gehe ich einfach einmal davon aus, dass die Bundesregierung die PKW-Maut will. – Das ist eine Verdrehung der Tatsachen.

(Christof Rasche [FDP]: Unredlich!)

Erstens steht im Berliner Koalitionsvertrag nichts von einer Pkw-Maut. Zweitens hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer heute Morgen ausdrücklich erklärt, dass dieses Thema nicht auf der Tagesordnung steht.

(Bodo Wißen [SPD]: Der Deutschlandfunk lügt!)

– Lesen Sie das bei dpa nach! Heute ist diese Erklärung erfolgt. Ich kann sie Ihnen noch einmal ausdrucken, nötigenfalls auch vergrößern lassen. Die Pkw-Maut steht also nicht auf der Tagesordnung.

(Bodo Wißen [SPD]: Es war aber ein Versuch!)

Deswegen sollten Sie redlicherweise nicht davon ausgehen. Ich bin gegen die Verunsicherung der Menschen durch ständig neue Gebührendiskussionen. Autofahren in Deutschland ist teuer genug, und wir müssen es nicht noch teurer machen!

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Lienenkämper. – Für die SPD spricht jetzt noch einmal Herr Wißen.

(Gerhard Lorth [CDU]: Muss das sein?)

Bodo Wißen (SPD): Danke, Frau Präsidentin. Ja, Herr Kollege Lorth, das muss sein.

Ich will noch einmal auf einige Punkte eingehen. Ich habe festgestellt, dass es bei dem Ministerium, das bisher Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hieß, an NRW-Leuten fehlt. Der Bundesminister ist ein Bayer. Es war – schon zu Kohls Zeiten – für NRW nie besonders gut, wenn einer aus dem Süden die Mittel verteilen darf. Die Staatssekretäre, die mir bisher aus Veröffentlichungen bekannt sind, kommen auch nicht aus Nordrhein-Westfalen.

Deshalb richtet die Opposition einen – von mir aus auch flehentlichen – Appell an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers, dafür zu sorgen, dass NRW einen Staatssekretär in dem im Hinblick auf den Investitionsbereich im Haushalt wichtigsten Ministe-

rium bekommt. Denn sonst läuft wie zu Kohls besten Zeiten wieder alles an uns vorbei. Das darf nicht sein. Deshalb geht von der SPD in Nordrhein-Westfalen ein Appell aus, dafür zu sorgen, dass es eine vernünftige Vertretung von NRW im Verkehrsministerium gibt. Ich jedenfalls darf Achim Großmann, der für die SPD NRW-Interessen parteiübergreifend wahrgenommen hat, von dieser Stelle aus sehr herzlich danken.

Sie, Herr Rasche, haben einige Punkte erwähnt. Was ist denn zum Beispiel mit dem RRX? 1,4 Milliarden € kommen dafür nach Nordrhein-Westfalen; vereinbart wurde das unter der Beteiligung der letzten Bundesregierung. Herr Tiefensee, Herr Mehdorn und Dr. Jürgen Rüttgers haben diesbezüglich bestimmte Punkte unterschrieben. Insofern sollten wir bei der Verteilung des Lobes etwas großzügiger sein und das nicht – bevor der RRX überhaupt fährt – als Erfolg der Liberalen verbuchen.

Ich habe eine gewisse Sorge, dass wir hinten überfallen werden, wenn es nicht gelingt, Leute aus NRW in strategisch wichtigen Positionen im Bundesministerium unterzubringen. Ich weiß nicht, ob es Möglichkeiten gibt, da noch jemanden unterzubringen. Wenn ja, sollten Sie das tun und lieber auf irgendetwas anderes verzichten.

Hinsichtlich Ihrer Einlassung zu dem Streit zwischen VRR und Deutscher Bahn – Sie haben gesagt, die Landesregierung sei dafür nicht verantwortlich, in NRW könne jeder jeden verklagen – stelle ich ganz nüchtern fest: Das ist natürlich, objektiv betrachtet, richtig. Aber Sie sind für den Schienenpersonenverkehr in unserem Land verantwortlich; diese Verantwortung können Sie nicht abgeben. Letztlich sind Sie außerdem für die Bedingungen verantwortlich, unter denen öffentlicher Personennahverkehr hier organisiert wird. Diese Verantwortung müssen Sie auch annehmen, Herr Minister.

Wenn Sie weiter als Rechtsanwalt praktizieren würden, könnten Sie sagen: Das interessiert mich nicht; weg damit! – Das ist jetzt vorbei. Jetzt sind Sie Minister und müssen sich darum kümmern. Das Thema muss Ihnen deswegen ein Anliegen sein. Wenn Ihr größter Verkehrsverbund mit einem Anbieter einen solch fundamentalen Streit eingeht, dann müssen Sie schon nach den Ursachen fragen. Wenn Ihnen das vollkommen egal wäre, dann hätten Sie sich ja auch nicht als Vermittler ins Spiel gebracht.

Das stelle ich fest – mit der abschließenden Bemerkung, dass es jedenfalls zu Zeiten, als die SPD in der Regierung war, solche Rechtsstreite nie gegeben hat.

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Wißen. – Für die CDU spricht noch einmal Bernd Schulte.

Bernd Schulte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Wißen hat gerade eine entlarvende Terminologie gebraucht: Unterbringung. Das ist die Denkweise, die Sie bei der Besetzung öffentlicher Ämter beherrscht: Unterbringung, am besten inklusive Versorgung mit fünf Sternen.

(Beifall von der CDU – Bodo Wißen [SPD]: Das ist ein bisschen platt! Es geht um Landesinteressen!)

Wir haben seitens der CDU und der FDP, für die ich einmal mit sprechen möchte, überhaupt keine Bedenken hinsichtlich der Personalpolitik der Bundeskanzlerin. Wenn, Herr Kollege Wißen, während einer bestimmten Zeit der früheren CDU/FDP-Regierung Investitionen an Nordrhein-Westfalen vorbei geflossen sind, dann lag das nicht an der Besetzung der Ministerien,

(Bodo Wißen [SPD]: Auch!)

sondern an der Tatsache, dass Sie zusammen mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht in der Lage waren, Planungsrecht zu schaffen und baureife Projekte in der Schublade zu haben, um die vom Bund bereitgestellten Mittel in der notwendigen Form an Nordrhein-Westfalen zu binden. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Ihre Verhinderungspolitik, Ihre Blockadepolitik hat dazu geführt, dass die Autobahnen in Süddeutschland besser waren als in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Das ist der eine Punkt, den Sie zur Kenntnis nehmen müssten.

Außerdem war die Koppelung des Infrastrukturministers der Bundesrepublik Deutschland an die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für den Aufbau Ost für Nordrhein-Westfalen das Schlechteste, was geschehen konnte.

(Bodo Wißen [SPD]: Jetzt haben Sie einen Bayern-Beauftragten!)

Deswegen ist es fast infam, zu unterstellen, dass die jetzige Konstellation des neuen Infrastrukturministeriums im Bund für Nordrhein-Westfalen zu schlechteren Ergebnissen führen könnte, als es unter der Federführung Ihres Parteifreundes Tiefensee der Fall gewesen ist. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schulte. – Herr Minister Lienenkämper hat sich noch einmal gemeldet.

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wißen, es ist interessant, dass die Art und die Qualität von Politik Ihrer Ansicht nach offenbar davon

abhängt, wo man herkommt. Das ist bei uns anders. Unserer Ansicht nach hängt die Qualität der Politik davon ab, was richtig ist, und nicht davon, wo man herkommt. Insofern habe ich volles Vertrauen, dass die Verkehrspolitik in Berlin auch in Zukunft Nordrhein-Westfalen anständig berücksichtigen wird.

Ich gebe Ihnen eine kleine Zusammenfassung der ersten vier Tage nach Amtsantritt des Kollegen Dr. Ramsauer. Kollege Tiefensee hat es in vier Jahren nicht geschafft, die Erklärung abzugeben, die Kollege Dr. Ramsauer nach vier Tagen abgegeben hat: Wir brauchen endlich wieder eine Umverteilung der Mittel im Verkehrswegeplan vom Osten in die Normallage.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben den Aufbau Ost solidarisch mitgetragen. Das war richtig so; er ist nun beendet. Jetzt sind wir dran! Nachholprogramm West ist angekündigt. Dr. Ramsauer hat es nach vier Tagen in Nordrhein-Westfalen im Interview mit der „Rheinischen Post“ angekündigt. Minister Tiefensee hat das vier Jahre lang nicht geschafft. Ich sage Ihnen: Wenn er noch vier Jahre geblieben wäre, hätte er es auch nicht geschafft. Gut, dass wir Dr. Ramsauer haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Lienenkämper. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/10016** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu einer weiteren **Verpflichtung**. Die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 2. November mitgeteilt, dass Herr **Jürgen Antoni** aus der Landesreserveliste der SPD Nachfolger von Michael Groschek Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen geworden ist. Ich bitte Sie, Herr Antoni, zu mir zu kommen, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ih-

re ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.

Damit sind Sie verpflichtet. – Sehr geehrter Herr Antoni, ich heiße Sie herzlich willkommen in der 14. Wahlperiode und wünsche Ihnen viel Glück und viel Spaß bei der Arbeit als Abgeordneter im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

5 Wohnen braucht Sicherheit: Landeswohnungsbauvermögen erhalten, Mieter schützen, Wohnungsmarkt steuern und gestalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10019

Ich eröffne die Beratung und gebe für die SPD-Fraktion Herrn Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! „Wohnen braucht Sicherheit“ ist das Thema – ein brennendes Thema für viele Menschen, weil die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen von Monat zu Monat schlechter wird. Das ist die Folge der Politik dieser Landesregierung. Denn seit vier Jahren hat die Regierung Rüttgers den Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen grundlegend verändert.

(Gerhard Lorth [CDU]: 950 Millionen gibt es!)

In einem schleichenden, aber – ich gebe es gerne zu – kontinuierlichen Prozess hat diese Landesregierung die Rechte der Mieterinnen und Mieter geschwächt, die Rolle der Vermieter gezielt gestärkt und damit den Boden für Spekulationen und Spekulanten auf dem Wohnungsmarkt bereitet. Nordrhein-Westfalen ist inzwischen zu einem Eldorado für Heuschrecken geworden. Es gibt immer mehr Hinweise für diese verheerende Fehlentwicklung.

Die Leidtragenden sind die Mieterinnen und Mieter und die Kommunen. Mieterinitiativen melden sich öffentlich zu Wort. In vielen Städten wird inzwischen darüber beraten, wie dem Verfall ganzer Stadtteile entgegengewirkt werden kann. Denn dort, wo Heuschrecken oder sogenannte Drittverwerter ihr Unwesen treiben, finden sich vielfach Leerstände – Sie wissen das –, nicht mehr vermietbare Wohnungen und ein verwahrlostes Wohnumfeld. Das ist inzwischen traurige Wirklichkeit. Durch die Politik der Regierung Rüttgers ist Wohnen für Zigtausende

Menschen zum Sicherheitsrisiko geworden. Das ist Folge Ihrer schlechten, Ihrer unsozialen Wohnungspolitik.

(Beifall von der SPD)

Dagegen tun Sie nichts. Sie lassen Kommunen und Mieter allein.

Deshalb legen wir Ihnen heute unseren Antrag „Wohnen braucht Sicherheit“ zur direkten Abstimmung vor. Damit geben wir der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen ein Beispiel für eine gute und soziale Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen, eine Politik, die die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Renditeinteressen von Immobilienfonds, von Heuschrecken auf dem Wohnungsmarkt.

Die Landesregierung macht aber leider mit ihrer unverantwortlichen, mit ihrer unsozialen Wohnungspolitik weiter. Jetzt legt sie sogar die Axt an den gesamten sozialen Wohnungsmarkt. Denn mit der Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens in die NRW.BANK und mit der Aufhebung der Zweckbindung dieses Vermögens für den sozialen Wohnungsbau wird eine 50-jährige gute Tradition in Nordrhein-Westfalen zerstört.

(Beifall von der SPD)

Damit wird das Grundbedürfnis von Mieterinnen und Mietern auf gute und bezahlbare Wohnungen dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Das ist fatal; das weist in die falsche Richtung. Deshalb sollten Sie Ihre Politik ändern.

(Beifall von SPD und Horst Becker [GRÜNE])

Denn die Ergebnisse der falschen Wohnungspolitik dieser Landesregierung sind inzwischen eindeutig:

Erstens. Auf der Agenda des Ministerpräsidenten spielt der Schutz der kleinen Leute keine Rolle. Mieterrechte werden eingeschränkt. Mieterinnen und Mieter haben jetzt weniger Schutz als vorher.

Zweitens. Die Zeche zahlt die Allgemeinheit, weil Staatseigentum ohne soziale Bindung verscherbelt wird und die Gewinne privatisiert werden. Die von Ihnen viel gerühmte LEG-Sozialcharta schützt die Mieterinnen und Mieter nicht. Sie wissen das.

(Christof Rasche [FDP]: Sie haben keine Ahnung!)

Drittens. Die Landesregierung dereguliert den Wohnungsmarkt, um damit Nordrhein-Westfalen für Immobilienspekulanten interessanter zu machen. Dass dies negative Folgen für die Kommunen und die Mieterinnen und Mieter hat, ist für Schwarz-Gelb offensichtlich nur zweitrangig. Angekündigt jedenfalls – das will ich Ihnen gerne zugestehen – haben CDU und FDP eine solche Politik; das ist in ihrem Koalitionsvertrag nachzulesen. Und bei den Mieterrechten hat die schwarz-gelbe Landesregierung

dieses Vorhaben konsequent umgesetzt. Sie hat die Mieterrechte massiv beschnitten.

Sie hat die Zweckentfremdungsverordnung gestrichen. Jetzt darf Wohnraum nach Belieben zu Gewerbebezwecken umgewandelt werden. Sie – Schwarz-Gelb – haben die Kündigungssperrfristverordnung aufgehoben. Mieterinnen und Mieter haben jetzt weniger Schutz, wenn Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Und Sie haben die Belegungsbindungsverordnung nicht verlängert. Das bedeutet: Die Kommunen haben jetzt nur noch Belegungsrechte an den wenigen neuen Sozialwohnungen. Bald wird es ja überhaupt keine neuen Sozialwohnungen mehr geben, wenn es nach dem Willen dieser Landesregierung geht.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, das alles haben Sie doch nur getan, um die LEG meistbietend verkaufen zu können. Zuerst sollte der Markt für Heuschrecken interessant gemacht werden, und dann erst wurde die LEG verkauft. So ließ sich der Preis in die Höhe treiben.

(Christof Rasche [FDP]: Sie wollten die doch schon verkaufen! – Bodo Wißen [SPD]: Das ist aber nicht passiert!)

Diese Landesregierung betreibt, meine Damen und Herren, Haushaltssanierung auf dem Rücken der LEG-Mieterinnen und -Mieter. Das werden wir immer wieder deutlich machen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Barer Unsinn!)

Die Kommunen, für die Sie ja auch Verantwortung haben, sollten ja bei diesem Deal nicht zum Zuge kommen.

(Bodo Wißen [SPD]: Siehe Neuss!)

Denn es ging ausschließlich darum – Sie haben es hier ja auch gesagt –, einen Höchstpreis zu erzielen.

(Christof Rasche [FDP]: Sozialcharta!)

Und den bekommt man nur von denen, Herr Rasche, die das Äußerste aus den Wohnungen und den Mieterinnen und Mietern herauspressen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben die Verträge doch gar nicht gelesen!)

Die LEG ging an anonyme Fondsgesellschaften. Über deren Strukturen, deren Interessen und deren Eigentumsverhältnisse ist wenig bekannt. Herr Finanzminister Linssen, Sie verweigern hartnäckig die nötigen Informationen. Welche Goldman-Sachs-Fonds genau die LEG gekauft haben, wissen Sie offensichtlich selbst nicht, oder Sie verschweigen das.

(Bodo Wißen [SPD]: Jetzt erzählt er wieder etwas von Plural und Singular! – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Ja, genau. – Fest steht aber: Es sind sogenannte opportunistische Fonds, also solche, Herr Finanzminister – Sie wissen das –, die sich immer nur kurz engagieren, die aber durchaus 20 % und mehr Rendite im Jahr verlangen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Berliner Art!)

Fest steht auch: Die Sozialcharta ist ein Text für das Poesiealbum. Sie schützt die Mieterinnen und Mieter in der Praxis überhaupt nicht. Und die Begrenzung von Mieterhöhungen bezieht sich auf den Gesamtbestand, nicht auf die einzelne Wohnung. Schon jetzt gibt es drastische Mieterhöhungen. Das ist überall nachzuprüfen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Nein, nicht überall!)

Im Übrigen gilt das auch für Instandhaltungsausgaben. Der einzelne Mieter hat kein Anrecht auf Instandhaltungs- oder Modernisierungsmaßnahmen. Sie wissen das ganz genau.

Das Angebot des Mieterbundes, an der Erstellung der Sozialcharta mitzuwirken,

(Gerhard Lorth [CDU]: So ein Quatsch!)

haben Sie doch deshalb nicht angenommen, damit Sie dies so umsetzen konnten, wie Sie es eingestiegt und gewollt haben.

Es zeichnet sich also schon jetzt ab, dass im Bereich des Mieterschutzes die neuen Eigentümer tun und lassen können, was sie wollen. Die Sozialcharta – ich wiederhole das – ist nur geduldiges Papier, ein Glanzbildchen, das soziales Engagement vortäuschen soll. Alle Renditen, die die Whitehalls, die Vendettas und ihre Amigos versprechen, müssen sie doch zwangsläufig auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter erwirtschaften.

Das Ergebnis dieser „Privat vor Staat“-Politik ist: Die Zeche zahlen die Mieterinnen und Mieter. Die Zeche zahlen die Kommunen. Privates Gewinninteresse anonymen Anleger wurde von der Landesregierung über Gemeinwohlinteressen gestellt. Die Wohnungsbestände, die der öffentlichen Hand gehören, sind damit weiter geschrumpft. Und in Verbindung mit der Einschränkung der Mieterrechte wird so der Boden für maximalen Profit für Private bereitet. Das ist doch genau das, was sie unter Ihrer Überschrift „Privat vor Staat“ wollen. Sie sollten das dann auch eingestehen und zu Ihrer Handlung stehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Landesregierung geht jetzt aber noch weiter, meine Damen und Herren. Ich wiederhole es: Sie legt jetzt auch die Axt an den sozialen Wohnungsbau. Den wird es in Nordrhein-Westfalen nämlich bald nicht mehr geben.

(Christof Rasche [FDP]: Meine Güte!)

Die Landesregierung plant, das Landeswohnungsbauvermögen in Höhe von 18,5 Milliarden € zu ge-

wöhnlichem Stammkapital der NRW.BANK zu machen. Zur Erinnerung: Heute ist dieses Vermögen ausschließlich für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt worden. Der bislang geschützte Fonds wird dann gefleddert werden; das wissen wir doch. Diese Mittel müssen dann nicht nur für andere Förderbereiche der NRW.BANK, sondern auch für deren risikoreiche Finanzierungsgeschäfte bürden – ganz zu schweigen davon, dass die Landesregierung Lasten, die vormals aus dem Landeshaushalt bedient worden sind, dann ebenfalls der NRW.BANK übertragen wird.

Sozialer Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, der war dann mal. Auch wenn die Landesregierung dies vehement bestreitet und immer wieder zu beschwichtigen versucht – die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung macht deutlich: Genau das hat sie geplant. Ich zitiere aus dieser Koalitionsvereinbarung:

Innerhalb der Wohnungsbauförderung wollen wir einen Systemwechsel: Die bisherige Objektförderung im Mietwohnungsbau soll durch eine einkommensabhängige Subjektförderung ersetzt werden.

Der soziale Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen wird demnächst der Vergangenheit angehören. Da helfen alle vollmundigen Bekundungen nichts.

Strich drunter: Vier Jahre Wohnungs- und Immobilienpolitik à la Schwarz-Gelb bedeuten: Der Markt ist privat, die Schutzrechte der Mieterinnen und Mieter sind beschnitten, staatliche Rahmenseetzungen sind auf ein Mindestmaß zurückgeführt worden, die Finanzierungssicherheit für den sozialen Wohnungsbau ist bald futsch, die Landesregierung hat sich aus ihrer politischen Verantwortung zurückgezogen – Privat vor Staat wollten Sie ja auch; geben Sie es zu! –, das Soziale auf dem Wohnungsmarkt ist weitgehend abgeräumt, und hohe Renditen für private Investoren sind gesichert.

Herr Minister Lienenkämper, ich spreche Sie mal ganz persönlich an:

(Horst Becker [GRÜNE]: Das nützt aber nichts!)

Ich verstehe nicht, warum Sie es ohne irgendeine Gegenwehr zulassen wollen, dass die Ideologie „Privat vor Staat“ jetzt den gesamten sozialen Wohnungsmarkt zerstören soll. Ich verstehe nicht, dass Sie zulassen wollen, dass immer mehr Menschen dabei unter den Schlitten geraten.

(Ralf Witzel [FDP]: Ideologie!)

Noch ist Zeit, Herr Minister. Noch können Sie umkehren. Deshalb mein Angebot an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam den sozialen Wohnungsbau – in Nordrhein-Westfalen 50 Jahre Tradition – in Nordrhein-Westfalen verteidigen und seine Zukunft sichern. Dabei hätten Sie dann auch die SPD-Fraktion und – ich bin sicher – auch viele andere in diesem Hohen Haus an Ihrer Seite. Ich bin ge-

spannt, wie Sie sich dazu stellen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Römer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Sahnen.

Heinz Sahnen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war mal wieder ein Rundumschlag von Überschriften und Allgemeinplätzen, mit denen man überhaupt nichts anfangen kann. Ich dachte im ersten Moment: Was jetzt wohl kommt? Aber, Herr Römer, nur Überschriften! Nicht einmal die Unterüberschrift haben Sie benannt, sodass man möglicherweise an Beispielen hätte darlegen können, dass die Mieterrechte beschnitten werden.

(Norbert Römer [SPD]: Ah so!)

Sie haben nur die Überschrift genannt. Wo und wie man konkret darauf eingehen könnte, das wurde von Ihnen nicht angesprochen. Das Ganze hätten Sie sich wirklich sparen können.

Herr Römer, Sie sind doch ein führender Gewerkschaftsmensch. Wo war Ihr Protest vor einigen Jahren, als die Gewerkschaftsholding ohne Sozialcharta, ohne jegliche Bindung verkauft worden ist?

(Bernd Schulte [CDU]: Wo war er denn da?)

Wo waren Sie denn als Gewerkschaft, als die LEG-Wohnungen in den ersten Jahren dieses Jahrtausends in einem katastrophalen Zustand waren, als hier jede Investitions- und Instandhaltungsneigung fehlte und wir mehrfach im Plenum darauf hingewiesen haben? Wo war denn Ihre Unterstützung oder Ihr Protest? Schweigen im Walde!

(Norbert Römer [SPD]: Das sieht man an Ihrem sozialen Wohnungsbau!)

Das ist alles ein totaler Quatsch. Sie haben mal wieder einen Antrag gestellt, der jeder Grundlage entbehrt.

Das gilt auch für die Sachlichkeit. Herr Römer, Sie sprachen das Thema Vollintegration in die NRW.BANK an. Holen Sie sich doch ein wenig Nachhilfe bei Ihrem Parteifreund Burkhard Schneider. Der kann Ihnen erklären, warum das sinnhaft ist,

(Bodo Wißen [SPD]: Das war der Einzige!)

auch aus der Sicht eines großen Wohnungsbauverbandes. Herr Becker, der kann Sie gleich mit einbeziehen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Ist das der, der im Saarland Posten bekommt?)

Da werden Sie schon die notwendigen Erklärungen bekommen.

Ich wiederhole: Es sind hier lediglich Überschriften genannt worden. Eine Überschrift lautet: „Mieterschutz wird beschnitten!“ Dafür wird jedoch kein einziges Beispiel genannt. Das ist lächerlich. Oder: „Sozialer Kahlschlag folgt!“

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Wenn Sie jetzt eine Menge konkreter Dinge genannt hätten, hätten wir ja sagen müssen: Meine Güte, da haben Sie uns aber erwischt. Nun aber absolut gar nichts!

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Meine Damen und Herren, das ist eine Gelegenheit, in wenigen Sätzen zu wiederholen, was wir unter Wohnungsbaupolitik verstehen und wie wir seit dem Jahr 2005 Wohnungsbaupolitik zu gestalten versuchen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Jetzt wird es spannend!)

Es geht uns erstens darum, dass wir den Menschen in diesem Lande vernünftige Wohn- und Lebensbedingungen erhalten und diese Wohn- und Lebensbedingungen verbessern, und zweitens, dass wir finanzierbaren Wohnraum, Wohneigentum schaffen. In besonderer Weise denken wir dabei – das will ich ausdrücklich sagen – an die Familien mit Kindern.

Es geht uns weiterhin darum, dass wir bezahlbare Mietwohnungen schaffen, natürlich mit den Ansprüchen von Barrierefreiheit usw.

(Horst Becker [GRÜNE]: Was habt Ihr gemacht?)

Deswegen ist die Sozialraumförderung gerade im Geschosswohnungsbau für uns eine ganz wichtige Sache.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sahnen, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Wißen.

Heinz Sahnen (CDU): Bitte sehr, Herr Wißen.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Wißen.

(Zuruf von der CDU – Gegenruf von Horst Becker [GRÜNE]: Das ist unparlamentarisch!)

Bodo Wißen (SPD): Lieber Herr Kollege Sahnen, Sie haben nach Beispielen verlangt. Wie war eigentlich die Protestveranstaltung Ihrer Parteikollegin der CDU Neuss gegen den LEG-Verkauf und dem damit einhergehenden Mieterhöhungswucher? Soweit ich weiß, hat der Ihnen bekannte CDU-Ortsverein Neuss eine Protestveranstaltung gegen die wohnungspolitische Leitlinie der Landesregierung ge-

macht. War das eigentlich eine schöne Veranstaltung?

Heinz Sahnen (CDU): Herr Wißen, ich habe den Vorteil, dass ich gute Ortskenntnisse habe. Es war nicht der CDU-Stadtverband Neuss,

(Norbert Römer [SPD]: Das hat er gesagt! –
Bodo Wißen [SPD]: Ich habe „Ortsverein“ gesagt!)

sondern es war ein Ortsverband, eine kleine Abteilung in einem Stadtteil, der sich ein bestimmtes Projekt ausgesucht hat. Es handelt sich um 220 ehemalige LEG-Wohnungen. Das Problem war, dass diese Wohnungen in der Tat – wie schon seit dem Jahr 2000 – in einem absolut schlechten Zustand waren und auch heute noch sind.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

In diesem Zusammenhang war es die Absicht dieser verehrten Kollegin, dass die Neusser Bauverein AG diese Wohnungen kauft.

(Bodo Wißen [SPD]: Durfte er das, der Neusser Bauverein?)

– Moment. – Wir haben uns intensiv mit der LEG in Verbindung gesetzt und über Preise gesprochen. Dann wollte man einen Phantompreis haben, und die Neusser Bauverein AG hat gesagt: Wir zahlen maximal eine Summe von X.

(Bodo Wißen [SPD]: Und dann haben Sie lieber an ein Phantom verkauft!)

– Nein, das ist nach wie vor so, wie das vorher auch der Fall war. Also: Von daher völlig deplatziert. Inzwischen ist diese Luftblase geplatzt. Sie müssen sich keine Sorgen machen. Der Fall ist längst geregelt.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Ich will die Prinzipien nennen, die wir in unserer Wohnungsbaupolitik in besonderer Weise angesprochen haben. Es ist verstärkt von uns eingebracht worden, dass wir gerade etwas an den Nebenkosten tun. Um die Nebenkosten zu senken, haben wir die Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen. Sie kennen alle die Programme in Verbindung mit der KfW. Das ist eine gute Sache.

Dann geht es uns darum, gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Wohnraum für eine alternde Gesellschaft zu schaffen, auch unter Einbezug von neuen Wohnformen. Ich nenne das Beispiel Gruppenwohnungen usw.

Ein ganz wichtiger Schwerpunkt für uns ist, dass wir uns dem Wohnungsbestand aus den Nachkriegsjahren intensiv zuwenden. Deswegen sind hier deutliche Sanierungsprogramme aufgelegt worden. Auch das ist eine Maßnahme, die ausdrücklich von uns begrüßt wird und so gewollt ist.

Neuerdings gibt es auch realistische Maßnahmen zum Stadtumbau in schwierigen Wohnquartieren verbunden mit dem Stichwort Abrissbirne oder totaler Rückbau, wie immer man das nennen will.

In Ihrem Sammelantrag beklagen Sie, Herr Römer, dass bei Sozialwohnungen die Sozialbindungen wegfallen würden. Natürlich ist es so: Sozialbindungen haben bestimmte Fristigkeiten, und irgendwann laufen diese Bindungen einfach aus. Das ist sicherlich richtig.

(Zurufe von Norbert Römer und Bodo Wißen [SPD])

Aber das heißt nicht, dass es aufgrund des Wegfalls dieser Sozialbindungen, die häufig auch große Belastungen darstellen, zu Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt gekommen ist. Das wissen Sie ganz genau. Wie differenziert die Situation ist, wissen wir spätestens seit der Pestel-Studie und anderen Studien ganz genau, die belegen, wie unterschiedlich die Situation in unserem Land ist.

Von daher meinen wir, dass wir gerade durch die spätestens seit 2005 neu eingeleiteten Maßnahmen mit den Schwerpunkten, die ich gerade genannt habe, sehr wohl auf einem richtigen Weg sind, um verantwortungsvoll den Ansprüchen der Menschen nach einem geeigneten, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum nachkommen zu können.

Ich wiederhole, Herr Römer: Mit Ihren Sprechblasen und den Überschriften kommen Sie nicht weiter. Das betrifft auch den Mieterschutz: Können Sie mir ein Beispiel nennen, in dem Mieterschutzrechte gekürzt worden sind? Sie haben vorhin die Zweckentfremdungsverordnung angesprochen. Meine Güte! Diese Umwandlung in Gewerbeimmobilien stellt heute doch überhaupt kein Problem mehr dar. Sehen Sie sich doch einmal die Wohnungsbestände im Ruhrgebiet an. Die müssten Sie doch besser kennen als ich. Von daher ist man für jede andere Verwertung doch sicherlich dankbar.

Gleiches gilt für die Kündigungssperrfristverordnung. Auch da haben wir die Situation, dass wir uns lediglich der Bundesgesetzgebung angeschlossen haben. Auch das stellt in unserem Bereich überhaupt kein Problem mehr dar, wie auch die anschließende Untersuchung ergeben hat. Von daher meine ich, dass Sie Dinge aufgeblasen haben, die weitab der Realität sind. Deshalb sage ich ausdrücklich – Herr Schemmer wird das noch im Einzelnen detaillierter begründen –, dass wir Ihren Antrag ablehnen. Er ist wirklich nur eine Ansammlung von Überschriften. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sahnen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die folgenden Aussagen „Wohnen braucht Sicherheit“, „Landeswohnungsbauvermögen erhalten“, „Mieter schützen“, „Wohnungsmarkt steuern und gestalten“ sind genau die typischen Merkmale der Politik von Regierung und Koalition. Es sind auch die Überschriften des Antrags der SPD. Das war es dann aber auch so ziemlich mit den Gemeinsamkeiten in Bezug auf diesen Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in vielen Medien wird zurzeit gestritten und berichtet, wie denn die künftige Strategie der SPD aussehen könnte, damit diese irgendwann wieder irgendwelche Wahlen gewinnen könnte.

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist sehr fürsorglich!)

In diesem Antrag und erst recht bei den Äußerungen des Kollegen Römer, den wir ansonsten sehr schätzen, wurde diese Strategie sehr deutlich. Ich glaube aber, Sie sind auf einem Holzweg. Sie verbreiten Unterstellungen, schüren Neid, sorgen für Verunsicherung und verbreiten Ängste.

(Beifall von der FDP)

Das ist die Strategie der SPD, die aus diesem Antrag und insbesondere aus den Worten von Herrn Römer hervorgeht. Mit diesen strategischen Ansätzen werden wir die wohnungsbaupolitischen Probleme in unserem Land sicherlich nicht lösen. Ich glaube, damit werden Sie auch Ihre parteipolitischen Probleme nicht lösen.

(Beifall von der FDP)

Die SPD-Fraktion stellt in ihrem Antrag eine ganze Reihe von Forderungen bezüglich der zukünftigen sozialen Wohnraumförderung und allgemein bezüglich der sozialen Wohnungspolitik für Nordrhein-Westfalen auf. Sie laufen der Entwicklung hier in Nordrhein-Westfalen mal wieder hinterher, liebe Kollegen der SPD.

Die Landesregierung hat mit dem Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen, dem WFNG, den Weg für moderne, effektive und soziale Wohnungspolitik eröffnet. Durch das geplante WFNG wird es zukünftig zu einer stärkeren Verzahnung von Wohnungs- und Städtebau kommen. Hierzu werden die Fördergegenstände der sozialen Wohnraumförderung auf die Bereiche der wohnungsnahen sozialen Infrastruktur ausgeweitet – genau das, was Sie anstreben.

Kommunale wohnungspolitische Handlungskonzepte werden durch das WFNG gestärkt. Die soziale Wohnraumförderung wird durch das WFNG zum Instrument der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Genau das, was Sie jetzt fordern, haben wir gesetzlich schon eingebracht. Damit ist übrigens auch Ihre Forderung nach Gründung einer weiteren Stiftung überflüssig. Sie bringt nichts. Sie

schaft zusätzliche Bürokratie und verursacht Kosten.

Sie sprechen in Ihrem Antrag vier Themen an, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, auf die ich gerne eingehen möchte.

Erstes Thema: Sozialwohnungen. Die SPD-Fraktion kritisiert im Antrag, es fehle an sozialem Wohnraum. Sie wissen genau, dass das sehr differenziert zu betrachten ist: Im Ruhrgebiet gibt es enorme Leerstände bei den Sozialwohnungen. In Köln und Düsseldorf ist dieser Wohnraum knapp. Es gab unter Rot-Grün keine effektive zielgerichtete Förderung. Genau hier setzt das neue WFNG der Regierung von CDU und FDP an. Die Mittel werden nämlich in Zukunft gezielt und sinnvoll eingesetzt, nämlich dort, wo sie gebraucht werden, und nicht dort, wo sie überflüssig sind.

Darüber hinaus fördern wir zur Sicherstellung der zukünftigen Wohnungsnachfrage in unserem Land durch das WFNG sowohl den Neubau als auch den Umbau, Ausbau und Wiederaufbau von Wohnraum. Dabei unterstützen wir nicht nur den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, sondern gerade auch den Bau von Mietwohnungen und Genossenschaftswohnungen.

Zweiter Punkt: Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens in die NRW.BANK. Dies ist ein weiterer Kritikpunkt des Antrags. Bereits heute, meine Damen und Herren, gehört das Landeswohnungsbauvermögen zum Kapitalstock unserer Landesförderbank.

(Bernd Schulte [CDU]: So ist das!)

Als Sonderrücklage wird es von der BaFin allerdings bisher nur zum Teil als Haftungskapital anerkannt.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Durch die Vollintegration wird dieser Missstand beseitigt. Der Handlungsspielraum – darum geht es doch – für Fördermaßnahmen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger wird dadurch wesentlich ausgeweitet.

(Norbert Römer [SPD]: Aber zulasten des sozialen Wohnungsbaus!)

– Es geht eben nicht zulasten des sozialen Wohnungsbauvermögens, Herr Römer.

(Norbert Römer [SPD]: Wie soll das denn gehen?)

Das Landeswohnungsbauvermögen bleibt dauerhaft erhalten, auch als revolving Fonds. Das zweistufige Förderverfahren, in dem die Kreise und die kreisfreien Städte für die Bewilligungsbescheide zuständig sind, bleibt erhalten. Die Förderschwerpunkte der NRW.BANK im Bereich der sozialen Wohnraumförderung werden nach wie vor durch das Ministerium für Bauen und Verkehr und durch den Landtag bestimmt.

(Beifall von der FDP)

Das Primat der Politik – das ist ganz wichtig – bleibt dauerhaft erhalten. Genau das hat übrigens auch Stephan Keller für den Städte- und Gemeindebund in der Anhörung am 3. September bestätigt. All diese Aussagen in der Anhörung ignorieren Sie. Sie können das im Protokoll vom 3. September, Seite 8, Zeile 21, nachlesen.

Dritter Punkt: Mieterschutz. Ja, wir haben den Mieterschutz an bundeseinheitliche Verordnungen angepasst. Wir haben damit nach wie vor einen angemessenen Mieterschutz in Nordrhein-Westfalen sichergestellt. Uns sind auch keine diesbezüglichen Beschwerden von Mieterinnen und Mietern bekannt, die durch diese Regelungen negativ betroffen wurden.

Der vierte und letzte Punkt ist mir sehr wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich diese sogenannte Heuschreckendiskussion der SPD.

Privatwirtschaftlich organisierter Wohnungsbau und Großinvestoren werden von der SPD in unsachlicher und unglaublicher Art und Weise diffamiert. Vielleicht gibt es bei den Großinvestoren auch einmal ein schwarzes Schaf, wie es das vermutlich in allen Lebenslagen gibt.

(Bodo Wißen [SPD]: Aber Sie sollten das Schaf wenigstens kennen! Sie wissen nicht, was das für ein Schaf ist!)

Aber im Großen und Ganzen ist der private Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen völlig in Ordnung.

Sie reden in Ihrem Antrag – Herr Römer tat das eben an diesem Rednerpult – von Mieterhöhungen bei der LEG in Hamm oder in Neuss. Diese Erhöhungen bei auslaufenden Bindungsfristen waren auch zur Regierungszeit von SPD und Grünen völlig normal und sind in Deutschland üblicher Standard.

(Zuruf von Bernd Schulte [CDU])

Es gibt überhaupt keinen Grund, irgendetwas ver-teufelt an die Wand zu malen. Das ist ein völlig normaler Vorgang, den Sie früher in Ihrer Regierungsverantwortung immer so gehandhabt haben.

(Bodo Wißen [SPD]: Wahrscheinlich hat die FDP dort keine Ortsverbände!)

Wir haben beim Verkauf der LEG-Wohnungen eine Sozialcharta durchgesetzt, die sich beweisen wird. Bei Verkäufen großer Bestände von Gewerkschaften oder irgendwelcher Institutionen, die der SPD sehr nahe standen, wurde auf diese Sozialstandards in Gänze verzichtet. Die gab es bei Ihnen überhaupt nicht. Das ist der Unterschied zwischen SPD und Schwarz-Gelb.

(Beifall von der FDP)

Lieber Herr Römer, Sie sprachen eben den Minister persönlich an. Jetzt spreche ich Sie persönlich an.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege.

Christof Rasche (FDP): Die SPD plant für Anfang Dezember einen Kongress zur Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Der Titel sollte lauten – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –: Wohnen bei Heuschrecken in Nordrhein-Westfalen.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Das ist doch so! – Ewald Groth [GRÜNE]: Das haben Sie angerichtet! – Ralf Witzel [FDP]: Oberheuschrecke!)

– Klar, lieber Herr Groth, wir haben das angerichtet, selbstverständlich.

Sind denn all diese Investoren wie die Deutsche Annington und viele andere große und mittlere Investoren in Nordrhein-Westfalen, die nachweislich und erfahrungsgemäß langfristige Ziele in der Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen verfolgen, für Sie Heuschrecken? Sind das für Sie keine soliden Partner? Oder sind das sogar welche, die Sie zu Ihrer Podiumsdiskussion einladen und wo Sie hoffen, dass es von diesen Institutionen vielleicht den einen oder anderen sachlichen Beitrag gibt?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Rasche, es gibt eine Zwischenfrage von Ihrem Kollegen Ellerbrock.

Christof Rasche (FDP): Na klar.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte.

(Edgar Moron [SPD]: Die war bestellt! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Rasche, wären Sie bitte so freundlich, den geschätzten Kollegen der Grünen und der SPD darzulegen, dass die von der Landesregierung verabredeten Regelungen zum Mieterschutz weit über das hinausgehen, was SPD und Grünen jemals in Erwägung gezogen haben? Könnten Sie das bitte noch einmal deutlich machen?

(Zurufe von der SPD: Nein! Das glauben Sie doch selber nicht!)

Christof Rasche (FDP): Lieber Herr Kollege Ellerbrock, vielen Dank für diesen Hinweis.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das gibt mindestens zwei Zwischenfragen von meinen Kollegen!)

Man muss allerdings unterscheiden: Daraus, was SPD und Grüne bei uns kritisieren, darf man nicht schließen, dass sie es nicht besser wüssten. Sie wissen sehr wohl, wie es richtig gelaufen ist. Aber

sie kritisieren es trotzdem aufgrund irgendwelcher strategischen Gründe.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das wäre ja Heu-
chelei! Das machen die doch nicht!)

– Das sagen Sie, Herr Ellerbrock.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie handeln verantwortungslos. Wer soll denn bei dieser Diffamierungswelle und dieser Neiddiskussion, die die SPD im Moment betreibt, überhaupt noch in Nordrhein-Westfalen investieren?

(Zurufe von der SPD)

Sie vertreiben doch mit Ihren Unterstellungen und Ihrer Neiddiskussion sämtliche Investoren aus Nordrhein-Westfalen.

(Lachen von Thomas Trampe-Brinkmann [SPD] – Zurufe von der SPD)

Das war früher bei Ministerpräsidenten wie Steinbrück und Clement eine ganz andere Politik der SPD, die zum Wohle des Landes durchgezogen wurde.

(Edgar Moron [SPD]: Das haben wir von Ihnen damals nie gehört!)

Meine Damen und Herren, wir benötigen eine Wohnraumpolitik mit wirtschaftlich sinnvollen und sozial verträglichen Rahmenbedingungen. Dafür stehen CDU und FDP.

Ich bin froh, dass wir heute über diesen Antrag abstimmen, denn damit wird die Märchenstunde von Herrn Römer und von der SPD schon heute beendet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Kollege Becker.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Jetzt, Horst?)

Horst Becker⁷⁾ (GRÜNE): Gleich.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der Kollege fragte, ob er nach dem Vorbild der FDP jetzt gleich eine Zwischenfrage stellen soll. Wir machen das später.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich will zunächst einmal mit ein paar Fakten anfangen, damit Herr Rasche wieder auf die Wirklichkeit gestoßen wird. Ich möchte darauf hinweisen, Herr Rasche, dass die Wohnungsbaupolitik eines der Betätigungsfelder war, auf dem Sie Ihre ideologische Position am radikalsten verwirklicht haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von Christof Rasche [FDP])

Sie haben sie – das muss ich sehr deutlich sagen – mit einer sehr negativen nachhaltigen Wirkung für Bürgerinnen und Bürger verwirklicht. Ich will das an einigen Punkten stichwortartig und an einigen Punkten etwas intensiver darlegen.

Erstens. Sie haben in der Tat die Kündigungssperrfristverordnung in Nordrhein-Westfalen auf das gesetzliche Mindestmaß zurückgeführt. Das ist mithin schlechter als in Ländern wie Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, um nur einige zu nennen, hinter denen Sie weit zurückbleiben. Folge: Mieterinnen und Mieter sind bei Eigentumswechsel in Nordrhein-Westfalen bedeutend schlechter geschützt als in diesen Ländern.

Zweitens. Sie haben in der Tat die früher sogenannte Ausgleichsabgabe mit der Folge abgeschafft, dass jedes Jahr 40 Millionen € dem Wohnungsbauvermögen nicht mehr zugeflossen sind. Dies hatte zur Folge, dass aus diesen Mitteln – ebenfalls aus ideologischen Gründen – keine neuen Sozialwohnungen mehr entstanden sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von CDU und Minister Dr. Helmut Linssen)

Drittens. Sie haben die LEG mit rund 100.000 Wohnungen mit der Folge verkauft, dass dort überhaupt nicht mehr das investiert wird, was vorher investiert worden ist. Das hat dort im Durchschnitt höhere Mieterhöhungen als vorher zur Folge. Insbesondere wo es wirtschaftlich lukrativ ist, nämlich in der südlichen Rheinschiene, werden erhebliche prozentuale Mieterhöhungen durchgesetzt. Das sind die Fakten, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will Ihnen weitere Fakten nennen. Zurzeit gibt es jedes Jahr 40.000 Belegungsrechte für die Kommunen für soziale Mietwohnungen weniger. Wir werden ungefähr im Jahr 2020 an einem Punkt angekommen sein, wo es solche Belegungsrechte für die Kommunen für sozial schwache Mieterinnen und Mieter nicht mehr gibt. Das ist eine hochdramatische Entwicklung. Das ist übrigens unterschiedlich dramatisch; da gebe ich Ihnen Recht. Das ist im Ruhrgebiet anders als zum Beispiel an der südlichen Rheinschiene. Aber da ist es hochdramatisch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir werden, um das etwas ausführlicher darzustellen, in eine Situation kommen – Herr Römer hat selbstverständlich Recht –, in der über die Veränderungen der Wfa als Vollintegration in eine Bank etwas passiert, was jetzt nicht da war. Es wird nämlich Verluste der Steuerung der Politik in Bezug auf die Wohnungswirtschaft geben. Ich will Ihnen das stichwortartig ganz kurz begründen:

Erstens. Sie werden da sein, weil wir nicht mehr das Recht haben, die jährliche Summe festzulegen.

(Widerspruch von Minister Dr. Helmut Linsen)

– Ich habe das gelesen. Dass Sie sauer werden, Herr Minister Linsen, ist verständlich. Zu diesem Thema werden wir uns noch öfter treffen.

Wir haben das gelesen. Beiräte ersetzen keine Steuerungskompetenzen. Die dürfen nur Beiräte sein. Die können Sie immer aushebeln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zweitens. Die Beiräte können Sie nicht nur aushebeln, sondern Sie unterwerfen das dem normalen Fördergeschäft in Konkurrenz zu anderen Gesichtspunkten. Das wird Streit im Kabinett geben.

Drittens. Sie können jährlich keine Mindestsumme einsetzen. Würden Sie nämlich eine Mindestsumme einsetzen, dann würde die BaFin nicht genehmigen, dass das gesamte Wohnungsbauförderungsvermögen als Eigenkapital für die Refinanzierung der Bank in ihrem Fördergeschäft herangezogen wird.

Das ist deswegen ein Dilemma, weil bei der Geschäftssteuerung und dem Risikomanagement in einer Bank das nach den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes zu geschehen hat. Würden Sie das lesen, könnten Sie es auch nachvollziehen. Das sind völlig andere Gesichtspunkte als die der Wohnungswirtschaft, der Sozialwohnungen, der energetischen Sanierung, der Barrierefreiheit und weiterer Aspekte, die gerade hier in Nordrhein-Westfalen mit seinem extrem alten Mietwohnungsbestand extrem wichtig sind.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist es so, dass im Zusammenhang mit der Privatisierung der letzten Jahre und Jahrzehnte Heuschrecken sehr viele Wohnungsbestände in die Hand bekommen haben. Das ist aber noch nicht das Ende der Kette. Sie planen noch mehr, nämlich etwas, was von Teilen der SPD, von den Grünen und anderen parlamentarischen Kräften abgewehrt worden ist. Es geht um die Wohnreeds, also die börsennotierten Wohnformen. Das wollen Sie jetzt doch einführen. Jeder, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß, dass das der letzte Bestandteil der Verwertungskette Mietimmobilien ist. Das führt sozusagen zu einer Zerschlagung, an deren Ende die Kommunen das ausbaden können, was diese Heuschrecken in der Verwertungskette hinterlassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die hinterlassen nämlich Leerstände, Brachen und völlig heruntergekommenen Wohnraum, mit dem die sich dann in ihrer Stadt in strukturschwachen Gebieten auseinandersetzen können, wo das zu weiterer Strukturschwäche und Einbrüchen führen wird.

Meine Damen und Herren, das, was Sie machen, ist eine Politik der regionalen, strukturellen und sozialen Disparitäten, der Spaltung. Sie haben an der Wohnungswirtschaft beispielhaft durchexerziert, wohin Ideologie in Nordrhein-Westfalen führt. Zahlen werden das die Menschen, die Mieterinnen und Mieter. Das ist verwerflich. Deswegen stimmen wir dem SPD-Antrag zu.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Becker. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Lienenkämper.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Endlich einmal ein bisschen Sachlichkeit!)

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Kollege Römer, ich frage mich, wenn ich Ihren Redebeitrag analysiere, ganz ehrlich, ob Sie das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, wirklich glauben.

(Christof Rasche [FDP]: Niemals!)

Das kann ich mir kaum vorstellen.

Mit ihrem Antrag stellt die SPD-Fraktion ein buntes Potpourri an Thesen und Forderungen in Bezug auf das Landeswohnungsbauvermögen, die Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Bundesförderung und den Mieterschutz auf. Der Antrag leidet in weiten Teilen schon daran, dass die Bestandsaufnahme unzutreffend ist. Deshalb kommt man auch nicht zu richtigen Schlussfolgerungen. Deswegen sind auch die Forderungen an die Landesregierung nicht weiterführend und erst recht nicht zielführend.

Gleichwohl will ich mich der guten Ordnung halber Punkt für Punkt mit den Dingen befassen. Fangen wir mit dem Wohnungsbauvermögen und der Vollintegration in die Wfa an: Dieses Thema ist im Zusammenhang mit der Beratung des Gesetzentwurfs zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zur Steigerung der Fördermöglichkeiten der NRW.BANK und zur Änderung anderer Gesetze breit diskutiert worden, und zwar seit Monaten.

Die aufgeworfenen Fragen sind erschöpfend und vielfach beantwortet worden. Offenkundig muss ich aber feststellen, dass das noch nicht ausreicht hat. Also werde ich jedenfalls die wesentlichen Antworten gerne wiederholen:

Das Ziel der Vollintegration der Wfa ist eine deutlich verbreiterte Aufstellung der NRW.BANK als Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen. Nur durch zusätzliches Haftkapital schafft die Landesregierung innerhalb der Bank die Voraussetzungen dafür, das Fördervolumen und die Förderprogrammatische aus-

weiten zu können. Das Landeswohnungsbauvermögen wird mit dem sonstigen Fördervermögen der NRW.BANK zu einem gemeinsamen Landesfördervermögen verbunden und bleibt als revolvierender Fonds erhalten.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft sicherstellen, dass eine nach den regionalen Marktgegebenheiten differenzierende, an Zielgruppen orientierte soziale Wohnraumförderung entsprechend der Nachfragesituation erfolgt. Die Aufstockung des Wohnraumförderprogramms 2009 von 840 Millionen € auf 950 Millionen € zeigt doch deutlich und eindringlich, dass sich die Landesregierung der Bedeutung dieser Förderung bewusst ist.

Es ist schlechterdings Unsinn, wenn die SPD behauptet, die Wohnraumförderung würde zukünftig vom Vorstand der NRW.BANK gesteuert. Einfaches Lesen des Gesetzentwurfes hilft: Die Entscheidung über die Höhe, die fachlichen und regionalen Schwerpunkte des Wohnraumförderungsprogramms trifft die Landesregierung auf Vorschlag des Ministeriums für Bauen und Verkehr. Förderziele und Förderbedingungen werden weiterhin vom Fachressort gestaltet.

Also, meine Damen und Herren: Das Zerrbild, das Sie hier offenkundig aus Gründen darstellen, die ich jetzt einmal lieber nicht bewerte, ist in allen Belangen falsch.

Wir schaffen es, die Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen zu stärken, die Wohnraumförderung zu stärken und das soziale Element der Wohnraumförderung aufrechtzuerhalten. Das finde ich richtig so.

Jetzt kommen wir zu den Förderprogrammen als dem zweiten Punkt: Die Wohnraumförderprogramme – das kann man vorweg festhalten – des Landes Nordrhein-Westfalen werden sowohl von den Unternehmen als auch von den Menschen gut angenommen.

Die Fachleute der Wohnungswirtschaft bestätigen uns darin, dass wir eine auch im bundesweiten Vergleich qualitativ hochwertige Förderung haben. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Die Entwicklung unserer Förderprogramme berücksichtigt wissenschaftliche Untersuchungen, die Ergebnisse von Wohnungsmarktbeobachtungen der Wfa und auch neue thematische Anforderungen.

So spielt der Klimaschutz eine herausragende Rolle. Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit der entsprechenden Ausgestaltung der Förderprogramme unverzüglich darauf reagiert. Ergänzend zu den Förderprogrammen des Bundes über die KfW unterstützt das Land energieeffiziente Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand.

Der demografische Wandel stellt die Wohnungswirtschaft vor gewaltige Herausforderungen. Das Land fördert deshalb den Abbau von Barrieren im

Wohnungsbestand, und das sogar ohne Preis- und Belegungsbindungen. Da das wichtig und richtig ist, hat der Bund jetzt mit einem entsprechenden Programm der KfW nachgezogen.

In Bezug auf die Eigentumsförderung ist die Landesregierung bestrebt, möglichst vielen Familien mit Kindern oder behinderten Angehörigen den Weg zum Wohneigentum zu ebnen. Mit den im Wohnraumförderungsprogramm für die Eigentumsförderung reservierten Mitteln konnten in den vergangenen Jahren alle Antragsteller gefördert werden, deren Antrag die Förderungsvoraussetzungen erfüllte. Dabei ist es uns in den letzten Jahren gelungen, den Anteil des Bestandserwerbs auf rund die Hälfte zu steigern.

In Bezug auf den Mietwohnungsbau ist uns der Rückgang des Anteils der Sozialwohnungen natürlich nicht verborgen geblieben. Die aktuellen Wohnraumförderbedingungen für die Neubau- und Bestandsförderung tragen dieser Entwicklung in vollem Umfang Rechnung. Deshalb sind unsere Programme bedarfsgerecht dotiert, und die Mittel werden den Kommunen bedarfsorientiert zugewiesen.

Wie Sie wissen, steht unser Haus in ständigem Austausch mit Unternehmen der Wohnungswirtschaft, um die Programme modern und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt im Antrag der SPD-Fraktion. Ich muss leider feststellen, dass sich dieser Punkt in Anträgen der SPD-Fraktion zu den verschiedensten Themen immer häufiger findet, und zwar unter der Überschrift „Investorenschelte“.

Das Land kann die erforderlichen Mietwohnungen nicht selber bauen. Wir sind auf die Investitionen Privater geradezu angewiesen. Deswegen ist mit der Übernahme der Regierungsverantwortung der dringend notwendige Kurswechsel in der Wohnungspolitik vollzogen worden, der die Neubelebung der Marktkräfte und die Stärkung der Privatinitiative ins Zentrum der Politik rückt. Nach wie vor sind private Vermieter die größte Anbietergruppe auf dem Mietwohnungsmarkt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang der Vollständigkeit halber noch auf eines ihrer Lieblingsthemen, den LEG-Verkauf, eingehen. Nur eine Information: Die LEG hat im Jahr 2008 19,54 € pro Quadratmeter investiert. Damit liegt die LEG deutlich über dem Branchendurchschnitt.

Neben den Investoren sind die Kommunen wichtige Partner der Wohnungspolitik. Nach dem Entwurf des WFNG Nordrhein-Westfalen sollen die wohnungspolitischen Belange der Gemeinden und der Gemeindeverbände bei der sozialen Wohnraumförderung berücksichtigt werden. Wenn kommunale wohnungspolitische Handlungskonzepte vorliegen, unterstützen wir die Realisierung von Investitions-

projekten, die aus diesen Konzepten entwickelt werden, in ganz besonderer Weise.

Sie fordern im Gegensatz dazu gebetsmühenhaft die Gründung einer Stiftung für den Wohnungs- und für den Städtebau. Da gilt wie auch sonst im Leben die alte Regel: Man soll die Dinge bis zum Ende durchdenken. Zunächst einmal wird eine solche Stiftung eine neue Institution mit zusätzlichen Verwaltungskosten sein. Sie wollen den Wohnungs- und den Städtebau offenbar dem Einfluss des Landesgesetzgebers entziehen. Anders kann man das kaum verstehen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist eine boshafte Verdrehung!)

Auf absehbare Zeit hätten Sie nicht einmal genügend Mittel zur Verfügung. Sie müssten innerhalb der Stiftung zunächst einmal einen Kapitalstock aufbauen. In den nächsten Jahren stünde für die Stiftungsaufgaben daher nur ein Bruchteil der benötigten Mittel wirklich zur Verfügung. Aus meiner Sicht kann dies niemand ernsthaft in Erwägung ziehen.

Mit dem geplanten WFNG Nordrhein-Westfalen wird die soziale Wohnraumförderung künftig auch dazu beitragen, die städtebauliche Funktion von Wohnquartieren zu erhalten und zu stärken. Diesem nun landesgesetzlichen Ziel dienen die Aufnahme von Baumaßnahmen zur Schaffung von Räumen für wohnungsnah soziale Infrastruktur in den Katalog der Fördergegenstände und auch die Stärkung der Möglichkeiten zur kommunalen Steuerung. Wir wollen eine Neuaufstellung der Wohnraumförderung als Instrument einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung.

Lassen sie mich, da sie in dem Antrag angesprochen worden sind, noch auf zwei bundesrechtliche Themen zu sprechen kommen. Das Mietrecht, eine Materie aus der klassischen bundesrechtlichen Zuständigkeit, ist im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt.

Vielfach diskutiert wird aktuell das Problem der Zurückhaltung von Eigentümern von Mietwohnungen bei Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen. Hierzu trifft der Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen auf Bundesebene – übrigens durch die Bauministerkonferenz angeregt – weiter gehende Aussagen. Es wurde vereinbart, eventuelle mietrechtliche Hürden für eine energetische Sanierung zu senken,

(Horst Becker [GRÜNE]: Nicht so dynamisch!)

die bestehenden Möglichkeiten der gewerblichen Wärmelieferung für Mietwohnungen zu erweitern sowie eine Duldungspflicht des Mieters bei entsprechenden Baumaßnahmen ohne Mietminderungsrecht zu installieren. Diese Maßnahmen werden zu

einem Ansteigen der Sanierungsquote im Bestand führen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Abschließend zur Frage der Fortsetzung zweckgebundener Kompensationszahlungen über das Jahr 2013 hinaus: Wie sie wissen, wird das während der laufenden Legislaturperiode des Bundestags zu klären sein. Sie können sicher sein, dass sich die Landesregierung in den Verhandlungen mit dem Bund über eine Anschlussregelung der Kompensationsmittel für die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen einsetzen wird.

Ich denke, damit konnten wir zum wiederholten Male deutlich machen, dass die soziale Wohnraumförderung für die Landesregierung Nordrhein-Westfalen weiter einer der zentralen politischen Bereiche auf den Gebieten Bauen und Verkehr ist. Wir akzentuieren diese Wohnraumförderung weiter, wir entwickeln sie weiter und wir machen sie zukunftsfest, damit sie den Anforderungen in der Zukunft auch entspricht. Ihre Zerrbilder, Herr Kollege Römer, die Sie heute dargelegt haben, helfen jedenfalls den Mieterinnen und Mietern und auch der Wohnungswirtschaft nicht weiter.

(Beifall von der CDU)

Wir machen weiterhin zukunftsorientierte Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal der Abgeordnete Römer.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, das Protokoll über die Anhörung zur Übertragung des Wohnungsbauvermögens in die NRW.BANK liegt vor. Sie wissen, dass dieses Protokoll eine einzige Ansammlung von Kritik an dieser Landesregierung widerspiegelt.

(Christof Rasche [FDP]: Ein bisschen differenzierter!)

Es gab einen einzigen Herrn – der ist genannt worden –, der sich positiv ausgedrückt hat. Alle anderen haben Sie kritisiert. Inzwischen gipfelt das darin, dass sich die Briefe bei der SPD-Landtagsfraktion, Briefe von hilfeschreitenden Menschen, häufen.

(Lachen von der FDP – Zuruf)

– Ich kann es Ihnen gerne sagen, damit Sie wissen, wer sich an uns wendet: von allen kommunalen Spitzenverbänden, von der Architektenkammer, von der Ingenieurkammer Bau, von dem Bund Deutscher Baumeister, von den Bauverbänden – sie alle sind keine Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratischen Partei, Herr Rasche.

(Christof Rasche [FDP]: Sie haben eine vernichtende Antwort bekommen!)

Diese wollen, dass in das Gesetz – das haben Sie Ihnen bei der Anhörung auch gesagt – wenigstens eine Mindestfördersumme für die soziale Wohnraumförderung geschrieben wird. Sie können das aber nicht machen, und Sie wissen auch, warum Sie das nicht machen können. Damit wird doch alles das, was Sie wohlklingend versuchen, uns als Täuschung darzustellen, ad absurdum geführt. Ganz genau das wird eintreten, worauf es Herrn Linssen schon immer ankommt. Er will sich einen Wunschtraum, den er seit Jahren hegt – das sagt er auch so offen –, erfüllen, nämlich das Wohnungsbauvermögen für andere Zwecke zur Verfügung zu haben als bisher für die reine Wohnraumförderung. Das steckt dahinter, und das können Sie nicht mitmachen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will Ihnen einen weiteren Punkt nennen, weil Sie auch das eben wieder behauptet haben: Ja, die LEG-Wohnungen werden nach LEG-Angaben jetzt noch für Modernisierung und Instandhaltung mit 19 € gefördert. Das waren aber bis zum Verkauf mehr als 20 € allein für die Modernisierung. Die LEG sagt inzwischen öffentlich: Das wird weniger werden, was für die Bereiche Instandhaltung und Modernisierung hineingebracht wird.

Herr Becker hat darauf hingewiesen, wo der große Nachholbedarf liegt: bei der Schaffung von Barrierefreiheit, darin, dem demografischen Wandel zu begegnen und bei der Modernisierung der Wohnungen in einer Art und Weise, dass sie für Menschen, die darauf angewiesen sind, Herr Minister, bezahlbar bleiben und in einem guten Zustand sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie werden als derjenige Minister in die Geschichte des Landes eingehen, der dem Finanzminister nachgegeben hat, der den sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen – das wird mit Ihrem Namen verbunden bleiben – auf dem Altar des „Privat vor Staat“ geopfert hat. Das ist das, was Sie uns hinterlassen, Herr Minister. Ich bitte Sie nach wie vor darum: Werden Sie Ihrer Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau gerecht, stellen Sie sich an unsere Seite und retten Sie den sozialen Wohnungsbau vor den Zugriffen des Finanzministers!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Dr. Helmut Linssen: Oh!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion noch Herr Schemmer das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rettet die

SPD vor diesem Herrn Römer, kann ich da nur sagen.

(Beifall von der CDU)

Denn was da als Antrag auf dem Tisch liegt, das hätte – wir haben es im Weiteren gehört – genauso gut von den Grünen kommen können; oder, um es noch anders zu sagen: Herr Sagel ist gerade nicht da, aber selbst Herr Lafontaine hätte an Ihrem Antrag seine helle Freude gehabt.

Wodurch zeichnet sich Ihr Antrag eigentlich aus?

(Norbert Römer [SPD]: Klugheit!)

Als Erstes wird alles das, was Sie an Wohnungsbaupolitik bis zum Jahr 2005 gemacht haben, völlig verdrängt. Des Weiteren verdrängen Sie die Wohnungsverkäufe durch die Gewerkschaftsholding und durch andere der SPD nahestehende Alteiligentümer. Nirgendwo ist die Rede von irgendeinem besonders vereinbarten Mieterschutz.

(Beifall von der CDU)

Sie mäkeln die ganze Zeit, auch heute wieder, an den notwendigen Entwicklungen, die wir seit 2005 angegangen sind.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Schlicht angegangen!)

Wir haben den überflüssigen Bürokratismus für Zweckentfremdungsverordnung und Kündigungssperrfristverordnung beseitigt. Sie haben übrigens Ihren Kampf gegen die Fehlbelegerabgabe völlig vergessen.

(Zuruf von der SPD: Fehlbelegungsabgabe, Herr Kollege!)

Sie wollten nämlich diejenigen Menschen, die durchschnittlich verdienen, aus den geförderten Wohnungen herausbringen und abzocken und haben sich deutlich dagegen gewehrt, dass eine vernünftige Durchmischung bei den Wohnungsbeständen stattgefunden hat.

(Beifall von der CDU)

Wir haben dafür gesorgt, dass es nunmehr eine gute Durchmischung in den Wohnungsbeständen gibt, und waren dabei – das muss man schlicht sagen – grandios erfolgreich.

(Lachen bei der SPD)

Ihr ganzer Antrag strotzt eigentlich nur vor staatlicher Regelungs- und Bevormundungswut. Das alles mag ein wunderbares Empfehlungsschreiben für gute Listenplätze bei der SPD für die zukünftige Kandidatenaufstellung sein.

(Beifall von der CDU)

Inhaltlich war das aber nichts. Da kann ich nur sagen: gute Nacht, SPD!

Wenn ich mir anschau, was Sie vortragen, nur öffentlich geförderte Wohnungen seien in Ihren Augen gute Wohnungen,

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

dann stelle ich fest, Ihr Staatskapitalismus in der Sache macht Sie sogar für die Linke koalitionsfähig. Übrigens, wenn Sie das nicht glauben – ich zitiere Herrn Römer vom 24. August 2009:

Je weniger öffentliche Wohnungen es gibt, desto mehr werden die Mieter von den Privaten geschöpft.

Das ist Sagel pur und das ist Lafontaine pur.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Das hat doch nichts mit einer vernünftigen Wohnungspolitik zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Bei einer vernünftigen Wohnungspolitik müssen Wohnungsangebot und -nachfrage übereinander gebracht werden und sich die Waage halten. Gute Lage und gute Wohnungsqualitäten sind dabei erforderlich und notwendig, um sich durchzusetzen.

Wir haben reagiert: In den Bereichen, in denen wir Wohnungsmangel haben, haben wir aus den Ergebnissen der Pestel-Studie gelernt und haben die Förderung angepasst, sie zielgenau gemacht.

Rot-Grün hat kommunalpolitisch nur danach verteilt, wo sich rot-grüne Räume befinden. Da muss mit der Gießkanne gefördert werden.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Wir haben die tatsächlichen Bedarfe genommen und die Förderung an sie angepasst.

Eine Anmerkung zu den Zwischenrufen: Wer anderes als der rote Filz hat die 18 Millionen € in Oberhausen versenkt? Das ist das, was sich nicht wiederholen darf.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich stelle auf jeden Fall fest: Nordrhein-Westfalen hat eine exzellente Wohnraumförderung sowohl für Neubau als auch für Erwerb, für Mietwohnungsbau, aber auch für Bestandsförderung. Wir setzen exzellente Standards bei der Barrierefreiheit und beim Energiesparen.

Zum Steuerrecht: In der Aufforderung Nr. 7 schreiben Sie, dass sich die Landesregierung im Bund für verbesserte Abschreibungsregelungen bei der energetischen Sanierung von Mietwohnungen einsetzen soll. Das zeigt, dass Sie überhaupt keine Ahnung vom Steuerrecht haben, denn energetische Sanierung im Mietwohnungsbau kann sofort zu 100 % abgesetzt werden. Eigentlich müssten Sie das wissen.

Den Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP auf Bundesebene haben Sie auch nicht gelesen. Dort steht nämlich:

Mietnomaden sowie Luxussanierung zum Zwecke der Entmietung werden wir wirksam begegnen.

Es ist gut so, dass wir das tun, und es zeigt, dass wir eine zukunftsorientierte Politik machen.

Ihr Antrag reicht vielleicht, um Laien im Wohnungsbau auf einer Unterbezirksveranstaltung zu überzeugen. Für den Landtag reicht das nicht.

(Beifall von der CDU)

Kurzum: Wir haben es mit einem überflüssigen Antrag zu tun. Er enthält laufende Wiederholungen aus den letzten Jahren. Die wichtigsten Dinge haben Sie vergessen. Vom Steuerrecht haben Sie keine Ahnung. So macht man keine Wohnungsbau politik. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Jetzt erhält noch einmal der Abgeordnete Becker das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Horst Becker¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich empfehle der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, zunächst einmal in den Protokollen einer Fragestunde nachzulesen, bei der es unter anderem um die Wfa ging, bei der der Vorgänger von Herrn Lienenkämper auf die Frage, ob es sich zuvörderst um eine Finanztransaktion oder um eine Aktion zur Stärkung der Wohnungswirtschaft handele, gesagt hat: selbstverständlich zuvörderst um eine Finanztransaktion – also eine Aktion zur Stärkung der NRW.BANK.

Vielleicht sollten Sie sich zusammensetzen, sich darüber unterhalten und entscheiden, ob Ihr Vorgänger recht hatte oder ob Ihr etwas aufgeblasenes Gemälde hier stimmt, dass das eine Förderung der Wohnungswirtschaft sei.

(Beifall von der SPD)

Zweite Bemerkung – die ist mir wichtig –: Nach der großartigen politischen Rede des Kollegen Schemmer habe ich mich, nachdem er sich an Listenplätzen der SPD abgearbeitet hat, gefragt, ob wir demnächst debattieren sollten, wie er bei der letzten Kommunalwahl abgeschnitten hat. Ich glaube, das würde eine spannende Debatte werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Weil er das Szenario ausgemalt hat, dass Lafontaine im Landtag sitzt, nur weil Sagel hier im Landtag sitzt – das ist ja nicht ganz das Gleiche, das muss man zugeben, –

(Christof Rasche [FDP]: Wir haben schon Brücken gebaut!)

will ich ihm noch den einen oder anderen Hinweis mit auf den Weg geben.

Bei unserer Kritik an den Wfa-Transaktionen befinden wir uns hier im Landtag in Gesellschaft, wenn Sie die Anhörungsprotokolle nachlesen, mit – ich zähle auf – den Mieterverbänden, der Ingenieur- und Architektenkammer, den Gewerkschaften, diversen Unternehmen aus der Wohnungswirtschaft und dem Landesrechnungshof – um nur einige zu nennen. Es gab einen einzigen Verband – das war der VdW –, der Ihnen in einer, wie Sie wissen, sehr umstrittenen und zweifelhaften Stellungnahme geholfen hat.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Hervorragend!)

Dass Sie die hervorragend finden, das wundert mich nicht, Herr Linssen. Sie stellen sich gerne auf die Seite von Außenseitern. Da gehören Sie mit der Politik auch hin.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie waren die Außenseiter und nicht wir. Das hat nichts mit links, rechts oder sonst etwas zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, dass Sie die Wohnungswirtschaft mit dem, was Sie vorhaben, bewusst vor die Wand fahren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wissen das. Ich wiederhole es noch einmal: Kein Beirat der Welt kann ein Führungsgremium, ein Aufsichtsgremium ersetzen, das eine Steuerungskompetenz hat. Die entziehen Sie dem Parlament, die entziehen Sie den Wohnungsbaupolitikerinnen und Wohnungsbaupolitikern, sie entziehen mit dem, was Sie hier tun, im Übrigen auch dem Parlament das Budgetrecht. Sie bilden einen Schattenhaushalt. Der Finanzminister ist der Herr der Schattenhaushalte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir stimmen jetzt ab über den Antrag der Fraktion der SPD. Sie hat um direkte Abstimmung gebeten. Wir stimmen also ab über den Inhalt des **Antrages Drucksache 14/10019**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

6 Entwicklungspolitik effektiv und nachhaltig gestalten – Nordrhein-Westfalen übernimmt Verantwortung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10015

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Bollenbach das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Chris Bollenbach (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit unserem heutigen Antrag machen wir deutlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu unserer Verantwortung stehen und unser Engagement in der Entwicklungspolitik konsequent fortsetzen.

Es sind gerade die Ärmsten der Armen, die massiv unter den Auswirkungen der Krisen in Europa, Asien und in den USA leiden. Sie leiden unter den Folgen einer Krise, die sie nicht verursacht haben. Auch wenn sich viele den Dominoeffekt schwer vorstellen können, den eine Wirtschaftskrise hier an Ursachen dort auslösen kann: Die Fakten lassen sich nicht leugnen.

Noch immer sterben Millionen von Menschen – insbesondere Kinder –, weil sie nicht genug zu essen haben. Anhaltende Dürre verschärft die ohnehin knappe Versorgung mit Nahrung und Wasser für Millionen von Menschen. UNO und Welthungerhilfe schlagen Alarm. Heute leiden mehr als 1 Milliarde Menschen weltweit an Unterernährung – so viele wie seit 40 Jahren nicht mehr. Allein etwas mehr als ein Viertel davon ist in Subsahara-Afrika betroffen.

Noch immer haben Millionen von Kindern keinen Zugang zur Schulbildung. Noch immer sind wir in zahlreichen Ländern dieser Welt von Demokratie und Menschenrechten weit entfernt. Noch immer breiten sich Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Aids aus. Es fehlt an medizinischer Grundversorgung und an hygienischen Standards.

Allein diese Fakten zeigen: Entwicklungszusammenarbeit ist eine wichtige Aufgabe und eine Aufgabe, für die wir einen langen Atem brauchen.

Unser Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit ist systemrelevant. Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich destabilisierend aus. Dem gilt es, durch Maßnahmen entgegenzuwirken. Ich bin der Überzeugung, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren sehr gut aufgestellt haben. Ich will in diesem Zusammenhang auf ein paar Punkte hinweisen, die mir besonders wichtig erscheinen:

Erstens. Unser Engagement soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Es darf nicht zur fortwährenden Abhängigkeit

führen, sondern muss die Partnerländer in ihrer Eigenverantwortung stärken.

Zweitens. Wir handeln im Rahmen unserer Fähigkeiten und Möglichkeiten, und zwar in Abstimmung mit den anderen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen nicht als klassischer Geber tätig werden, sondern vor allem die bei uns beheimateten entwicklungspolitischen Akteure ganz praktisch unterstützen – als Träger, Rahmengeber und Koordinator für Entwicklungspartnerschaften.

Drittens. Wir konzentrieren unser Engagement auf den Bildungsbereich, den Klimaschutz und die Energie sowie den Aufbau geeigneter Verwaltungsstrukturen. Zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Inwent, der Stiftung für Umwelt und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen sowie dem Eine-Welt-Netz unterstützen wir bereits heute zahlreiche Projekte der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Darunter fallen Eine-Welt-Wochen, Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen.

Besonders erwähnen möchte ich zudem das Koordinatorenprogramm, den Aktionsplan „Zukunft Lernen“ und den konkreten Friedensdienst.

Viertens. Mit Hilfe der Informations- und Bildungsarbeit wollen wir das Thema Entwicklungspolitik hierzulande dauerhaft im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankern und sie für ein entwicklungspolitisches Engagement gewinnen. Vor allem unsere über 4 Millionen Mitbürger mit Migrationshintergrund können eine wichtige Funktion als Brückenbauer wahrnehmen.

Fünftens. Wir wollen unser Engagement auf Subsahara-Afrika konzentrieren. In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass sich die Zusammenarbeit mit Ghana und unserer südafrikanischen Partnerprovinz Mpumalanga so erfolgreich gestaltet. In beiden Fällen haben wir bereits zahlreiche Projekte angestoßen, unter anderem in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Jugend, Sport und Gesundheit. Mpumalanga unterstützen wir zum Beispiel auch bei der Organisation der Fussballweltmeisterschaft im nächsten Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit möchte ich zum Schluss kommen. Mit dem vorliegenden Antrag setzen wir den Weg fort, den wir in den letzten Jahren im Bereich Entwicklungszusammenarbeit eingeschlagen haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir einen pragmatischen und realistischen Kurs aufzeigen, um unseren Teil zu einer besseren und gerechteren Welt leisten zu können. Schließen Sie sich uns an. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Bollenbach. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute unter neuen politischen Vorzeichen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eine-Welt-Politik und Entwicklungspolitik. Ich freue mich für die FDP-Landtagsfraktion, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nach einer gewissen Zwischenphase nun endlich wieder in liberaler Hand ist.

(Zurufe)

Die Leitlinien unserer deutschen Entwicklungspolitik sind von Walter Scheel entwickelt und maßgeblich geprägt worden. In dieser Traditionslinie befinden sich alle seine Nachfolger.

(Beifall von der FDP)

Wir freuen uns, dass Dirk Niebel jetzt als liberaler Entwicklungshilfeminister an diese große Tradition anknüpfen kann. Wer mal Entwicklungshilfeminister war, aus dem ist später schließlich noch etwas geworden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, erlauben Sie, dass ich Sie kurz unterbreche? – Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kuschke?

Christian Lindner (FDP): Ja, das ist mir eine Ehre.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass es einen gewissen Zusammenhang zwischen dem Sprichwort „einen Bock zum Gärtner machen“ und dem jetzigen Minister gibt?

Christian Lindner (FDP): Nein, dem stimme ich ausdrücklich nicht zu, Herr Kuschke. In meiner launigen Einführung habe ich gerade bereits betont, dass das Haus jetzt zu der Traditionslinie und der Strategie zurückkehrt, die damals geprägt worden ist. Ich will das auch gerne noch einmal mit Bezug auf den von uns vorgelegten Antrag erläutern.

Liberaler Politik für wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentriert sich erstens auf die wirklich Bedürftigen, also auf diejenigen, die wirklich eine Unterstützung ihrer eigenen Entwicklung durch Länder der ersten Welt benötigen.

Zweitens konzentrieren wir uns hier in Nordrhein-Westfalen und künftig auch stärker im Bund darauf, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Wir wollen Länder, die Entwicklungen noch vor sich haben, befähigen, aus eigener Kraft Zivilisationsschritte zu gehen. Würden wir Ihnen – vielleicht aus einer falsch verstandenen Solidarität mit Schwachen heraus – schon direkt die Mittel an die Hand geben, für sie Prozesse organisieren und Entwicklungen vorwegnehmen, könnte sich dort keine Kompetenz, könnten sich dort keine gesellschaftlichen Strukturen aufbauen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, darf ich Sie nochmals unterbrechen? – Es tut mir leid, aber jetzt hat Ihre Kollegin Frau Asch von den Grünen auch den Wunsch, Ihnen eine Frage zu stellen.

Christian Lindner (FDP): Lassen Sie mich den dritten Punkt noch zu Ende bringen, Herr Präsident. Dann kann Frau Asch gerne das Wort ergreifen.

Vizepräsident Edgar Moron: Gut, okay.

Christian Lindner (FDP): Als dritten Punkt nehmen wir die Erfolgsbedingungen, die Gelingensbedingungen für Entwicklungshilfepolitik stärker in den Blick. Das ist gute Regierungsführung.

Man kann unsere westlichen Bemühungen auf Länder konzentrieren wie man will: Wenn dort keine Regierung, kein Verwaltungsapparat, kein Rechtsstaat zur Verfügung steht und dafür sorgt, dass Hilfe auch ankommt und nachhaltig gestaltet wird, dann sind all unsere Bemühungen vergeblich. Gute Regierungsführung muss stärker auch Ziel und Gegenstand von Entwicklungshilfepolitik werden. Es muss Kriterium für die Gewährung von Hilfen sein.

Ich beispielsweise kann es mir nicht vorstellen, dass wir unsere Entwicklungshilfeanstrengungen gegenüber Ländern, die selbst Menschenrechte nicht achten, weiter intensivieren. Finanzielle und auch sonstige Hilfen müssen an gute Regierungsführung gebunden werden respektive sich darauf konzentrieren, gute Regierungsführung und eine Zivilgesellschaft erst aufzubauen.

(Beifall von der FDP)

Das waren die drei Kriterien. – Jetzt hätte Frau Asch die Möglichkeit, ihre Frage zu stellen, wenn Sie Ihr das Wort geben wollen.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Frau Asch.

Andrea Asch¹⁾ (GRÜNE): Vielen Dank, lieber Herr Lindner. – Ich wollte doch noch einmal diesen Themenkomplex aufgreifen, weil das ja die überraschendste Entscheidung der Kabinettsbildung war,

(Christian Lindner [FDP]: Für Sie überraschend! – Gegenruf von Marc Jan Eumann [SPD]: Das hat mit Caligula und seinem Pferd zu tun!)

und Sie fragen: War es denn nicht so, dass im Vorfeld vonseiten der FDP immer wieder die Forderung kam, eben dieses BMZ abzuschaffen? Und ist diese Forderung nicht auch im Bundestagswahlkampf immer wieder vonseiten der FDP formuliert worden?

Christian Lindner (FDP): Ich bin Ihnen für diese Frage dankbar; denn sie erlaubt es mir, ohne Anrechnung auf meine Redezeit mit einem weiteren Missverständnis aufzuräumen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wir wollen ausdrücklich Politik für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe, Frau Asch. Wir wollen aber keine Nebenaußenpolitik.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen eine konsistente internationale Politik und Interessenswahrnehmung Deutschlands haben. Deshalb muss dies auch konzeptionell aus einer Hand gestaltet werden. Das Problem war doch, dass wir zwei ganz unterschiedliche Stränge hatten. Ein Strang ist von Joschka Fischer und später von Frank-Walter Steinmeier im Bundesministerium des Auswärtigen gestaltet worden, während Frau Wieczorek-Zeul ihre eigene gutmenschliche Eine-Welt-Politik gemacht hat. Es war keine konsistente Strategie.

Dies ist jetzt erreicht worden. Unser Mittel der Wahl wäre gewesen, alles im Auswärtigen Amt zu bündeln. Das war dem Partner politisch nicht vermittelbar; dort gab es auch Wünsche. Also haben wir beide Häuser in einer liberalen Hand. Das erlaubt es jetzt, auch wenn es noch zwei Ministerien sind, das Ganze konzeptionell in einem Bereich zusammenzuführen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Diese Schönrede-
rei werden wir vermissen!)

Das Land Nordrhein-Westfalen – damit komme ich auf den Antrag zurück, Herr Präsident – spielt im Konzert der Entwicklungshilfebemühungen in Deutschland selbstverständlich eine wichtige Rolle. Zwar ist Entwicklungshilfe zuerst und zumeist Aufgabe des Bundes; als Sitzland vieler wichtiger Institutionen und Hilfswerke hat Nordrhein-Westfalen aber selbstverständlich auch eine eigene Rolle.

Diese Rolle nehmen wir hier wahr. Auf der operativen Ebene füllen wir sie durch eine Partnerschaft mit Ghana und eine – vermutlich nach der Fußballweltmeisterschaft 2010 auslaufende – Partnerschaft mit Mpumalanga aus. Wir gestalten sie aber auch auf der konzeptionellen Ebene durch die Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik. Wir freuen uns darauf, im nächsten Jahr vermutlich auch den Bundesentwicklungshilfeminister hier in Nordrhein-Westfalen begrüßen zu können, um diese Konferenz noch stärker an die von mir gerade beschriebene Neuorientierung der Eine-Welt-Politik anzubinden.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land und ein starker Akteur in der Eine-Welt-Politik. Ich kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass Nordrhein-Westfalen auf der Länderebene Motor einer Entwicklung in der Entwicklungshilfepolitik ist. Das soll

so bleiben und wird auch so bleiben. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Lindner, als Sie eben geredet haben, hatte ich das Gefühl, dass dies schon eine Brückenrede zwischen dem Landtag und dem Bundestag ist; denn anfänglich haben Sie sich weniger auf den Antrag als auf Ihre Visionen zur Entwicklungspolitik im Bund bezogen.

Insofern haben Sie auch einige Klarheiten geschaffen, die ich in meiner Rede zunächst als Fragen formuliert habe. Ich bin Ihnen auch sehr dankbar für Ihre klare Aussage, dass die Partnerschaft mit Mpumalanga, die in diesem Antrag ja nicht genannt ist, nach der Fußballweltmeisterschaft 2010 auslaufen soll.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das nehme ich hier zunächst einmal als Dissens mit. Herr Laschet sagt Nein; Herr Lindner hat gerade Ja gesagt. Für mich ist das zumindest eine Information, die im Antrag selber nicht enthalten ist. Insofern wird das einer der Punkte sein, über die wir anschließend sicherlich noch weiter diskutieren müssen.

Eigentlich steht in diesem Antrag aber nicht viel Neues, nicht viel Substanzielles. Alles, was in ihm steht, wissen wir schon. Interessant ist, dass dieser Antrag von Ihnen zu einem Zeitpunkt vorgelegt wird, zu dem die Fraktion der SPD eine Große Anfrage zum Thema „Entwicklungspolitik in NRW“ gestellt hat. Meine Damen und Herren, in diesem Antrag sind Sie mit Allgemeinplätzen relativ nahe bei uns. Sie formulieren darin allgemeine politische Ziele, die wir auch unterstreichen können. Ganz leuchtet aber nicht ein, warum Sie diesen Antrag, den Sie in ähnlicher Form schon einmal gestellt haben, mit leichten Nuancen jetzt erneut vorlegen – es sei denn, dass es Ihnen möglicherweise darum geht, das Feld zu besetzen, zu dem die SPD eine Große Anfrage gestellt hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

An einigen Stellen lassen Sie leichte Kritik gegenüber der Landesregierung hören, etwa da, wo der Landtag die Landesregierung auffordert, „im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung stärker entwicklungspolitische Grundsätze zu berücksichtigen“. Diese Passagen sind aber wohl eher dem Koalitionsvertrag in Berlin geschuldet als der Entwicklungspolitik, die Nordrhein-Westfalen betreibt.

Ansonsten greifen Sie eigentlich die Global Marshall Plan Initiative auf. Ferner sprechen Sie sich dafür aus – das gefällt mir ausgesprochen gut –, den UN-Standort Bonn zu stärken.

Ich finde es auch schön, dass Sie das Entwicklungshilfeministerium in Bonn wieder besetzen. Herr Lindner, ich bin mit Ihnen aber nicht ganz einig darüber, ob das wirklich die benötigte Schlüsselposition ist. Natürlich brauchen wir dieses Ministerium für den Standort Bonn. Sie haben auch klar gesagt, dass es nicht nach Ihnen gegangen ist. Ich denke, dass es nach dem anderen Koalitionspartner gegangen ist, der sich offensichtlich stärker für diesen Standort einsetzt als die FDP.

Ich zitiere aus Ihrem Antrag, meine Damen und Herren:

Um laufend über das entwicklungspolitische Engagement unseres Landes im Bilde zu sein, wird die Landesregierung aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss für Generationen, Familie und Integration regelmäßig einen Bericht über die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes Nordrhein-Westfalen zu erstatten.

Glauben Sie jetzt nicht, dass wir als SPD etwas gegen Berichte hätten. Aber auch dieser Bericht wird erstaunlicherweise zu einem Zeitpunkt gefordert, zu dem wir eine Große Anfrage auf den Weg gebracht haben. Im Übrigen ist diese Anfrage nicht fristgerecht beantwortet worden. Das Ministerium erklärt dazu – ich zitiere aus dem Schreiben des Ministeriums an unsere Fraktionsvorsitzende –:

Zur oben genannten Anfrage liegen von allen Ressorts umfangreiche Stellungnahmen und Textbeiträge vor, die detailgenau auszuwerten und anschließend aufgrund des ressortübergreifenden Charakters der Thematik aufwendig abzustimmen sind. Die Landesregierung bittet um Fristverlängerung. Justament zu dieser Fristverlängerung kommt Ihr Antrag.

Meine Damen und Herren, für die Bitte um Fristverlängerung haben wir natürlich Verständnis, wenn dadurch eine qualitative und datengestützte Basis im Ausschuss ermöglicht wird und wir auf diese Art und Weise das entwicklungspolitische Engagement dieser Landesregierung anschließend sachkundiger diskutieren können, als es heute mit Ihrem Antrag möglich ist.

Entwicklungspolitik ist für uns und für Sie, wie wir dem Antrag entnehmen, wichtig. Denn ein gemeinsames Leben auf der Erde ist davon abhängig, dass wir unser eigenes Leben verändern und Rücksicht nehmen. Dazu braucht es aber nicht nur Absichtserklärungen, sondern auch Handeln.

Herr Lindner, Sie haben gesagt, Sie zeigen Verantwortung.

(Christian Lindner [FDP]: Ja!)

Jedoch da, wo aus Absichtserklärungen konkretes Handeln werden soll, etwa bei der Anwendung der Beschaffungsrichtlinie, hat sich Ihre Fraktion einem gemeinsamen Antrag verweigert. Dieses gilt übrigens auch überall da, wo wir gefordert haben, dass Produkte aus fairem Handel in den Ministerien und im Landtag stärker repräsentiert sein sollen. Da, meine Damen und Herren, hätten Sie auch konkret handeln können. Das haben Sie nicht getan.

(Ralf Witzel [FDP]: Das entscheiden doch nicht Sie!)

– Nein, natürlich nicht. Aber wenn Sie solche Dinge auf den Weg bringen wollen, muss es auch konkretes Handeln geben und nicht nur Absichtserklärungen.

(Beifall von der SPD)

Genau diesen Spagat mache ich an diesem Punkt gerade auf. – Offenbar orientieren Sie sich an dem alten Sprichwort: Folgt meinen Worten, aber nicht meinen Werken.

Ich könnte noch einige andere Dinge sagen, möchte aber, da meine Redezeit abgelaufen ist, nur noch darauf hinweisen, dass ich mich auf die Diskussion im Ausschuss freue – dann vielleicht in Zusammenhang Ihres Antrags und unserer Großen Anfrage, sodass die Diskussion dort qualitativ besser ist als das, was ich heute gehört habe.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Jetzt hat für die Grünen Frau Asch das Wort.

Andrea Asch¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße sehr, dass das Thema heute auf der Tagesordnung ist – das Thema Eine-Welt-Politik, Entwicklungszusammenarbeit –, weil wir in diesem Landtag von Nordrhein-Westfalen in der Tat viel zu selten über unsere globale Verantwortung als Industrienation sprechen.

Da die FDP, die sich diesem Thema hier im Landtag immer konsequent verweigert hat, nun offenbar doch bereit ist, das zu diskutieren, kann man schon mutmaßen,

(Ralf Witzel [FDP]: Keine Landesaufgabe!)

dass das etwas mit dem neuen Bundesminister in diesem Bereich zu tun hat. Wir haben doch sehr den Eindruck – eben ist das schon einmal benannt worden –, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wurde: Die FDP, die die Entwicklungszusammenarbeit im Grunde genommen auf ein Minimum absenken möchte, die FDP, die dieses Ministerium abschaffen wollte – das haben Sie deutlich formuliert –,

(Ralf Witzel [FDP]: Im Land, nicht im Bund!)

will es jetzt doch – das war Ihrer Begründung ja nun sehr deutlich zu entnehmen, Herr Lindner – zu einem verlängerten Arm des Außenministeriums machen.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist uns letztendlich allen klar, dass wir mehr Anstrengungen zur Bekämpfung von Armut und Hunger machen müssen. Das ist nötiger denn je. Wir wissen, dass sowohl die Klima- als auch die Finanzkrise die armen Länder in der Welt besonders dramatisch trifft. Wir wissen, dass unser westlicher Lebensstil, unser maßloser Ressourcenverbrauch, unsere Art des Wirtschaftens unmittelbar verbunden ist mit dem Hunger und der Armut in den Ländern des Südens.

Übrigens wird dieser Zusammenhang zwischen unserer Art zu leben und Ressourcen zu verbrauchen und den Auswirkungen auf die armen Länder im Antrag vollkommen ausgeblendet. Das steht vollkommen beziehungslos nebeneinander.

Wir wissen, dass wir, obwohl wir uns im Landtag in einem gemeinsamen Antrag verpflichtet haben, die Millenniumsziele zu erreichen, weiter denn je von der Erreichung dieser Ziele entfernt sind. Denn gerade in dem einen großen Ziel, die Anzahl der Hungernden in der Welt zu halbieren, haben wir im Moment nicht Fortschritte, sondern wir haben Rückschritte. Wir wissen – das zeigt die Hungerkatastrophe, die im politischen Raum leider viel zu wenig diskutiert wird, weil andere Dinge offenbar immer wichtiger sind –: Die Anzahl der hungernden Menschen in der Welt hat jetzt die Eine-Milliarde-Grenze überschritten. Meine Damen und Herren, das ist ein Armutszeugnis für uns alle. Das ist ein Armutszeugnis auch für unsere bisherigen Anstrengungen, den Hunger wirksam zu bekämpfen. Das muss einfach einmal so deutlich gesagt werden. Insoweit ist es gut, dass wir das Thema heute debattieren.

Sie beschreiben in dem Antrag sehr vieles, was richtig ist. Sie beschreiben die Verantwortung, die alle Ebenen – von der obersten staatlichen Ebene bis zur kommunalen Ebene – in diesem Feld zu übernehmen haben, dass wir auf allen Ebenen gefordert sind, einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Sie zitieren für die Landesebene das gemeinsame Papier, das die Ministerpräsidenten sozusagen als Manifest für die landespolitischen Aufgaben in der Entwicklungszusammenarbeit formuliert haben.

Aber auch da verschweigen Sie einen wichtigen Punkt. Unter Punkt 8 dieses Papiers wird nämlich als wichtigste landespolitische Aufgabe beschrieben: Es ist die wichtige Aufgabe der Länder, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zu fördern. – Das hat gemeinsam mit den anderen Ministerpräsidenten auch unser Ministerpräsident Rüttgers unterschrieben. Und warum unterschlagen Sie das in Ihrem Antrag? Das ist

ziemlich deutlich: weil nämlich all diese schönen Forderungen, die Sie hier aufzählen, die kommunalpolitische Verantwortung und auch die landespolitische Verantwortung für die Bildungs- und Informationsarbeit, mit keinem Cent an Haushaltsmitteln unterlegt sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wird in dem Antrag am Ende ganz lapidar angemerkt: Die finanziellen Plafonds sollen nicht überschritten werden. – Das ist eine sehr kryptische Formulierung. Sie schreiben, die Vorgaben des Einzelplans 15 seien einzuhalten. Das bedeutet: Ihre Kürzungen, die Sie 2006, ein Jahr nach Regierungsantritt, vorgenommen haben – 400.000 € herausgestrichen aus der Promotorinnenarbeit, aus der Arbeit der Koordinatorinnen, aus der Eine-Welt-Arbeit, der ehrenamtlichen Arbeit, die Sie sonst an jeder Stelle für so wichtig erachten –, werden nicht zurückgenommen. Auch die Kürzung von 900.000 €, die noch unter Rot-Grün für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen waren, wird nicht zurückgenommen.

Das bedeutet letztendlich, meine Damen und Herren: All die schönen Worte, all die schönen Zielbeschreibungen, die wir vorher lesen konnten, sind Schall und Rauch, sind Makulatur, weil Sie nicht bereit sind, das mit finanziellen Mitteln zu unterlegen. – Und das ist das Grundfazit zu Ihrem Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hinter diesem Thema mache ich einen Punkt.

Ich will jetzt gerne die Gelegenheit wahrnehmen – in diesen Tagen gibt es ja viel Abschied –, lieber Christian Lindner, mich von Ihnen an dieser Stelle zu verabschieden. Es ist die letzte Debatte, die wir hier gemeinsam plenar bestreiten.

Ich bedauere es sehr, dass Sie nicht mehr in diesem Landtag vertreten sein werden. Denn trotz allen Streits und trotz aller Auseinandersetzungen – wir haben oftmals diametral entgegengesetzte Position; das haben wir eben wieder gemerkt – ist es immer wieder gelungen, mit Ihnen auf einem sehr hohen Niveau zu diskutieren. Das schätze ich sehr. Das intellektuelle Niveau dieses Landtags wird ein Stück sinken, wenn Sie nicht mehr da sind. Ich habe auch die Debattenkultur, die wir gepflegt haben, sehr geschätzt.

Ich habe Sie in Anlehnung an eine Zuschreibung, die Sie noch von Möllemann hatten, einmal Kampfbambi genannt. Aber auch nach großen Auseinandersetzungen konnte man mit Ihnen noch einen Kaffee trinken. Das ist politische Kultur, und das würde ich mir an anderer Stelle auch wünschen.

Alles Gute im Bundestag, Herr Lindner! Ich hoffe, dass wir uns an der einen oder anderen Stelle einmal wiedersehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Jetzt erhält Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag unterstützen die Fraktionen von CDU und FDP den entwicklungspolitischen Ansatz, der seit der Verabschiedung der entwicklungspolitischen Leitlinien 2007 von der Landesregierung praktiziert wird, und sie geben wichtige Impulse für die Ausrichtung der Entwicklungspolitik des Landes sowie Rückendeckung.

Gute Regierungsführung ist eine Grundvoraussetzung unserer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Wir praktizieren dieses Prinzip in der Partnerschaft mit der Provinz Mpumalanga in Südafrika, und bei der Auswahl des Partnerlandes Ghana hat genau dies eine Rolle gespielt. Ghana ist eine Musterdemokratie in Afrika. Es ist ein Land mit einer Regierungsführung, die sozialmarktwirtschaftliche Strukturen pflegt und Entwicklung für die Menschen ermöglicht. Ein Regierungswechsel bei einem Abstimmungsergebnis von 49,5 % zu 50,5 %, bei dem der Präsident die Macht friedlich übergibt, ist eine wirkliche Ausnahmesituation in Afrika; insofern ist Ghana ein richtiger Partner.

Wenn wir Christian Lindners Forderung folgen und nur noch mit Demokratien und Staaten, die die Menschenrechte achten, Entwicklungszusammenarbeit machen, dann wird das Feld des neuen Bundesministers sehr schnell sehr beschränkt sein. Er kann sich ja nicht nur auf die Europäische Union beschränken, sondern braucht auch noch ein paar Partner außerhalb Europas. Deshalb muss Entwicklungszusammenarbeit ein Mittel sein, um da, wo es Diktaturen und keine sozialmarktwirtschaftlichen Strukturen gibt, Veränderungen von unten zu bewirken.

Damit das gelingt, braucht man ein eigenständiges BMZ. Denn Entwicklungszusammenarbeit ist nicht Teil der Außenpolitik. Ein Außenminister muss mit jedem – abgesehen vielleicht von Nordkorea – reden. Aber ein Entwicklungsminister kann auch Projekte in Nordkorea fördern. Das BMZ fördert Projekte der Kirchen, die in Nordkorea die Opposition gegen ein totalitäres Regime unterstützen. Es unterstützt Nichtregierungsorganisationen und viele andere, die genau den angesprochenen Wandel möglich machen. Es wäre das Ende der Entwicklungszusammenarbeit gewesen, wenn man sie unter die Ägide der Diplomatie gesetzt hätte. Insofern ist die Koalition aus CDU und FDP gut beraten, es so zu machen, wie man es jetzt macht.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ich befürchte gar nichts. Ich bin mir sicher, dass der Kollege Niebel das Profil des Hauses in diesem

Feld stärken und der – wie das heute schon gewichtet wurde – großen Tradition von Walter Scheel folgen wird.

Nebenaußenpolitik soll es nicht sein; da hat Christian Lindner recht. Aber das BMZ kann ein eigenständiges Politikfeld mit einer ganz eigenen Rolle besetzen. Ich würde mir nebenbei wünschen, dass das Ganze noch etwas kohärenter in der Bundesregierung abgestimmt würde. Inzwischen macht ja jedes Ressort eigene Entwicklungszusammenarbeit. Der Umweltminister hat eigene Entwicklungsprogramme, der Justizminister macht eigene Demokratietprogramme, und jeder betreibt aus seinem eigenen Ressort heraus Entwicklungspolitik. Das ist schlimmer, als wenn jemand Nebenaußenpolitik macht.

Das Mpumalanga-Abkommen, Frau Kollegin Hendricks, ist bis zum Jahr 2013 abgeschlossen. Wir machen keine Abkommen mit Blick auf Fußballgroßereignisse. Vielmehr hat die Landesregierung dieses Abkommen für fünf Jahre geschlossen. Danach muss man sehen, ob es neue Schwerpunkte gibt und ob wir es verlängern. Jedenfalls ist klar, dass dieses Abkommen bis 2013 bestehen bleibt.

Vor wenigen Wochen hatten wir die Bonner Konferenz für Entwicklungszusammenarbeit, die auch subnationale Träger hatte. Dazu gehören die Länder – deshalb ist dieser Antrag sehr wichtig –, dazu gehören aber auch die Kommunen. Die Stadt Bonn hat eine Partnerschaft mit Cape Coast geschlossen. Ich war am letzten Wochenende im Kreis Euskirchen, in dem sich alle Städte auf die Millenniumsziele verpflichtet haben. Mir wurde geschildert, welche Aktivitäten von Pfarrgemeinden, von Nichtregierungsorganisationen oder von Städten des Kreises Euskirchen es gibt. Ich würde mir wünschen, dass auch andere Kreise in Nordrhein-Westfalen das Thema in dieser Weise bis hinein in die Kommunalpolitik definieren, denn es gibt in der Tat vor Ort sehr viele Menschen, die dieses Thema interessiert. Insofern glaube ich, dass dieser Antrag neue Impulse gibt.

Mit der Außenwirtschaft ist ein weiteres wichtiges Thema angesprochen worden. Es muss in der Tat eine enge Verknüpfung unserer außenwirtschaftlichen Aktivitäten mit der Entwicklungszusammenarbeit geben. Wir wollen verstärkt Public-Private-Partnership-Projekte durchführen, die zu dem jeweiligen Land passen müssen. Auch diese Anregung aus dem Antrag greifen wir sehr gerne auf.

Ein Bericht im Ausschuss – vielleicht nicht jährlich, aber alle zwei Jahre –, in dem man einmal Bilanz über den Stand der Entwicklungszusammenarbeit zieht, könnte sinnvoll sein. Ich wünsche mir, dass wir bei der Ausschussberatung vielleicht noch einige Details vertiefen können. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laschet.

Ich schließe die Beratung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/10015** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**; die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu:

7 Stand und Perspektive der Windenergie in NRW

Große Anfrage 31
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8994

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/9514

Ich eröffne die Beratung über die Beantwortung der Großen Anfrage und erteile für die Grünen-Fraktion Herrn Abgeordneten Priggen das Wort. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich blickte mich gerade suchend um, weil die spannende Frage war, wer von der Landesregierung zu diesem interessanten Thema reden wird. Der Hinweis, ich sollte einfach anfangen, es würde sich schon jemand finden, hilft mir weiter.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Ich wollte mich als Erstes – das war der Anlass – bei der Ministerin und beim Ministerium für die Antwort bedanken. Mit ihr haben sich die Kollegen viel Arbeit gemacht. Man kann mit der Antwort gut arbeiten;

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

sie ist eine schöne Datengrundlage. Daher gehört es sich auch, den Kollegen und Kolleginnen ganz herzlich dafür zu danken.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf)

– Da habe ich keine Sorge, mit dem Kollegen Laschet bin ich mir, was die Städteregion Aachen und die Ausbauperspektive der Windkraft angeht, sehr einig; da hat das Missionswerk Wind funktioniert. Da brauchen wir keine Nachhilfe mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also: Ich wollte mich bedanken. Danach möchte ich in der Sache – Spaß beiseite – auf die Situation der

Windkraft in Nordrhein-Westfalen eingehen, auch vor dem Hintergrund der Koalition in Berlin.

Bei sorgfältiger Durchsicht der Zahlen ist die Bilanz für die Windkraft, was die letzten fünf Jahre der CDU/FDP-Regierung angeht, relativ dünn. Man kann aber sagen: Aus Sicht des Koalitionsvertrags, den die beiden Fraktionen vorgelegt haben, war sie erfolgreich. Denn im Koalitionsvertrag stand, sie wollen es, so gut es geht, abwürgen.

Ich erinnere an das damalige Zitat von Herrn Minister Wittke in dem legendären „Zeit“-Artikel: Ich kann auch mit Doofen. Darin hat er gesagt: Windkraft ist das Erste, was wir kaputtmachen werden. Kollege Papke hat hier immer von Windindustriemonstern gesprochen. Herr Ellerbrock hat von additiven Energien geredet.

Wenn man diese Zielsetzung, die auch im Koalitionsvertrag steht, vertritt, war die Bilanz erfolgreich. Aus meiner Sicht ist aber das, was da geschehen ist, für Arbeitsplätze und Zukunftsenergien in Nordrhein-Westfalen eine Katastrophe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es müsste eigentlich auch für die Regierung und ihre Fraktionen, wenn man ehrlich ist, eine Katastrophe sein, wenn ich mir den Koalitionsvertrag in Berlin anschau. In Berlin haben wir jetzt eine Regierung aus CDU und FDP – das war für mich das Schlimmste, was ich mir als Grüner bei erneuerbaren Energien habe vorstellen können – mit all den Drohungen gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und allem, was da dranhängt.

Ich weiß jedoch aus den Diskussionen der letzten Jahre – ich sitze im EUROSOLAR-Vorstand neben einem Kollegen von der CSU –, dass es bei der CDU auf Bundesebene und in den Landesverbänden Positionsänderungen gibt, leider nicht in Nordrhein-Westfalen, aber in anderen Landesverbänden. Ich habe das bei der Diskussion um das EEG, das wir in der jetzigen Form nur mit einer Reihe von CDU-Landesverbänden durchbekommen haben, erlebt.

Die Bilanz in Nordrhein-Westfalen ist an der Stelle eine ganz andere. Der Koalitionsvertrag in Berlin hat viele Schwächen und Mängel. Ich muss aber zur Kenntnis nehmen: Das Ziel, 30 % erneuerbare Energien in zehn Jahren im Strombereich zu erreichen, war schon Ziel der Großen Koalition – ich kann als Grüner sagen: man kann mehr schaffen – und ist jetzt sogar Ziel von CDU und FDP.

Der Einspeisevorrang für Erneuerbare steht im Koalitionsvertrag, und das EEG soll in der Grundstruktur bestehen bleiben. Da war die FDP immer unterwegs, das durch ein großunternehmensfreundliches Modell abzulösen. Aber man hat offensichtlich erkannt, dass man dieses hervorragende Gesetz in seiner Grundstruktur nicht anrühren sollte, weil es

den Zukunftsaufgaben Deutschlands schaden würde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die jetzige Bundesregierung will die erneuerbaren Energien in zehn Jahren zum Primärenergieträger Nummer eins machen. Als ich als Grüner angefangen habe, sind wir für unsere „Spinnereien“ mit Wind und Fotovoltaik ausgelacht worden, und jetzt muss die Bundesregierung, von der ich immer gesagt habe, es wäre die schlimmste, die in dieser Frage kommen könnte, anerkennen: Es geht nicht anders weiter; Primärenergieträger Nummer eins im Strombereich werden die Erneuerbaren sein. Was für ein Zeitenwechsel!

Was heißt das für Nordrhein-Westfalen? Ich muss ganz nüchtern feststellen: Es gibt Lichtblicke – ich will auf unseren Aachener Vertrag verweisen –, aber es ist bedauerlich, dass bei der CDU insgesamt in Nordrhein-Westfalen kein Meinungsumschwung da ist. Mit der FDP kann man über das Thema überhaupt nicht seriös reden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nordrhein-Westfalen hatte immer eine sehr hohe Kompetenz in der Stromerzeugung bundesweit und hat sie ausweislich der Kraftwerksstruktur heute noch. An der Kompetenz hängen Arbeitsplätze. Jetzt wissen wir, diese Bundesregierung sagt: 30 % Erneuerbare, und in den nächsten Dekaden geht es weiter bis zur Ablösung konventioneller Energieträger. Das heißt, es gibt nur eine Richtung. Ich glaube, dass es noch schneller gehen muss, als die Bundesregierung will, aber es gibt nur die eine Richtung.

Das hat auch Konsequenzen auf unsere Energieerzeugungsstruktur. Wenn sich Nordrhein-Westfalen aus den Bereichen der Erneuerbaren ausblendet, sie willentlich zurückdrängt und die Arbeitsplätze verdrängt, verlieren wir die Kernkompetenz in der Energieerzeugung,

(Beifall von den GRÜNEN)

geben sie freiwillig – das muss man sich überlegen – an andere Bundesländer ab.

Entscheidend ist: Das ist ein langfristiger Prozess des Strukturwandels mit einer klaren Ansage und Zielsetzung schon zweier Bundesregierungen. Es wird nur noch besser werden, wenn die Grünen wieder in der Bundesregierung sind. Aber das ist auch von den Regierungen jetzt schon so angesagt worden.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, ich will noch lange leben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das gönne ich Ihnen auch!)

– Herzlichen Dank, Dietmar. – Um es ganz ernst zu sagen: In diesem angelegten Strukturwandel muss

es unser Ziel sein, genau die Kernkompetenzen in den Bereichen auch in Nordrhein-Westfalen prioritär zu besetzen, damit Nordrhein-Westfalen nicht ins Hintertreffen gerät. Eine Politik „Das ist das Erste, was wir kaputtmachen“ oder „Ich kann auch mit Doofen“ kann nicht Leitlinie der Landesregierung sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen für die Windkraft keinen Anlagenbauer. Alle großen Anlagenbauer sind in anderen Bundesländern. Enercon, der Marktführer, oben in Aurich sitzend, hat 12.000 Leute beschäftigt. Das ist ein Industriebetrieb. Wenn wir jetzt über Opel diskutieren, die Insolvenz von Quelle erleben, kann man doch nur froh sein, einen solchen Betrieb zu haben. Wenn man oben in Emden und Aurich debattiert, spielt die unsinnige Kasperdiskussion, die wir in Nordrhein-Westfalen immer wieder gehört haben, keine Rolle. Dort ist das ein industrielles Zukunftskonzept.

Das hat Auswirkungen auf NRW, die ich konkret benennen will. Wir haben gute Zulieferer, zum Beispiel die Firma Siempelkamp in Krefeld, die die einzige ist, die die großen Formteile für die großen 5- und 6-MW-Räder herstellen kann. Aber was droht denen denn? Enercon hat zwischen Aurich und Emden eine große neue Gießerei fertig gestellt, weil Siempelkamp nicht in ausreichender Menge liefern konnte. Also bauen die eine eigene Gießerei für die großen Formteile mit Anbindung an eine eigene Eisenbahnstrecke. Das ist Infrastrukturpolitik dort oben.

Siempelkamp ist in diesem Teilsegment natürlich dadurch bedroht, dass andere das auch machen. Da wandert Technik zu Technik. Wir sind bei den Getriebeherstellern sehr gut, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen: Der deutsche Marktführer setzt auf getriebebelose Technik. Siemens setzt jetzt auch auf getriebebelose Technik. Es ist noch nicht ausgemacht, ob nicht die getriebebelose Technik die Zukunftstechnik ist, da sie mit Stromnetzen konformer ist. Das heißt: Zu der Sorge, hier keinen Anlagenbauer zu haben und neue Technik nicht einsetzen zu wollen, kommt auch die Sorge, dass das, was wir an Stärken im Zulieferbereich haben, auch weggeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man muss schon verrückt sein, derartige Zukunftsbereiche, von denen selbst die Bundesregierung überzeugt ist, aus diesem Land herausjagen zu wollen.

Insofern kann es eigentlich nur eine Perspektive für unser Land geben: Sie müssen – ich darf da die Kollegen von der CDU anschauen – Ihre Position an der Stelle ändern. Mit ein bisschen Repowering und der Linie, froh zu sein, wenn wir das Stück für Stück zurückdrängen, werden wir Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Wir können doch nicht

beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der in den nächsten Jahren passiert, darauf setzen, dass das überall woanders gemacht wird, nur nicht in NRW.

Als Letztes will ich noch sagen: Das, was jetzt beim Aufbau der Erneuerbaren in den anderen Bundesländern passiert, finanzieren wir über die Stromumlage mit. So verrückt, Arbeitsplätze hier nicht haben zu wollen, sie aber in Niedersachsen als Industriearbeitsplätze zu finanzieren, so verrückt muss man erst einmal sein. Das schadet dem Land. Da sollten wir die Politik ändern. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Hovenjürgen das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Lieber Kollege Priggen, so schwarz, wie Sie es gemalt haben, ist es nicht. Das wissen Sie auch.

(Norbert Römer [SPD]: Aber fast so schwarz!)

Auch Sie hatten zusammen mit den Grünen nach der letzten Landtagswahl die Einschätzung, dass das, was Sie bei dem Tempo der Ausweisung von Windvorrangflächen und dem Bau von Windkraftanlagen den Menschen zugemutet hatten, zu einem Teil mit für die Situation verantwortlich war, die zum Regierungswechsel geführt hat. Das ist auch Ihnen nicht verborgen geblieben. Wir haben uns bemüht, auf die Menschen und deren Interessen einzugehen. So schwarz, wie Sie es gezeichnet haben, ist das Bild gar nicht.

Wenn Sie die von Ihnen zu Recht gelobte Vorlage der Landesregierung mit den Darstellungen, wie es zurzeit um die Windkraft in Nordrhein-Westfalen und um die Fragestellung, die Sie dort aufgeworfen haben, bestellt ist, erwähnen, werden Sie auch gesehen haben, dass wir 2005 2,8 Milliarden Kilowattstunden Windkraftstromerzeugung hatten. 2007 hatten wir 4,4 Milliarden Kilowattstunden. Das ist eine Steigerung von 60 %. Also kann in der Zeit ja nicht Stillstand geherrscht haben. Vielmehr hat es sich weiterentwickelt. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Wir sind auch kein forschungsfeindliches Land, was diese Frage angeht. Vielmehr haben wir hohes Interesse an einer nachhaltigen Energieerzeugung, die uns von fossilen Energien unabhängiger macht. Das ist alles sicherlich sehr wichtig, und wir wollen uns dem auch widmen. Es gibt auch in diesem Land erhebliche Kapazitäten, die sich damit befassen. Auch das ist eine Antwort, die in dieser Großen Anfrage steht.

Wir haben Forschungskapazitäten. Ich hatte vor Kurzem das Vergnügen im Science-to-Business-Center in Marl zu sein und mir dort anschauen zu

können, wie man über die Speicherung von Windenergie nachdenkt. Wenn wir sie wirklich speichern und grundlasttechnisch einsetzbar machen können, dann sind wir auf einer ganz anderen Ebene unterwegs und in der Lage, über Alternativen nachzudenken und uns über diese Ersatzmaßnahmen durch regenerative Energien einen Schritt voranzubewegen.

All das sind Fragen, die sich die Landesregierung stellt und denen sie sich in keiner Weise verweigert. Auch die Wirtschaftsministerin erwähnt das immer wieder. Wir erkennen die Möglichkeiten, die in regenerativen Energien liegen. Aber wenn Sie zum Beispiel die Technologiewanderungen in der Bundesrepublik beschreiben, dann gehört zur Wahrheit dazu, dass wir mit dem EEG letztendlich auch den Fotovoltaikbau in China mitfinanzieren. Es stellt sich die Frage, ob wir das auf Dauer so lassen können, und auch die Frage, ob bei Fotovoltaik nicht zumindest der Eigenbedarf von der Förderung bzw. von der Bezahlung ausgenommen werden könnte,

(Ministerin Christa Thoben: Ja!)

damit man zumindest den eigenen Strombedarf billiger einkaufen kann als für den Preis, den man dafür bezahlt bekommt. Diese Fragestellungen sollte man durchaus miteinander erörtern.

Bei den regierungstragenden Parteien gibt es definitiv keine Feindlichkeit den regenerativen Energien gegenüber. Ganz im Gegenteil: Wir erkennen Chancen, wir erkennen Möglichkeiten, aber wir wollen sie realitätsnah und wirtschaftsnah einsetzen. Das sind die Fragen, mit denen wir uns befassen. Ich glaube auch nicht, dass wir da sehr weit auseinander liegen.

Insofern meine ich schon, dass wir mit dieser Vorlage, die dankenswerterweise durch Ihre Große Anfrage ausgelöst worden ist, einen exzellenten Nachweis haben, auf welchem gutem Weg wir uns befinden. Ich glaube, es ist der richtige Weg, um einen vernünftigen Interessenausgleich bei der Energiesicherung im Grundlastbereich sicherzustellen.

Wir haben bisher nicht die Möglichkeit, die Grundlast wirklich über regenerative Energien sicher darzustellen. Insofern werden wir auch Kraftwerkskapazitäten brauchen, aber wir werden uns darüber unterhalten müssen, in welchem Umfang. Wir werden beobachten müssen, wie schnell die Forschung vorangeht, sodass wir auf das eine oder andere geplante Kraftwerk vielleicht auf Dauer verzichten können. Auch dem verweigern wir uns nicht, wenn sich diese Erkenntnisse ergeben.

Insofern ist Ihre Schwarzmalerei an dieser Stelle, lieber Kollege Priggen, in dieser Form nicht angebracht. Wir sind weiter, als Sie denken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hovenjürgen, gerade was die Fotovoltaikförderung angeht, würde ich Sie bitten, einmal mit Ihren landwirtschaftlichen Kollegen in den Kreisen zu sprechen. Diese haben nämlich die größten Fotovoltaikanlagen. Die werden vor Begeisterung klatschen, wenn Sie die Förderung dort einstellen; das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Sie kennen die Kreise auch. Die größten Nutzer dort sind landwirtschaftliche Betriebe, und die Betriebshilfsdienste profitieren enorm davon.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Kolleginnen und Kollegen, als ich vor einiger Zeit in Norddeutschland Urlaub gemacht habe, ist mir erneut bewusst geworden, wie verbreitet dort die Windkraftenergie ist, wie stark sie dort genutzt wird und wie weit Nordrhein-Westfalen hinterherhinkt. – In allen Staaten, in allen Bundesländern, selbst im Binnenland werden Möglichkeiten genutzt, um Windenergie zu erzeugen.

Ich frage mich dabei: Was sagen eigentlich die Anwohner im CDU-regierten Schleswig-Holstein? Was sagen eigentlich die Touristen im CDU-regierten Niedersachsen? Warum schaffen die das dort eigentlich? Und warum ist das in Nordrhein-Westfalen anders? – Weil nämlich die Landesregierung – Herr Priggen hat das schon ausgeführt – mit dem Ziel angetreten ist, die Entwicklungspotenziale im Bereich der Windenergie einzuschränken. Das ist seit Beginn ihrer Regierungszeit immer wieder so gewesen.

Insofern haben Sie mit Ihrem Windkrafteffekt Erfolg gehabt: Operation gelungen, der Patient – nämlich der Mittelstand – zum Teil tot, Herr Hovenjürgen. Das ist doch die Realität, wie wir sie hier feststellen

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hovenjürgen?

André Stinka (SPD): Zum Ende meiner Rede.

Vizepräsident Oliver Keymis: Zum Ende Ihrer Rede – erinnern Sie sich denn auch daran?

André Stinka (SPD): Daran werde ich mich sehr gut erinnern.

Wir stehen, Kolleginnen und Kollegen, vor der Entscheidung, ob Deutschland auf dem Sektor der Energietechnik eine führende Industrienation bleiben soll oder ob wir im Wettbewerb mit China und

anderen, die auf diesem Markt entscheidend sind, zurückfallen.

Wir stehen als Energieland Nummer eins aber auch vor der Frage: Soll Nordrhein-Westfalen im Konzert der Länder zurückfallen? Für uns Sozialdemokraten ist der zwölfte Platz im Bundesländervergleich der erneuerbaren Energien kein Platz, um sich auszu-ruhen, sondern da müssen wir bei Weitem besser werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir sehen die Effekte im Bereich Klimaschutz und im Bereich Mittelstand gefährdet. Für uns steht im Zentrum unserer Politik – dazu habe ich im Plenum schon häufig gesprochen – das sogenannte Repowering, also Ersatz von alten Anlagen durch neue leistungsstärkere Anlagen. Wir können so Energieproduktion steigern, ohne dass zusätzliche Windräder aufgestellt werden. Nur: Die Windräder, die aufgestellt werden, sind leistungsstärker, sind besser.

Schauen wir uns einmal die Antwort auf die Anfrage an. Da sehen wir, dass in den ersten zwei Jahren Ihrer Regierungszeit ganze elf Repowering-Anlagen durchgeführt wurden. Das sind so viele Anlagen, wie sie in Schleswig-Holstein auf dem einen oder anderen Windfeld stehen.

Schauen wir genau in die Anfrage, dann fällt uns auf, dass die Zahlen relativ alt sind: 2008, 2007. Wenn Sie sich kundig gemacht hätten – wir haben das beim Deutschen Windinstitut gemacht –, dann hätten Sie eine noch erschreckendere Zahl gesehen: Im Jahr Ihrer Regierungsübernahme, also 2005, wurden im ersten Halbjahr in Nordrhein-Westfalen noch Anlagen mit einer durchschnittlichen Leistung von 1,47 Megawatt neu installiert. Das waren damals 12 % der gesamten bundesdeutschen neuen Windräder. Und heute? Heute sind wir im ersten Halbjahr 2009 noch bei durchschnittlich 1,1 Megawatt und bei einer Bereitstellung von 3,6 % an der Gesamtmenge.

NRW wird abgehängt, Herr Hovenjürgen, und das haben Sie mit Ihrer verfehlten Politik zu verantworten. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie sich hier vollmundig darauf zurückziehen, Sie hätten Klimaschutzziele vereinbart, dann machen Sie sich doch Folgendes klar: Die Kraftwerks-erneuerung kommt nicht voran, aus der Biomasse verabschiedet sich RWE bei den ein oder anderen Biomassekraftwerken, und in dem Bereich erneuerbare Energien Windkraft fallen Sie zurück. Wie wollen Sie, wenn Sie eine solche Politik betreiben, den Menschen erklären, dass Sie die hochgesteckten Ziele einhalten?

Als wenig verdächtig möchte ich auf einen Artikel im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ – das ist nicht der Vorwärts-Verlag – hinweisen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dort wird deutlich ausgeführt: Die Landesregierung und die Gemeinden müssen endlich von der Bremse gehen, die den Ausbau der Windkraftindustrie hier in Nordrhein-Westfalen behindert. – Im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ wird dafür geworben: In den Gemeinden muss mehr für Klimaschutz getan werden.

Wenn ein Blatt diese Situation deutlich beschreiben kann, dann ist es gerade das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“, und das müssen wir hier anführen, um deutlich zu machen, welche Politik im Bereich Windkraft durchgeführt wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schauen Sie sich die Politik im Bereich der Windräder an, stelle ich mit Verwunderung fest, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Es wird ein Riesenverwaltungsaufwand betrieben, wenn es darum geht, Windkraftanlagen zu bauen. Das ist auch richtig, weil Anwohner- und Landschaftsschutz hohe Priorität genießen: Sie sollen von Wohnhäusern weit entfernt sein, die Emissionen müssen niedrig sein. Das ist richtig.

Aber warum es dann aus Ihrer Sicht unproblematisch ist, Kühltürme von wesentlich größeren Ausmaßen 400 m von der Bebauung entfernt zu bauen, nebst Nebelschwaden, das erschließt sich dem Fachmann letztendlich nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wissen genau, über welches Kraftwerk wir hier reden, und Sie wissen genau, dass dort keine der Windkraftanlagen installiert würde, über die wir heute sprechen.

Wenn wir darüber reden, dass im Mittelstand mehr Arbeitsplätze entstehen sollen, dann versetzen Sie sich einmal in die Lage eines Investors, der von Kolleginnen und Kollegen aus dem Plenum mit „Windkraftmonster“ tituliert wird und der bei einer solchen Rechtslage und einem solchen Messen mit zweierlei Maß in NRW investieren soll. Das kann nicht sein; das ist auch kein investitionsfreundliches Klima für Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass der Ausbau solcher Industrieanlagen mit Bedacht geschehen muss. Standorte müssen gut ausgesucht werden, und es müssen auch Auswirkungen auf den Tourismus bedacht werden. Dies jedoch immer als Argument gegen Windkraft zu nutzen, ist eine völlig falsche Tatsachendarstellung.

Gleichzeitig will ich noch einmal das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ mit der Überschrift über die gerade von mir angeführten Artikel heranziehen: Die Höhenbegrenzungen müssen weg. – Sie wissen sehr wohl, wenn Sie es den Kommunen überlassen, wie hoch die Höhenbegrenzungen sein sollen, wie der Druck vor Ort aufgebaut wird.

(Dietmar Brockes [FDP]: Die stört das nicht!)

Wenn man als Landesregierung Windkraft ausbauen möchte, um die selbst gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen, dann muss man auch die Gemeinden dabei unterstützen, dass sie dieses Ziel einhalten können, und sollte sie nicht im Regen stehen lassen. Wir wissen das alle aus unserer Arbeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, der Blick in den Koalitionsvertrag von Berlin lehrt uns, dass die Chancen der Windkraft dort besser aufgehoben sind, dass dort sogar über Verbesserungen der Rahmenbedingungen nachgedacht wird. Ich kann nur hoffen, dass der Geist dieses Koalitionsvertrages auch in Nordrhein-Westfalen Einzug hält. Das ist gut für die Wirtschaft, für die Menschen und für das Klima. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. Jetzt haben wir die Zwischenfrage leider nicht mehr untergebracht. – Für die FDP-Fraktion spricht als nächster Redner Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht noch zwei Sätze zur Fotovoltaik. Herr Kollege Stinka, den Landwirten kann man nicht vorwerfen, wenn sie ihre großen Hallenflächen nutzen, um dort Fotovoltaik-Anlagen aufzubauen. Es ist vielmehr ein Zeichen für die Überförderung, dass gerade die Landwirtschaft dies entsprechend nutzt.

Sie müssen auch beide Seiten der Medaille sehen. Was ist denn mit denjenigen, die kein Eigentum haben? Da sind wir bei der Frage der sozialen Gerechtigkeit, die angeblich Ihre Partei immer in den Vordergrund stellt. Die können keine riesige Fotovoltaik-Anlage aufs Dach setzen und können nicht zu überhöhten Preisen einspeisen. Nein, sie müssen über die Stromrechnung – und da sind besonders Rentner und Familien, die viel waschen müssen, benachteiligt – letzten Endes die Zeche zahlen. Wir sind als Politik gefordert, diese Überförderung entsprechend zu senken.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu der Großen Anfrage der Grünen. Dort hat es eine Fülle von teilweise sehr interessanten Daten und Hinweisen gegeben.

Auch wenn nicht alles bis ins letzte Detail geklärt werden konnte, so zeigt sich in der Antwort doch, dass der Windenergieerlass dieser Landesregierung ein großer Erfolg ist. Auch die Tatsache, dass eine gewisse Befriedung eingekehrt ist, zeigt doch, dass es richtig war, den Kommunen mehr Rechte zu geben.

(André Stinka [SPD]: Sie haben keine kommunalpolitische Erfahrung!)

Das ist das Bemerkenswerte. Herr Stinka, sonst beklagen Sie immer, dass wir die Kommunen einschränken würden. Hier geben wir ihnen das Entscheidungsrecht, weil sie näher an den Bürgern sind.

Es ist natürlich schön, wenn Sie sagen: Wir können das ganze Land mit Windrädern überziehen. Sie müssen ja nicht unbedingt mit Windrädern vor der Tür wohnen. – Nein, deshalb ist es richtig, dass vor Ort in den Kommunen entschieden wird, wo und in welcher Größenordnung Windräder entstehen. Denn schließlich sind es die Bürgerinnen und Bürger, die die entsprechenden Belastungen ertragen müssen.

(Zuruf von der SPD)

Deshalb trägt der Erlass insbesondere dem Anwohnerschutz Rechnung, der unter der Vorgängerregierung viel zu kurz gekommen ist. Sie haben den Bau von Windkraftanlagen bis zu 300 m an die Wohnbebauung noch forciert. Dadurch fühlten sich die Bürgerinnen und Bürger völlig zu Recht massiv gestört. Ständiges Rotieren im Wohnzimmer und Drehgeräusche im Schlafzimmer führen erwiesenermaßen zu gesundheitlichen Schäden.

Dadurch, dass Sie die Menschen und ihre Probleme eben nicht ernst genommen haben, haben Sie selbst den Boden für eine grundsätzliche Ablehnung von Windkraftanlagen bereitet. Das wird auch an der großen Zahl von Bürgerinitiativen deutlich, die sich gerade gegen dieses Anliegen richten.

Meine Damen und Herren, durch den Windkraftanlagenerlass ist nun eine gewisse Befriedung eingetreten: Es gelten 1.500 m Abstand zur Wohnbebauung. Außerdem dürfen die Kommunen die Höhe der Windkraftanlagen an die Bedingungen vor Ort anpassen. Das ist wichtig und richtig.

Nun beginnen Sie leider erneut mit dem gleichen Fehler, Herr Kollege Priggen: Sie wollen Windkraftanlagen im Wald bauen. Das klingt gerade bei Ihren Fragen in der Großen Anfrage durch. Dass das ausgerechnet von den Grünen kommt, zeigt meines Erachtens, dass Sie als Lobbyist der Windkraftindustrie tätig sind. Sie stellen die wirtschaftlichen Interessen der Windkraftlobby vor den Schutz des Waldes und der dort beheimateten Tiere.

Meine Damen und Herren, es ist doch absehbar, dass die ständigen Geräusche und der Schattenwurf einen Einfluss auf das Verhalten von Tieren im Wald haben. Auch der Bau und die Leitungen, die benötigt werden, sind ein Eingriff, der dem Wald schaden würde. Deshalb lehnen wir es ab.

Herr Kollege Priggen, wir hatten eben die Diskussion über Entwicklungspolitik. Ich kann mich noch sehr gut an die letzte Legislaturperiode erinnern, in der Ihre Kollegin Koczy immer wieder das Thema

Pipelinebau in Ecuador auf die Agenda gebracht hat,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Richtig! Gut ist die Frau!)

wo der Regenwald gerodet wurde. Die Kollegin von Boeselager kann sich auch noch an die stundenlangen Debatten erinnern, in denen uns die Bilder von gerodeten Wäldern gezeigt wurden mit großen Schneisen, die in die Wälder geschlagen wurden. Ich frage Sie: Wollen Sie wirklich im Sauer- und Siegerland haben, was Sie in Ecuador nicht haben wollten? Denn irgendwie müssen die Windräder auf die Höhenzüge kommen. Sie können sie nicht dorthinzaubern.

(Lachen von den GRÜNEN – Ute Schäfer [SPD]: Das ist doch abenteuerlich! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung ist sehr eindeutig: Waldbrandgefahr, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Vermeidungsverhalten des Wildes und mögliche Schäden durch Verwirbelungen wären die Folgen. Dazu kommt, dass die Bevölkerung eine solche Idee grundsätzlich ablehnt. Sie können ja gerne einmal heute unter den Besuchern im Landtag nachfragen, was sie von dieser Idee halten würden.

Man stelle sich nur vor, dass die schönen bewaldeten Kuppeln und Berge des Sauer- und Siegerlandes plötzlich mit Windrädern von 180 m Höhe verschandelt würden. Nein, meine Damen und Herren, das ist mit uns nicht zu machen. Umweltschutz beinhaltet nach unserem Verständnis eben auch den Landschaftsschutz.

(Beifall von der FDP)

Wir stehen deshalb zum Windkraftanlagenerlass dieser Landesregierung, der diesen Unfug verbietet.

Ein weiteres Wort möchte ich zum Repowering anfügen, also der technischen Erneuerung von Anlagen. Sie vermitteln immer den Eindruck, der Windkraftanlagenerlass würde Repowering verbieten. Das Gegenteil ist der Fall. Ich zitiere aus Kapitel 4.4 des Erlasses:

Repowering ist innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen möglich. Insbesondere in rechtsverbindlichen Konzentrationszonen können bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz und des Auslastungsgrades die Anzahl der Windkraftanlagen und damit die Immissionen reduziert werden. Ein sinnvolles Repowering trägt somit auch dem Schutz der Anwohner Rechnung.

Im Klartext heißt das, dass für Repowering die gleichen Spielregeln wie für die Neuerrichtung von Windrädern gelten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Priggen?

Dietmar Brockes (FDP): Bitte schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank, Kollege Brockes.

Ich habe einfach eine Frage: Ein Waldbauer im Siegerland oder im Sauerland, wo der Orkan Kyrill die Kuppen kahlgelegt hat, kann in den nächsten 80 Jahren kein Geld verdienen, weil es so lange dauert, bis erntereifer Wald gewachsen ist. Was spricht dagegen, ihm die Möglichkeit zu geben, über ein paar Windräder Pachteinnahmen zu verdienen, damit er überhaupt Geld hat – der Wald muss gepflegt werden –, und dafür die bestehenden Waldwege zu nutzen. Was spricht dagegen?

Dietmar Brockes (FDP): Erstens, Herr Kollege Priggen, können Sie über die bestehenden Waldwege doch keine Windkraftanlage transportieren. Das ist doch ein Irrsinn, den Sie hier verbreiten wollen. Sie brauchen dafür breite Schneisen, um mit den großen Schwertransportern bis auf die Kuppen zu kommen. Insofern ist das schon einmal falsch.

Dann klammern Sie völlig die Frage des Landschaftsschutzes, des Landschaftsbildes, aus. Gerade das Sauer- und das Siegerland sind touristisch sehr wertvolle und interessante Regionen.

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Sie würden damit dem Landschaftsbild massiv schaden und sicherlich entsprechende Konsequenzen für den Tourismus hervorrufen.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Antwort auf die Große Anfrage gibt schön wieder, warum es in Nordrhein-Westfalen bislang kein Repowering im großen Stil gegeben hat. Dies liegt schlicht und einfach daran, dass erst jetzt die ersten Anlagen ihre maximale Lebensdauer erreichen. Ob ein Investor seine Anlagen repowert, entscheidet er ganz alleine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Lassen Sie mich aber noch etwas zum EEG sagen. Die neue Bundesregierung hat vereinbart, Herr Kollege Priggen, die EEG-Sätze regelmäßig zu kontrollieren, um Überförderung zu vermeiden. Konkret wird zum 1. Januar 2012 eine Novelle angekündigt. Das ist eine sehr konkrete Aussage, die gerade auch für Investoren wichtig ist, damit sie eine verlässliche Kalkulationsgrundlage haben.

Meine Damen und Herren, es ist dringend notwendig, dass hier mit der bisherigen Überförderung Schluss gemacht wird.

(Beifall von der FDP)

Denn wir kritisieren gerade, dass die Vergütungssätze für Windenergie im Binnenland von der Großen Koalition ohne Not nach oben gesetzt worden sind. Dies verlängert dauerhaft die Subventionierung einer angeblich wirtschaftlichen Technik, wie Sie immer beteuern. Das belastet Mittelstand und Familien bei ihren Stromrechnungen.

Sie reden immer davon, Windenergie würde dem Mittelstand helfen. Genau das Gegenteil ist der Fall: Es profitieren einige wenige davon, dass sie hohe Subventionen bekommen. Aber die breite Masse des Mittelstandes, Herr Kollege Stinka, wird durch Ihre höheren Energiepreise negativ belastet.

(André Stinka [SPD]: Deshalb erhöhen Sie ja jetzt die Mehrwertsteuer! Das ist in sich schlüssig!)

Insofern ist es völlig falsch, dass Ihre Position zur Windenergie den Mittelstand fördern würde. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung hat jetzt Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Leidenschaft wollen Sie sehen, Herr Priggen. Dann werde ich leidenschaftlich ein Bekenntnis dazu ablegen, dass die Klimaschutzstrategie der Landesregierung modern, gut und zukunftsweisend ist. Fragen wir damit direkt an.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von den GRÜNEN – Norbert Römer [SPD]: Das war Leidenschaft! – Zuruf von der Regierungsbank: Sehr gut!)

Das hätte am Anfang nicht jeder ohne Weiteres der Landesregierung zugetraut, denn gemeinhin war die Erwartung des einen oder anderen, der sich vorher mit der Energiepolitik beschäftigt hat, an diese Landesregierung, eher mit konservativen Zielvorstellungen umzugehen nach dem Motto: Die werden für die Erneuerbaren nichts tun; die werden die konventionellen Kraftwerke fördern, aber nichts bei den Regenerativen machen.

Dazu muss man feststellen: Es ist deutlich anders gekommen. Die Landesregierung hat sich früh sehr intensiv mit der Energiepolitik befasst und unter Verantwortung von Frau Kollegin Thoben die Erneuerbaren als wesentlichen Bestandteil festgeschrieben und eine Strategie entwickelt, wie die Erneuerbaren in Nordrhein-Westfalen ausgebaut

werden können. Dabei ist Windenergie ein wesentlicher Bestandteil. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich. Wichtig ist festzuhalten, dass diese Energiestrategie dazu führt, dass wir sichere, saubere und bezahlbare Energie in Nordrhein-Westfalen haben.

Das EEG ist überarbeitet worden; das haben Sie angesprochen. Die Landesregierung hat sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens durchaus mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die Förderung von Repoweringanlagen im EEG verbessert wird. Das ist im Sinne der erneuerbaren Energien als positiv zu bewerten.

Die Frage der Raumbedeutsamkeit von Windkraftanlagen ist inzwischen geklärt. Das hat die Rechtsprechung inzwischen einigermaßen bestandsfest entschieden. Eine Windkraftanlage ist raumbedeutsam, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls vor Ort der Fall ist. Wichtig ist, dass es keine generalisierende Bewertung gibt, sondern dass die Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen sind. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat befunden, dass eine Gesamthöhe von rund 100 m ein Indiz für die Raumbedeutsamkeit darstellt. Das gilt es nicht zu vernachlässigen.

Wahr ist auch, dass bei der Windenergie verschiedene, durchaus divergente Interessen miteinander abzuwägen sind, zu denen auch der Anwohnerschutz gehört; das ist gar keine Frage. Deswegen fand ich Folgendes so bezeichnend – Reisen bildet in der Tat –: Als ich in meiner alten Funktion als Mitglied des Wirtschaftsausschusses an der Informationsreise teilgenommen habe, haben viele Vertreter der Windenergieindustrie durchaus sehr offen gesagt, dass sie heute auch nicht mehr an den Standorten bauen würden, an denen sie früher bauen wollten, sondern freiwillig sehr viel weiter von der Wohnbebauung weggehen würden.

Das ist insofern ein Erfolg der Landesregierung gewesen, als wir von Anfang an klargemacht haben, dass der Anwohnerschutz auch wichtig ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Beim Wald und bei der Frage, ob der Wald eine Tabufläche für Windkraft ist, kann man mit guten Gründen unterschiedlicher Auffassung sein. Allerdings halte ich es für absolut richtig, dass wir die Entscheidung so getroffen haben, wie sie getroffen wurde.

Denn Nordrhein-Westfalen hat zum einen im Verhältnis zu anderen Bundesländern einen erheblich geringeren Waldanteil. Zum anderen gibt es einen relativ hohen Planungsstand für Windenergiekonzentrationsflächen in Nordrhein-Westfalen, der höher als in anderen Bundesländern ist. Deswegen meinen wir, dass wir auf die Waldflächen im Ergebnis nicht zurückgreifen müssen.

Die Antwort ist im engen Einvernehmen mit allen Ressorts erstellt worden. Daran sehen Sie, dass es eine energiepolitische Konzeption dieser Landesregierung gibt. Ich erlaube mir zu bemerken: Das war mitunter früher auch einmal anders.

Ich bin ausdrücklich dankbar dafür, dass die Antwort die Chancen des Repowerings sehr deutlich macht. Repowering hängt in der Tat – das hat der Kollege Brockes zutreffend ausgeführt – zum einen davon ab, ob die Firmen überhaupt ein wirtschaftliches Interesse daran haben. Zum anderen hängt Repowering aber auch davon ab, wie die örtlichen Rechtsbedingungen sind.

In etwa 50 % der Kommunen sehen örtliche Satzungen Nabenhöhenbegrenzungen vor, die einem Repowering entgegenstehen. Ich rege an, dass die Kommunen in eigener Verantwortung darüber nachdenken, ob diese Höhenbegrenzungen mit dem Ergebnis einer Repoweringvermeidung sinnvoll sind; denn ich kann mir durchaus Konzentrationszonen vorstellen, in denen verhältnismäßig viele Anlagen stehen, in denen es so eine Höhenbegrenzung gibt, wo aber möglicherweise durch Repowering die Anzahl der Anlagen reduziert werden kann, während die Wirkung deutlich größer ist. Es kann durchaus im Sinne des Anwohnerschutzes und des Landschaftsbildes besser für eine Kommune sein, dort zu repowern, als es zu lassen. Ich rege also an, dass die Kommunen darüber nachdenken, aber in eigener Verantwortung, vor Ort und dezentral.

Repowering wird von uns ausdrücklich unterstützt. Der Kollege Brockes hat die entsprechenden Stellen aus dem Windkraftanlagenerlass zitiert. Die Verbindlichkeit von Erlassen der Landesregierung für nachgeordnete Behörden und deren Empfehlungscharakter für planende Gemeinden ist ebenfalls Bestandteil der Antwort der Landesregierung. Die immer wieder aufkommende Diskussion zu diesem Thema sollte damit grundsätzlich abgeschlossen sein.

Herr Kollege Priggen, Sie haben die Tatsache angesprochen, dass wir bis jetzt keinen Hersteller von Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen haben. Das ändert sich erfreulicherweise durch die eviag AG im Duisburger Hafen, wo wir zum Glück exzellente Infrastrukturflächen haben. Dort entsteht auf einer Werksfläche von insgesamt ca. 20.000 m² eine 6.000 m² große Produktionshalle. Im zweiten Schritt wird auch ein Verwaltungsgebäude entstehen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dort sollen unter optimalen Bedingungen Windkraftanlagen der neuen Generation produziert werden. Das macht deutlich, dass Nordrhein-Westfalen ein interessanter Standort auch für Hersteller von Windenergieanlagen ist. Wir begrüßen das natürlich ausdrücklich.

Schon lange hat sich das Land zu einem bedeutenden Zulieferindustriestandort für Windkraftanlagen entwickelt. Hier sind wichtige Standorte des Maschinenbaus und der Elektrotechnik sowie Hochschulen für Maschinenbau, Elektrotechnik und Energiewirtschaft. Von besonderer Bedeutung für den Technologiestandort Nordrhein-Westfalen ist übrigens auch das größte Binnenlandtestfeld für Windkraftanlagen in der Nähe von Grevenbroich.

Der Vorwurf, der in der Großen Anfrage etwas mitschwingt, die Landesregierung habe sich auf eine Bekämpfung der Windenergie im eigenen Land verlegt, trifft erkennbar nicht zu. Wir unterstützen auch weiterhin die Windenergienutzung im Rahmen des Gesamtkonzepts zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Die nordrhein-westfälische Landesregierung ist seit dem 28. Oktober 2009 im Übrigen förmliches Mitglied einer internationalen Allianz zum Klimaschutz. Das unterstreicht noch einmal nachdrücklich unsere Anstrengungen in diesem Bereich.

Frau Ministerin Thoben hat übrigens aus diesem Anlass erklärt, dass wir in der Climate Group Partnerregionen suchen, die genau wie Nordrhein-Westfalen konkret an Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen arbeiten und mit denen wir in einen konstruktiven Austausch eintreten können. Als Schwerpunktthemen, die in der Climate Group behandelt werden sollen, hat Herr Kollege Uhlenberg den Ausbau der Bioenergie sowie Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel genannt. Bis 2020 will die Landesregierung Strom- und Wärmeproduktion aus Biomasse auf fast 18 Milliarden kWh verdoppeln. Damit könnten 20 % des Strombedarfs und 10 % des Wärmebedarfs der Privathaushalte Nordrhein-Westfalens abgedeckt werden.

Sie sehen also: Nordrhein-Westfalen betrachtet die Windenergie als integralen Bestandteil einer modernen Klimaschutzstrategie. Die Große Anfrage und ihre Beantwortung geben, glaube ich, wesentliche Erkenntnisse darüber wieder. Insofern bin ich durchaus dankbar, dass jetzt die Fragen und die Antworten vorliegen. Das bringt der Diskussion um die Windenergie neuen Wind.

(Beifall von CDU und FDP – Ewald Groth [GRÜNE]: Die Landesregierung mit Langeweile statt mit Leidenschaft! – Reiner Priggen [GRÜNE]: Er hat ja gut angefangen!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Stinka zu Wort gemeldet.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin noch einmal ans Rednerpult gegangen, weil ich Ihnen noch die Möglichkeit schuldig geblieben bin, Herr Hovenjürgen, eine Frage an mich zu richten.

Erstaunlich ist, dass wir viel über Bekenntnisse hören. Lippenbekenntnisse! Aber alleine mit Bekenntnissen kann man politisch nicht handeln. Das geht nicht. Man muss schon genau sagen, wo man was machen will. Bekenntnisse zum Klimaschutz, Bekenntnisse zu Kraftwerken und Bekenntnisse zum Ausbau der Windenergie ersetzen nicht den Bau von Kraftwerken, kein politisches Handeln, Herr Lienenkämper.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie sich zu den Klimaschutzzielen bekennen, nützt das dem Klima überhaupt nicht. Sie müssen – wie ich es vorhin aufgeführt habe – schon ganz klar sagen, wohin Sie wollen. Sie kommen beim Kraftwerkerneuerungsprogramm nicht voran. Sie kommen auch beim Ausbau der Windkraft nicht voran. Der Biomasseaktionsplan ist gerade erst vorgestellt worden. Das RWE zieht sich aus dem Bau von Biomassekraftwerken zurück. Wie wollen Sie es angesichts dessen machen?

Uns von der SPD ist klar, dass der Strom nicht aus der Steckdose kommt, auch der grüne nicht. Sie müssen schon ganz konkret sagen, woher, wann und in welchem Zeitraum. Davon hören wir hier erneut nichts.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Brockes bemüht das Landschaftsbild. Herr Brockes, ja, wir sind ein Industrieland. Ich habe aber bisher noch nicht erkannt, dass sich die B 67n oder die A 33 positiv auf eine Landschaft auswirkten. Sie müssten noch einmal ganz deutlich machen: Wenn man Industrieland ist und den Menschen sagt, man braucht Transport und Energie, dann muss man den Menschen auch sagen, dass das in rechtsgültigen Verfahren bereitgestellt werden muss.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gehen Sie danach, dass die Bevölkerung dagegen ist, dann könnte ich leicht fragen, wie die Bevölkerung zur Endlagerung oder Zwischenlagerung in Ahaus steht. Wir könnten dazu wunderbare Zahlen präsentieren. Für eine Regierung ist das etwas schlicht. Eine Regierung muss sagen, wie sie etwas rechtsgültig machen will und rechtsgültige Verfahren abstimmen will, statt herumzuschreien, Herr Brockes. Das ist wichtig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie bemühen den Wald und Lärm. Ich möchte Sie an Ihren Kollegen in Bayern erinnern. In Bayern wird das unter einer CSU/FDP-Regierung gemacht. Ich weiß nicht, ob die Vögel dort mehr oder weniger Ruhe als in Nordrhein-Westfalen brauchen. Wir haben ganz klar von Kyrill-Flächen gesprochen. Es geht dabei darum, den Menschen eine Perspektive zu geben. Um nichts anderes geht es.

Zu den Höhenbegrenzungen, die genannt wurden, muss man ganz klar sagen: Wenn man Klima-

schutzziele will und weiß, dass dem die Höhenbegrenzungen entgegenstehen, dann muss man den Gemeinden helfen, statt sie im Regen stehen zu lassen, Herr Lienenkämper. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU] meldet sich zu einer Nachfrage)

– Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Stinka, Sie sind ein sehr netter Kollege. Bitte schön, Herr Kollege Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herzlichen Dank, Herr Stinka, dass Sie mir die Möglichkeit zu einer Nachfrage geben. Sie haben sich, um es zu lokalisieren, vorhin auf Datteln und den dortigen Kraftwerksbau bezogen. Sind Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der GEP, der den Standort dort möglich machte, von der alten Landesregierung auf den Weg gebracht worden ist?

André Stinka (SPD): Mir ist bekannt, dass die alte Landesregierung alles unternommen hat, um große Planungen und Industrievorhaben rechtsgültig und rechtssicher abzuplanen. Dafür ist Garzweiler ein Beispiel. Mir ist aber auch bekannt, dass die jetzige Landesregierung wohl weder im Dialog noch in der Rechtsfindung diesen Ansprüchen gerecht wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Es gibt noch eine zweite Frage, Herr Kollege. Wollen Sie diese Frage des Kollegen Ellerbrock zulassen?

André Stinka (SPD): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Es gibt noch eine dritte Frage, und zwar von Herrn Kollegen Schemmer. Lassen Sie diese auch zu?

André Stinka (SPD): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Die nehmen wir gleich hinterher. Zunächst Herr Ellerbrock. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Stinka, sind Sie denn bereit, zuzugeben, dass die jetzige Landesregierung und die Koalition der Erneuerung gerade hinsichtlich der Windkraft versucht haben, besonders klare Beurteilungskriterien anzuführen, zum Beispiel das Landschaftsbild, und zwar nicht als Ausschlussfaktor? Das hat die kommunale Entscheidungsfreiheit gestärkt, indem Höhenbegren-

zungen usw. eingeführt worden sind. Das müsste doch eigentlich in Ihre Denkmuster hineinpassen.

André Stinka (SPD): Durch meine kommunalpolitische Erfahrung bin ich immer dafür, Kommunen in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Aber, man muss auch deutlich sagen: Wenn man als Landesregierung Ziele definiert, den Kommunen aber die Ausführung überlässt und sie dabei im Regen stehen lässt, dann halte ich das nicht für zielführend.

(Lebhafter Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, Sie sind nicht dran.

Wenn man Klimaschutzziele hat und die Kommunen mithelfen müssen, dann müssen ihnen Möglichkeiten eingeräumt werden, Planungsmöglichkeiten an der Hand zu haben, diese Höhenbegrenzungen nicht durchzuführen. Wir beide wissen, dass die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ganz entscheidend von der Nabhöhe abhängt.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Das ist für mich ein Ziel, das für die Landesentwicklung ganz entscheidend ist. Es darf dort nicht nur dafür geworben werden, sondern man muss die Gemeinden bei diesem Prozess auch unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In den Gemeinden – ich habe den Landtagswahlkampf 2005 noch gut in Erinnerung – sind gerade von der FDP Unterschriften von Leuten gesammelt worden, die nicht einmal wussten, wofür sie unterschreiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, verantwortliche Politik – die habe ich in Dülmen erlebt –

(Helmut Stahl [CDU]: Hat bei Ihnen nichts zu melden! – Gegenruf von den GRÜNEN: Na, na, na!)

sieht für mich anders aus.

Vizepräsident Oliver Keymis: Eine Zwischenfrage haben wir noch. Herr Kollege Schemmer hat sich gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Kollege Stinka, Sie sammeln so ein bisschen die Daten rund um die Windkraft. Ich bin ein großer Freund davon, bis zum Jahr 2020 30 % der Energieversorgung durch alternative Energien sicherzustellen. Aber ein oder zwei Sätze dazu, woher die anderen 70 % kommen sollen, würden der Diskussion eigentlich gut tun. Die habe ich jedoch völlig vermisst.

André Stinka (SPD): Herr Schemmer, soweit ich weiß, unterhalten wir uns hier über die Große Anfrage zu dem Thema Windkraft. Wir können natür-

lich gern eine energiepolitische Diskussion führen. Aber dazu sollten Sie einen Antrag einbringen. Dann stellt die SPD ganz klar heraus, woher der restliche Anteil kommen kann. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Als nächster Redner ist für die CDU Herr Kollege Schulte gemeldet.

Hubert Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass Ruhe eingekehrt ist, ist ein Zeichen dafür, wie gut der Windkraftreferat war.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Friedhofsruhe!)

Es ist Ruhe eingekehrt, und es gibt heute eine entsprechende Akzeptanz bei der Bevölkerung.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben nicht mehr dieses Theater vor Ort. Die Befürchtungen sind abgebaut worden. Konflikte zwischen Investoren und Anliegern sind reduziert. Wir haben Planungssicherheit. Die Leistung der Windkraftanlagen ist in den letzten Jahren gestiegen.

Dass sich in dem Diagramm, das in der Antwort der Landesregierung enthalten ist, eine gewisse Verflachung eingestellt hat, ist ganz normal. Herr Priggen, Sie haben vorhin doch angeführt, dass Nordrhein-Westfalen in früheren Jahren beim Ausbau der Windkraftanlagen führend war. Irgendwann ist auch in Nordrhein-Westfalen der Ansatz für lukrative Stellplätze erschöpft. Nordrhein-Westfalen ist nun einmal ein Mittelgebirgsgebiet, in dem nicht jeder Standort den Investoren die versprochene Rendite einbringt. Dies scheint tatsächlich der Grenze entgegenzugehen, denn das Flächenangebot für Windkraftanlagen ist mehr oder weniger ausgereizt.

Das zeigt auch der Antrag der Grünen, in dem gefordert wird, Stellplätze im Wald zuzulassen. Wir können uns das so pauschal nicht vorstellen. Der Wald ist bei uns ein besonderes Schutzgut. Deshalb sind wir nach wie vor der Meinung, dass der Bau von Windkraftanlagen nur in Einzelfällen erlaubt sein kann. Nur nach einer Einzelfallprüfung kann diese Möglichkeit eröffnet werden. Das zeigt sich auch: Zurzeit stehen 24 Windkraftanlagen im Wald – beziehungsweise alle im Sauerland. Aber jede Anlage ist extra geprüft worden. Dafür stehen wir, und wir sind der Meinung, dass es auch weiterhin bei Einzelfallprüfungen bleiben sollte.

Aber wie widersprüchlich auch bei Ihnen, den Grünen, die Haltung zu der entsprechenden Energieversorgung ist, zeigt sich eigentlich immer vor Ort. Sie sind grundsätzlich dafür – so ist das dem Antrag zu entnehmen –, dass eine Errichtung von Windkraftanlagen im Wald möglich ist

Schauen Sie sich einmal vor Ort an, welchen Widerstand die Hochspannungsleitungen, die erforderlich sind, um den Strom vom Verbraucher zum Erzeuger zu bringen, jedes Mal hervorrufen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Beispielsweise in Plettenberg; sieh es Dir an. – Dass wir in Nordrhein-Westfalen stärker sind und zurzeit keine solch hohe Nachfrage haben, ist auch darauf zurückzuführen, dass es in anderen Bundesländern einen Nachholbedarf gibt. Lassen Sie die erst einmal auf unseren Stand kommen.

Wir stehen auch dazu, dass das Repowering gefördert wird. Das wird von uns ausdrücklich unterstützt. Aber das muss, wie schon mehrfach gesagt, über die ordentlichen Genehmigungsverfahren erfolgen. Es kann nicht sein, dass dort, wo mit Zustimmung der Anwohner eine kleine Anlage erstellt worden ist, diese nun die Befürchtung haben, dass da jetzt so ein großes, überdimensioniertes Ding hinkommt. Die Ängste, die da geschürt werden, werden von uns so nicht akzeptiert.

Wir stehen auch dazu, dass die Planungshoheit weitgehend bei den Gemeinden und Städten liegt. Wollen Sie denen absprechen, dass sie – sinnvollerweise – über die Höhenbegrenzungen vor Ort beraten und entscheiden? Wir meinen, das ist ein Teil der Planungshoheit der Städte und Gemeinden.

Besonders seltsam kam mir vor, dass der CDU praktisch Technikfeindlichkeit vorgeworfen wird.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: So ist das! Das ist eine bittere Erkenntnis!)

Das geht total an der CDU vorbei. Wir sollten uns vielmehr partei- und fraktionsübergreifend darüber einig werden, dass jede Technik, egal welcher Art, eine Beeinträchtigung der Interessen und der Nutzung anderer ist. Egal ob es sich dabei um erneuerbare oder herkömmliche Energie handelt, egal ob Sie Wind, Wasser oder Biogas nehmen – Sie können für jede Nutzung Gegenargumente anbringen. Das ist aus meiner Sicht der Punkt, der heute stärker herausgearbeitet werden sollte: Jede Nutzung einer Technik beeinträchtigt andere Nutzungen und andere Interessen.

Besonders gefreut hat mich die Ausführung von Herrn Stinka, der das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ so hervorgehoben hat. Da ich auch im Ausschuss für Landwirtschaft bin, würde ich mich freuen, wenn Sie dessen Wertung auch bei anderen Punkten, die die Landwirtschaft betreffen, in dieser, wie ich es einmal sagen möchte, unreflektierten Art übernehmen würden.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Zum Beispiel beim Milchpreis!)

Aber bei der Großen Anfrage geht es nicht nur um den Stand, sondern auch um die Perspektive der Windenergie. Ich glaube, auch darüber sollten wir

uns verständigen: Die Zukunft der Windenergie liegt vor allem bei den Hochseeanlagen. Dazu ist es erforderlich, dass die technischen Herausforderungen bewältigt werden. Ich bin schon der Meinung, dass das von unserer Industrie vor Ort sicherlich erfolgt. Dabei sollten wir sie aber unterstützen.

Viel größere Probleme sehe ich in der planerischen Voraussetzung. Wenn ich mir vorstelle, was schon die vorhin angesprochene Hochspannungsleitung bei uns, in einem dicht besiedelten Land, für Schwierigkeiten bereitet und dann diese Höchstspannungsleitung von der Nordsee zu unseren Industriegebieten zu bekommen, dann müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir das zeitlich besser hinkriegen, dass der Strom von den Anlagen zu uns kommt. Findung von Trassen unter geringster Beeinträchtigung von Wohngebieten und größtmöglicher Schonung der Natur müssen unsere Ziele sein. Damit sollten wir bereits jetzt beginnen, das entsprechend planerisch einzubauen.

Darüber hinaus geht es aber auch darum, die entsprechende Steuerung der Anlagen zu optimieren. Heute wird von den Stromanbietern immer wieder bemängelt, dass der Wind zwar nicht plötzlich kommt, aber dass keine entsprechende Meldung der Windkraftanlagen an irgendeine Zentrale erfolgt, wo gerade Wind herrscht, um das entsprechende Stromangebot in die Versorgung einzubauen, um von dieser Seite aus eine bessere Nutzung, eine bessere Einbindung, vielleicht auch mit in die Grundversorgung zu bewerkstelligen.

Aus unserer Sicht hat die Windenergie eine hervorragende Perspektive, allerdings nicht so sehr in Mittelgebirgen, nicht dort, wo nur aufgrund einer überhöhten Subventionierung eine entsprechende Rendite eingefahren werden kann. Darüber sollten wir uns im Klaren sein. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Ich sehe eine weitere Wortmeldung. Frau Ministerin Thoben, Sie haben das Wort. Bitte schön.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Lassen wir die Atomkraftwerke laufen, Frau Ministerin Thoben!)

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Besonders diejenigen, die es in Nordrhein-Westfalen im Wald gibt.

Ich möchte noch einmal den Punkt unterstreichen, den Herr Lienenkämper vorgetragen hat. Es geht darum, dass wir große Konzentrationsflächen in Nordrhein-Westfalen ohne Höhenbegrenzung haben. Dort kann es am ehesten gelingen, diejenigen zu überzeugen, die noch meinen, es sei schlimmer, wenn die Windräder höher wären. Wir verpassen,

wenn wir dieses Repowering nicht machen, eine Leistungssteigerungsmöglichkeit, die nach unserer Einschätzung die Menschen weniger beeinträchtigt, als wenn wir es bei den kleinen Rädern belassen. Warum strengen wir uns nicht gemeinsam an – das gilt für Kohlekraftwerke, das gilt inzwischen für Pipelines, es gilt gerade auch für Windenergieanlagen –, um das Repowering zu ermöglichen? Wir müssen die Menschen vor Ort davon überzeugen, dass sie mit der Höhenbegrenzung Effizienzsteigerungen nicht zulassen, die die Technik der Energieerzeugung aus Windkraft längst ermöglicht.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wie viele haben denn bis heute repowert? Das ist doch ein Witz, was Sie machen! Das gibt's doch gar nicht!)

– Sie haben doch gar keine Ahnung. Woran liegt es denn, dass nicht mehr repowert wird? – Doch daran, dass unsere Windkraftanlagen noch so jung sind.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dann müssen Sie doch etwas anderes tun, als mit dem Repowering zu kommen!)

Ist das gar nicht Gegenstand Ihrer Argumente gewesen? Habe ich das eben alles falsch verstanden? – Das ist doch Quatsch.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aber das ist Ihre einzige Entwicklungsperspektive!)

– Nein. Ich möchte gerne, dass wir die technischen Entwicklungen, die es gibt, nutzen. Übrigens sind inzwischen auch kleinere Höhen mit neuer Technik um 30 % effizienter als die Alten. Wir verpassen ein Stück Effizienzsteigerung, wenn wir nicht gemeinsam dafür werben, wo keine Höhenbegrenzung ist. Lasst uns doch mal versuchen, ob wir nicht die Mehrheit dafür bekommen, modernste Technik anzuwenden.

(Beifall von der CDU – André Stinka [SPD]: Sie haben die Mehrheit, Sie sind die Ministerin!)

– Entschuldigung. Wollen Sie die Planungshoheit der Gemeinden aufheben? Dann sagen Sie das bitte. Argumentieren Sie dann aber auch nicht an anderer Stelle ...

(André Stinka [SPD]: Hören Sie auf mit den Bekenntnissen!)

Also gut. Ich hätte mir gewünscht, dass wir das Thema Repowering in unserem Land gemeinsam vertreten können. Die Technik ist da. Wenn Sie daran keinen Spaß haben, tut es mir leid.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich stel-

le fest, dass die **Große Anfrage 31** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hiermit **erledigt** ist.

Wir kommen zu:

8 Zur Situation von Frauen am Arbeitsmarkt in NRW

Große Anfrage 32
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9125 – Neudruck

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/9777

Ich eröffne die Beratung über die Große Anfrage 32 und erteile Frau Kollegin Kieninger für die SPD-Fraktion das Wort.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer! Besonders begrüße ich die Pfadfindergruppe St. Georg aus Bochum, die auf der Zuschauertribüne sitzt, die an der 72-Stunden-Aktion „Uns schickt der Himmel“ teilgenommen hat.

(Allgemeiner Beifall)

Aber nun zu unserer Großen Anfrage. In diesem Jahr haben wir 60 Jahre Grundgesetz feiern dürfen. Besonders Elisabeth Selbert hat darum gekämpft, den Art. 3 Abs. 2 ins Grundgesetz zu bekommen:

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen weist große geschlechtsspezifische Unterschiede und Nachteile auf. Es beginnt mit der Berufswahl, setzt sich fort bei der Entlohnung für gleiche Arbeit, Unterbrechung für Familienzeiten, den Wiedereinstieg bis hin zur beruflichen Entwicklung und der Karriere. Frauen sind auch heute noch, 60 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, in nahezu allen Bereichen des Arbeitsmarktes in Führungspositionen unterrepräsentiert und bei prekärer Beschäftigung überrepräsentiert.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation von Frauen am Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen sollte uns, dem Parlament, eine genaue Analyse liefern, um daraus Lösungen der unterschiedlichen Probleme zu erarbeiten. Leider sind diese Antworten in vielen Bereichen sehr dürftig. Die Daten reichen in vielen Bereichen nicht aus. Die Stichtagsstatistik der Bundesagentur für Arbeit spiegelt nicht die tatsächliche

Situation wieder; darauf hat meine Kollege Günter Garbrecht schon heute Morgen sehr deutlich hingewiesen. Das fängt schon beim Einstieg in die Ausbildung an und setzt sich beim Wiedereinstieg in den Beruf fort. Wenn es keine Daten gibt, dann gibt es auch keinen Handlungsbedarf – so wohl die Devise der Landesregierung. Das ist Schönfärberei. Aber genau in diesen Handlungsfeldern gibt es Handlungsbedarf. Aber auch mit den gegebenen Antworten wird deutlich, wo gehandelt werden muss. Das Grundproblem ist das traditionelle Versorgermodell, das immer noch das Erwerbsleben dominiert.

Aber die traditionelle Familie ist nicht mehr die Regel. Andere Lebensmodelle werden gewählt und auch gelebt. Der eigene Beruf und die finanzielle Unabhängigkeit sind immer wichtiger für Frauen, insbesondere auch für junge Frauen. Von 35 % der 16- bis 29-jährigen Frauen wird eine Vollzeitbeschäftigung als ideal angesehen, in der Altersgruppe der 30- bis 44-jährigen Frauen wollen dies nur 23 %. Das zeigt uns aber sehr genau, dass eine Veränderung der Einstellung bei jungen Frauen stattgefunden hat.

Junge Frauen haben oft die besseren Schulabschlüsse. Da ist es schon erstaunlich, dass sich das bei der Berufsauswahl nicht widerspiegelt, denn 56 % der jungen Frauen wählen unter den Top Ten der „weiblichen Berufe“ ihren Ausbildungsberuf aus, alle im Dienstleistungsbereich und überwiegend schlecht bezahlt. Damit wird der Grundstein für spätere Mini- und Midi-Jobs gelegt.

Doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten in einem Mini-Job-Verhältnis. Dasselbe gilt für Midi-Jobs-Arbeitsverhältnisse. In den Wirtschaftszweigen Handel, Gastronomie, Pflege, in denen vor allem Frauen arbeiten, ist der Anteil an Mini- und Midi-Jobs besonders hoch.

Bei typischen „Männerberufen“ im technischen und handwerklichen Bereich ist der Anteil an Mini- und Midi-Jobs sehr gering. Statt dagegen zu steuern, will die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Ausweitung der Mini-Jobs. Das ist natürlich genau der falsche Weg. Die Ausweitung der Mini-Jobs geht zulasten der versicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

(Beifall von der SPD)

Und die Mini-Jobs sind oft schlecht bezahlt. Die Arbeitsstunden sind viel zu hoch und die Bedingungen überwiegend schlecht. Über ihre Rechte sind viele Mini-Jobberinnen nicht aufgeklärt. Hier wäre ein Mindestlohn die richtige Antwort. Es kann doch nicht sein, dass mit staatlichen Mitteln zum Beispiel für sogenannte Aufstocker sittenwidrige Löhne bei KiK & Co. subventioniert werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Sittenwidrige Löhne werden jetzt auch im Bund verboten!)

– Sittenwidrige Löhne sind bereits verboten. Dazu gibt es ein höchstrichterliches Urteil. Es braucht nicht extra in einen Koalitionsvertrag geschrieben zu werden. Von daher wäre es schon sinnvoller, das zu verbieten.

(Ralf Witzel [FDP]: Das gibt es dann doch gar nicht, was Sie da beschreiben!)

– Reden Sie ruhig weiter. Jede zweite Mutter, das heißt 50 % aller Mütter, ist drei Jahre in Elternzeit.

(Ralf Witzel [FDP]: Gibt es nun Handlungsbedarf oder nicht!)

– Ich freue mich, dass Sie das mit den sittenwidrigen Löhnen verstanden haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir konkretisieren den Lohnkorridor für Sittenwidrigkeit!)

– Es muss aber jede einzelne dagegen klagen. Das ist das Problem.

(Beifall von der SPD)

Es ist nicht einfach so verboten – das könnten Sie tun in Ihrer Koalition –, sondern jede einzelne Frau, jeder einzelne Mann muss dagegen klagen, um Recht vor Gericht zu bekommen, damit dann letztendlich festgestellt wird, dass es ein sittenwidriger Lohn ist. Das ist das eigentliche Problem.

Von 25 % der Väter, die in Elternzeit gehen, beanspruchen 61 % nur ein oder zwei Monate. Nur 8 % der Frauen steigen nach der Familienphase wieder in Vollzeit in den Beruf ein. Zwischen 2005 und 2008 lagen die Anteile der in Teilzeit beschäftigten Wiedereinsteigerinnen zwischen 90,5 % und 92,1 %. Auch ein Jahr nach Wiederaufnahme des Berufes arbeiten 48 % der Frauen in Teilzeit und 33 % weniger als 15 Stunden in der Woche. Nicht alle wollen dies. Demgegenüber arbeiten 78 % der Männer bereits wieder in Vollzeitstellen. Mehr als viermal so viele Frauen wie Männer arbeiten in Teilzeit.

Das geplante Betreuungsgeld der neuen Bundesregierung ist da genau das falsche Signal. Es wird ausgerechnet die Kinder aus den Kitas fernhalten, die frühe Förderung besonders nötig haben. Die Mütter aber wird sie in Mini-Jobs drängen. Dort erwerben sie keine Ansprüche auf Weiterqualifizierung oder gar Altersabsicherung. Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Aber auch Frauen in Führungspositionen stoßen immer wieder an die gläserne Decke. Mit einem Beschäftigungsanteil der Frauen von 44 % sind sie mit einem Prozentsatz von 23 % auf der oberen Führungsetage in Nordrhein-Westfalen deutlich unterrepräsentiert.

Frauen haben eher in kleinen Betrieben eine Führungsposition inne als in Großbetrieben. Je nach Wirtschaftszweig variiert der Frauenanteil in Frauenführungspositionen. Es ist schon bemerkenswert, wenn auf der Grundlage der Mikrozensus-Befragung von 2007 der Frauenanteil an Positionen mit

leitender Tätigkeit im Handel 32 % beträgt, aber von 57 % der im Handel beschäftigten Frauen nur 7,4 % eine leitende Tätigkeit inne haben. Männer stellen fast 43 % der Beschäftigten im Handel, sind aber zu 21 % in leitenden Positionen.

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP sind zum Thema Frauen in Führungspositionen nur allgemeine Floskeln zu lesen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen soll maßgeblich erhöht werden. Das hört sich erst einmal gut an. Es soll einen Stufenplan, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen geben.

Die Berichte haben wir längst, und die Selbstverpflichtung haben wir seit 2001. All das hat nicht zum Erfolg geführt. Verbindliche, verpflichtende Maßnahmen und Zielvorgaben: Fehlanzeige! Aber diese Forderungen hat Frau Merkel ja schon auf der Bundeskonferenz der Frauenunion zurückgewiesen.

Die Frauenunion wird noch dicke Bretter bohren müssen. Ich freue mich aber, dass dadurch vielleicht Bewegung ins Spiel kommt und die gläserne Decke hoffentlich bald zerspringt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Monheim das Wort.

Ursula Monheim (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Die Große Anfrage der SPD-Fraktion listet in sieben Einzelkapiteln alle wesentlichen Fragestellungen zur Situation von Frauen am Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen auf. Es sind Fragestellungen, mit denen wir uns in den unterschiedlichen Fachausschüssen dieses Hauses immer wieder und seit Jahren beschäftigen und zu denen wir Statistiken, wissenschaftliche Gutachten, Anhörungen und Expertengespräche auswerten und Handlungsempfehlungen formulieren.

Die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit für Frauen am Arbeitsmarkt ist eine Zielsetzung, die nach meiner Wahrnehmung von allen Fraktionen geteilt und mit Unterstützung der Landesregierung auch von allen Fraktionen vorangetrieben wird. Über die Wege dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen, das gebe ich gerne zu.

Wir haben uns aber intensiv mit diesen Dingen beschäftigt. Es gibt eine Fülle von Material. Insofern ist es nicht überraschend, dass die Antworten keine wirklich neuen Ergebnisse hervorbringen. Dennoch liegen der Reiz und der Wert der Großen Anfrage sowie der nun vorliegenden Antworten der Landesregierung in der kompakten Bündelung der Daten zu diesem Thema.

Frau Kieninger hat eben einen Vorgesmack darauf gegeben, wie es ist, wenn man sehr intensiv in das Thema einsteigt. Ich möchte dagegen nur zwei Bereiche näher beleuchten.

Das eine ist die Berufswahl von jungen Frauen. Diese halte ich im Hinblick auf eine wachsende Berufstätigkeit für außerordentlich wichtig. Gerade hier ist man aber geneigt, Roman Herzogs Kernsatz aus der „Ruck-Rede“ von 1997 zu zitieren: „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.“

Politisches Wollen stößt sich bei diesem Thema hart mit der Realität. Gerade bei der Berufswahl zeigt sich das Zusammenspiel von strukturellen und individuell wirkenden Faktoren. Geschlechtsspezifisches Rollenverhalten ist eng mit persönlich geprägten Erfahrungen und Wünschen verknüpft. Wir erleben immer wieder, wie stark dieses Rollendenken verankert ist.

Frau Kieninger hat darauf hingewiesen, dass sich Mädchen und junge Frauen zu 56 % auf zehn Ausbildungsberufe – vor allem aus dem Dienstleistungsbereich – konzentrieren. Ich will das nicht alles wiederholen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Junge Männer wählen wesentlich häufiger technische Berufe, die ganz andere Perspektiven bieten. Ihre Palette ist auch breiter. Nur 35 % wählen die Top Ten der Berufe.

Diese Situation ist in der Tat nicht befriedigend. Es gibt zahlreiche Initiativen und Programme, um jungen Frauen neue Chancen aufzuzeigen und ihr Interesse für andere Ausbildungen und Berufe zu wecken. Erinnert sei hier an den „Girls' Day“, an das Projekt „Mädchen wählen Technik“ und an das Rahmenkonzept „Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung“. Es wurde 2007 mit den Partnern im Ausbildungskonsens verabredet und wird seitdem umgesetzt.

Um ein verändertes Rollenverhalten erreichen zu können, bedarf es immer wieder neuer Anstöße, aber auch eines langen Atems. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass eine eigene Erwerbstätigkeit für immer mehr Frauen Teil ihrer Lebensplanung ist. Zur Bedeutung von Vereinbarkeit von Elternverantwortung und Erwerbstätigkeit wird meine Kollegin Maria Westerhorstmann gleich sprechen.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen: Frauen in Führungspositionen. – Die Daten hierzu sind unterschiedlichen Grundlagen, unterschiedlichen Berufsfeldern und Statistiken entnommen. Die Ergebnisse stimmen überein: Frauen sind mit leichten Abstufungen in den unterschiedlichen Bereichen in Führungsetagen erheblich unterrepräsentiert. Je größer das Unternehmen ist, umso weniger Frauen befinden sich in verantwortlichen Positionen. Hier wollen

wir Änderungen, Verbesserungen erreichen. Dazu haben wir verschiedene Modelle diskutiert, die im Ausland durchaus erfolgreich praktiziert werden.

Der in den letzten zwei Plenartagen häufig zitierte Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung von CDU/CSU und FDP gibt auch hier einen neuen Impuls. Liebe Frau Kieninger, das, was im Koalitionsvertrag gerade zu diesem Thema geschrieben worden ist, sehe ich völlig anders als Sie. Ich finde, wir haben noch nie einen so weitreichenden und zugleich konkreten Vorschlag in unseren Modellen diskutiert und vor Augen gehabt. Es ist besonders wichtig, dass wir einen Stufenplan haben. Die erste Stufe sieht verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen vor. Dieser ersten Stufe folgen weitere.

Ich glaube, dass wir neben vielen anderen Initiativen für Frauen und Familie hier weiter debattieren können. Wir erhalten nicht nur aus vielen Bereichen der Gesellschaft, sondern auch aus der Bundesregierung ganz dezidiert Unterstützung zur Förderung und Gleichstellung von Frauen im Arbeits- und Berufsumfeld. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Monheim. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Pieper-von Heiden das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich sehr herzlich bei der Landesregierung für die umfangreiche Beantwortung der Großen Anfrage 32 bedanken.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist auch einmal schön!)

Aus der Antwort geht hervor, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen auf einem ganz guten Weg befinden. Natürlich gibt es angesichts der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt noch viel zu tun, um eine vollständige Gleichstellung zu erreichen. Aber immerhin bewegen wir uns in die richtige Richtung. Das zeigen die Arbeitsmarktzahlen mehr als deutlich. Bei uns ist deutlich mehr Bewegung drin, als es bei den rot-grünen Vorgängern der Fall war – vielleicht sogar mehr Bewegung, als es Ihnen lieb sein dürfte; ich weiß es nicht. Das wird sich zeigen, wenn ich gleich einige Zahlen nenne.

Auch die Zahlen des aktuellen IAB-Betriebspanels „Beschäftigungstrends in Nordrhein-Westfalen“ verdeutlichen dies.

Um es an den Zahlen festzumachen:

Die Erwerbstätigenquote bei jungen Frauen ohne Berufsabschluss ist zwischen 2005 und 2008 deutlich gestiegen, und zwar von 36,7 % auf 44,7 %. Unser primäres Anliegen ist es aber nicht, Wege in die Erwerbstätigkeit ohne Berufsabschluss zu ebnen. Zuallererst wollen wir die Menschen hin zum Berufsabschluss führen, damit sie diesen Beruf dann erfolgreich ausüben können. Die Erwerbstätigenquote bei jungen Frauen mit Berufsabschluss hat sich zwischen 2005 und 2008 von 73,9 % auf 78,8 % verbessert, die Erwerbstätigenquote von Frauen insgesamt zwischen 2000 und 2008 von rund 58 % auf rund 65 %. Übrigens liegen wir damit sogar deutlich über der Vorgabe der EU, die bis 2010 eine Erwerbsbeteiligung von 60 % vorsieht. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten ist zwischen 2000 und 2008 von 42 % auf 44 % gestiegen.

Das können wir noch engagierter angehen. Hier muss ohne Frage noch mehr passieren. Immerhin ist es aber ein Aufwärtstrend und Gott sei Dank kein Stillstand oder gar ein Abwärtstrend.

Um noch deutlicher zu machen, dass wir uns auf einem guten und richtigen Weg befinden, möchte ich noch einmal die Anstrengungen der Landesregierung ansprechen, Mädchen und Frauen verstärkt an die technischen Berufe heranzuführen. Es ist notwendig, auf diesem Feld zumindest umfangreicher zu informieren sowie zu versuchen, Frauen dahin gehend zu beeinflussen, dass sie in höherem Maße als bislang besser dotierte Berufe wählen; denn dies macht ja in erster Linie – viel mehr als eine ungleiche Bezahlung für gleiche Jobs – die großen Einkunftsunterschiede aus.

Zum Beispiel im Ruhrgebiet ist der Anteil der Frauen an den Beschäftigten im Vergleich zum übrigen Nordrhein-Westfalen deutlich geringer. Eben sprach ich von einem Anstieg von 42 auf 44 %. Im Ruhrgebiet liegt diese Zahl noch bei rund 40 %. Dieser Unterschied wird in den Zahlen des aktuellen IAB-Betriebspanels „Beschäftigungstrends in Nordrhein-Westfalen“ noch deutlicher. Das ist unbestreitbar noch ausbaufähig, aber auch verständlich, weil im Ruhrgebiet trotz des Strukturwandels immer noch das produzierende Gewerbe vorherrscht.

Die Landesregierung hat diese Problematik aber bereits erkannt und reagiert entsprechend. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Projekte wie „Zeit, dass sich was dreht! – Technik ist auch weiblich“, „Mädchen wählen Technik“ oder „Frauen in der industriellen Forschung“ hinweisen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung 2008 das Serviceangebot „Forum W“ entwickelt, um Frauen bei der Rückkehr in den Beruf zu unterstützen. Auch das Landesprogramm „Brücken bauen in den Beruf“ verfolgt das Ziel, Frauen über berufliche Möglichkeiten zu informieren.

Besondere Unterstützung gewährt das Arbeitsministerium jungen Müttern, die ein Problem mit dem Beginn und dem Abschluss einer Berufsausbildung haben. Hier ist das Förderprogramm „Teilzeiterberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen“ zu nennen.

Beim „Bildungsscheck NRW“, einem der Erfolgsmodelle der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik, wurden zuletzt – Stand: August 2009 – 71 % der Einzelanträge für eine Weiterbildung von Frauen gestellt.

Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist ein wichtiges Anliegen der Arbeitsmarktpolitik für Frauen; denn der überwiegende Teil pflegender Angehöriger ist weiblich. Hier ist auf das Informations- und Aufklärungsangebot „Häusliche Pflege“ hinzuweisen, das die Landesregierung gemeinsam mit den Apothekerverbänden und der Landesstelle Pflegende Angehörige in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der FDP unterstellt man in negativem Zusammenhang immer wieder gern, ihre Politik an den Wünschen der Arbeitgeber auszurichten. Diese Ausrichtung ist in diesem Fall richtig. Ja, wir wollen mit unserer Politik Bedingungen schaffen, die eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen – Bedingungen, durch die das Potenzial der Arbeitnehmerinnen genutzt werden kann, Bedingungen, durch die die Arbeitnehmerinnen langfristig an Unternehmen gebunden werden, und Bedingungen, durch die die Unternehmen in die Lage versetzt und dazu motiviert werden, Frauen zu fördern und familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Erklären Sie mir bitte, was daran negativ sein soll. Das ist soziale Arbeitsmarktpolitik, wie sie im Buche steht. Davon haben nämlich alle etwas, die Arbeitnehmerinnen wie die Arbeitgeber.

Unsere Politik sucht keinen Schuldigen. Unsere Politik klagt keine Partei an, weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer. Die Landesregierung sucht den Dialog mit den Unternehmen, Hochschulen, Kammern, Verbänden und Weiterbildungsträgern, um gemeinsam neue Wege zu finden, wie Gleichstellung und Chancengleichheit noch weiter ausgebaut werden können. Deshalb funktionieren unsere Konzepte auch.

Selbstverständlich sind wir noch nicht am Ziel. Wie sollten wir auch? Allzu viel ist in der Vergangenheit schließlich nicht passiert, und es ging ein bisschen schleppend voran. Das werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nicht leugnen können.

Als Sie seinerzeit Verantwortung trugen, haben Sie auch mit Druck und Zwang auf die Wirtschaft eingewirkt und damit im Grunde nur Erde verbrannt, anstatt Wege zu ebnen. Sie standen für Zwangsquotierungen und stehen immer noch dafür.

Wir machen Politik für wahre Wertschätzung und Teilhabe. Wir versuchen, im Dialog mit den Unternehmen die Situation zu verbessern, indem wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen und optimieren. Das ist in unseren Augen soziale Arbeitsmarktpolitik, die uns – da bin ich sehr sicher – dahin führen wird, dass es in Zukunft eine größere Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt gibt und dass Frauen auch stärker an besser dotierten, beim Entgelt höher eingestufteten Berufen teilhaben, als das bislang der Fall ist. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Laumann, auch wenn Sie gerne auch von mir Lob für die hervorragende Beantwortung der Großen Anfrage hören würden, kann ich Sie leider nicht loben.

(Beifall von GRÜNEN und Ursula Meurer [SPD])

Das liegt nicht daran, dass Sie sich keine Mühe gegeben hätten, sondern daran, dass an zu vielen Stellen steht: dazu liegen keine Daten vor; das können wir nicht beantworten; das wissen wir nicht; darüber verfügen wir nicht.

Dieses Problem ist natürlich auch darauf zurückzuführen, dass man einerseits bestimmte Daten einfach nicht erfasst und nicht sammelt und andererseits – dazu werde ich gleich noch etwas sagen – vielleicht nur an bestimmten Stellen nachschaut und andere Stellen, an denen Zahlen dazu vorliegen, gar nicht in Betracht zieht.

Wenn ich mir aber das angucke, was beantwortet worden ist, dann kann ich mich nur dem anschließen, was Frau Monheim eben gesagt hat, nämlich: Es steht nicht viel Neues darin. Es steht wirklich nicht viel Neues in der Antwort auf die Große Anfrage. Ich hätte mir gewünscht, dass man an der einen oder anderen Stelle aus dem Diskussionsprozess, den wir in den letzten Jahren hatten, zumindest die Erkenntnis zieht, dass man mit anderen Ansätzen kommen muss. Aber in der Antwort steht im Grunde genommen nur das, was wir auch im Ausschuss immer wieder hören, nämlich dass – laut Landesregierung – alles bestens und auf einem guten Weg ist. Dagegen hört man aus dem Land genau das Gegenteil.

Ich will – nach der Systematik des Alters – mit dem Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen anfangen. Noch immer entscheidet sich der überwiegende Teil der Mädchen und jungen Frau-

en, nämlich 56 % all derer, die einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, nur für eine Ausbildung unter den Top Ten.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist bei Jungen nicht viel anders!)

– Bei den Jungen ist der Anteil ein bisschen geringer, nämlich 36 %. Prozentrechnen können wir gerne auch noch einmal machen. Das ist schon ein Unterschied in der Anzahl der Auszubildenden. Bei den Jungen ist das Spektrum der Fächer auch noch um einiges größer.

Vor allen Dingen wie die Landesregierung die Fragen nach den Ursachen beantwortet, das ist schon sehr kurz gegriffen und wird dem Problem eigentlich überhaupt nicht gerecht. Wir haben in der Gesellschaft nämlich nach wie vor das Problem, dass wir wenige Vorbildfunktionen haben. Wir haben wenige Mädchen in klassischen, typischen Männerberufen. Zum Beispiel in den Medien sind die Frauen nach wie vor in denselben Klischees; da erleben wir Mädchen nur in den typischen zehn Berufen.

Auch in vielen Darstellungen und selbst in der einen oder anderen Broschüre der Landesregierung werden Mädchen immer wieder in klassischen Mädchenberufen dargestellt. Wir haben das oft genug diskutiert und an der einen oder anderen Stelle auch aufgebrochen bekommen. Aber die Antworten hierauf sind nach wie vor keine richtigen Antworten. Denn wenn man einmal im Jahr einen Girls' Day oder an der einen oder anderen Stelle ein Mentoringprogramm mit sehr wenigen Personen macht, ändert man nicht wirklich etwas Grundlegendes.

Es ist auch nicht so, dass das die individuelle Entscheidung der Mädchen ist, weil sie davon träumen würden, hinterher im Niedriglohnsektor als Verkäuferin beschäftigt zu sein, oder weil sie schon immer davon geträumt hätten, etwas anderes als ihre Barbiepuppe zu frisieren. Nein, die jungen Frauen wollen auch ein ordentliches Gehalt, einen ordentlichen Beruf haben. Aber ihnen werden die Perspektiven und die Möglichkeiten dafür nicht aufgezeigt. Das Land muss noch verdammt viel machen, damit wir hier etwas Grundsätzliches ändern.

Ich war sehr erstaunt darüber, dass es keine Antwort auf die Frage gab, wie es in den Ausbildungsberufen und in der Lebensrealität der jungen Frauen mit der Bezahlung aussieht. Wir haben gerade erst von der DGB-Jugend den Ausbildungsreport vorgelegt bekommen, in dem ganz deutlich gemacht wird: Die jungen Frauen haben das Problem, dass sie genau in den Ausbildungsberufen landen, in denen die Entlohnung während der Lehrzeit, vom ersten bis zum dritten Ausbildungsjahr, einfach sehr viel niedriger ist als bei den Jungen. Das ist so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klar, das hat etwas damit zu tun, dass wir Tarifautonomie haben, dass branchenspezifische Tarifver-

träge abgeschlossen werden. Aber das wäre ja nicht der erste Punkt, wozu man auch als Land einmal laut äußert: Liebe Gewerkschaften, daran müsst auch ihr etwas ändern. Wir müssen gucken, wie wir hier Gerechtigkeit hergestellt bekommen, damit die Mädels nicht immer in den Bereichen landen, in denen man vom Lohn nicht leben kann, schon in der Ausbildung, später auch von der Rente nicht, das ganze Leben dazwischen sowieso nicht. Hier muss etwas passieren. Hier müssen wir als Gesellschaft auch die Gewerkschaften fordern. Als Politik müssen wir an allererster Stelle stehen, die jungen Frauen und die Mädchen zu unterstützen in dem Kampf darum, dass auch die Frauenberufe anders entlohnt werden.

Wenn man sich weiter anguckt, was an Zahlen und Daten vorgelegt worden ist, dann stellt man fest, dass viel fehlt zu den Fragen, welche Ausbildungsberufe erfasst sind, welche schulischen Bildungsgänge erfasst sind. Es sind keine Daten über die geschlechtsspezifische Verteilung, über den tatsächlichen Ausbildungsplatzverlust, über die tatsächliche Ausbildungsplatzsuche vorhanden. Da fehlt also eine ganze Menge.

Wie sieht das in anderen Bereichen aus? Bei den Warteschleifen, über die wir heute auch schon einmal diskutiert haben, ist der Frauenanteil geringer. Warum ist der geringer? Da muss man ein deutliches Fragezeichen machen. Gibt es hier eigentlich keine frauenspezifischen Angebote? Oder brauchen die Frauen diese nicht? Wenn nach wie vor 40 % der Frauen am Ende ohne Ausbildung dastehen, dann heißt das, wir brauchen frauenspezifische Angebote. Aber wahrscheinlich sind diese Angebote, die bisher vom Land gemacht werden, für die Frauen nicht passgenau. Aufgeführt werden zehn Berufe für die Frauen, zehn andere Berufe für die Männer. Da muss man sich fragen, wie man die Qualifizierungsangebote und die Weiterbildungsangebote so konstruieren kann, dass sie auch die Mädchen ansprechen und auch für diese Zielgruppe greifen.

Wie sieht es während der Berufsphase aus? Den Bereich der Niedriglöhne, der Minijobs, der Midijobs haben wir gestern angesprochen und haben wir heute angesprochen. Es ist ein großes Problem, dass die neue Bundesregierung diesen Bereich noch mehr ausweiten will, weil dann noch mehr Frauen nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein werden, weil dann noch mehr Frauen im Niedriglohnsektor landen werden. Das ist ein massives Problem. Eigentlich müsste schon die heutige Situation die Landesregierung aufschrecken und Sturm laufen lassen. Die prekäre Beschäftigungssituation von Frauen wird sich noch mehr ausweiten.

Der letzte Bereich, auf den ich hier in der Kürze der Zeit noch eingehen will, ist der des Wiedereinstiegs nach einer Unterbrechungsphase. Wir haben auch das lang und breit im Ausschuss diskutiert. Dass die

Landesregierung alle Konzepte und Programme, die wir in diesem Bereich in der Vergangenheit hatten – die Wiedereingliederungsprogramme von Nordrhein-Westfalen waren im Übrigen bundesweit die erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Programme –, gestrichen hat und nicht wieder einführt, halten wir nach wie vor für fatal. Die Zahlen belegen es auch hier wieder: Es ist nach wie vor ein großes Problem für die Frauen, wiedereinzusteigen – sowohl für die Frauen, die ohne Ausbildung in die Unterbrechung gegangen sind, wie auch für die Frauen, die mit Ausbildung in die Unterbrechung gegangen sind.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Pieper-von Heiden?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ganz herzlichen Dank, Frau Steffens. Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen die Landesregierung massiv angegriffen, es werde nicht genügend für Frauenförderung getan, damit Frauen auch besser bezahlte Berufe wählen.

Ist Ihnen bewusst, dass wir einen signifikanten Anteil des Innovationsfonds beispielsweise für die Frauenförderung ausgeben? Das war früher nicht der Fall; damals sind Frauen in Hochschulen nicht entsprechend gefördert worden. Ist Ihnen bewusst, dass seit 2006 in den Haushaltsansätzen für die Frauenförderung, damit Frauen speziell besser dotierte, besser qualifizierte Berufe anstreben, eine ganze Menge getan wird, dass der Haushalt diesbezüglich im Grunde auf den Kopf gestellt worden ist, einfach um genau diese Ziele zu erreichen, die Sie hier einfordern?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Pieper-von Heiden, das ist die Diskussion, die wir immer in Bezug auf die Hochschulen führen. Wir können sie aber auch heute noch einmal führen. Denn es ist zwar richtig, dass andere Haushaltstitel eingeführt und dass die Förderinstrumente verändert worden sind. Aber die Wirksamkeit dessen, was Sie jetzt machen, ist geringer, als sie es vorher war. Sie versuchen immer wieder, durch die bloße Einführung von Haushaltsstellen eine Wirksamkeit nachzuweisen. Aber so geht das gerade nicht.

Sie haben gerade das, was es an effizienten Instrumenten gab, abgeschafft. Allein mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben Sie an vielen Stellen die Möglichkeit, auf Landesebene zu steuern, in Gänge

aus der Hand gegeben. Im Moment erzählen einem alle Gründungsrektoren der neuen Fachhochschulen, wie wichtig Ihnen die Frauenförderung ist, aber trotzdem machen sie nichts Konkretes auf diesem Feld. Das ist ein massives Problem.

Außerdem gehen Sie – das ist typisch – wieder nur auf einen Bereich ein, nämlich den der Hochschulstudierenden. Im Hinblick auf all diejenigen, die eine Ausbildung machen, geschieht überhaupt nichts. Sie betreiben hier wieder Augenwischerei. Wir hatten jetzt oft genug die Auseinandersetzung über die Hochschulen mit Herrn Pinkwart und haben immer wieder klar dargelegt, wo mit falschen Zahlen argumentiert wird. Vielleicht schauen Sie sich wirklich einmal die Zahlen an, statt immer wieder dieselbe Leier mit den Haushaltstiteln herunterzubeten.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Als Sie mich unterbrochen haben, war ich gerade bei der Rückkehr in das Berufsleben von denjenigen, die ihre Berufstätigkeit für eine Zeit unterbrochen haben. Das Programm, das wir dazu in der Vergangenheit hatten, war bundesweit das effizienteste. Sie haben es abgeschafft. Stattdessen wurden eine Hotline und eine Internetseite eingerichtet. Auf einer großen Veranstaltung des Hauses von Minister Laschet haben alle Expertinnen und Experten deutlich gesagt, dass die individuelle und persönliche Beratung das Wichtigste und dass sie durch nichts zu ersetzen ist. Sie aber haben Sie durch eine virtuelle Internetseite ersetzt. Das ist keine Frauenförderung, und das wird in der Antwort auf diese Große Anfrage noch einmal untermauert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden, ganz herzlich dafür bedanken, dass wenigstens Sie als Einzige einmal anerkannt haben, dass das Ministerium bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage der SPD-Fraktion nicht nur sehr viel Mühe, sondern auch sehr viel Fachlichkeit an den Tag gelegt hat. Eine Landesregierung kann aber Fragen, zu denen es kein statistisches Material gibt, nicht beantworten. Wenn wir immer mehr Daten erheben, kommt es auf der anderen Seite außerdem zu einer ganz anderen Debatte.

Aber wir wissen sehr viel über die Problematik, über die wir heute sprechen. Es ist nun einmal so, dass Frauenbeschäftigung und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu einem hohen Grade von Teilzeit bestimmt sind. Und zu einem hohen Anteil arbeiten

Frauen im Dienstleistungsbereich. Außerdem haben Frauen in unserer Arbeitswelt eine unterdurchschnittliche Präsenz in Führungspositionen. All diese Erkenntnisse sind nicht neu.

Deswegen kommt es sehr darauf an, dass wir uns in unserer Gesellschaft stärker bemühen, in den Bereichen, in denen in erster Linie Frauen arbeiten, ähnlich gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie wir sie zum Beispiel im industriellen Bereich haben. Deshalb ist es wichtig, dass eine Landesregierung dafür sorgt, dass etwa die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen – um einmal einen Bereich zu nennen, in dem relativ viele Frauen arbeiten – in Ordnung sind, dass man sich an Tarifverträge hält und es vernünftige Entlohnungsstrukturen gibt.

Andersherum merken in der Krise aber auch viele Männer, wie unsicher die Jobs gerade in den technischen Berufen, in der Produktion, der jetzt von der Krise gebeutelt wird, sind. Manche Familien sind froh, dass einer im technischen und einer im Dienstleistungsbereich arbeitet, um eine stärkere finanzielle Absicherung der Familien zu haben.

Mein Ziel ist es, dass für unsere jungen Leute in den letzten Schuljahren der Übergang von der Schule in die Ausbildung so gestaltet wird, dass eine sehr bewusste Berufswahl stattfindet.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass die jetzige Landesregierung in den letzten Jahren zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit und mit vielen Programmen, die durch mein Haus gefördert worden sind, in erheblichem Umfang den Übergang von der Schule in die Ausbildung verbessert hat – und zwar nicht erst mit Maßnahmen nach der Schule, sondern mit Maßnahmen in der Schule –, sollte sich doch auch bei der Opposition in diesem Landtag herumgesprochen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Natürlich bezieht sich diese Beratung nicht nur auf Mädchen, aber auch nicht nur auf Jungs. Es geht darum, eine Klasse bewusst an die Berufsentscheidung, die Berufsvorbereitung und die Auswahl eines Ausbildungsplatzes heranzuführen. Das kann doch keine verkehrte Politik sein – sowohl für die Jungs wie für die Mädchen.

Wir haben in dieser Gesellschaft offensichtlich das Problem, die Mutter- oder die Vaterrolle mit einer anspruchsvollen Berufstätigkeit zu verbinden. Denn wie kann es sonst sein, dass gerade diejenigen, die besonders gut qualifiziert sind, die wenigsten Kinder haben? Aber dass gerade diese Landesregierung es ist, die in den letzten Jahren erhebliche Akzente bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gesetzt hat, um die Vereinbarkeit von Mutter- oder Vaterrolle und Beruf zu verbessern, dürfte der Opposition in diesem Landtag doch auch nicht verborgen geblieben sein, denn die Zahlen haben sich

nahezu verzehnfacht. Das ist doch die Voraussetzung dafür, dass es auf Dauer möglich wird, bei einer anspruchsvollen Berufstätigkeit Vater oder Mutter zu sein.

Weil Sie dieses Problem nicht erkannt haben, hatten die Leute nur die Möglichkeit, auf Kinder zu verzichten, oder, wenn sie Kinder hatten, erheblich bei der Karriere zurückzustecken. Sie sind dafür verantwortlich, dass bei diesem Thema jahrelang nichts in diesem Land passiert ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein weiterer Bereich!

(Zuruf von der SPD: Bundesmittel!)

– Wenn man so redet, wie Frau Steffens und Frau Kieninger es getan haben, als wenn wir diese Bereiche gar nicht im Auge hätten, muss man Sie wieder ein bisschen auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Das müssen Sie sich von mir schon mal anhören.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Es gefällt Ihnen nicht, wenn Sie mit der Wirklichkeit konfrontiert werden. Das ist wahr.

Es gibt einen weiteren Punkt, über den wir reden müssen. Natürlich haben wir auch ein großes Problem. Wir haben viele typische Frauenberufe, in denen die gewerkschaftlichen Strukturen so schwach sind, dass wir zu keinen gescheiterten Tarifverträgen und Arbeitsbedingungen kommen. Die Entlohnungssituation bei Friseuren ist so, weil wir dort kaum Verhandlungsmacht bei Tarifverträgen haben. Ich kenne die Zahl – ich will sie hier nicht nennen – der eingetragenen Gewerkschaftsmitglieder, die Friseur sind, weil ich den Tarifvertrag dort für allgemeinverbindlich erklärt habe.

Es ist ein Problem, dass wir im Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen seit Jahren keinen allgemein verbindlichen Tarifvertrag mehr haben. Kein Wunder, dass die Löhne für Verkäuferinnen in den Keller gehen. Bei KiK haben wir in Nordrhein-Westfalen mittlerweile Lohnstrukturen von unter 5 €. Wenn in einer Gesellschaft eine solche Situation vorliegt, haben wir natürlich auch ein Problem mit Frauenberufen. Denn wer arbeitet im Einzelhandel? Vorwiegend Frauen. Aber dieses Problem können wir als Landesregierung nicht politisch lösen. Selbst die Einführung des Mindestlohns, wie Sie es vielleicht gerne möchten, würde das Problem nicht lösen. Dann wären wir immer noch im Niedriglohnbereich.

Es geht auch darum, diese Bereiche ähnlich wie die industriellen Bereiche gewerkschaftlich so zu organisieren, um auf die Dauer eine vernünftige Lohnpolitik durchführen zu können. Da muss man doch mit den Instrumenten dieser sozialen Marktwirtschaft ansetzen.

In diesem Zusammenhang muss man einen weiteren Punkt immer vor Augen haben. Natürlich brau-

chen viele – gerade Mütter – auch den geförderten Wiedereinstieg nach einer Erziehungsphase. Denn dass Kindererziehung bei einigen Menschen mit einer Unterbrechung der Berufstätigkeit verbunden ist, ist nun einmal so. Je qualifizierter die Ausbildung ist, desto weniger wird unterbrochen. Diejenigen, die nicht so qualifiziert sind, unterbrechen am meisten.

Das ist ein Stück weit auch logisch. Wenn ich nicht so qualifiziert bin und im Niedriglohnbereich arbeite, kann ich von den Erträgen meiner Arbeit natürlich auch keine Kinderbetreuung finanzieren, sodass ich es selber zu Hause mache. Da gibt es Zusammenhänge, die ziemlich logisch sind, wenn man etwas nachdenkt.

(Zuruf von der SPD: Deshalb gibt es demnächst das Betreuungsgeld!)

– Das Betreuungsgeld. Wenn Eltern ihre Kinder selber erziehen, ist das manchmal genauso gut, wie wenn der Staat es tut.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Es gibt auch noch Eltern, die das ganz vernünftig machen.

(Zuruf von der SPD)

– Da haben wir zwei Weltbilder; das ist nun einmal so. Deshalb wählt man dort, wo ich herkomme, Ihre Partei nicht, weil die meisten das gleiche Weltbild wie ich haben.

(Beifall von der CDU)

Dieses Weltbild wird von mir vertreten; denn auch meine Wähler haben dieses Weltbild. Ich halte es für völlig in Ordnung, dass Eltern ihre Kinder selber erziehen und dafür keine staatliche Einrichtungen in Anspruch nehmen.

(Beifall von der CDU)

Andere nutzen staatliche Einrichtungen; das soll ihre Entscheidung sein. Deswegen ist ein Betreuungsgeld nicht von vornherein des Teufels.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

– Wissen Sie, bei Hartz IV machen wir das doch auch, und da sind wir beide immer wieder einer Meinung, Hartz-IV-Bezieher nicht zu stigmatisieren und ihnen nicht nur Sach-, sondern auch Geldleistungen zu geben. Denn wir wissen, dass die allermeisten Hartz-IV-Bezieher mit diesem Geld für ihre Kinder sehr sorgsam und verantwortungsbewusst umgehen.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

– Entschuldigung, den normalen Eltern wollen Sie nicht zugestehen, das Betreuungsgeld selber auszugeben. In anderen Bereichen reden Sie wieder so. Jetzt müssen Sie sich halt mal entscheiden.

(Beifall von der CDU)

Sie können im Landtag nicht immer nur zu dem Punkt, zu dem es Ihnen gut gefällt, so reden, sondern man muss schon die Zusammenhänge Ihrer Politik ein bisschen erkennen.

(Norbert Römer [SPD]: Herr Minister!)

Ich kann nur sagen: Wir im Arbeitsministerium geben uns sehr viel Mühe, den Wiedereinstieg von Frauen nach der Kinderphase zu fördern. Wir wissen, dass es gerade Frauen, die keinen Anspruch nach SGB II und SGB III haben, oft nicht so einfach haben, bei der Bundesagentur für Arbeit Förderung zu bekommen. Es ist eine Kann-Leistung, und es gibt keinen gesetzlichen Anspruch auf diese Einstiegsleistung. Man hat ein Recht, sich arbeitssuchend zu melden, aber kein Recht auf eine Berufseinstiegsförderung.

Darauf habe ich folgendermaßen reagiert – wir haben das übrigens als einziges Bundesland in ganz Deutschland eingeführt –: Selbstverständlich steht den Berufsrückkehrerinnen – natürlich beiden, Vätern und Müttern – in Nordrhein-Westfalen der Bildungsscheck für Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung. Entschuldigung, ich habe ein Masseninstrument eingesetzt. Die Leute haben nach der Kinderphase einen Anspruch auf eine Förderung. Sie könnten zumindest mal zur Kenntnis nehmen, dass das Arbeitsministerium auf diese unbefriedigende Situation geantwortet hat.

Ich möchte noch das Thema „prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ ansprechen. Ich glaube, es würde unsere Diskussion etwas entlasten, wenn wir uns mal darüber unterhalten würden: Was ist denn prekäre Beschäftigung?

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Haben wir im Ausschuss!)

– Ja. – Es gibt Menschen, die all das, was keine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ist, für prekär halten. Da widerspreche ich ganz energisch. Denn es gibt sehr viele Menschen, die gerade, weil sie Eltern sind, gerne eine Teilzeitbeschäftigung ausüben möchten. Deshalb ist es nicht gut, wenn die Institute in den Statistiken über prekäre Beschäftigungsverhältnisse auch die Teilzeitbeschäftigung als prekär bezeichnen.

Im Übrigen gibt es in diesem Land einen Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung, wenn man Kinder unter zwölf Jahren hat. Wir müssen uns schon entscheiden, was wir wollen. Ich glaube, dass wir uns hier einig sind – das wäre schon mal schön –, dass die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung von uns nicht als prekär eingestuft wird, zumindest dann, wenn sie freiwillig gewählt worden ist. Wenn man jemandem eine halbe Stelle gibt, obwohl er gerne eine ganze hätte, ist das eine andere Frage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, Frau Abgeordnete Gebhard würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, sofort. Ich will noch einen Gedanken zu Ende führen, dann können wir zu Zwischenfragen kommen.

Ich will doch gar nicht bestreiten, dass es bei den 400-€-Verträgen Licht und Schatten gibt. Natürlich gibt es hier und da auch Umwandlungen von sozialversicherungspflichtiger Arbeit durch Aufstückelung in 400-€-Verträge. Das ist jedem redlichen Arbeitsmarktpolitiker ein Dorn im Auge. Auf der anderen Seite müssen wir aber doch auch zugeben, dass im Landtag Nordrhein-Westfalen kein vernünftiger Mensch sitzt – vielleicht die Linken –, der sagen würde: Wir wollen die 400-€-Verträge in diesem Land wieder verbieten.

Wir wissen doch, dass wir dieses Instrument in vielen Bereichen des Arbeitsmarktes benötigen. Ich denke, sehr viele, die hier sitzen, haben zu Hause eine Haushaltshilfe, weil wir als Abgeordnete nun einmal viel zu tun haben. Ich denke, dass Sie die meisten von Ihnen über das Instrument eines 400-€-Vertrages entlohnen. Sie müssen sich auch einmal entscheiden, was Sie wollen.

Ich finde, wir müssen sehr deutlich machen, dass wir die Umwandlung nicht für richtig halten; das müssen wir auch geißeln. Aber auf der anderen Seite brauchen wir auch 400-€-Verträge. Und davon gibt es in diesem Land nun einmal 6 Millionen. Im Übrigen wird ein Drittel dieser Verträge von Menschen im Nebenjob ausgeführt, zwei Drittel davon im Vollzeitjob, wovon immer noch die Rentner und Studenten die höchsten Anteile haben. Wenn ein Student einen 400-€-Vertrag abschließt, wird doch kein vernünftiger Mensch dagegen sein.

Deswegen muss man die Frage der 400-€-Verträge in diesem Arbeitsmarkt viel differenzierter betrachten. Dort, wo ich lebe, kenne ich viele Menschen, die froh sind, dass sie in einer Zeit, in der sie mehr Geld benötigen, die Möglichkeit haben, über den 400-€-Job auch mehr Geld für die Familie zu verdienen, weil sie keine Karriere oder Überstunden machen können. Und wenn eine Mutter mit kleinen Kindern einen 400-€-Job machen und

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

damit den Lebensstandard für sich und ihre Familie erhöhen kann, finde ich das nicht schlecht.

Die Freunde der Landesregierung sind auf jeden Fall die Menschen, die nicht zum Staat laufen, sondern die, die das Geld für ihre Familie über diese Möglichkeit verdienen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit bereits großzügig überschritten ist.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Gut. Ich bin auch am Ende meiner Rede. Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herzlichen Dank. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Meurer das Wort.

Ursula Meurer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie sprachen gerade von „normalen“ Eltern. Welches sind denn die anderen Eltern im Zusammenhang mit der 150-€-Herdprämie? Sind das, wenn sie SGB II beziehen, „unnormale“ Eltern? Oder wie ist das?

(Minister Karl-Josef Laumann: Das habe ich doch nicht gesagt!)

Sie haben von „normalen“ Eltern gesprochen; das hat mich doch etwas irritiert.

Vieles hat meine Kollegin Gerda Kieninger bereits gesagt. Sie hat Ihnen aber auch noch einige Hausaufgaben aufgegeben, die Sie weder mit Ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion noch mit Ihrer mündlichen Einlassung eben – geschweige denn mit dem Koalitionsvertrag in Berlin, an dem Sie, Herr Minister, schließlich mitgewirkt haben – gegeben haben.

Bereits gestern hatten wir in der Debatte zu der Aktuellen Stunde, aber auch zum Tagesordnungspunkt 2 Ihren Lobgesang auf den Koalitionsvertrag, der mehr Fragen offen lässt, als er beantwortet, vernommen. Sie sprechen von Entrümpeln der Arbeitsmarktinstrumente und von einer Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger. Damit werden Sie letztlich noch mehr Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erreichen und überwiegend Frauen weiter ins Abseits stellen. Sie werden die heute schon weit verbreiteten Mini- und Midijobs ausweiten und Arbeitgebern die Möglichkeit geben, billige Arbeitskräfte – billig fürs Unternehmen – einzustellen, weil eine Kofinanzierung dieser Jobs durch die staatlichen Instrumente der Förderung geleistet wird.

Sie erreichen so nur noch mehr Kombilöhne und schaffen keine Arbeitsplätze, von denen ein Mensch – hier sage ich ganz bewusst: ein Mensch; denn es ist egal, ob Frauen oder Männer – durch seiner Hände Arbeit trotz Vollzeit nicht mehr eigenständig leben und dadurch auch keine ausreichende Vorsorge für sein Alter treffen kann. So können sie den Rest ihres Lebens unbegrenzt neben der Rente hinzuverdienen,

wenn es nach der FDP geht. Das heißt, nach Kombi-lohn kommt die Kombirente.

Ich will auch die Steuersenkungsabsichten nicht verschweigen, die diese Menschen nicht erreichen, weil sie keine Steuern mehr bezahlen. Sie dürfen nur das Mehr an Steuern auf kommunale Abgaben wie Abwasser und Müll in Höhe von 19 % übernehmen. Das heißt: Sie werden zusätzlich be- und nicht entlastet.

In Ihrer Antwort auf die Große Anfrage schreiben Sie, dass 69 % der Frauen zwölf Monate vor der Geburt ihres ersten Kindes berufstätig waren. Was haben die anderen 31 % vorher gemacht? Wo waren sie? Waren sie in Berufsvorbereitungsjahren oder zu Hause oder noch in der Schule? Waren sie arbeitslos gemeldet? Darauf kommt keine Antwort von Ihnen.

Vom RWI schon, und zwar ganz aktuell mit Zahlen aus 2009. Befragungsteilnehmerinnen, die im Jahr vor der Geburt keine Erwerbstätigkeit ausübten, waren knapp zur Hälfte Hausfrauen – 48 % –, die nicht parallel in Elternzeit oder arbeitslos waren. Weitere 27 % waren Frauen in Elternzeit. 7 % waren arbeitslose Frauen und 5 % Studentinnen und Schülerinnen. 12 % machten keine Angaben zu ihrem Status. Und da versuchen Sie uns weiszumachen, Sie hätten keine Zahlen.

Das RWI hat die Zahlen. Und die hätten Sie auch verwenden können.

Aber auch in der von Ihnen genannten „Befragung Junge Familien 2008 I“ wird gesagt: Jene Frauen, die an der „Befragung Junge Familie I“ teilgenommen haben und angeben, im Jahr vor der Geburt nicht erwerbstätig gewesen zu sein, setzten sich zu 15 % aus Studentinnen und Schülerinnen, zu 19 % aus arbeitslosen Frauen und zu 63 % aus Hausfrauen zusammen. Die restlichen 3 % der nicht erwerbstätigen Frauen machen keine konkreten Angaben zu ihrem Status. Unter den nicht erwerbstätigen Hausfrauen machen Mütter, die sich in Elternzeit für vorherige Kinder befinden, einen erheblichen Anteil aus, nämlich 44 %.

Wirklich schlimm sieht es bei der Rückkehr in den Beruf nach der Geburt von Kindern aus. Da haben sie ja ganze Arbeit geleistet, indem sie die Regionalstellen Frau und Beruf gestrichen haben. Frauen gehen hier überproportional, wenn überhaupt, als Teilzeitkräfte in den Beruf zurück.

Ihr Ministerium listet nach der Seite 29 auf, was Ihrer Ansicht nach ursächlich dafür ist: die modernisierte Form der Versorgung – Vollzeit und Teilzeit – und der Wunsch der Frauen nach Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung. Es fehlte nur noch, dass es frau-engewollt ist, das Ganze für 23 % weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen zu machen.

Um es noch einmal herauszustellen: Berufsrückkehrerinnen wird der Weg schwer gemacht, auch durch

die Entgeltungleichheit in allen Berufszweigen und Hierarchien; bei Frauen in Führungspositionen sind es sogar 33 %.

Lösungsansätze bieten Sie erst gar nicht an. Die im Koalitionsvertrag stehende Herdprämie bis drei Jahre nach der Geburt kann nur als weiterer Hilfsmotor für Ihr „Zurück in die Zukunft“, „Back to the Roots“, von Küche, Kirche, Kinder verstanden werden.

Die angedrohte Ausweitung der Minijobs ist ebenso kontraproduktiv.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Ursula Meurer (SPD): Was um Himmels willen haben Sie sich dabei gedacht, wenn Sie unter Punkt 3 davon sprechen, dass U3-Betreuung und Ganztagsbetreuung den Frauen bei der gewünschten Vereinbarkeit hilft?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, ich darf Sie auch darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit großzügig überschritten ist.

Ursula Meurer (SPD): Ja, ich komme gleich zum Schluss.

Für mich ist es noch immer Aufgabe beider Partner, und das auch gleichberechtigt.

Wenn ich mir noch einmal die beiden Befragungen ansehe, die von Ihnen genannt werden, stelle ich fest:

Erstens. Sie haben wahllos Tabellen aus den Studien gegriffen – Seite 21 der Beantwortung der Großen Anfrage –, einmal aus der „Befragung Junge Familien NRW“ und aus der „Befragung Junge Familien aus dem Bundesgebiet“. Wo sind die Zahlen zum Erwerbsumfang von Frauen im Bundesgebiet, damit sich wenigstens eine gewisse Vergleichbarkeit ergibt?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, bitte.

Ursula Meurer (SPD): Ich komme gleich zum Schluss. Der Minister hat doch auch überzogen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Der Minister hat um 1:48 Minuten überzogen, und Sie haben jetzt schon 2:45 Minuten überzogen.

Ursula Meurer (SPD): Ich komme gleich zum Schluss.

Sie scheinen das Buch „Wie lügt man mit Statistik?“ bei Ihrer Auslegung zugrunde gelegt zu haben.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Meurer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Westerhorstmann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Maria Westerhorstmann (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Das MGFFI hat im Jahr 2007 die Studie „Frauen zwischen Beruf und Familie. Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen 1997 bis 2005“ vorgestellt, in dieser Form übrigens bundesweit einmalig.

Wenn ich auf die vorausgegangenen Reden eingehen darf und insbesondere darauf, dass wir immer noch zu wenige Mädchen in den Bereichen haben, wo wir sie eigentlich hinhaben wollen, sprich: mehr in die MINT-Fächer, mehr in den anderen Berufen, nicht nur in diese besagten zehn Berufe, dann muss man sehen, dass sich die gesellschaftlichen Strukturen nicht von heute auf morgen umswitchen lassen.

Ich mache das immer wieder an dem deutlich, was wir manches Mal erleben, wenn wir den „Girls' Day“ veranstalten, wo sich die jungen Frauen treffen, welche Stände eine besondere Nachfrage haben.

Wer diese Studie kennt, den werden die Antworten zu der Großen Anfrage, um die es heute geht, wenig überraschen. Denn obwohl die Daten dieser umfangreichen Studie nur bis zum Jahr 2005 reichen, ist ihre Aktualität bis dato ungebrochen. Die Untersuchung enthält weniger Momentaufnahmen als Aussagen zu längerfristigen Entwicklungstendenzen. Es wird die gesamte Entwicklung von 1997 bis 2005 angeschaut.

Meine Damen und Herren, sowohl die Ergebnisse der Studie als auch die der Großen Anfrage zeigen, dass Führungsfrauen in nahezu allen Arbeitsmarktbereichen unterrepräsentiert sind; parallel dazu sind sie jedoch bei prekärer Beschäftigung überrepräsentiert. Soweit, Frau Kieninger, sind wir uns einig. Wenn Sie allerdings von Floskeln im Koalitionsvertrag sprechen, dann muss ich sagen, es ist gut, dass es überhaupt einmal im Koalitionsvertrag steht. Wir haben es bis dato nämlich schmerzlich vermisst, dass so etwas in Koalitionsverträgen, auch zu Ihrer Regierungszeit, vermerkt war.

(Beifall von der CDU)

Dieses Ergebnis aus der Studie ist also nicht neu, sondern ist Teil der Anfrage.

Was zählt, ist die Tatsache, dass die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht zufriedenstellend ist und weitere Verbesserungen erforderlich sind.

Fakt ist aber auch, dass diese notwendigen Verbesserungen in Zeiten der Vorgängerregierung – lassen Sie sich das mal wieder gesagt sein; ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören wollen – verschlafen worden sind,

(Beifall von CDU und FDP)

in Zeiten, in welchen das komplexe Thema „Frau und Beruf“ politisch längst gegenwärtig war. Die Erwerbsquote der hochqualifizierten Mütter ist von 1997 bei einer Höhe von 66,4 % bis 2005 lediglich auf 68,6 % gestiegen. Deshalb sind die Wege, Frauen mehr in den Mittelpunkt des Arbeitsmarktes zu rücken, richtig. Deshalb sind wir dagegen – deswegen haben wir auch die Regionalstellen „Frau und Beruf“ gestrichen –, das in einer kleinen Nische zu belassen und zu sagen: Wir machen „Frau und Beruf“, das andere interessiert uns nicht. – Wir müssen an den breiten Arbeitsmarkt heran, damit Frauen dort besser zurechtkommen.

In der Vorbemerkung der Großen Anfrage zieht die fragestellende Fraktion einen Erklärungsansatz heran, der die fehlende Chancengerechtigkeit für Frauen mit dem immer noch vorherrschenden Familienfinanzierungsmodell begründet. Dieser Erklärungsansatz ist zwar richtig, aber aus Ihrem Munde wiederum ein Eigentor. Denn er beweist mal wieder, dass die CDU-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg ist.

(Beifall von der CDU)

Der inzwischen auf den Weg gebrachte Ausbau der U3-Betreuung war doch längst überfällig. Betreuung war doch zu Ihrer Zeit eine Mangelware.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Genau so! Sehr richtig!)

Wenn man mit jungen Frauen spricht, die den Wiedereinstieg proben, aber auch am Arbeitsmarkt sind, sagen sie unisono, dass das der entscheidende Weg ist, der es ihnen leichter macht.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Wir haben damit die Rahmenbedingungen so verändert, dass es für junge Frauen praktikabel wird, Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Ich will gar nicht sagen, dass es schon hundertprozentig ist, aber auch da sind die Dinge so gestrickt, wie sie sind, und sie müssen wachsen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus geht die SPD in ihrer Anfrage davon aus, dass Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt ungleich behandelt werden. Die SPD bemängelt hierzu den empirischen Hintergrund. Wir können also davon ausgehen, dass das Ziel der Großen Anfrage eine Verfeinerung der amtlichen Statistik sein soll.

Hierzu möchte ich zwei Dinge erläutern.

Erstens. Ich bin der Meinung, dass mit den Antworten der Landesregierung ein sehr aufschlussreiches

Bild von der derzeitigen Situation von Frauen am Arbeitsmarkt gezeichnet wird.

(Beifall von der CDU)

Wie bereits eingangs erwähnt, ist das Ergebnis nicht sonderlich überraschend. Tiefergehende Erläuterungen zu den 99 gestellten Fragen würden sicher den heutigen Zeitrahmen sprengen.

Ich möchte festhalten: Auch wenn wir in Nordrhein-Westfalen die Rahmenbedingungen verbessern und vielfältige Projekte im Bereich Frauen und Beruf fördern, dürfen und werden wir uns nicht darauf ausruhen. Ich habe gerade auch von dem Koalitionsvertrag gesprochen. Darin finden Sie noch weitere Punkte, die wegweisend sind.

Chancengleichheit und eine geschlechtergerechte berufliche Teilhabe passieren nicht auf Knopfdruck von heute auf morgen. Sie bedürfen neben einem gesamtgesellschaftlichen Umdenken fortwährender Anreize. Wir haben diesen Auftrag verstanden und nehmen ihn auch ernst. Mit der Initiative „Netzwerk Wiedereinstieg“ und mit den Möglichkeiten der Bildungsschecks unterstützen und beraten wir Frauen zu den beruflichen Hürden.

Zweitens – ich will das nicht unendlich ausführen, weil meine Redezeit zu Ende geht –: Wir haben etwas gegen ausufernden Bürokratiewahn. Wir werden dabei nicht mitmachen, der Statistikpflege einen riesigen Raum einzuräumen, ohne dass sich etwas verändert.

Also lassen Sie uns daran arbeiten, dass sich die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt verbessert. Ich denke, da sind wir uns alle einig. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Westerhorstmann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mit nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind. Damit stelle ich fest, dass die **Große Anfrage 32** der SPD-Fraktion **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

9 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 94 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss dem Landtag mindestens einmal jährlich mündlich berichten. Entsprechend der bisher geübten Praxis erteile ich der stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Kollegin Beer, zu einem Halbjahresbericht das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Ihnen wiederum über die Arbeit des Petitionsausschusses berichten und lege Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses die Bilanz über die Arbeit im ersten Halbjahr des Jahres 2009 vor.

Im Berichtszeitraum haben die Petitionen stark zugenommen. Im zweiten Halbjahr 2008 waren die Neueingänge auf 1.743 zurückgegangen. Nunmehr verzeichnen wir für das erste Halbjahr 2009 2.329 Neueingänge. Das ist eine Steigerung von immerhin 25 %.

Eine Erklärung für diesen immensen Anstieg kann ich Ihnen nicht geben. Wir stellen fest, dass es immer wieder Schwankungen bei den Eingangszahlen gibt. Dabei ist das erste Halbjahr immer stärker als das zweite Halbjahr, was unter anderem mit den Ferienzeiten zusammenhängt. Aber dieser Anstieg um 25 % ist wirklich bemerkenswert.

Erledigt haben wir im Berichtszeitraum 1.787 Petitionen. Die Schwerpunkte der Petitionsarbeit lagen diesmal in den Bereichen Soziales mit 19,4 %, Rechtspflege/Betreuung mit 10,8 %, Schule/Hochschule mit 9,2 %, öffentliches Dienstrecht mit 8,3 % sowie Bauen und Verkehr mit 8,2 %.

Erfolgreich im Sinne der Petenten waren wir diesmal in 31,2 % der Fälle. In vielen Fällen, in denen wir im Rahmen des Verfahrens nach Art. 41 a der Landesverfassung vorgegangen sind, also Ortstermine und Erörterungstermine durchgeführt haben, lag unsere Erfolgsquote in diesem Halbjahr wesentlich höher. Ich darf Ihnen sagen – das ist der Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen geschuldet, auch des Petitionsreferates –, dass wir 60,8 % der Petitionen bei den Terminen nach Art. 41 a Landesverfassung im Sinne der Petentinnen und Petenten erfolgreich erledigen konnten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weitere statistische Angaben liegen im Petitionsbericht vor. Ich möchte deshalb den Bericht aufgrund dieser wirklich herausragenden Bilanz mit dem Dank an die Kolleginnen und Kollegen für die enge Zusammenarbeit verbinden. Wir haben eine Kultur des fraktionsübergreifenden Zusammenarbeitens, die sich wirklich sehen lässt. Das ist ein ganz hoher Wert in diesem Hause, wie wir an vielen Alltagsdebatten auf anderen fachpolitischen Gebieten beobachten können. Deswegen ist es uns sehr wichtig, uns dieses Gut auch weiterhin gemeinsam zu erhalten. Also einen herzlichen Dank für die Kooperation, die sich tagtäglich auf diesem Feld zeigt.

(Allgemeiner Beifall)

Dass wir unsere Arbeit so erfolgreich tun und insbesondere auch so viele positive Verfahren nach Art. 41 a Landesverfassung durchführen konnten, ist der Tatsache geschuldet, dass eine lang andau-

ernde Unterbesetzung durch noch einmal zusätzliches Engagement bei den Terminen nach Art. 41 a Landesverfassung durch das Petitionsreferat ausgeglichen wurde. Daher sage ich herzlichen Dank für diese Zeit, die wirklich noch sehr viel zusätzliches Engagement eingefordert hat.

Als Abgeordnete war uns klar, dass das auf Dauer so nicht weitergehen konnte. Deswegen bin ich froh, dass ich Ihnen heute mitteilen kann, dass nach mehr als einem Dreivierteljahr Vakanz eine neue Kollegin ihren Dienst beginnen konnte. Wir können als Abgeordnete also unseren Auftrag bis zum Ende der Legislaturperiode weiterhin nach Kräften ausfüllen und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Um die Petitionsarbeit bekannt zu machen, gehen wir immer wieder hinaus aus dem Landtag, machen zum Beispiel über regionale Telefonsprechstunden die Arbeit des Ausschusses bekannt und bieten damit einen direkten Kontakt an. Dabei unterstützen uns die Medien, wie zum Beispiel die „Westfalencorriere“ im Januar. Auswärtige Bürgersprechstunden haben im März und Juni in den Kreisverwaltungen Unna und Heinsberg stattgefunden.

Dabei erleben wir es immer wieder, dass es die Bürgerinnen und Bürger im Lande außerordentlich zu schätzen wissen, wenn sich der Landtag, vertreten durch den Petitionsausschuss, auf den Weg macht, um auch gerade den Menschen im ländlichen Raum Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch zu bieten. Das ist positive Öffentlichkeitsarbeit für das gesamte Parlament und kommt damit allen Kolleginnen und Kollegen zugute – allen, die hier sind, und allen, die zurzeit andere Termine wahrnehmen.

Ich möchte Ihnen gerne einige Einzelfälle vorstellen. Im Gegensatz zum Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ist in den Länderpetitionsausschüssen die Bandbreite der Fallkonstellationen um einiges größer. Die Zuständigkeit richtet sich ja nach der Behördenzuständigkeit. Da die allermeisten Gesetze, auch Bundesgesetze, von Länder- und Kommunalbehörden ausgeführt werden, landen diese Eingaben dann auch im Petitionsausschuss unseres Landtags. Der Bundestag gibt diese Petition zuständigkeitshalber an die Länderparlamente weiter.

Aus der Vielfalt der Themenbereiche möchte ich Ihnen nunmehr einige prägnante Fälle vortragen. Dabei geht es in erster Linie um den Umgang mit dem Föderalismus. In vielen Petitionen geht es um das liebe Geld. Dabei wundert es uns manchmal schon, wo geknausert wird und wo es andererseits wohl nicht so auf den Euro ankommt.

Seit Monaten beschäftigt uns der Fall einer Rechtspflegerin, die in Nordrhein-Westfalen ausgebildet worden ist und hier auch einige Jahre gearbeitet hat. Wegen beruflicher Veränderungen des Ehe-

mannes ist sie nach Baden-Württemberg gegangen und hat dort im Landesdienst – im Übrigen in länderübergreifendem Auftrag auch für Nordrhein-Westfalen – gute Arbeit geleistet. Später ist sie dann vom Land Bayern übernommen worden, da die Familie einige Jahre in Bayern lebte. Nach der Geburt eines Kindes wurde sie vom Land Bayern beurlaubt. In dieser Zeit wechselte der Ehemann beruflich wieder nach Nordrhein-Westfalen. Die Familie möchte dauerhaft in NRW bleiben, und unsere Petentin wollte schließlich hier wieder als Rechtspflegerin arbeiten, zumal ihr Sohn inzwischen selbstständig genug geworden ist.

Hinzu kommt, dass die Justizbehörden in NRW, Frau Ministerin, die Petentin auch gerne, insbesondere wegen ihrer fachlichen Qualifikation, übernehmen würden. Seit mehr als zwei Jahren ist eine entsprechende Stelle unbesetzt, weil es dafür keine andere gleichwertig qualifizierte Bewerberin gibt. Trotzdem stehen scheinbar unüberwindbare Hindernisse im Wege, die folgendermaßen aussehen:

Die Petentin müsste vom Land Bayern nach Nordrhein-Westfalen versetzt werden. Sie ist ca. 50 Jahre alt und hat also noch eine längere Arbeitszeit vor sich. NRW, vertreten durch den Finanzminister, weigert sich allerdings, einer Versetzung zuzustimmen. Dabei wird auf die Versorgungslasten verwiesen, die das Land vom Lande Bayern übernehmen müsste. Der Petentin wird gesagt, sie könne ja jederzeit in Bayern wieder ihren Dienst aufnehmen.

Das alles ist zwar rechtlich zutreffend, geht jedoch an der Lebenswirklichkeit der Familie vorbei. Diese hat seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen. Sie hatte zuvor mehrfach die allseits gewünschte und von Beamtinnen geforderte berufliche Flexibilität gezeigt. Wo bleibt denn der Schutz von Ehe und Familie, wenn ganz gleichgültig und finanztechnokratisch darauf verwiesen wird, dass die Petentin in Bayern arbeiten könne und der Ehemann und Sohn in Nordrhein-Westfalen verbleiben könnten? Hier treibt der Föderalismus keine Blüten, sondern Stacheln.

Wir haben im Petitionsausschuss vorgeschlagen, dass unser Finanzministerium mit dem Land Bayern ernsthaft über eine Beteiligung an den Versorgungslasten der Petentin verhandeln soll. Dies war leider nicht erfolgreich.

Die unerfreuliche Entwicklung zeigt deutlich, wie eine Frau mit Familie zwischen engen formalen Vorgaben gleichsam zermürbt werden kann. Sowohl Bayern als auch NRW setzen darauf, dass die Frau alle Konsequenzen übernimmt, gegebenenfalls nach Bayern zurückkehrt und sich von der Familie trennt.

(Inge Howe [SPD]: Unglaublich!)

Die Lösung des Falles kann nicht darin liegen, eine Familie zu trennen. Eine bessere, familienfreundliche Lösung muss doch erreichbar sein, Frau Jus-

tizministerin und Herr Finanzminister, der nicht mehr anwesend ist, wir werden Ihnen das noch einmal übermitteln. Wir lassen Ihnen nicht locker. Die strebsame Petentin hätte schon längst, seit zwei Jahren, im Justizdienst und für die Pensionsleistungen arbeiten können. So läuft die Zeit für alle davon.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Rechtspflegerin darf nicht zurück in den Landesdienst; die Pensionslasten werden ihr vorgehalten.

In einer anderen Petition – das darf ich Ihnen versichern – spielte dieser Faktor jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Dabei konnte man den Eindruck gewinnen: Auf Geld kommt es eigentlich doch nicht an.

Ein juristischer Mitarbeiter, Anfang 50 – man höre und staune –, Bediensteter einer Hochschule, wurde infolge diverser Auseinandersetzungen mit dem Kanzler dienstunfähig. Die Hochschule betrieb die Versetzung in den Ruhestand, da sie keine Möglichkeit zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mehr sah.

Der Petent, der stets seine Bereitschaft zur Wiedereingliederung gezeigt hatte, wurde amtsärztlich untersucht. Dabei stellte sich heraus, dass er grundsätzlich dienstfähig ist. Die Erkrankung sei in seinem Verhältnis zum unmittelbaren Vorgesetzten zu sehen.

Die Hochschule teilte dem Petenten mit, dass er für eine Weiterbeschäftigung an der Hochschule nicht dienstfähig sei und man keine andere Einsatzmöglichkeit mehr sehe. Eine Beschäftigung an einer anderen Hochschule, beim Fachministerium oder bei einer anderen Landesbehörde über eine Vermittlung des Landesamtes für Personalmanagement sei ebenfalls nicht möglich.

Dem Petenten – man höre und staune – wurde im Dezember 2008 ein Vergleich angeboten, in dem geregelt wurde, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr auf einem Dienstposten der Universität beschäftigt werden kann. Zwecks Vermeidung eines Rechtsstreits wurde vereinbart, dass er mit Ablauf des Monats Juli 2008 in den Ruhestand eintreten sollte.

Die Behandlung dieses Falles durch die Personalabteilung einer renommierten Hochschule unseres Landes hat uns in mancherlei Hinsicht befremdet. Ich will das lieber nicht im Detail ausführen.

Dass der Fall letztlich doch noch befriedigend gelöst werden konnte, ist insbesondere der nachdrücklichen Intervention des Staatssekretärs Dr. Stückradt aus dem Wissenschaftsministerium zu danken. Der Petent ist jetzt an einer anderen Hochschule unseres Landes tätig und fühlt sich dort sehr wohl. Seine Arbeit wird geschätzt, und er kann es eigentlich immer noch nicht ganz fassen, dass auch Freund-

lichkeit und Respekt den Berufsalltag prägen können.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir sind froh, dass wir die Arbeitskraft des Beamten zu seinem persönlichen und zum Wohl des Landes erhalten konnten und dass er sich wieder wertgeschätzt in Arbeit fühlt.

Die beiden geschilderten Problematiken sind leider keine Einzelfälle.

In einem besonderen Gebiet schaue ich zu Ministerin Sommer. Wir bekommen immer wieder Anliegen von Beamten und Beamtinnen, die gegen ihren Willen in den Ruhestand geschickt werden sollen, obwohl amtsärztliche Bescheinigungen durchaus Perspektiven einer Weiterbeschäftigung aufweisen.

Der Petitionsausschuss weiß durchaus, dass die Entscheidung, ob eine Dienstfähigkeit vorliegt, letztlich allein vom Dienstherrn zu verantworten ist. Wir sind uns aber zumindest im Ausschuss – und ich hoffe auch hier im Plenum – fraktionsübergreifend einig, dass wir es uns nicht leisten können und wollen, Beamte in den Ruhestand zu schicken, die voll einsatzfähig sind. Wenn „krankheitsbedingt“ in den Ruhestand versetzte Beamte quickfidel Tennis spielen oder sonstigen Aktivitäten nachgehen, ist doch wirklich etwas falsch gelaufen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Versetzung in den Ruhestand kann nur Ultima Ratio sein, nachdem alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Hierzu gehören nach unserer Meinung – deswegen schaue ich zu Frau Ministerin Sommer – ernst gemeinte Versuche einer Wiedereingliederung oder auch die zielgerichtete Suche und gegebenenfalls das Schaffen von Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten. Uns erreichen solche Anfragen immer wieder aus dem Schulbereich, wo es Menschen gibt, denen acht Stunden Unterricht nicht mehr zuzumuten sind. Aber sie könnten an anderer Stelle ihre Leistung hervorragend einbringen.

Die Petentinnen, die sich in diesen Fragen an uns wenden, wollen für ihr Geld nach ihren Möglichkeiten weiter etwas tun und nicht auf das Abstellgleis geschoben werden.

Aber ich darf das Schulministerium jetzt auch in einer anderen Angelegenheit loben. Uns erreichte zuerst eine Verwaltungsvorlage, die uns nicht sehr überzeugt hat. Es ging um eine sehr engagierte Lehrerin an einer Förderschule, die eigentlich eine Jubiläumszulage nach 25-jähriger Dienstzeit hätte bekommen sollen. Sie wurde ihr aber verweigert.

Für beamtete Lehrerinnen und Lehrer gibt es diese Zulage nicht mehr. Für Lehrerinnen im Angestelltenverhältnis ist sie weiterhin vorgesehen.

In unserem Fall hatte die Schulverwaltung schlicht vergessen, der Lehrerin diese Jubiläumszulage auszus zahlen. Sie hatte zuvor von ihrer Schulleiterin den Hinweis erhalten, dass bei Dienstjubiläen lediglich noch ein freier Tag und eine Urkunde an der Tagesordnung seien. Zwei Jahre später erfuhr sie dann von dritter Stelle, dass es für sie sehr wohl einen Anspruch gegeben hätte. Ihre Anfrage bei der Schulverwaltung wurde aber kurz und bündig mit dem Hinweis abgewiesen, auch bei Versäumnissen der Schulverwaltung gelte die sechsmonatige Ausschlussfrist nach § 37 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder.

Das haben wir nicht akzeptiert. Ich bin froh, dass es jetzt auch aus Sicht des Schulministeriums eine andere Regelung gegeben hat. Auch bei dieser Ausschlussfrist, die die Lehrerin nicht zu verantworten hatte, handelt es sich aus unserer Sicht um einen Verstoß gegen Treu und Glauben. Jetzt hat es eine Lösung im Sinne der Lehrerin gegeben. Sie hat ihre Zulage bekommen. Das begrüßen wir natürlich außerordentlich.

Aber bleiben wir im Schulressort: Dass wir im Föderalismus auch voneinander lernen können, zeigt die Eingabe von Eltern, die für ihr Kind einen Nachteilsausgleich wegen diagnostizierter Rechenstörung, der sogenannten Dyskalkulie, bei den Schulnoten fordern. Eindrucks voll beschrieben die Eltern die Probleme ihrer Tochter, die sehr darunter litt, dass an der von ihr ursprünglich besuchten Realschule wenig Rücksicht auf die vorhandene Rechenstörung genommen wurde. Es drohte sogar der Weg in die Förderschule.

Die Eltern wollten das nicht hinnehmen, suchten nach einer anderen Schule. Und siehe da, in der Tat hat eine andere Realschule ihr Kind aufgenommen und fördert es nach Kräften. Es handelt sich ja auch nur um eine sogenannte Teilleistungsschwäche. Nur wird die Realschule bald an ihre Grenzen stoßen, denn es gibt für Leistungsnachweise und zentrale Prüfungen keinen geregelten Nachteilsausgleich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Seitens des Schulministeriums wurde im Zuge der Petition dargetan, dass es bereits vielfältige Fördermöglichkeiten im Falle einer Rechenstörung auch in NRW gebe. Eine Anerkennung der Rechenschwäche in gleicher Form wie bei der Lese- und Rechtschreibschwäche ist aber derzeit nicht möglich. Das ist der Sachstand. Ein Blick über die Ländergrenzen führt jedoch zu erstaunlichen Ergebnissen: Bayern gewährt zum Beispiel bei anerkannter Rechenstörung einen Nachteilsausgleich in allen Schulformen bis hin zum Abitur. Auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt es Regelungen für Dyskalkulie.

(Inge Howe [SPD]: In Niedersachsen auch!)

Der Petitionsausschuss hat deshalb das Schulministerium und den zuständigen Fachausschuss anlässlich des geschilderten Falls aufgefordert, sich im Lichte der bereits bestehenden Nachteilsausgleiche noch einmal zu dieser Problematik Gedanken zu machen. Wir werden gemeinsam darüber reden.

Tja, und dann gibt es noch ganz andere Gebiete, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Ich habe einem die Überschrift „Die Not mit der Notdurft“ gegeben. Nicht nur die Verspätungsproblematik bei der Deutschen Bundesbahn wird in vielen Eingaben an den Petitionsausschuss herangetragen. Zunehmend wird auch der oftmals sehr schlechte bauliche Zustand von Bahnhöfen und dabei insbesondere das Fehlen von Toilettenanlagen kritisiert.

Es ist schon erstaunlich, wenn man in diesem Zusammenhang anlässlich der Überprüfung erfährt, dass von 690 Bahnhöfen in NRW lediglich 47 über eine öffentliche zugängliche Toilettenanlage verfügen. Es sind überwiegend Bahnhöfe, Herr Lienenkämpfer, die vom Fernverkehr angefahren werden, und Bahnhöfe mit Umsteigemöglichkeiten, die größere Warte- und Aufenthaltszeiten von Reisenden erforderlich machen.

Kleine Bahnhöfe erfüllen diese Kriterien nicht. Angebote der Deutschen Bahn AG, auf Bahnhofsvorplätzen automatische Toilettenanlagen zu installieren, scheitern offenbar – so schildert es uns die Bundesbahn – an der Bereitschaft und Möglichkeit der Kommunen, den Betrieb dieser Anlagen durchzuführen und zu finanzieren.

Hier wird aus unserer Sicht die Verantwortung hin- und hergeschoben. Den Reisenden ist das egal. Sie haben ein ernsthaftes Problem. Im Interesse der Fahrgäste, die in vielen Fällen alternativlos auf den ÖPNV angewiesen sind, müssen Verbesserungen möglich sein. Der Petitionsausschuss hat deshalb die Landesregierung und das Ministerium für Bauen und Verkehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass insbesondere die Hygiene an den Bahnhöfen verbessert werden muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei haben wir nicht nur die Fahrgäste im Auge, sondern auch die gesamte Nachbarschaft der Bahnhöfe, in deren Vorgärten und an deren Hauswänden sich ansonsten die Spuren des Problems zeigen.

Über Integration und Einbürgerung wird viel theoretisiert. Deswegen möchte ich Ihnen noch einen Fall aufzeigen, der deutlich macht, dass es neben der theoretischen Einforderung oftmals an der praktischen Umsetzung mangelt:

Frau T. wollte eingebürgert werden, doch wurde ihr dies von der Kreisverwaltung verweigert, weil sie keine ausreichenden Deutschkenntnisse habe.

Im Petitionsverfahren haben wir Frau T. angehört. Dabei konnten wir feststellen, dass sie sich in einfa-

cher Sprache im täglichen Leben gut bewegen kann. Sie kennt die Zahlen, sie ist in der Lage, alleine einzukaufen und zum Arzt zu gehen. Dazu muss man allerdings auch wissen, dass die Petentin Analphabetin ist, nie eine Schule besucht hat und einfach strukturiert geblieben ist. Sie lebt aber seit mehr als 20 Jahren ohne irgendwelche Probleme in Deutschland und nimmt erfolgreich am sozialen Leben teil. Das gilt, obwohl eine Erweiterung ihrer Sprachkompetenz auch dadurch erschwert wurde, dass Familienmitglieder in bester Absicht über und für sie reden und sie darum selbst kaum zu Wort kommt.

Aber das hat ihren sozialen Kontakten keinen Abbruch getan. Das belegt sehr eindrucksvoll eine Unterschriftenliste der Nachbarn, die ihre Einbürgerung unterstützen. Die positive Integrationsleistung wird weiterhin dadurch belegt, dass sie sehr aktiv dafür gesorgt hat, dass sich ihre Kinder in Deutschland sehr gut entwickeln konnten, dass sie den Schulbesuch unterstützt hat und immer in die Erziehungsleistung einbezogen war.

Es zeigt sich, dass in dieser Familie alle Familienangehörigen – der Ehemann, drei Kinder und neun Enkelkinder – inzwischen eingebürgert worden sind, nur sie, die Mutter, nicht.

Auch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration vertritt die Auffassung, dass in diesem besonderen Fall im Rahmen einer differenzierten und begründbaren Bewertung ausnahmsweise die Einbürgerung möglich sein müsse. Der Petitionsausschuss schließt sich dieser Auffassung an und hat deshalb die Landesregierung – insbesondere das Innenministerium – gebeten, zusammen mit der Kreisverwaltung einen Weg für die Einbürgerung zu finden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schließen möchte ich mit einem der kuriosen Fälle, die uns auch immer auf den Tisch kommen und Gelegenheit zum Schmunzeln bieten: Eine Petentin ließ ihren schrottreifen PKW auf der Straße stehen, bis die örtliche Ordnungsbehörde darauf aufmerksam wurde und diesen nach wiederholter Vorwarnung kostenpflichtig entsorgte.

Die Frau hat sich mit dem Argument gegen die Kosten zur Wehr gesetzt, dass ihr schrottreifer PKW eigentlich als Denkmal unter Denkmalschutz hätte gestellt werden müssen. Das Fahrzeug habe nämlich nicht nur eine außergewöhnliche Geschichte im Hinblick auf seine bisherigen Nutzerinnen, sondern es sei auch ein wichtiger Gegenstand eines beabsichtigten Romans. Zugegeben, das ist eine sehr originelle Begründung. Doch leider konnten wir dieser Argumentation nicht folgen. Unsere Straßen würden dann vor lauter Denkmälern nur noch verstopfter sein.

Ich denke, mit dieser Übersicht und der Auswahl einiger Fälle konnte ich Ihnen darlegen, wie breit

und bunt das Spektrum ist, aber auch, wie ernsthaft und tief an den Fällen gearbeitet wird.

Die Arbeit im Petitionsausschuss ist sinnvoll, spannend und manchmal auch schwierig. Das Petitionsrecht ist und bleibt ein besonderes Grundrecht aller Menschen, die in NRW leben, unabhängig von Alter, Herkunft und Rechtsstatus. Das ist gelebte Demokratie und für uns als Abgeordnete immer auch persönlich lohnenswert.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser Arbeit in diesem Haus und hoffe, dass wir weiter gemeinsam viel für die Menschen in NRW bewegen können. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Herzlichen Dank, Frau Beer.

Stellvertretend für das ganze Parlament darf ich allen Mitgliedern des Landtags, die im Petitionsausschuss arbeiten, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags, die für den Petitionsausschuss arbeiten, herzlich dafür danken, dass sie sich dieser Fälle annehmen, und auch dafür, dass sie damit dem Landtag Nordrhein-Westfalen ein Profil verleihen, das er ansonsten bei vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht hat.

Wir können damit sehr viel praktische Hilfe leisten, und wir können vor allen Dingen auch merken, wo die Politik vielleicht noch verbessert werden könnte. Wo wir uns eventuell selbst im Wege gestanden haben, das merkt man sehr häufig erst im Petitionsausschuss. Deshalb herzlichen Dank für diese wertvolle Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

10 Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen – ArchivG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10028

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs gebe ich Herrn Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die bei Behörden, Gerichten und sonstigen öffentlichen Stellen anfallenden Unterlagen der Dokumentation und Information von heute sind die historischen Quellen

von morgen. Es muss gewährleistet sein, dass die bei diesen Stellen nicht mehr benötigten Unterlagen den Archiven angeboten werden. Die Archive werden so in die Lage versetzt, den archivwürdigen Teil zur umfassenden Dokumentation der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse zu übernehmen, dauerhaft zu erhalten und für die Nutzung aufzubereiten.

Die in den Archiven verwahrten Unterlagen sichern die rechtsstaatlich gebotene Kontinuität der Verwaltung und sind zugleich als objektive Quellen die unverzichtbare Grundlage für die Erforschung der Geschichte. Ihre Erhaltung und Nutzung liegt damit im öffentlichen Interesse.

Dieses wertvolle und unersetzliche Archivgut gegen Vernichtung und Zersplitterung zu schützen und für seine Erhaltung und Nutzung zu sorgen, ist eine politisch wichtige Aufgabe, der im Land Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf Art. 18 der Landesverfassung verfassungsrechtlicher Rang zukommt. Der Verfassungsauftrag richtet sich gleichermaßen an das Land wie an die Gemeinden und die Gemeindeverbände.

Zur Erfüllung dieses Auftrags ist eine gesetzliche Regelung unverzichtbar. Das geltende Archivgesetz vom 16. Mai 1989 tritt am 31. Dezember 2009 außer Kraft. Das Gesetz wird jetzt den technischen Anforderungen angepasst. Für die Übernahme elektronischer Unterlagen müssen die IT-Systeme der abgebenden Behörden und der aufnehmenden Archive kompatibel sein. Um unkalkulierbare Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme nicht kompatibler elektronischer Unterlagen zu vermeiden, müssen die Archive schon in der Phase des Systemdesigns einbezogen werden.

Neu ist der normierte Schutz auch kommunalen Archivguts vor Veräußerung. Die Unveräußerlichkeit von Archivgut als Kulturgut und Bestandteil des kulturellen Gedächtnisses ist im geltenden Gesetz nur bezogen auf das im Landesarchiv befindliche Archivgut normiert. Der Entwurf folgt den Forderungen der kommunalen Archive und sieht vor, diesen Schutz auf das kommunale Archivgut auszuweiten. Der Gesetzentwurf stellt in diesem Zusammenhang klar, dass mit dem geschützten Archivgut nur solches gemeint ist, das aus dem Verwaltungshandeln des Archivträgers – in Abgrenzung zum Beispiel zu Künstlernachlässen oder Künstlerarchiven – entstanden ist.

Ein spezielles Nutzungsinteresse ist die wissenschaftliche Erforschung des Schicksals von Personen unter nationalsozialistischer Herrschaft. Mit der sogenannten Yad-Vashem-Befugnisnorm wird die Rechtsgrundlage für die Ermittlung von Daten aus noch gesperrtem Archivgut geschaffen.

Der Einsturz des Gebäudes des historischen Archivs der Stadt Köln am 3. März 2009 hat die Bedeutung von Archiven auf tragische Weise ins Be-

wusstsein gerückt und das Landesarchiv sowie die kommunalen Archive vor besondere Herausforderungen gestellt.

Die Landesregierung hat den Entwurf des Archivgesetzes zunächst zurückgestellt und unterschiedliche Konsequenzen für das Landesarchiv und das den Kommunen obliegende Archivwesen geprüft. Die archivrechtlichen Prüfungen sind abgeschlossen. Aus fachlicher Sicht besteht keine Notwendigkeit, diesbezüglich konkrete Regelungen des Archivgesetzes zu ändern oder zu ergänzen. Das geltende Archivgesetz und der Entwurf des Archivgesetzes bieten eine ausreichende Grundlage für die dauerhafte und sichere Verwahrung von Archivgut. Dies ist zuletzt auch durch die im Auftrag der Landesregierung vom Landesarchiv durchgeführte Expertenanhörung am 24. Juni 2009 bestätigt worden.

Die Staatskanzlei wird in Umsetzung der Ergebnisse der Expertenanhörung und in Abstimmung mit dem Innenministerium das Gespräch mit den Archivträgern, also den kommunalen Spitzenverbänden und den Landschaftsverbänden, aufnehmen, um zu klären, wie das von der Expertenanhörung geforderte standort- und gebäudebezogene Risikomanagement vor Ort umgesetzt werden kann. Infrage kommen zum Beispiel freiwillige Selbstverpflichtungen der Archivträger.

Weiter gehende Vorschriften den Kommunen gegenüber, ob in Gesetzesform oder auch im Wege von Verwaltungsvorschriften, zu fixieren, erscheint gerade vor dem Hintergrund der angespannten Kommunalhaushalte problematisch.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Lienenkämper. – Eine Debatte ist heute nicht vorgesehen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/10028** an den **Kulturausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9955

erste Lesung

Die Fraktionen haben sich geeinigt, den Gesetzentwurf heute nur einzubringen und keine Debatte

durchzuführen. Zur Einbringung gebe ich Herrn Minister Dr. Wolf das Wort. – Er gibt die Rede zu Protokoll. (Siehe Anlage)

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/9955** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Hauptausschuss**. Wer ist damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das auch einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

12 Erstes Gesetz zur Änderung des Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9956

erste Lesung

Hierzu möchte der Minister gerne reden. Das darf er selbstverständlich. Herr Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Vergangenheit wurde der BLB NRW vom Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr verwaltet. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung des BLB NRW hat der externe Gutachter auch die bestehende Aufteilung der Aufsicht auf zwei Ressorts untersucht. Er hat empfohlen, die Aufsicht auf ein Ressort zu konzentrieren.

Das Ministerium für Bauen und Verkehr und mein Ressort haben die Empfehlung des externen Organisationsgutachters geprüft und befürwortet. Im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr soll daher zukünftig die Dienst- und Fachaufsicht über den BLB NRW ausschließlich durch das Finanzministerium ausgeübt werden.

Durch die Konzentration der Aufsicht auf ein Ressort werden unter anderem klare Zuständigkeiten hergestellt und die Transparenz in der Aufgabewahrnehmung gefördert. Ferner hat das Finanzministerium im Landesbau bereits in der Vergangenheit federführend die allgemeine Dienst- und Fachaufsicht über den BLB NRW ausgeübt.

Die Konzentration, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Aufsicht betrifft auch den Bundesbau. Zur Gewährleistung der städtebaulichen Qualität der Baumaßnahmen des BLB NRW ist zukünftig das Benehmen mit dem für Bauangelegenheiten zuständigen Ministerium herzustellen. Das Benehmen tritt

an die Stelle der Baufachaufsicht über den BLB NRW, die bisher vom Ministerium für Bauen und Verkehr wahrgenommen wurde.

Im Rahmen des Änderungsgesetzes wird darüber hinaus die Berichtspflicht gegenüber dem Landtag zu den Erfahrungen mit dem BLB NRW aktualisiert. Damit ist sichergestellt, dass dem Landtag nicht nur jährlich zum testierten Jahresabschluss berichtet wird, sondern zusätzlich alle fünf Jahre ein zusammenfassender Erfahrungsbericht erfolgt.

Schließlich wurden aus Gründen der Rechtsklarheit redaktionelle Änderungen vorgenommen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, damit ist der Gesetzentwurf eingebracht.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/9956** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie nach einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen auch an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieser beiden Plenartage. Die Tagesordnungen sind abgearbeitet.

Ich wünsche Ihnen allen zusammen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:26 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Zu TOP 11 – Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Nordrhein-Westfalen – zu Protokoll gegebene Rede

Dr. Ingo Wolf, Innenminister:

Das grenzüberschreitende Tätigwerden von Unternehmen auf dem europäischen Binnenmarkt setzt auf der behördlichen Seite voraus, dass die Behörden der Mitgliedstaaten effizient zusammenarbeiten.

Zwar gibt es bereits eine nicht geringe Anzahl völkerrechtlicher Übereinkommen und europäischer Rechtsakte zur internationalen Amtshilfe. Diese sind aber häufig auf bestimmte Fachbereiche begrenzt und durch Einzelgesetze in deutsches Recht umgesetzt.

Die europäische Dienstleistungsrichtlinie, die im Parlament in den letzten Monaten bereits intensiv beraten wurde, enthält an die Mitgliedstaaten auch den Auftrag, Maßnahmen für eine wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu treffen. Ziel ist ein gut funktionierendes Netzwerk der Aufsichtsbehörden.

Dabei setzt das Europarecht gewisse Standards für die Zusammenarbeit innerhalb Europas. Als Beispiele sind zu nennen:

- Als oberstes Ziel wird eine direkte Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden angestrebt. Es bleibt den Mitgliedstaaten aber frei, wie sie diese innerstaatlich organisieren.*
- Einsatz des sogenannten Binnenmarkt-Informationssystems „IMI“ – das ist das Internal Market Informationssystem – als elektronisches Kommunikationsmittel, mit dem auch die Sprachbarrieren (27 Mitgliedstaaten mit 23 Amtssprachen) überwunden werden.*
- Ersuchen müssen genau begründet sein und der Verwendungszweck der ausgetauschten Informationen angegeben werden.*
- Gegenseitig grenzüberschreitende Einsichtnahme in behördliche Register.*
- Strikte Beachtung des Territorialprinzips: Die Behörden der Mitgliedstaaten werden in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten tätig und bedienen sich dabei vernetzter Strukturen.*
- Will der Mitgliedstaat, in dem der Unternehmer aus dem EU-Ausland tätig wird, Aufsichtsmaßnahmen gegen diesen ergreifen, muss zunächst der Niederlassungsstaat auf-*

gerufen werden; bei Gefahr im Verzug kann der Mitgliedstaat auch unmittelbar tätig werden.

- Einführung eines Vorwarnmechanismus, das heißt, die Behörden sind zu gegenseitiger Mitteilung von Amts wegen – also ohne Ersuchen – verpflichtet, wenn von einem Unternehmen eine ernste Gefahr für die Gesundheit oder die Sicherheit von Personen oder für die Umwelt ausgehen könnte.*

Diese allgemeinen Vorgaben des Europarechts müssen von den Gesetzgebern im Bund und in den Ländern in nationales Recht umgesetzt werden.

Hier verfolgt die Landesregierung ein auf der Bund-Länder-Ebene gemeinsam erarbeitetes Regelungskonzept, das durch seine Praktikabilität überzeugt:

Durch neue Regelungen im Verwaltungsverfahrensgesetz von Nordrhein-Westfalen (§§ 8a bis 8e) werden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit regeln, in Bezug genommen und so in nationales Recht inkorporiert.

Im Interesse der Normensparsamkeit werden dadurch notwendige und häufig inhaltsgleiche Einzelumsetzungen vermieden. Das Fachrecht wird also entlastet.

Jedem der hier Anwesenden ist klar, dass das in Europa angestrebte Behördennetzwerk eine Einarbeitungszeit braucht. Die in den Behörden arbeitenden Fachkolleginnen und -kollegen müssen mit dieser Kooperation immer mehr vertraut werden.

Deshalb hat die Landesregierung vorgesehen, dass die organisatorische Umsetzung der europaweiten Verwaltungszusammenarbeit für die Behörden in Nordrhein-Westfalen im Verordnungswege erfolgt.

Als für die Verwaltung zuständiger Fachminister darf ich Sie auch im Namen meiner für das Wirtschaftsressort zuständigen Kabinettskollegin Frau Thoben bitten, diesen sehr effizienten Regelungsansatz zu unterstützen.

Nordrhein-Westfalen rückt damit dem Ziel, die europäische Dienstleistungsrichtlinie bis zum 28. Dezember dieses Jahres umzusetzen, ein gutes Stück näher.